

Archiv der Gossner Mission
im Evangelischen Landeskirchlichen Archiv in Berlin



Signatur

Gossner_G 1_1849

Aktenzeichen

ohne

Titel

Arbeitskreis Frieden und Abrüstung der Christlichen Friedenskonferenz (CFK)

Band

Laufzeit

1965 - 1982

Enthält

Aktion Friedenswoche; Sitzungsprotokolle; Rundbriefe; Synoden zur Friedensfrage;
Vorträge zum Thema Frieden und Abrüstung

Digitalisiert/Verfilmt 2009 von Mikro-Univers GmbH

Gott aber hat das Kreuzeszeichen nicht zum Signal des Zornes und der Rache gemacht, sondern zum Siegel seiner Liebe. Den Jüngern, denen schon alles durch Jesu Kreuz durchgekreuzt war, die Welt und ihr eigenes Leben. Ihnen wurde in der Auferweckung Jesu Christi alles noch einmal geschenkt. Darum will Gott auch unsere Bosheit, Verschlafenheit und Aufgeregtheit nicht mit Zorn beantworten, sondern mit dem Geschenk des Lebens, des Lebens aus dem Tode Jesu.

Was hat die Stunde geschlagen und was ist an der Zeit?

Der Tag Jesu Christi ist an der Zeit! Seid hell wach und nüchtern!

Diese Nüchternheit ist kein müder und lahmer Realismus, der die Tatsachen hinnimmt, wie sie nun einmal sind: da ist doch nichts zu machen. Diese Nüchternheit besteht auch nicht in der Nörgelei, die immerfort sich beklagt, was alles nicht klappt und anders sein könnte und müßte und sollte. Diese Nüchternheit ist auch kein selbstgefälliger Pessimismus, der sagt: ich habe es ja schon immer gewußt; die Politiker, mit denen ist ja sowieso nicht zu reden!

Liebe Freunde, manchmal verleitet uns unsere Ohnmacht, das Böse wenigstens mit starken Worten zu geißeln. Aber die starken Worte vertreiben das Böse nicht, sie beschwören es, sie beschwören es u. U. herauf. Wir sollten froh sein, daß unsere Zeitungen das noch nicht wieder tun. Wir sollten der Versuchung widerstehen, das Böse mit starken Worten zu geißeln. Das befreit niemanden vom Bösen, bringt keinen Weg zum Frieden, sondern gibt uns höchstens das warme Gefühl der Selbstbefriedigung.

Hell wach und nüchtern: das heißt vor allem unerschrocken hinsehen. Auf uns selbst und andere. Wer erschrocken hinsieht, der sieht scharf, aber zeichnet alles nur schwarz in schwarz. Wer illusionär hinsieht, zeichnet alles rosarot. Wenn wir unerschrocken hinsehen, dann werden wir entdecken an uns und unserer Welt das üble Gemisch von Gutem und Bösem, von Mut und albernem Stolz, von Friedlosigkeit und Friedfertigkeit. Laßt uns unerschrocken hinsehen und dann unerschrocken aufeinander zugehen. Die Entspannung auch zwischen den Völkern braucht entspannte Leute. Nur entspannte Leute befreien zur Entspannung.

Wer unerschrocken hinsieht, der sieht erst recht, wie verworren unser Leben und unsere Welt ist. Da kann man leicht unsicher werden. Da gerät das Herz in Beklemmung. Da kann die Resignation alles ersticken. Da muß man gut gerüstet sein. Paulus nennt als diesen Panzer, der entspannten Menschen Sicherheit schenkt: Glaube, Liebe und Hoffnung. Gott schmiedet diese Rüstung. Er verleiht sie uns als Schutz für befreiende Entspannung.

Den Glauben, daß Gott uns Leben schenken will, obwohl wir es verderben;
die Liebe, die auch die Ahnungslosen noch versteht;
die Hoffnung, daß Gott auf uns zuarbeitet, wenn wir ihm nur entgegengehen.

Wir stehen am Ende der Friedensdekade. Die nächsten Wochen werden uns ganz schön beuteln. Von Ohnmachtsgefühlen und Zorn werden wir hin- und hergerissen werden. Wir werden Ausschau halten nach Hoffnungszeichen und Enttäuschungen erleben. Angst wird uns befallen und resignierte Gleichgültigkeit. Die Entspannung braucht vor allem entspannte Menschen. Dafür muß man gerüstet sein. Gott will uns diese Rüstung geben. Alleine kann man sie nicht anziehen. Deswegen schreibt Paulus am Ende des Textes: "Darum ermahnet euch untereinander und erbauet einer den anderen, wie ihr auch tut." So wollen wir es auch miteinander halten. Freilich: Daraus wird nichts, wenn wir nur unseren Frust auf einen Haufen zusammentragen. Daraus wird nur etwas, wenn wir uns miteinander um Gottes Wort sammeln und ihm im Gebet unseren Schmerz und unsere Ratlosigkeit vortragen. Das tut auch über die Friedensdekade hinaus!

Nun geht hin in dem Vertrauen, daß Gott im Untergang Leben schenken will, in der Kraft der Liebe, die auch den Ahnungslosen versteht und in der Hoffnung, daß Gott Euch entgegenkommt an Orten, wo Ihr es nicht für möglich haltet und bei Menschen, die Ihr nicht erwählt habt.

Und der Friede Gottes, der höher ist als alle Vernunft, bewahre Eure Herzen und Sinne in Christus Jesus. Amen.

Eröffnungsansprache des Präsidenten Bischof Dr. Károly Tóth

Im Namen aller Anwesenden darf ich zum Ausdruck bringen, wie dankbar und glücklich wir sind, daß diese große Tagung der Christlichen Friedenskonferenz in der DDR hier in Eisenach, im Herzen Europas, in einer Stadt von so großer kirchengeschichtlicher Bedeutung stattfinden kann. Mit großer Freude, aber auch mit ganz bestimmten Erwartungen begrüße ich die Mitglieder des Fortsetzungsausschusses, die Beobachter der Schwester-Organisationen und unsere verehrten Gäste auf das herzlichste.

Dies ist die erste große Beratung unserer Bewegung nach der V. Allchristlichen Friedensversammlung, die vor zwei Jahren stattfand, und es ist ein schönes Gefühl, die Schwestern und Brüder wiederzusehen. Herzliche Grüße und ebenso herzlichen Dank vor allem dem Regionalausschuss der CFK in der DDR für die Einladung und organisatorische Vorbereitung der Tagung. Gleichzeitig möchte ich auch ein herzliches Grußwort an die Christen und Kirchen in der DDR richten. Wir wissen ihren Beitrag zu den ökumenischen Friedensbemühungen sehr zu schätzen. Wichtig scheint mir dabei nicht die Form des Beitrages zu sein, nicht in welcher Organisation das geschieht, sondern daß hier ernsthaft für den Frieden gearbeitet wird. Wir fühlen uns bei den großen Aufgaben der Vertrauensbildung in einer Welt voller Spannungen und Gegenbewegungen mit den Christen in der DDR eng verbunden.

In großer Herzlichkeit und mit ebenso großer Hochachtung möchte ich die staatlichen Behörden in der DDR grüßen, besonders die Vertreter des Rates des Bezirkes Erfurt und die der Stadt Eisenach, und ihnen für mannigfaltige Hilfe danken, die uns weithin durch den sozialistischen Staat entgegengebracht wird. Es ist unbestritten, daß ohne die Mithilfe dieser Gremien eine solche Tagung nicht hätte durchgeführt werden können. Sie ist aber auch ein Zeichen dafür, daß für den Frieden die Zusammenarbeit trotz aller möglichen Unterschiede notwendig ist.

Es sei mir erlaubt, der christlichen Persönlichkeiten zu gedenken, die bei der Gründung der Bewegung und ihrer Entfaltung wichtige Beiträge geleistet haben. Unsere dankbare Erinnerung hier in Eisenach gebührt Landesbischof Mitzenheim und den Professoren Schmauch und Brandt. Eine besondere Freude ist es, daß wir Angehörige der Mitbegründer der CFK unter uns haben, besonders herzlich grüße ich Frau Hromádková und Frau Schmauch.

II.

Es ist nicht meine Aufgabe, über die Hauptprobleme der Tagung zu referieren. An entsprechenden Vorträgen wird es Ihnen sicher nicht in den folgenden Tagen fehlen. Ich habe vor allem deshalb auf ein Referat verzichtet, weil unsere Tagesordnung hierdurch übertoll geworden wäre. Trotzdem möchte ich Ihre Aufmerksamkeit wenigstens dafür in Anspruch nehmen, einige Gedanken zu äußern in der Hoffnung, damit einen Beitrag zu unserem offenen und freien Gedankenaustausch zu leisten.

Die etwas mehr als zwei Jahre, die seit der V.ACFV vergangen sind, sind eine relativ kurze Zeit. Trotzdem geschah so vieles, in der Welt, wie auch in unserer Bewegung. Die Aufgabe dieser Beratung wird es sein, diese Ereignisse gründlich und sorgfältig zu analysieren. Ich möchte betonen, daß das tiefgehend und vielseitig geschehen muß. Sowohl die positiven Entwicklungen als auch die

friedengefährdenden Tendenzen, die potentiell zum Krieg führen können, müssen gründlich untersucht werden. Woran denken ich dabei? Ich will nur einiges erwähnen. Wodurch werden vor allem die Verschlechterungen der Ost-West-Beziehungen verursacht? Welche gefährlichen Konzeptionen verbergen sich dahinter? Im Laufe der vergangenen zwei Jahre haben wir immer wieder versucht, die theologischen und kirchlichen Aspekte der Nah-Ost-Krise zu erfassen. Jetzt herrscht Krieg zwischen dem Irak und dem Iran, wie haben wir diese Tatsache zu verstehen? Wie ist es möglich, daß sich zwei Entwicklungsländer, deren Hauptaufgabe in der Bekämpfung der Armut besteht, militärisch auseinandersetzen? Wie verhält sich diese Tatsache zur allgemeinen Lage im Nahen Osten und zu den Ost-West-Beziehungen? Der Prozeß der Befreiung, oder anders ausgedrückt, die Entwicklung der Dritten Welt kann sich nur in der Atmosphäre der Entspannung und Kooperation der Völker vollziehen, und die Verwirklichung der Neuen Ökonomischen Weltordnung ist mit der Abrüstung eng verbunden.

Durch den Sieg der Befreiungsbewegungen in Simbabwe ist eine ganz neue Situation im südlichen Teil Afrikas entstanden. Auch in Mittel-Amerika haben in Nicaragua die Kräfte des Fortschritts gesiegt. Das bestätigt unsere Auffassung, daß der Prozeß der Befreiung in der Dritten Welt unaufhaltsam ist. Die politische Befreiung geht ihrem Ende entgegen, die ökonomische und kulturelle ist in vollem Gange. Viele betrachten diesen Prozeß als eine Entstabilisierung der bisherigen Ordnung und damit als Gefährdung des Weltfriedens. Jedoch nicht der Prozeß der Befreiung gefährdet diesen, sondern die Gegner tun es, die diesen Prozeß aufhalten wollen.

Ein weiteres Problem, daß im Mittelpunkt unserer Beratungen stehen muß, ist das des Terrorismus. Die erschreckenden Ereignisse der letzten Monate erfordern unsere ganze Aufmerksamkeit. Die neuesten Erscheinungen des Terrorismus in Bologna, Stuttgart und Paris konnten sich meines Erachtens nur auf dem Boden der Angst entwickeln. Wesentlicher Bestandteil der Angst jedoch ist das Mißtrauen, das künstlich gefördert wird, und dessen eklatanteste Formen der Anti-Kommunismus und die Kriegs-Psychose sind, die faschistischen und rechts-extremen Tendenzen neue Nahrung geben. So sind manches Mal diejenigen das Opfer des Terrors, die seinen Boden vorbereitet haben.

Wir stehen an der Schwelle zu den achtziger Jahren unseres Jahrhunderts. Was wird dieses Jahrzehnt bringen? Das hinter uns liegende haben wir in guter Erinnerung, es waren Jahre der Entspannung und Zusammenarbeit, nicht nur in Europa. Die große Frage für uns im Rahmen unserer Beratung lautet: Kann unsere Welt die Errungenschaften der Entspannungs-Periode bewahren? Trotz aller Geschehnisse im letzten Jahr kann gesagt werden, daß "die Krise, die in den Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR entstand, zwar die allgemeine internationale Atmosphäre negativ beeinflusst hat, indem sie die Entspannungs-Politik abbremste, jedoch nicht zur Vernichtung der zahlreichen Formen der Zusammenarbeit führte". Es ist eine geradezu paradoxe Erscheinung, daß in einer Zeit der Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen auf politischem Gebiet die Beziehungen auf dem Gebiet des Handels und in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht sich weiter entwickelt haben. Das kann als ein Zeichen der Hoffnung aufgefaßt werden. Deswegen sind wir tief davon überzeugt, daß die Entspannungs-Politik gerettet werden kann und muß, weil sie dem Wunsch und Willen hunderter Millionen von Menschen entspricht. Die Verantwortung für die Bewahrung der Entspannungs-Ergebnisse ist nicht nur eine Verantwortung der Politiker, über die Zukunft der Welt und das heißt über Frieden und Krieg darf nicht nur in militärischen und politischen Kategorien gedacht werden. Die moralischen und geistigen Kräfte müssen noch mehr als früher mobilisiert werden.

Ich könnte noch weitere Probleme anführen, die hier diskutiert werden müssen. Eines will ich noch erwähnen, nämlich eines, das große Sorge verursacht, Es ist das Wiederaufleben reaktionärer religiöser Kräfte. Gerade solche Vertreter von Religionen, die sich als echte geistliche Kräfte darstellen wollen, be-

kennen sich zum politischen und sozialen Konservativismus. Und dies gilt sowohl für den christlichen als auch den nicht-christlichen Bereich. Die jüngsten Ereignisse im Nahen Osten oder die Wahl-Kampagne zur amerikanischen Präsidentenwahl beweisen das. Meine große Sorge ist es, daß das Christentum nicht fähig ist, an der Seite der in die Zukunft schauenden und weisenden progressiven Kräfte zu stehen. Müssen wir der Vergangenheit angehören oder finden wir Kontakt zu den die Zukunft formenden Kräften? Das ist die große Frage.

III.

Das Hauptthema unserer Tagung ist geeignet, die theologischen Grundlagen unserer Friedensarbeit weiter zu vertiefen. Unsere Verantwortung zu Frieden und Gerechtigkeit ist verwurzelt im Glauben an den gekreuzigten und auferstandenen Christus. Wenn wir über die Verheissungen Gottes nachdenken, dürfen wir nicht vergessen daß Gott nur denen Verheissungen gibt, die glauben und in die Zukunft blicken können. Gottes Verheissungen verpflichten uns, die Geschichte ernst zu nehmen, wie unser erster Präsident Prof. Hromádka des öfteren sagte. Ich möchte ihn wieder zitieren: "Laßt uns mit der Sehkraft des Glaubens erwägen, welche unübersehbaren Realitäten die Geschichte vor uns gestellt hat. Ignorieren wir nicht, was sich nicht ignorieren läßt."

Professor Hromádka machte uns auch darauf aufmerksam, daß Verheissung immer Aufgabe bedeutet. In der biblischen Offenbarung sind Verheissung und Berufung eng miteinander verbunden. Und Berufung bedeutet immer Dienst. Der Friedensauftrag, den wir in der CFK praktizieren wollen, verstehen wir ebenso wie unsere Vorgänger als einen Ruf Gottes zum Dienst am Menschen, der sich nach Frieden sehnt. Die Arbeit für den Frieden kann nur aus dem Glauben und im Glauben getan werden, weil uns nur durch den Glauben der Verheissung, die in Jesus Christus, dem Friedensfürsten, Erfüllung findet, zuteil wird.

Wir freuen uns aufrichtig, daß sich die Kirchen überall in der Welt immer intensiver mit den Friedensfragen befassen. Wir freuen uns, daß sie in der ökumenischen Bewegung so organisch und zentral behandelt werden. Doch in aller Demut und Bescheidenheit wagen wir zu sagen, daß dies auch ein wenig der mittelbare Verdienst der CFK ist. Wir sind fest davon überzeugt, daß es nicht umsonst gewesen ist, daß wir in unzähligen Konferenzen und Erklärungen die gemeinsame Verantwortung der Christen für den Frieden immer wieder betont haben.

IV.

Ein Wort zur Methode unserer Arbeit möchte ich noch hinzufügen. Wir brauchen den Beitrag aller, die hier an unserer Tagung teilnehmen. Wir möchten in einen lebendigen Gedankenaustausch über die schweren und heiklen Fragen der Welt von heute miteinander treten. Das darf jedoch nicht zum Selbstzweck werden. Unser gemeinsames Gespräch soll uns zu gemeinsamen Aktionen befähigen. Offenheit, Geduld und Bereitschaft zum Lernen muß die eine Seite unserer Arbeit bestimmen, die andere jedoch das eindeutige Engagement. Dazu muß gesagt werden, daß niemand von uns die Wahrheit besitzt, sie muß gemeinschaftlich gesucht werden. Das erkannte Stück der Wahrheit aber muß uns verpflichten. In der gegenwärtigen komplizierten Weltsituation unter den erhöhten Spannungen können wir für den Frieden nur dann etwas tun, wenn wir die Gesprächsbereitschaft von den gegenseitigen Positionen her erleichtern. Frieden entsteht nur durch die Begegnung und das Gespräch potentieller Gegner. Wir müssen alles tun, was in unserer Macht steht, daß die Kanäle der Kommunikation nicht verstopft werden. Wenn wir zur Förderung dieser hohen Ziele durch unsere Beratungen hier einen, sei es auch noch so bescheidenen, Beitrag leisten können, dann hat es sich schon gelohnt, nach Eisenach zu kommen. Mit diesen Gedanken grüße ich Sie noch einmal sehr herzlich und wünsche uns allen erfolgreiche Tage.

2. Anlage:

T h e s e n
zur Friedensethik

Peter Heyroth

Einige Vorsätze:

Das Atomzeitalter nötigt uns, den Krieg abzuschaffen, andernfalls wird der Krieg vermutlich dieses Zeitalter abschaffen (Gollwitzer).

Somit hat also die Frage nach Krieg und Frieden heute eine ganz andere Dringlichkeit erhalten, als sie das in der Geschichte je hatte.

Am 27. 4. 1957 veröffentlichten die Dekane der 6 evangelischen theologischen Fakultäten in der DDR eine Erklärung, in der es heißt:

"Mit der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland und der gesamten Ökumene sind wir eins in der radikalen Verwerfung der Massenvernichtungsmittel.

In ihnen werden Gottes Gaben, der menschliche Verstand wie die Kräfte der Natur, mißbraucht.

In ihnen wird der Mensch, der Gottes Ebenbild ist und für den Christus gestorben und auferstanden ist, verraten.

In ihnen wird die Güte des Schöpfers selbst gelästert.

Wir warnen davor, in dieser Sache mitzumachen oder sich verantwortungsloser Gleichgültigkeit und Resignation zu überlassen.

Die Weltgefahr, die nicht nur das gegenwärtige Geschlecht, sondern unsere Kinder und Kindeskiner bedroht, fordert den Einsatz jedes einzelnen, um das Ziel einer allseitigen Ächtung und Abschaffung der Massenvernichtungsmittel zu erreichen."

Diesen Sätzen schlossen sich alle Bischöfe der DDR mit ihrer Unterschrift an.

Voraus gingen vielfältige Überlegungen der Ökumene, Kirchen in der BRD (Heidelberger Thesen) und "die Aktion der Göttinger Achtzehn".

Christa Wolf schreibt in ihrem Buch 'Kindheitsmuster':

"Allmählich - über Monate hin, stellt sich das Dilemma heraus, sprachlos bleiben oder in der dritten Person leben/reden, das scheint zur Wahl zu stehen". Martin Buber hat - vor Jahren auf die Frage - warum bisher alle Aufrufe gegen die Atomwaffen ziemlich wirkungslos verhallt seien, ähnlich geantwortet:

Es fehlte ihnen das Engagement, d.h. sie sagten nur, was andere Leute, diejenigen in Regierungen und Generalstäben, tun sollten, nicht aber sagten sie aus, was die Verfasser jener Aufrufe selber tun würden, wozu sie sich selbst engagierten.

Ihnen fehlt ein Satz, der mit "ich" anfängt. ICH selbst werde im Ernstfalle dies tun und nicht das! Nur, wenn ein Mensch sich so verbindlich engagiert, hört man wirklich hin.

"Die Notwendigkeit des Weltfriedens ist keine Sache des Christentums, erst recht kein schwärmerischer Satz, sondern eine Aussage der profanen Vernunft" (Heidelberger Thesen, zur Frage des Atomkrieges)

- 1) Politische Friedensethik ist heute eine Forderung der VERNUNFT.
 - a) - angesichts des absurden Rüstungswettlaufs
 - b) - der ökologischen Krise und Zukunftsprobleme, um Ressourcen und Kräfte freizusetzen, die Überlebensbedingungen zu gewinnen
 - c) - angesichts der wachsenden Interdependenz von Staaten und Völkern, die zukünftigem Leben nur noch ein Miteinander möglich erscheinen läßt.

- 2) Das Neue Testament bezeugt den Frieden als ein Tun Gottes, das dem Menschen im Lebenswerk Christi eröffnet wird (Eph. 2, 13+14). Friede setzt mit der Erneuerung des Menschen in seiner Beziehung zu Gott, dem Mitmenschen, zur Welt ein. Er bewirkt Heilung der Lebensangst und unserer Friedlosigkeit. So setzt er frei zum sozialen Leben aus dem Frieden Christi.

Weil Gott den ersten Schritt im Kommen Christi tat wird er immer wieder neu möglich durch Umkehr, Buße, am verkehrten Tun und begründet neu Vertrauen zur Schöpfung und zur Weltverantwortung.

- 3) Das soziale Leben aus dem Frieden Christi bewährt sich auf Gottes geliebter Erde in der Bruderschaft des Glaubens und Nächstenliebe - aus dem Frieden Christi geboren -, sie säkularisiert sich zum Handeln in mitmenschlicher Verantwortung. In dem Maße, indem der Friede Christi auch Erneuerung und Freisetzung der Vernunft ist (Rm. 12, 2, Eph. 5, 15/17), Vernunft den Nächsten in seinen sozialen und menschlichen Verpflichtungen erkennt, wird Nächstenliebe unumgänglich auch zu politisch-gesellschaftlicher Verantwortung.
- 4) Christen entdecken dabei, daß sie mit Nichtchristen zusammentreffen. Mit ihnen gemeinsam erkennen sie ihre Verantwortung für diese Erde, für alles Vorfindliche, für das Leben.
- 5) Aus dem Frieden Christi kommend, werden Christen durch die negativen Erfahrungen mit menschlicher Unvernunft und den Widrigkeiten des Lebens (Absurdität des Rüstungswettlaufs der Fragwürdigkeit des sog. Abschreckungsfriedens, Leid und Tod) nicht völlig überrascht und zur Resignation getrieben. Aus dieser Geborgenheit um Gott sind sie mobilisiert, Enttäuschungen zu überwinden, Schuld zuzugeben, einen neuen Anfang zu wagen.
- 6) Im Übergang aus dem Frieden Christi zum Vertrauen, zum neuen Anfang, steht die christliche Friedenserziehung. Sie wird geprägt von der politischen Verantwortung, von der Kenntnis gesellschaftlicher Prozesse und Wandlungen, und weiß sich verpflichtet, im Bündnis mit Nichtchristen Alternativen des Handelns zu planen, zu fordern und zu beschreiten, zu lernen.

- 7) Aus dem Frieden Christi kommend, sieht christlicher Glaube Weltgemeinschaft im Licht des umfassenden Schalom des kommenden Reiches Gottes. Friede, Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Freiheit gelten als Gottes Verheißung allen Menschen und nicht erst in der zukünftigen "Stadt Gottes". Alles andere wäre Vertröstung, warten auf einen St. Nimmerleinstag.
- 8) Friedensverantwortung schließt den sozialen Rechts- und Freiheitskampf ein. Er wird bestimmt durch die Gefährdungen und Verwundungen menschlichen Lebens (Lateinamerika, Afrika u. a.). Dabei wird die Spannung menschlicher Schuld und das Angewiesensein auf Gottes Barmherzigkeit und die Möglichkeit des Neuanfangs menschlicher Gemeinschaft deutlich. (Aufarbeiten der Geschichte).
- 9) Die Herausforderung durch Krieg, Aufrüstung, Atombedrohung und der Folgen chemischer und biologischer Vernichtungsmittel fordert aus der Verantwortung christlicher Existenz und in internationaler Solidarität ein klares Nein und weiß sich im persönlichen Engagement und Kampf um seine Konkretisierung von der Friedensverheißung Christi getragen.

Nachsatz - Text eines Spirituale -

Wenn ich ein Architekt wäre,
würde ich Brücken bauen.
Brücken zu fernen Ländern,
nach Asien, Afrika und Südamerika;
Brücken nach Europa, Irak, Irland.
Ich würde einen Gang machen
um die Erde, um andere Leute zu besuchen.
Wenn wir einander die Hände reichen, bauen wir Brücken,
viele kleine.

3.1. Frieden als Gabe

Wo die Botschaft vom anbrechenden Reich Gottes von Menschen in Glaube, Hoffnung und Liebe angenommen wird, dort herrscht "Frieden mit Gott" (Röm 5,1). Frieden mit Gott ist als Qualität der erneuerten Beziehung zwischen Gott und Mensch zugleich ein Geschenk, das eine neue Beziehung der Menschen untereinander möglich werden läßt. So kann Frieden als Folge einer neuen Gottesbeziehung auch im schlechten Zustand der Welt zeichenhaft Wirklichkeit werden. Als jederzeit noch gefährdete und unvollkommene Wirklichkeit mitten in einem Zustand des Unfriedens ist dieser Frieden für den Glaubenden nicht vom Bekenntnis zu Jesus als dem Christus zu trennen: "Er ist unser Friede" (Eph 2,14). Christen können von der Gabe des Friedens sprechen, weil Frieden in Jesus Christus da ist und ihnen im Zuspruch der Vergebung und in der Umkehr des Herzens als gegenwärtig begegnet.

In der Reich-Gottes-Verkündigung Jesu wird dieser Frieden angesagt. Das Reich Gottes wird in Röm 14,17 geradezu als Gerechtigkeit, Frieden und Freude beschrieben. Obwohl es als neue Schöpfung Gottes radikal von dieser Weltzeit unterschieden ist, sind die Zeichen dieses Reiches in den Worten und Taten Jesu von Nazareth bereits anwesend und wirksam; das Reich Gottes ist in ihm bereits "nahe herbeigekommen" (Mk 1,15). "Von seinen Reden und Taten geht die gewaltige Gegenströmung in den Fluß der Weltzeit aus: Freiheit in das Netzwerk der Gebundenheit, Liebe in das Gefälle des Hasses, Heilung in die Leiden und Schmerzen des Kranken, Leben in die Welt des Todes." (1) Christologisches Bekenntnis und eschatologische Reich-Gottes-Verkündigung machen den gegenwärtigen Frieden Gottes unter uns manifest. Sie bringen damit zugleich die unaufhebbare Differenz dieses Friedens zu allen Friedensbemühungen dieser Weltzeit zum Vorschein.

3.2. Frieden als Verheißung

Der Glaube an die Friedensverheißung Gottes hält die Geschichte für Gottes Friedenshandeln offen. Um die Erfüllung dieser Verheißung bitten die Christen, wenn sie sprechen: "Dein Reich komme". Die Verheißung ermöglicht und rechtfertigt das Vertrauen, daß die neue Qualität der Gottesbeziehung auch im Zustand der Welt ihre Spuren hinterläßt und so Gottes Nähe an allem und in allem hervorscheint (1 Kor 15,28). Sie befreit zu einer Haltung der Gelassenheit, die das Scheitern der eigenen Friedensbemühungen, so schmerzlich es ist, erträgt und die letzte Initiative dem Handeln Gottes anheimstellt.

(1) H.-J. Kraus, Reich Gottes: Reich der Freiheit, Neukirchen 1975, S. 17f

Weil Frieden in seiner vollen Gestalt als Reich Gottes allein ein Werk Gottes ist, deshalb können und müssen Christen im Namen dieses Friedens alle Versuche kritisieren, menschliche Friedensprogramme als vollkommen zu erklären und zu verabsolutieren. Erst das Reich Gottes bringt in seiner Vollendung Gerechtigkeit und Frieden und damit das Ende von Gewalt, Not und Unfreiheit (vgl. 4.1.). Frieden ist als vollkommene Gabe des Reiches Gottes für Christen eine Verheißung, die innergeschichtlich nicht einlösbar ist. Ihr gegenüber bleiben alle menschlichen Friedensentwürfe und -utopien vorläufig und defizitär.

Andererseits ermöglicht die Verheißung des Friedens vernünftiges menschliches Friedenshandeln, das auf Verringerung des Unfriedens gerichtet ist, ohne von dieser Verringerung bereits seine Beseitigung zu erwarten.

Ermöglichung des Handelns aus der Verheißung des Friedens und eschatologische Kritik bewahren vor der Versuchung einer rein apokalyptischen Zuordnung von Gott und Welt, von Gottesfrieden und Weltfrieden. Sie widerstreiten ebenso einer bloßen Verinnerlichung der Gabe des Friedens Gottes.

3.3. Frieden als Aufgabe

Die Verkündigung von der anbrechenden Herrschaft des Reiches Gottes stellt Christen stets neu in die Spannung zwischen Gegenwart und Zukunft des Friedens Gottes, zwischen Gabe und Verheißung, zwischen seine zeichenhaft schon gegenwärtige Wirklichkeit und seine verheißene Vollendung. In dieser Spannung liegt nicht nur Kritik an menschlichen Friedensvorstellungen begründet, sondern auch und vor allem die Hoffnung, daß Unfrieden in Gestalt von Gewalt, Not und Unfreiheit "gegen alle Hoffnung" hier und jetzt verringert werden kann und vernünftiges menschliches Handeln zum Zweck solcher Verringerung nicht vergeblich ist. Die "Vernünftigkeit" eines solchen Friedenshandelns wird nicht zuerst an den Erfahrungen vergangener und gegenwärtiger Friedlosigkeit gemessen werden dürfen. Sie wird vielmehr von der geschichtlich noch kaum erkennbaren, aber verheißenen Zukunft des Reiches Gottes bestimmt. Dieses Bestimmte vom ausstehenden Reich Gottes zeigt sich in Umkehr und Glauben, aber auch in tätiger Nachfolge. In der Nachfolge erkennt der Christ die Not des Unfriedens und die Nötigung zum Friedenshandeln; Frieden wird zu einer "Dimension" der Nachfolge.

Ein solches Friedenshandeln wird möglich, weil der Reich-Gottes-Verkündigung Jesu ethische Konsequenzen entsprechen, die im Neuen Testament beschrieben werden, z. B. Gewaltverzicht und Feindesliebe (Mt 5,38 ff.). Die Verringerung von Gewalt, Not und Unfreiheit in ihren konkreten geschichtlichen Ausprägungen ist daher eine Aufgabe, die aus der Verkündigung des Reiches Gottes für diese Weltzeit folgt. Sie eröffnet einen Prozeß der "Minimierung von Unfrieden", der als "Gleichnis des Reiches Gottes" verstanden werden kann.

4. Friedenswissenschaftlicher Bezug

4.1. Frieden als Prozeß der Minimierung von Unfrieden

Einen Ansatz für christliches Friedenshandeln bietet die in der Studie "Eschatologie und Frieden" der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) zugrundegelegte sogenannte Minimierungsthese. (2) Nach dieser These kann Frieden als Prozeß der Verringerung von Gewalt, Not und Unfreiheit verstanden werden. Frieden wird nicht positiv definiert; vielmehr werden verschiedene Phänomene des Unfriedens beschrieben, um auf dem Weg über diese Beschreibung zur Erfassung der Defizite und damit der positiven Dimensionen des Friedens zu gelangen. Die Dimensionen des Friedens zeigen sich dort, wo Gewalt begrenzt, Not gelindert und Unfreiheit abgebaut wird. Ein positives Verständnis von Frieden ("positiver Friedensbegriff") und damit ein Zugang zu produktivem Friedenshandeln eröffnet sich nach der Minimierungsthese erst "auf dem Weg der Aufklärung seiner Dimensionen" (3).

Die Minimierungsthese stellt einen realistischen Bezugsrahmen für christliches Friedenshandeln bereit: Sie verbindet ein prozessual-dynamisches Friedensverständnis mit inhaltlichen Aussagen über ein zukunftsbezogenes Friedenshandeln, ohne dabei die Wirklichkeit des Unfriedens auszublenken oder einseitigen ideologischen Zielsetzungen zu unterliegen (4).

4.2. Unteilbarkeit des Friedens

Die Minimierungsthese der FEST enthält als weiteres Element die Vorstellung von der Unteilbarkeit des Friedens. Die wechselseitige Verschränkung der drei Minimierungsprozesse verhindert ein Auseinanderfallen in partikuläre Friedensverständnisse und Handlungsebenen. "Unteilbarkeit des Friedens" besagt, daß keine für den Menschen wichtigen Dimensionen des Friedens gegenüber einer anderen Dimension vernachlässigt oder auf Kosten einer anderen favorisiert werden darf. Der Unteilbarkeitsgedanke postuliert, immer "das Ganze" des Friedens im Blick zu behalten.

4.3. Frieden als Gestaltungsaufgabe

Die Verbindung des prozessual-dynamischen Friedensverständnisses mit dem Gedanken der Unteilbarkeit des Friedens macht deutlich, daß Frieden eine positive Gestaltungsaufgabe ist. Die genannten Minimierungsprozesse gehen über in Gestaltungsprozesse, die einem positiven Friedensbegriff verpflichtet sind. Der Minimierung von Not, Gewalt und Unfreiheit muß daher positiv immer wieder die Ermöglichung von sozialer Gerechtigkeit, einer Welt ohne Krieg und freier Entfaltung des einzelnen folgen.

(2) vgl. Eschatologie und Frieden, hrsg. von Gerhard Liedke, in der Reihe 'Texte und Materialien der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft', Reihe A, Nr. 6 (Band 1), Heidelberg 1978, hier besonders S. 4 ff

(3) a.a.O. S. 11. - Auf diese Weise entgeht der positive Friedensbegriff der Gefahr einer bloß normativen Setzung seiner Inhalte.

(4) vgl. a.a.O. S. 5 f

4.4. Friedenshandeln als umfassende Aufgabe

Christliches Friedenshandeln steht in der Spannung zwischen Gabe und Verheißung des Friedens und folgt als Aufgabe aus dieser Spannung (vgl. 3.).

Es zielt auf das in dieser Spannung hier und jetzt Machbare: auf die Verringerung von Unfrieden und die Gestaltung von Frieden in seinen individuellen, zwischenmenschlichen, gesellschaftlichen und globalen Bezügen. Damit trägt es notwendig umfassenden Charakter: es kann grundsätzlich keinen dieser Bezüge ausklammern. Politisches Handeln für den Frieden ist Teil dieser umfassenden Aufgabe, nicht jedoch schon die Aufgabe selbst. Welche Bedeutung es im Rahmen der Friedensgestaltung erhält, hängt ab von der konkreten Sachfrage (vgl. 2.) und von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die kirchlichem Friedenshandeln vorgegeben sind.

5. Politischer Bezug

5.1. Friedenssicherung als politische Aufgabe

Frieden als umfassende Gestaltungsaufgabe ist heute angesichts des Ausmaßes, der Komplexität und wechselseitigen Abhängigkeit der Weltprobleme zur wichtigsten politischen Aufgabe geworden. Ihre Bewältigung erfordert Sachverstand, Beherrschung der vorhandenen politischen Mittel und die Fähigkeit zur politischen Durchsetzung von Lösungen. Dies trifft vorrangig auf den Bereich der Friedenssicherung zu, wo Elemente "klassischer" Sicherheitspolitik mit militärischen Mitteln (Verteidigung und Rüstung) und Formen nicht-militärischer Sicherheitspolitik (Vorträge, Entspannung, Vertrauensbildung) miteinander kombiniert werden. In jüngster Zeit entwickelt sich die Dynamik der Rüstung weltweit jedoch schneller als die Dynamik politischer Friedenssicherung; diese stagniert, während jene eskaliert (vgl. 2.1.).

5.2. Gefährdungen und Chancen politischer Friedenssicherung

Die politische Aufgabe am Beginn der 80er Jahre besteht vorrangig darin, die politischen Mittel und Institutionen der Friedenssicherung (Entspannung, Vertrauensbildung; UNO, KSZE) beschleunigt auszubauen und zu verbessern und parallel dazu die militärischen Instrumente der Friedenssicherung (Waffen, Rüstungen, Armeen) schrittweise abzusenken. Dies ist dringend notwendig,

- weil die fortschreitende Rüstung infolge neuer Waffentechnologien (verbesserte Steuerungstechnik und Zielgenauigkeit im nuklear-strategischen und im Mittelstreckenbereich, z. B. Pershing II, Cruise missiles, SS 20) und in Verbindung mit neuen militärischen Strategien (Option für begrenzte nukleare Kriege, "eurostrategisches" Konzept, Wiedergewinnung nuklearer Erst-Schlags-Kapazität) Abschreckung als bisheriges Mittel der Friedenssicherung immer mehr aushöhlt und erkennbar ein Zwangsgefälle zum Krieg bekommt;

- weil das zu sichernde militärische Gleichgewicht nicht definierbar ist und ständig in Richtung Übergewicht verändert wird;
- weil Rüstung immer weniger politisch kontrollierbar, geschweige denn steuerbar ist;
- weil Politik mehr und mehr zu einer abhängigen Größe militärstrategischer Optionen zu werden droht, anstatt der Militärstrategie politische Ziele und Grenzen zu setzen.
- weil der expandierende Rüstungs- und Verteidigungssektor Intelligenz, Geld und Ressourcen bindet, die zur Beseitigung materieller Not in der Dritten Welt dringend benötigt werden;
- weil die fortgesetzte Verweigerung elementarer Lebensrechte und fehlende politische Selbstbestimmung (z. B. im Nahen Osten) gewaltsame Konfliktlösungen begünstigt und die Gefahr der Eskalation zu globalen militärischen Auseinandersetzungen erhöht.

Eine Verminderung der Rüstungspotentiale ist möglich,

- weil ausreichende Sicherheit - national wie bündnisintern - ebensogut auf geringerem Rüstungsniveau erreicht werden kann;
- weil die Konzepte von Rüstungskontrolle, Rüstungsbegrenzung, "kooperative Rüstungssteuerung" sicherheitspolitisch optimierbar sind;
- weil die Möglichkeiten der UN-Charta, der KSZE-Schlußakte und anderer Konzepte für eine alternative Sicherheitspolitik bei weitem noch nicht ausgeschöpft sind;
- weil selbst Militärs die Logik der neuen nuklearstrategischen Konzepte anzweifeln und an der Entwicklung alternativer militärischer Sicherheitsstrategien arbeiten.

5.3. Kirchliches Friedenshandeln vor dem Dilemma traditioneller Sicherheitspolitik

Wie kann das Friedenshandeln der Kirchen vor dieser schwierigen abrüstungs- und sicherheitspolitischen Aufgabe politisch relevant werden? Wie kann die Kirche der Gefahr des unerleuchteten Politisierens oder der Einmischung in sachfremde Bereiche entgehen?

Nach Auffassung in den evangelischen Kirchen hat die Kirche die Aufgabe, die politisch Verantwortlichen an die grundlegenden Maßstäbe politischen Handelns zu erinnern, nicht aber konkrete politische Handlungsempfehlungen zu geben. Wenn aber, wie am Beispiel der gegenwärtigen Rüstungssituation deutlich wird (vgl. 5.2.), die verfügbaren Mittel der Politik in ihrer gegenwärtigen Ausprägung nicht mehr "greifen", d. h. als Instrumente der Friedenssicherung derzeit keine erkennbar steuernde oder korrigierende Wirkung auf den Rüstungswettlauf ausüben (vgl. SALT II, MBFR), dann "greift" auch der pauschale Rückgriff auf "die Maßstäbe" politischen Handelns nicht mehr. Er gerät vielmehr in Gefahr, zu einem beliebig integrier- und zitierbaren

"Schnörkel" zu werden. So wird der in sich richtige Hinweis auf die Aufgabe des Staates, die Sicherheit seiner Bürger zu schützen, problematisch, wenn die Mittel der Sicherheitspolitik nicht Sicherheit, sondern vermehrte Unsicherheit erzeugen, und wenn in einem solchen Hinweis die Ambivalenz militärischer Friedenssicherung mit nuklearen Waffen nicht ausreichend bedacht wird.

Die Frage nach verantwortbaren Mitteln einer vernünftigen Friedenspolitik, die Leben und Überleben auch kommender Generationen schützen kann, ist somit immer dringlicher gestellt. Sie zielt auf die gleiche Ebene, auf der christlichem Friedenshandeln die Aufgabe "Minimierung von Gewalt" als Handlungsdimension zufällt (vgl. 4.1.). Deshalb sollten Kirchen, ohne hierin der Entscheidungskompetenz der Politiker vorgreifen zu wollen, eine Beurteilungsfähigkeit in den Fragen von militärischer und politischer Friedenssicherung entwickeln, die sie auch zu politisch sachgemäßem Reden befähigt (vgl. 6.2., 6.5.).

III. Politisches Wirksamwerden christlichen Friedenshandelns

6. Kriterien politischen Wirksamwerdens

Für das politische Wirksamwerden christlichen Friedenshandelns ergeben sich auf dem beschriebenen Hintergrund eine Reihe von Kriterien, die im kirchlichen Friedensgespräch mit Staat und Gesellschaft zu beachten sind.

6.1. Was politisch wirksam werden soll, muß politisch sachgemäß sein

Die Erwartung, christliches Friedenshandeln solle politisch wirksam werden, ist nur auf der Grundlage politischer Sachgemäßheit kirchlichen Redens und Handelns einlösbar.

"Politisch sachgemäß" bedeutet ein dreifaches: Zunächst, daß das Selbstverständnis kirchlichen Friedenshandelns nicht nur Ausdruck einer allgemeinen, theologisch und ethisch begründeten Friedensgesinnung und einer daraus folgenden Friedensverantwortung ist, sondern einen sachkompetenten, reflektierten und konstruktiven Bezug zur Ebene der politischen Friedensaufgabe wesentlich (und nicht nur beiläufig) einschließt.

"Politisch sachgemäß" bedeutet zweitens, daß die Kirchen in der Praxis ihres Redens und Handelns zum Frieden, zu Abrüstung und Sicherheit nicht nur bereits akzeptierte Überzeugungen und Meinungen vertreten ("Auch wir sind dafür"), vielmehr sachlich fundierte eigene Meinungen zu aktuellen friedenspolitischen Fragen äußern, die ein informiertes Problembewußtsein erkennen lassen und dem politischen Gesprächspartner signalisieren, was die Kirchen zur Sache denken und warum sie reden.

Schließlich wird es Situationen geben, in denen ein solches problembewußtes Reden direkt in eine politische Position (Meinung, Erwartung, konkrete Option, Anfrage) einmündet. Darin kommt zum Ausdruck, daß die Kirchen unter Wahrung

der politischen Entscheidungskompetenz des Staates ein politisches Urteil für sich in Anspruch nehmen und aus diesem heraus konkret Stellung beziehen (Beispiel: Moratoriumsvorschlag auf der Bundessynode Dessau 1979). Das Urteilen in Fragen des Friedens erwächst aus dem eigenständigen kirchlichen Auftrag zum Frieden. Erst in einer Position tritt die Beurteilung der Situation offen zutage, kommen die Motive des eigenen Handelns unverstellt ans Licht, wird die Entscheidung darüber, was hier und jetzt dem Frieden dient, für andere eindeutig erkennbar. Zugleich wird darin erst sichtbar, welche Maßstäbe für vernünftiges Friedenshandeln (vgl. 6.3.) in Geltung sind.

6.2. Zur Politik reden darf auch der, der keine unmittelbare politische Verantwortung zu tragen hat

Politisches Wirksamwerden des christlichen Friedenshandelns bedarf - über seine Grundlegung und Vergewisserung im biblischen Friedenszeugnis hinaus (vgl. 3.) - vor allem der Legitimation durch eigene politische Urteilsfähigkeit. Die Friedensarbeit der Kirchen in der DDR, Kontakte zu anderen Kirchen und kirchlichen Zusammenschlüssen und die Partizipation an einschlägigen ökumenischen Studienprozessen, wie z. B. dem Programm für Abrüstung und gegen Militarismus und Wettrüsten des ÖRK, haben in den letzten Jahren eine Zunahme an Problembewußtsein und Sachkompetenz bewirkt, das die Kirchen auch zur Artikulation eigener politischer Überzeugungen und Positionen gegenüber der Regierung befähigt.

Die Kompetenz jeglichen politischen Urteils ist an den politischen Sachverstand gebunden (vgl. 6.1.). Dieser ist nicht gleichsam exklusiv dem politischen Entscheidungsträger reserviert, sondern steht durch entsprechende Aufklärung und Information auch dem Nicht-Politiker zur Verfügung. Wissenschaftliche Politikberatung und -analyse stellen heute ein Potential kritischer politischer Informiertheit und Meinungsbildung bereit, durch das mit der politischen Urteilsfähigkeit zugleich auch die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit des Urteils wachsen kann. Eine gute Hilfe hierfür sind die unabhängig von ihren nationalen Regierungen arbeitenden wissenschaftlichen Friedensforschungsinstitute, in denen durch fächerübergreifende und transnationale Kommunikation Ansätze und Impulse z. B. für eine vernünftige alternative Friedens- und Sicherheitspolitik entwickelt worden sind (vgl. 6.3.).

Wo die Kirchen Einsichten und Ergebnisse aus diesem Bereich aufgreifen und verarbeiten, wächst ihnen auch die Fähigkeit zu eigenständiger friedenspolitischer Meinungsbildung und Argumentation zu. Wenn dies nach Abwägen aller Sachmomente zu politischen Aussagen führt, kann es vom Staat nicht mehr unbesehen als politisch irrelevant abgewiesen oder mit dem Hinweis auf mangelnde Zuständigkeit abgetan werden.

Die KSZE-Schlußakte von Helsinki hat in dieser Frage eine positive Perspektive eröffnet. Sie erkennt in Punkt IX ihres Prinzipienkatalogs auch nichtstaatlichen Institutionen und Organisationen "eine relevante und positive Rolle" zu, zur Erreichung der Ziele z. B. des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit beizutragen. (5)

(5) Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, in: Für Entspannung und dauerhaften Frieden in Europa. Dokumente, Berlin 1978, S. 129 ff, hier S. 136

Dieser Beitrag ist nicht an die Fähigkeit gebunden, die erklärten Ziele und Absichten auch selber politisch durchsetzen zu können.

6.3. Politisch vernünftig ist, was allgemein zugemutet werden kann

Die Aufgabe der Sicherung und Gestaltung des Friedens wird heute weitgehend durch das politisch gerade Machbare bestimmt. Sie ist langfristig jedoch nicht ohne kritische Prüfung leistbar, was in der gegenwärtigen Weltlage - über den Prozeß der Minimierung von Gewalt hinaus - als politisch vernünftig und damit politischer Gestaltung aufgetragen angesehen werden muß. Einen allgemeinverbindlichen Konsens gibt es in dieser Frage nicht, weil als "politisch vernünftig" in der Regel dasjenige gilt, was den jeweiligen partikularen (nationalen, bündnispolitischen, ideologischen) Interessen nützt. Demgegenüber hätte als vernünftig das zu gelten, "was jedem zugemutet und von jedem erwartet werden kann" (6). Das Vernünftige "als das allgemein Zumutbare" (7) ist in den Überlebensfragen von Abrüstung und Sicherheit nicht mehr aufgrund partikularer Zielsetzungen zu ermitteln - sonst wäre es nicht "allgemein" - sondern nur noch im Horizont des Überlebens aller. Das Überleben aller in einer zukünftigen gerechten Friedensordnung ist als das allen Zumutbare auch das politisch Vernünftige.

Eine solche Bestimmung bleibt vorläufig kontrovers. Sie macht die Krise der Selbstgewißheit der Vernunft offenbar, die in der Gefangenschaft einseitiger Rationalisierungen von Frieden und Sicherheit das Allgemeine aus den Augen verloren hat.

Es gehört zu dieser Kontroverse, daß die These von der Grenze und Krise partikularer Bestimmungen des Vernünftigen in der sozialistischen Gesellschaft gerade bestritten wird und somit eine Verständigung darüber erschwert ist, was als politisch vernünftig zu gelten hat. Deshalb müssen Christen bei der Frage nach dem politisch Vernünftigen die Erkenntnis des Glaubens zu Hilfe nehmen und das dem Glaubenden Zugemutete mit dem als allgemein zumutbar Erkannten in einen konstruktiven Dialog bringen. Dies gilt umso mehr, wo neue, vernünftige Wege der Friedenspolitik zu suchen sind.

Diese Überlegung eröffnet Zugänge zu einigen im ökumenischen Friedensgespräch bereits diskutierten Vorschlägen ("Intelligente Feindesliebe", Mitbedenken der Sicherheit des Gegners im eigenen Sicherheitskonzept, Vorschlag eines Moratoriums für Mittelstreckenwaffen in Europa).

(6) Friede auf Erden. Einladung zum Gespräch, hrsg. vom EAK Bayern, Februar 1980, S. 14.

(7) ebd., S. 14

bezüglich der politischen Entscheidungskompetenz durch eine größtmögliche Symmetrie auf der Ebene der Sach- und Beurteilungskompetenz ausgeglichen wird (hierfür könnte dann evtl. der Begriff "Partnerschaft" zutreffen.). Auf Seiten der Kirche würde dies außer einer erheblich gründlicheren sachlichen Vorbereitung voraussetzen, bei aller Hörbereitschaft nicht auf die Meinung der anderen Seite fixiert zu sein und die Entscheidung über die Vernünftigkeit der eigenen Argumente nicht vom Urteil oder Wohlwollen des Gegenübers abhängig zu machen.

Politisches Wirksamwerden ist darüberhinaus - unabhängig von der Ebene politischer Gespräche - überall dort möglich, wo sich sachliche Diskussionen von Friedens- und Abrüstungsfragen argumentativ entfalten kann. Zu fragen wäre, ob die weitverbreitete politische Unmündigkeit und Apathie in den christlichen Gemeinden nicht auch und gerade ein politisch wirksames Friedenshandeln der Kirchen nach innen nötig macht. Das 1978 von der Konferenz der Kirchenleitungen beschlossene "Studien- und Aktionsprogramm Erziehung zum Frieden" des Bundes könnte hierfür eine Hilfe sein.

6.6. Was politisch sachgemäß ist, kann auch pastoral bedeutsam werden

Die politische Dimension christlichen Friedenshandelns unterscheidet sich von der pastoralen Dimension (Verkündigung, Seelsorge, Beratung) durch den Adressaten, den Inhalt und die Umstände, unter denen das Thema Frieden zur Sprache kommt. Beide Weisen des Redens und Handelns stehen jedoch grundsätzlich vor denselben Aufgaben und Schwierigkeiten. Die gegenwärtige Situation politischer und militärischer Destabilisierung macht die Risiken der Friedenssicherung erneut bewußt, läßt andererseits die Herausforderung, die in dieser Situation liegt, umso deutlicher hervortreten (10).

Damit wird die herkömmliche Unterscheidung fragwürdig, wonach politisches Reden der Kirche vor allem die politische Verantwortung einzuschärfen habe, pastorales Reden dagegen der Tröstung und Ermutigung der Betrübten dienen müsse. Beide Weisen des Redens müssen vielmehr auf je verschiedene Weise versuchen, das Vernünftige im Sinne des allgemein Zumutbaren (vgl. 6.3.) zu erfassen und angemessen zur Sprache zu bringen. Diese Notwendigkeit erlaubt eine neue Zuordnung von politischem und pastoralem Reden und Handeln der Kirchen zu Friedensfragen. Je konkreter im politischen Reden und Handeln der Kirchen das Vernünftige zum Ausdruck kommt, desto nachhaltiger kann auch im pastoralen Reden das verbreitete Gefühl der Ohnmacht und Angst durchbrochen werden.

In dieser Verhältnisbestimmung von pastoralem und politischem Reden könnte die theologische Lehre Luthers von der

(10) Vgl. "Erklärung zur gegenwärtigen weltpolitischen Situation" des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Januar 1980, Pkt. 2 f

gegenseitigen Zuordnung von Evangelium und Gesetz neu wirksam werden. Wenn Menschen erkennen, daß ein Ausweg aus dem gegenwärtigen Sicherheitsdilemma sichtbar wird, der auch politisch zumutbar ist, wird diese Erkenntnis für sie auch pastoral bedeutsam sein. Sie kann hilfreicher und befreiender sein als ein abstraktes Reden, das gerade wegen seiner mangelnden politischen Sachgemäßheit Zuflucht zu allgemeinen Formeln nehmen muß und dadurch das Gefühl der Ohnmacht vermehrt, statt es abzubauen.

7. Kirchliches Friedenshandeln im Kontext der DDR-Gesellschaft

Das Friedenshandeln der Kirchen in der DDR vollzieht sich unter gesellschaftlich-politischen Rahmenbedingungen, die durch den politischen Machtanspruch der SED, eine ihm zugeordnete innere Bündnispolitik, durch eine ideologisch geprägte Theorie und Praxis der Friedenspolitik und durch ein hohes Sicherheitsbedürfnis mit Priorität der Sicherheitspolitik nach innen und außen gekennzeichnet sind. Dem steht eine weitverbreitete Indifferenz der Bürger in Friedensfragen gegenüber.

Politisches Reden und Handeln, vor allem im Bereich von Abrüstung und Friedenssicherung, ist unter diesen Bedingungen latent konflikträchtig. Es unterliegt leicht dem Verdacht der Einmischung in staatliche Kompetenzen, der Hinterfragung der real-politischen Machtverhältnisse, des politischen Dilettantismus, des "Neutralismus" oder mangelnder Parteilichkeit.

In jüngster Zeit wird vonseiten des Staates ein neuer Vorwurf laut: Die Kirchen, wo sie zu Fragen der Friedenspolitik, zu Abrüstungsproblemen oder Fragen der militärischen Friedenssicherung Stellung nehmen, verträten pazifistische Positionen. Damit ist ein alter Begriff neu in die friedenspolitische Diskussion eingeführt, was zwar noch nichts über die wirkliche Haltung der Kirche in der Sache sagt, was aber infolge der bloßen Verwendung des Begriffs Pazifismus die Kirchen mit einer bestimmten Position identifiziert und zu einer differenzierten Auseinandersetzung nötigt.

IV. Das Problem Pazifismus

8. Pazifismus als vielschichtiger Begriff

Der Begriff Pazifismus "schillert". Seine undifferenzierte und fast beliebige Verwendung beruht auf seiner mangelnden definitorischen Klarheit und unterschiedlichen Auslegungsfähigkeit. Dies läßt ihn als exakte Beschreibung friedensethischer und -politischer Motive und Tendenzen eher als ungeeignet erscheinen. Hinzu kommt, daß ganz unterschiedliche (historische, gesellschaftliche und politische) Ausprägungen organisierter Friedensbewegungen unter den Begriff "Pazifismus" subsumiert werden und die pazifistische Bewegung selber einer geschichtlichen Entwicklung unterliegt.

Eine Klärung des Pazifismus-Verständnisses ist daher unumgänglich.

9. Pazifismus im marxistischen Verständnis

Lediglich einschlägige DDR-Wörterbücher bieten vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus eindeutige Definitionen zum Stichwort Pazifismus an, so z. B. die folgende:

"Pazifismus: bürgerliche politische Strömung und Ideologie, die unter der Losung des Friedens um jeden Preis gegen alle Arten von Kriegen auftritt. Der P. läßt den Klassencharakter des Krieges unberücksichtigt und lehnt auch den gerechten Krieg - den revolutionären Krieg der fortschrittlichen Klassen wie auch den nationalen Befreiungskrieg - ab. Er führt den Kampf um den Frieden nicht als Kampf gegen die sozialen und politischen Ursachen der Kriege in der antagonistischen Klassengesellschaft, namentlich im Imperialismus ..." (11)

Deutlicher und für die politische Beurteilung pazifistischer Tendenzen in der sozialistischen Gesellschaft aufschlußreicher äußert sich "Meyers Jugendlexikon Philosophie":

"Der Pazifismus geht von extrem unwissenschaftlichen Vorstellungen eines Friedens um jeden Preis aus ... Der Imperialismus versucht mit Hilfe des Antikommunismus, den Pazifismus gegen die Politik der sozialistischen Staaten auszuspielen und besonders junge Menschen mit religiösen Auffassungen von der Wahrnehmung der Pflicht zur Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes abzuhalten. Pazifistische Einstellungen in der sozialistischen Gesellschaft dienen lediglich den Interessen der reaktionären imperialistischen Kräfte." (12)

Die klare Einordnung des Pazifismus in eine klassenfeindliche, antisozialistische Strategie weist darauf hin, daß der Pazifismus-Vorwurf in der sozialistischen Gesellschaft eng mit dem Verdacht der inneren und äußeren Destabilisierung verbunden wird. Andererseits ist die Pazifismus-Definition hier so einseitig von ideologischen Prämissen bestimmt, daß sie für eine umfassende Beschreibung des Phänomens nicht ausreicht. Für die Kirchen wäre wichtig,

- die marxistisch-leninistische Beurteilung des Pazifismus zu kennen;

(11) Wörterbuch der Außenpolitik und des Völkerrechts, Berlin 1980 (Dietz-Verlag) S. 480

(12) Meyers Jugendlexikon Philosophie, hrsg. von F. Fiedler und G. Gurst, Leipzig 1979 (VEB Bibliographisches Institut) S. 157.

- die im Pazifismus enthaltenen Motive und Strömungen zu differenzieren und ihre bleibenden ethischen und politischen Herausforderungen zu bestimmen (vgl. 11.);
- die eigene Position von den eigenen theologischen und ethischen Voraussetzungen her zu beschreiben und zu vertreten (vgl. 13.)

10. Pazifismus im Wortsinn

Das Wort Pazifismus (von lat. *pacificus*; franz. *pacifisme*) soll "die Gesamtheit individueller und kollektiver Bestrebungen bezeichnen, die eine Politik friedlicher, gewaltfreier zwischenstaatlicher Konfliktaustragung propagieren und den Endzustand einer friedlich organisierten, auf Recht gegründeten Staaten- und Völkergemeinschaft zum Ziel haben." (13)

Diese Definition macht bereits wichtige Elemente im Selbstverständnis des Pazifismus als organisierter Bewegung sichtbar:

- Der Bezug zum Politischen ist für den "modernen" Pazifismus seit Mitte des 19. Jh. wesentlich. Vor allem in seiner bürgerlich-liberalen Ausprägung vor und im Verlauf des Ersten Weltkrieges ist der Pazifismus in Deutschland eine politische Bewegung mit konkreten politischen Zielen. Wer für Friedenspolitik oder später für die Stärkung des Völkerbundes eintrat, galt in Deutschland als "Pazifist".
- Der organisierte Pazifismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts war als politikbezogene Haltung und Bewegung auf das Ziel einer dauerhaften internationalen Friedensordnung gerichtet, auf eine "Welt ohne Waffen" also, deren tragende Säulen eine internationale Rechtsordnung ("Frieden durch Völkerrecht"), die gewaltlose Regelung internationaler Streitigkeiten (Schiedsgerichtsbarkeit) und allgemeine Abrüstung sein sollten. Diese Ziele sind unverändert aktuell, wenn sie heute auch unter anderen gesellschaftlichen und politischen Konstellationen und zum Teil im Rahmen neuer Fragestellungen verfolgt werden. Sie haben seit 1945 einen festen Platz im Rahmen der internationalen Politik erhalten. Indem sie von ihrem ehemaligen Träger, der pazifistischen Bewegung, abgelöst wurden und "politikfähig" geworden sind, ist auch der ursprünglich pazifistische Ansatz, der sie kennzeichnete, weitgehend in das allgemeine gesellschaftliche Denken über Frieden und Krieg übergegangen, ohne allerdings dort als solcher bewußt zu werden. Heutige Friedenspolitik hat den politischen Pazifismus "beerbt", ohne seinen Zielen wesentlich näher gekommen zu sein.

Dieser Zusammenhang ist der "neuen" Friedensbewegung kaum bewußt. Er wird aber auch von ihren Kritikern übersehen, die mit der pauschalen Etikettierung "pazifistisch gleich unpolitisch" lediglich eine gewisse geistige Grundstimmung

(13) Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 4, hrsg. v. O. Brunner u.a., Stuttgart 1978 (Verlag Klett-Cotta); zit. nach: Antimilitarismus-Information, (Berlin-West) X (1980) Heft 11, S. 61.

in bestimmten Teilen der jungen Generation erfassen, keinesfalls aber dem politischen Anspruch des Pazifismus damals und heute gerecht werden.

11. Versuch einer "Typologie" des Pazifismus

Der Bezug zur Politik ist in den einzelnen historischen und organisatorischen Formen der pazifistischen Bewegung unterschiedlich deutlich ausgeprägt. Das alle pazifistische Tendenzen in Vergangenheit und Gegenwart verbindende Motiv ist nicht zuerst die politische Verantwortung für den Frieden, sondern die aller Politik vorausliegende, ethisch-moralische Überzeugung, daß Gewalt als Mittel der Politik abzulehnen ist. Pazifismus ist - in seinem allgemeinsten Sinn und vor allen weiteren Differenzierungen - zu verstehen als die "persönliche Ablehnung von Gewalt und das Suchen nach politischen Wegen, ohne Gewaltanwendung die anstehenden Konflikte zu lösen." (14)

Die individuelle Haltung der Gewaltlosigkeit und darauf folgend die Arbeit für gewaltfreie gesellschaftliche und politische Strukturen sind die Fundamente, auf denen der organisierte Pazifismus seit seinen Anfängen im 19. Jahrhundert basiert. In seiner konkreten Ausgestaltung bleibt ein breiter Spielraum für unterschiedliche inhaltliche Akzentuierungen. Die folgende "Typologie" ist ein Versuch, solchen Akzentuierungen in der Geschichte des Pazifismus nachzugehen.

11.1. Pazifismus als ethisch motivierte Haltung

Am Anfang der modernen pazifistischen Bewegung im 19. Jahrhundert steht die Überzeugung, daß die Abschaffung des Krieges ein Gebot der Religion, der Sittlichkeit und der allgemeinen Volkswohlfaht sei. Idealistische, christliche und humanistische Antriebe fließen im Pazifismus zusammen und gipfeln in der optimistischen Erwartung, der Weltfrieden sei durch ethisch-moralische Bemühung erreichbar. Die Utopie vom "ewigen Frieden" hat für den Pazifisten motivierende Kraft; sie führt zu dem Glauben, daß der Mensch, wenn er nur guten Willens sei, den Krieg als Institution überwinden kann.

Zu diesem Zweck bilden sich nationale Friedensgesellschaften (England 1816, USA 1828, Frankreich 1867, Österreich 1891, Deutschland 1892: "Deutsche Friedensgesellschaft").

In seinen frühen Formen ist der organisierte Pazifismus noch eine unpolitische Kulturbewegung. Er partizipiert an dem für jene Zeit typischen Fortschrittsglauben, betont

(14) Theodor Ebert, Pazifismus heute. Ein Gespräch am runden Tisch; Antimilitarismus-Information, a.a.O. S. 78ff, hier: S. 81

andererseits den rein humanitären, ja gemeinschaftsartigen Charakter der Gesellschaft. Das Bewußtsein der Verantwortung für den Weltfrieden findet vornehmlich Ausdruck in einer gesinnungs-ethisch begründeten Kriegsgegnerschaft und in einer Haltung persönlicher Gewaltlosigkeit. Diese pazifistischen "Grundtugenden" gewinnen durch die Erfahrung des Ersten Weltkrieges wachsenden öffentlichen Einfluß. Nach 1918 kommt es zu einer ethischen Radikalisierung im organisierten Pazifismus, dessen politische Bedeutung (vgl. 10.), hervorgerufen durch innere Flügelkämpfe, gleichzeitig immer mehr zurückgeht. Das Wort Pazifismus bekommt "den Charakter der unbedingten, prinzipiellen, kämpferischen Kriegsgegnerschaft" (15); eine praktische Folge ist das Bekenntnis zur bedingungslosen Kriegsdienstverweigerung, die sich auf den ethischen Standpunkt von der absoluten Heiligkeit und Unantastbarkeit des Lebens beruft. Das Recht des Staates auf militärische Verteidigung wird daher bestritten; seine oberste Aufgabe sei der Schutz des menschlichen Lebens, nicht seine Vernichtung, die mit Verteidigung und Rüstung gleichsam schon beschlossen sei. Die Grundsatzerklärung der Internationalen Kriegsgegner (War Resisters International) formuliert 1921 als ethische Grundüberzeugung: "Krieg ist ein Verbrechen gegen die Menschheit."

Wir sind daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und für die Beseitigung aller seiner Ursachen zu kämpfen" (16).

Obwohl sich auch der radikale Flügel der pazifistischen Bewegung im "Deutschen Friedenskartell" (ab 1921) organisierte (vgl. 11.2.), ging kein nachhaltiger politischer Einfluß von ihm aus. Carl von Ossietzky charakterisierte den deutschen Pazifismus der späten 20er Jahre insgesamt als schwärmerisch, illusionär und argwöhnisch gegenüber den Mitteln der Politik (17).

Heute sind in Teilen der 'neuen' Friedensbewegung - nicht zu verwechseln mit den bestehenden organisierten Friedensbewegungen verschiedenster politischer und weltanschaulicher Richtung, z. B. Weltfriedensrat, Christliche Friedenskonferenz, Pax Christi - wieder pazifistische Ideen mit ethischer Begründung lebendig, getragen von teils christlichen, teils utopisch idealistischen oder radikal gesellschaftskritischen Motiven.

(15) Geschichtliche Grundbegriffe ..., a.a.O., S. 63

(16) zit. nach: Antimilitarismus-Information, a.a.O., S. 67

(17) vgl. Statement von Ulrich Albrecht, in: Antimilitarismus-Information, a.a.O., S. 105

11.2. Politischer Pazifismus

Die historischen Wurzeln des modernen Pazifismus reichen bis in die Zeit der bürgerlich-liberalen Emanzipationsbewegung des 18. und 19. Jahrhunderts zurück. Aber erst im Rahmen der "Friedensgesellschaften" seit Beginn des 19. Jahrhunderts finden pazifistische Ideen einen organisatorischen Rahmen und eine gewisse gesellschaftliche Relevanz. Ihre relativ kleine Gefolgschaft ist bestrebt, den ethisch begründeten Pazifismus mit einem theoretischen und zunehmend auch politischen Anspruch zu verbinden. Beides richtet sich gegen die geringe öffentliche Resonanz pazifistischer Gedanken sowie gegen das Theoriedefizit und die schwärmerisch-emotionale Haltung der sogenannten "Friedensfreunde", wie die Pazifisten lange Zeit genannt wurden.

Erstmals 'politisch' wird der Pazifismus aber erst um die Jahrhundertwende im (theoretischen) Prioritätenstreit um die Frage, ob der erwartete Völkerfrieden mit konkreten Abrüstungsschritten oder mit der Schaffung friedlicher Konfliktlösungsmechanismen beginnen solle. Das außenpolitische (Völkerrecht) und sicherheitspolitische (Abrüstung) Ideenpotential des Pazifismus vor 1914 mutet noch heute recht modern an. "Die von ihm vorgelegten Konzepte für Abrüstung sind die umfassendsten zu jener Zeit. Die Denkschriften und Modelle für die Idee des Rechtes anstelle der Gewalt, wie sie von der DFG (18) vorgelegt wurden, finden die Anerkennung und Würdigung der Weltöffentlichkeit (Nobelpreise) ..." (19).

Dennoch bleibt der Pazifismus in Deutschland, gemessen an vergleichbaren Bemühungen im übrigen Europa, politisch weitgehend einflußlos. Er betont zwar den Primat des Politischen, verfolgt aber insgesamt eine konformistische Politik: unkritische Hinnahme bestehender sozialer, ökonomischer und politischer Strukturen, Anerkennung des Status quo in der Außenpolitik, keine Ansätze für eine rechtliche Regelung der Kriegsdienstverweigerung. Erst in seiner Spätphase kommt es als kritische Gegenbewegung im sogenannten "revolutionären" Pazifismus (A.H.Fried) zu einer wissenschaftlich-theoretischen Konzeption. Sie besagt, daß Krieg durch wachsende internationale Kommunikation und ökonomische Zusammenarbeit der Staaten unrentabel würde und damit die "zwischenstaatliche Anarchie" der imperialistischen Mächte in den Völkerfrieden hinüberwachse. Die wissenschaftliche Friedensforschung hat diesen Ansatz später als "funktionalistisches" Friedenskonzept weiterentwickelt.

Die deutsche Sozialdemokratie hat erst ab 1910 eine positive Haltung zur pazifistischen Bewegung eingenommen, was

(18) DFG = Deutsche Friedensgesellschaft (Anm. der ThSA)

(19) H.-M. Vogel, Politischer Pazifismus heute, in: Antimilitarismus-Information, a.a.O., S. 65ff, hier: S. 66

Lenin zu seiner Kritik veranlaßte, der sozialistische Pazifismus sei lediglich ein Abklatsch des bürgerlichen Pazifismus, der wiederum den Krieg von seinen sozialökonomischen Wurzeln ablöse (vgl. 9.). -

Eine Verbindung von Pazifismus und Klassenkampf stellte Kurt Hiller mit der 1926 gegründeten "Gruppe revolutionärer Pazifisten" her. Forderung nach Kriegsdienstverweigerung, Klassenkampf und Legitimität des antikapitalistischen Bürgerkrieges sind in dieser radikal pazifistischen Gruppe miteinander verbunden.

Auch wenn man dem politischen Pazifismus Mangel an politischer Programmatik und zukunftsweisenden Konzepten vorwerfen kann, hat er unbestreitbar doch Erfolge vorzuweisen. Seine größte politische Wirksamkeit konnte er in der Zeit der Haager Friedenskonferenzen (1899 und 1907) entfalten. Erklärte Pazifisten nahmen aktiven Einfluß auf die europäische Politik und waren an zukunftsweisenden Projekten beteiligt, so der Schweizer Arzt Henri Dunant (1864 Genfer Rot-Kreuz-Konvention, Gründer des Roten Kreuzes), der österreichische Ministerpräsident Prof. Lammasch (ab 1901 Haager Gerichtshof) oder der französische Sozialist Jean Jaures (Eintreten für deutsch-französische Verständigung am Vorabend des Ersten Weltkrieges; "Die neue Armee" 1913).

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat der politische Pazifismus in den modernen Friedensbewegungen eine neue organisatorische Form und damit vielfach auch eine neue politische Qualität gefunden. In der Bundesrepublik wurde mit der "Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner" (DFG/VK) seit den 60er Jahren ein spezielles Anliegen des politischen Pazifismus aufgegriffen. Die DFG/VK propagiert einen "konsequenten Pazifismus", in dem Elemente des gemäßigten politischen Pazifismus (vgl. 10.) und des ethisch-moralischen Radikalpazifismus (vgl. 11.1.) verbunden sind. Konkreter Ausdruck dafür ist die Kriegsdienstverweigerung, "die ihrem Wesen nach Verzicht auf staatlich geforderte und geförderte Gewalttätigkeit darstellt" (20).

11.3. Christlicher Pazifismus

Ethische Impulse des Neuen Testaments haben zu allen Zeiten christliche Weltverantwortung inspiriert und maßgeblich das Friedenszeugnis und den Friedensdienst von Christen beeinflusst. Neben dem Pazifismus mit idealistisch-utopischer Prägung gibt es eine eigene, genuin christliche Tradition des Pazifismus, die heute eine starke Anziehungskraft auf die "neue" Friedensbewegung ausübt und zu einer Wiederbelebung pazifistischen Denkens überhaupt geführt hat.

(20) H.-M. Vogel, a.a.O., S. 67

Die Wurzeln dieses christlichen Pazifismus finden sich in der Bergpredigt mit ihrer Aufforderung zu Gewaltverzicht und Feindesliebe. Wolfgang Huber weist darauf hin, daß das Wort 'Pazifisten' die wörtliche Entsprechung der 'Friedensmacher' in Mt 5,9 darstellt (21). Im Lichte der Botschaft vom anbrechenden Reich Gottes (vgl. 3.1. ff) werden Gewaltlosigkeit und Friedensmachen zu Haltungen des nachfolgenden Gehorsams. Die neutestamentliche Mahnung "Wer das Schwert nimmt, kommt durch das Schwert um" (Mt.26,52) ist daher für den Christen eine Aufforderung zur Nachfolge auf dem Weg der Gewaltlosigkeit. Dieser letztlich theologische Ansatz unterscheidet den christlichen Pazifismus von anderen ethisch begründeten Pazifismen.

Pazifismus war ursprüngliche kirchliche Praxis, bevor die Kirche nach Konstantin staatstragende Funktionen im Römischen Reich übernahm. "Der Aufruf Jesu zum Gewaltverzicht wurde von Kirchenlehrern bis ins 4. Jahrhundert hinein zusammen mit dem fünften Gebot ('Du sollst nicht töten') und den prophetischen Visionen vom kommenden Friedensreich als absolutes Tötungs- und Kriegsverbot verstanden" (22). Erst Augustin versucht mit der 'Lehre vom gerechten Krieg' die Bedingungen zu beschreiben, die einem Christen die Teilnahme an einem von einer rechtmäßigen Autorität geführten Krieg gestatten. Obgleich für Christen der Vorrang gewaltfreien Handelns vor jeder Form von Gewalt grundsätzlich bestehen bleibt, wird mit Situationen gerechnet, in denen Gewaltanwendung als 'ultima ratio' unausweichlich ist. Die Großkirchen haben diese Lehre weiterentwickelt und das Ethos der Gewaltlosigkeit den "evangelischen Räten" zugeordnet. Das Wissen um die Unerreichbarkeit eines innergeschichtlich zu verwirklichenden "ewigen Friedens" (vgl. 3.2.) und die Anerkennung der Ordnungsfunktion des Staates (Röm 13) haben diese Entwicklung theologisch legitimiert.

Dennoch wirkt die Überzeugung, Christen hätten Pazifisten zu sein, als eine "gefährliche Erinnerung" an das neutestamentliche Friedenszeugnis unverändert weiter. Die historischen Friedenskirchen (Waldenser, Brüdergemeinde, Mennoniten, Quäker) predigen als christliche Protestbewegungen unbedingten Gewaltverzicht und praktizieren konsequent das Ethos der Gewaltlosigkeit. Der Versuch der Quäker, im 17. Jahrhundert in Pennsylvania ein unbewaffnetes Gemeinwesen zu gründen, ist ausschließlich christlich-religiös motiviert. Er gilt allgemein als Beginn des modernen Pazifismus. Weite Teile der bürgerlichen pazifistischen Bewegung im 19. Jahrhundert sind von diesem ethisch-religiösen Ansatz geprägt, vor allem in den USA.

(21) Wolfgang Huber, Abkehr vom Rüstungswettlauf. Notwendige Alternativen in der Sicherheitspolitik, in: Lutherische Monatshefte (1981) Heft 3, S. 145

(22) Paulus Engelhardt, Die Lehre vom 'gerechten Krieg' in der vorreformatorischen und katholischen Tradition. Herkunft-Krise-Wandlungen in: Der gerechte Krieg: Christentum, Islam, Marxismus, Frankfurt/M. 1980, S. 73 (Edition Suhrkamp 1017)

Am Vorabend des ersten Weltkrieges schließen sich in Europa Christen am Rande der großen christlichen Kirchen und parallel zur säkularen pazifistischen Bewegung in eigenen christlichen Friedensbewegungen zusammen: im "Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen" (1914) und im "Internationalen Versöhnungsbund" (1914). Der Versöhnungsbund sucht vor allem das Gespräch zwischen den Großkirchen und den traditionellen Friedenskirchen zu fördern. Auf katholischer Seite entsteht 1919 der "Friedensbund deutscher Katholiken", ein Vorläufer der heutigen Pax-Christi-Bewegung. Diese christlichen Friedensbewegungen bewirken einerseits die Aufnahme wichtiger Anliegen des säkularen Pazifismus, stellen andererseits den Beginn einer eigenständigen kirchlichen Friedensarbeit dar, die erst nach 1945 voll zur Entfaltung kommt. So akzeptieren die Kirchen erstmals in den 50er Jahren die Kriegsdienstverweigerung als eine begründete christliche Entscheidung.

1975 wird auf der ÖRK-Vollversammlung in Nairobi ein pazifistischer Impuls direkt an die Adresse der Kirchen gerichtet: "Die Kirche sollte ihre Bereitschaft betonen, ohne den Schutz von Waffen zu leben" (23). Das Programm des ÖRK für Abrüstung und gegen Militarismus und Wettrüsten (seit 1977) versucht, diesen Impuls theologisch zu vertiefen und politisch zu konkretisieren.

Die atomare Hochrüstung in Ost und West führt auf dem Hintergrund schreiender Ungerechtigkeit und Armut in der Dritten Welt zu einer Wiederentdeckung der Aktualität pazifistischer Positionen (vgl. 11.4.). Immer mehr Christen sehen in der Rüstung einen Ausdruck menschlicher Überheblichkeit und eine Mißachtung der Schöpfung Gottes, die ihren Glaubensgehorsam auf die Probe stellt und auch die Kirchen zu einem erneuerten Friedenszeugnis ruft.

11.4. Pazifismus vor der Atomwaffenfrage

Die Existenz von Atomwaffen als Mittel der Kriegsführung und ihre Verwendung in Hiroshima und Nagasaki 1945 radikalisiert die Frage nach der Legitimität von Gewaltanwendung zur Erreichung politischer Ziele in bisher nicht gekannter Weise. Die pazifistische Überzeugung von der Immoralität jeglicher Gewalt erfährt durch die Atombombe eine neue, die 'klassische' Motivation der Gewaltlosigkeit aus ethischen Gründen weit überbietende Bestätigung. War der Pazifismus vor 1945 vor allem ethisch qualifiziert, so scheint er vielen von nun an geradezu politisch zwingend. Denn die pazifistische Haltung entspringt nun nicht mehr wie bisher allein dem ethischen Urteil des einzelnen, sondern kann den 'objektiven', auf Massenvernichtung zielenden Charakter der neuen Waffen für sich geltend machen. Pazifismus bekommt

(23) Bericht aus Nairobi 1975. Erklärung zur Weltrüstungssituation; Appell an die Kirchen, Frankfurt/M. 1976, S. 190 ff, hier: S. 192

erstmalig eine rationale Struktur; die Atombombe wird zum ersten "logischen Argument" für den Pazifismus.

In der Praxis der Atomkriegsbewegung der 50er Jahre bleibt diese Argumentation freilich umstritten, da auch Nicht-Pazifisten in eine erklärte Gegnerschaft zu den atomaren Waffen einstimmen, ohne dadurch zu Pazifisten im üblichen Sinne zu werden. Sie argumentieren stärker mit den überlieferten Kriterien der "Lehre vom gerechten Krieg" und kommen zu dem Schluß, daß das Kriterium der Verhältnismäßigkeit der Mittel (Proportionalität) und des Schutzes der Nicht-Kombattanten (Nicht-Diskriminierung) auf einen Krieg mit Atomwaffen auf gar keinen Fall angewendet werden kann. Aus der Unmöglichkeit der Anwendung solcher Waffen wird von vielen auf die Unsinnigkeit des Besitzes geschlossen; man kann nicht besitzen wollen, was unter gar keinen Umständen angewendet werden darf. Die Unbedingtheit des Nein zu den Atomwaffen resultiert hier nicht aus einer gegenüber früheren Zeiten gewachsenen ethischen Urteilsfähigkeit, sondern ergibt sich aus dem Rückgriff auf das überlieferte Urteilschema vom Gerechten Krieg als einem Instrument der Entscheidungsfindung.

Beide Zugänge zur Ablehnung atomarer Waffen werden seit der Anti-Atomkriegsbewegung der 50er Jahre unter dem Begriff "Atompazifismus" oder "Nuklearpazifismus" zusammengefaßt. Diese Kennzeichnung besagt, daß neben das bedingungslose Nein zu den Atomwaffen ein bedingtes Ja zur konventionellen Rüstung und Verteidigung treten kann. Man muß, um die Atomwaffen abzulehnen, nicht gegen jede bewaffnete Gewaltanwendung sein.

Die Unterscheidung des "Atompazifismus" zwischen atomaren und konventionellen Waffen und ihrer Anwendung ist zugleich ein Hinweis auf die Anpassungsfähigkeit des Pazifismus an neue geschichtliche Gegebenheiten. Es dominiert die Ablehnung der modernen Massenvernichtungswaffen; zugleich wird aber z. B. auch die Verweigerung des Waffendienstes unter atomaren Kampfbedingungen neu aktuell. Das fortgesetzte Wettrüsten und die Verbreitung von neuen Waffentechnologien mit Kriegsführungsoptionen gibt pazifistischen Tendenzen am Beginn der 80er Jahre neuen Auftrieb.

12. Pazifismus als Attrappe und Vorurteil

Die Vielgestaltigkeit des Pazifismus in der neueren Geschichte erschwert eine sachliche Auseinandersetzung mit pazifistischen Tendenzen in der gegenwärtigen Friedensdiskussion. Es zeigt sich, daß es "den" Pazifismus nicht gibt, daß vielmehr verschiedene "Adjektiv-Pazifismen" nebeneinanderstehen, die sich einer generalisierenden Beurteilung entziehen. Damit wird auch der Vorwurf "des" Pazifismus ad absurdum geführt, zumindest insoweit, als nicht genau gesagt wird, was man damit meint.

Mangelnde Fähigkeit, oft auch fehlende Bereitschaft zur Differenzierung haben dazu verleitet, die Vertreter pazifistischer Ideen und Ziele pauschal als weltfremde Idealisten, als schwärmerisch und politisch naiv abzustempeln.

Das idealistisch-utopische Element in der pazifistischen Tradition (vgl. 11.1.) wurde zumeist überbetont, aus dem Gesamtspektrum des Pazifismus herausgelöst und gegen sein eigentliches Anliegen: Ablehnung von Gewalt und Suche nach gewaltfreien politischen Konfliktlösungen, verwendet. Infolge mangelnder Kenntnis, selektiver Wahrnehmung und gezielter Fehlinformation ist der Pazifismus im gesellschaftlichen Urteil in beiden deutschen Staaten bis heute durch einen irrationalen Überschuß an ethisch-moralischer Motivation bei gleichzeitigem notorischem Unvermögen zur politischen Konkretion charakterisiert.

Damit wird jedoch auch das geschichtlich unabgegoltene utopische Potential im pazifistischen Denken, daß es eine Welt ohne Waffen geben solle, nicht mehr als Herausforderung wirksam. Es dient lediglich noch zur Rechtfertigung der Diffamierung des Pazifismus im Namen der politischen "Realitäten", der Staatsräson oder anderer Ziele. Pazifismus wird zur Attrappe, auf die aus verschiedenen gesellschaftlichen, politischen und ideologischen Positionen mit den unterschiedlichsten Begründungen gezielt wird.

Das überwiegend negative gesellschaftliche Urteil über die pazifistische Bewegung nach dem ersten Weltkrieg bis heute ist hierfür ein typisches Beispiel. Nacheinander zieht sie die gegensätzlichsten Vorwürfe der jeweils Herrschenden auf sich. Nach 1920 sind die deutschen Pazifisten in den Augen des Bürgertums "vaterlandslose Gesellen"; ihr Verhältnis zum Versailler Vertrag wird als Gipfel nationaler Würdelosigkeit empfunden. Sie gelten als moralisch minderwertig, weil sie die Wehrtüchtigkeit schädigen und zur Unmännlichkeit verleiten. Nach 1933 wird das liberal-demokratische Element im Pazifismus zur Zielscheibe der Kritik, Pazifismus wird gleichgesetzt mit Landesverrat, wofür ein starker jüdischer Einfluß verantwortlich gemacht wird. Nach 1950 finden sich die in der Anti-Atomkriegsbewegung in Westeuropa engagierten Pazifisten plötzlich als Sympathisanten und Wegbereiter des Kommunismus wieder, während Pazifismus in der sozialistischen Gesellschaft als Variante des bürgerlichen Idealismus, als revisionistisch und damit den Zielen des Imperialismus förderlich "entlarvt" wird.

Die Fähigkeit pazifistischer Ideen, als Vehikel für nahezu jedes beliebige politische, oder ideologische Feindbild zu dienen, findet sich in der aktuellen Diskussion um die Aufgaben und Mittel der Friedenssicherung neuerlich bestätigt. Sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR wird das Wort Pazifismus vom politischen Establishment mit dem Verdacht der Unzuverlässigkeit und staatschädigenden Verhaltens in Verbindung gebracht und gegen die Träger gesellschaftlicher oder kirchlicher Friedensaktivitäten verwendet. Der Pazifismus-Vorwurf erscheint teils aus "klassischen" Motiven gespeist (Antikommunismus, Antiimperialismus), teils wird er mit modernen Untugenden verbunden (Staatsverdrossenheit, Wehrunwilligkeit und Anti-Amerikanismus in der Bundesrepublik; Antisozialismus und Schwächung der Verteidigungskraft in der DDR). Auffallend ist jedoch, daß die Vertreter der "neuen" Friedensbewegung äußerst differenziert mit dem Erbe des Pazifismus umgehen und pazifistische Ideen in ihrer politischen Argumentation so gut

wie gar nicht für sich in Anspruch nehmen. Die Position der Friedensbewegung ist überwiegend politisch begründet und kann sich auf Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Militär berufen, die mit Pazifismus im herkömmlichen Sinn nichts zu tun haben.

Damit scheint das Pazifismus-Etikett gegenwärtig am ehesten noch auf das etwas diffuse Erscheinungsbild der "neuen" Friedensbewegung zuzutreffen. Dem Anspruch einer exakten Beschreibung des gesellschaftlichen und politischen Profils dieser Bewegung wird es jedoch nicht gerecht. Seine Funktion ist es, die Argumente der Friedensbewegung als unseriös zu diskreditieren.

13. Relevanz und Herausforderung des Pazifismus heute

Pazifistische Tendenzen innerhalb säkularer und kirchlicher Friedensaktivitäten am Beginn der 80er Jahre lassen sich nicht mehr aus der Faszination durch ein utopisches Friedensideal oder als Ausdruck der Sehnsucht nach einer 'heilen Welt' erklären. Sie müssen vielmehr als Hinweis auf eine immer deutlicher bewußt werdende Legitimationsschwäche überkommener militärischer Sicherheitsstrategien verstanden werden. Das sich in der "neuen" Friedensbewegung artikulierende Bewußtsein von der "falschen Sicherheit", in und mit der wir leben, beruht nicht auf der Anziehungskraft des utopischen Potentials des Pazifismus, sondern hat seine Wurzeln in einer nüchternen Beurteilung der "Zeichen der Zeit" (Mt 16,3): in der durchaus politischen Einsicht, daß einer immer schneller davongaloppierenden Aufrüstung in den 35 Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges entgegen aller Hoffnung keine wirksam korrigierenden Strategien politischer Friedenssicherung entgegengesetzt werden konnten und gegenwärtig sowohl das System der Kriegsverhütung durch militärische Abschreckung als auch das Konzept politischer Entspannung einer fortschreitenden Erosion ausgesetzt sind (vgl. 5.2.).

Vor dieser durch vernünftige politische Analyse zu gewinnenden Einsicht erfahren pazifistische Ideen und Impulse eine unerwartete Bestätigung. Gewaltverzicht wird - noch unabweisbarer als in den 50er Jahren - zu einer Forderung der politischen Vernunft (vgl. 11.4.). Nicht der Pazifismus also stellt die Grundlagen bisheriger Friedens- und Sicherheitspolitik in Europa infrage, sondern das zunehmend destabilisierte System militärischer Friedenssicherung stößt an die Grenzen seiner politischen Leistungsfähigkeit und provoziert damit die Frage nach einer neuen Sicherheitspolitik. Das verschafft dem pazifistischen Erbe eine überraschende Aktualität als Anfrage und Herausforderung. Es wäre daher zu prüfen, welche motivierenden Impulse in der gegenwärtigen weltpolitischen Situation vom Pazifismus ausgehen und ob möglicherweise unverbrauchte Handlungsantriebe in ihm schlummern, die für eine künftige Friedenspolitik wichtig sein könnten.

Vor dieser Frage wächst den christlichen Kirchen eine besondere Aufgabe politischer Diakonie zu. Sie können aufgrund einer genuin christlich-pazifistischen Tradition

eine Vermittlerrolle zwischen pazifistischen Impulsen einerseits und den Erfordernissen praktischer Friedenspolitik andererseits wahrnehmen. Diese Rolle setzt voraus, daß ein innerhalb der Kirchen häufig anzutreffendes, latentes Resentiment gegenüber pazifistischen Ideen als Gefangenschaft in einem gesellschaftlichen Vorurteil entlarvt und überwunden wird. Statt dessen ist die Affinität des Pazifismus zum 5. Gebot, zu den Zumutungen des Gewaltverzichtes und der Feindesliebe aus der Bergpredigt zu entdecken und breit bewußt zu machen.

Sodann wäre die Bedeutung des Pazifismus angesichts der Krise des gegenwärtigen Sicherheitssystems genauer zu beschreiben. Sie kann keinesfalls darin bestehen, pazifistische Gedanken mit dem Anspruch unmittelbarer Politikfähigkeit versehen zu wollen. Ethisch begründete Ablehnung von Waffen und Krieg und die berechnete moralische Entrüstung über das unvermindert fortgesetzte Wettrüsten richten sich positiv auf das Ziel Abrüstung, können aus sich heraus aber noch keine konkreten Schritte auf dem Weg zu diesem Ziel anbieten. Dies kann nur eine nüchtern kalkulierende Friedenspolitik, in deren Strategien das Wünschbare (Abrüstung) mit dem politisch Durchsetzbaren (z. B. Rüstungskontrolle) kombiniert wird. Der Pazifismus antizipiert eine Welt ohne Waffen, ohne den Weg dorthin im einzelnen konzipieren zu können. Er braucht, um politisch wirksam zu werden, genau jenes Instrumentarium praktischer Politik, das seinen Anspruch bisher als nicht politikfähig abweist.

In diesem Mittel-Ziel-Konflikt muß sich der pazifistische Impuls auf jener Ebene Geltung zu verschaffen suchen, die dem unmittelbaren politischen Handeln vorausliegt: auf dem Feld fundamentaler Wert- und Zielsetzungen, die jeder bewußten Friedenspolitik als Maßstab des Handelns vorgegeben sind. Während die aktuelle sicherheitspolitische Diskussion fast ausschließlich auf die Frage fixiert ist, wie weit eine an nationale und bündnisinterne Sicherheitsinteressen gebundene Abrüstungsstrategie (gerade noch) gehen kann, erinnert die pazifistische Herausforderung daran, nicht aus dem Blick zu verlieren, was Friedenspolitik, gemessen an ihrem Ziel, eigentlich leisten soll. Der Anspruch des Pazifismus an die Politik ist kritisch-normativ. Sein ethisches Potential wird dadurch politisch relevant, daß es in den Aporien der gegenwärtigen Friedensdiskussion eine gewissenschärfende Wirkung auf die politisch Verantwortlichen ausübt. In den anstehenden politischen Entscheidungen kann der Pazifismus eine provozierende, klärende und wegweisende Rolle spielen, weil er an die unbedingte Verpflichtung zur gewaltfreien Konfliktlösung erinnert. Er wird zum schlechten Gewissen der Friedenspolitik.

Ethischer Anspruch und politische Rationalität lassen pazifistische Ideen zu einer ernstzunehmenden Herausforderung an die Politik werden. Die Kirchen hätten die Aufgabe, diese Herausforderung gegenüber dem Staat zu verdeutlichen und sich zum Interpretieren berechtigter Anliegen des Pazifismus zu machen. Dabei wären - über die notwendige Selbstklärung hinaus - die folgenden Gesichtspunkte geltend zu machen:

- Der Pazifismus bringt die Unbedingtheit der ethischen Bindung gegenüber allen politischen und ideologischen Engführungen von Frieden und Sicherheit zur Geltung. Theologisch ausgedrückt: den Vorrang des Evangeliums vor den Forderungen der politischen Vernunft.
- Der Pazifismus macht die Differenz zwischen Wirklichkeit und Möglichkeit, zwischen Kriegsverhütung und Friedensgestaltung bewußt. Er erinnert daran, daß militärische Strategien ohne eine langfristige politische Idee keinen Beitrag für eine wirklich dauerhafte Friedensordnung leisten können. Für das Friedenshandeln der Kirchen folgt daraus, die instrumentelle Rationalität der gegenwärtigen Sicherheitsstrategien durch ein Friedenszeugnis zu transzendieren, in dem die Erkenntnis des Glaubens der Erkenntnis des politisch Vernünftigen zu Hilfe kommt (vgl. 6.3.) - in der Hoffnung, daß eben dadurch einer besseren Friedenspolitik der Weg bereitet werden kann.
- Der Pazifismus hält um des Friedens willen an der Notwendigkeit der Einheit von Mittel und Zweck, an der Kongruenz von Ethik und Politik fest. Er ist damit eine ständige Herausforderung an die Sicherheitsstrategien der Staaten und Blöcke und darüberhinaus eine Warnung an die Kirchen, das Konzept der Kriegsverhütung auf der Basis militärischen Gleichgewichts zum gleichsam zeitlos gültigen 'Glaubenssatz' ihrer Friedensverantwortung zu erheben.
- Der Pazifismus erinnert daran, daß ein politischer Friedensbeitrag der Kirchen nicht ohne das öffentliche zeichenhafte Handeln und das persönliche Zeugnis des einzelnen auskommt. Während aber das Zeugnis des einzelnen von den Kirchen in der DDR seit 1965 als Ausdruck des der ganzen Kirche aufgetragenen Friedenszeugnisses anerkannt ist, hat das Friedenszeugnis der Kirche als Ganzer keinen in gleicher Weise öffentlichen und verbindlichen Ausdruck gefunden. Sichtbare Zeichen im kirchlichen Friedenshandeln sind dem christlichen Friedenszeugnis verpflichtet. Gerade deshalb können sie langfristig politisch wirksamer werden, als das Insistieren auf dem kurzfristigen realpolitischen Effekt.
- Der Pazifismus gewinnt durch die neuesten Entwicklungen in der Waffentechnologie und durch darauf aufbauende Strategien mit Kriegsführungsoptionen eine politische Logik, die jene des sogenannten Atom Pazifismus der 50er Jahre bestätigt und noch übertrifft. Er stellt nicht nur die Rationalität der militärischen Abschreckung infrage, sondern enthüllt zugleich ihre Funktion als "Psychostrategie", die mit den Mechanismen der Drohung, der Angst und des Hasses rechnet. Damit deckt er die wechselseitigen ideologischen Fixierungen auf Freund und Feind als friedenshemmend auf. Für die Kirchen folgt daraus die Verpflichtung zu einem von allen Angst- und Haßvorstellungen gereinigten Pazifismus der politischen Vernunft.

- Der Pazifismus wird durch die Destabilisierung des gegenwärtigen Sicherheitssystems zu einer allgemein einsichtigen und im Interesse des Überlebens aller zumutbaren Haltung. Damit werden auch die Grenzen eines ethisch qualifizierten Individualpazifismus mit seinen verschiedenen weltanschaulichen Begründungen verschoben in Richtung eines ethisch und rational begründeten "Globalpazifismus". Gesinnungsethik und Verantwortungsethik treffen sich vor der Aufgabe, das Leben jetziger und kommender Generationen zu erhalten. Von Christen und Kirchen wäre zu prüfen, was es in dieser Lage bedeuten kann, für Recht und Frieden des Nächsten im Rahmen der von einer rechtmäßigen Obrigkeit festgesetzten Aufgaben mitverantwortlich zu sein (vgl. Barmen V).

14. Konkretionen für das Friedenshandeln der Kirchen

Die Herausforderung durch den Pazifismus kann den Blick für einige spezifische Aufgaben schärfen, die den Kirchen aufgetragen sind.

14.1. Theologisch klärendes Gespräch

Die grundsätzliche Verwiesenheit christlichen Friedenshandelns an das neutestamentliche Friedenszeugnis sollte einen sichtbaren Ausdruck in einem erneuten und vertieften innerkirchlichen Gespräch über die theologischen Grundlagen kirchlicher Friedensarbeit finden. Dabei wäre besonders auf den Zusammenhang von "politischem Wirksamwerden" mit dem der Kirche aufgetragenen Friedenszeugnis zu achten.

14.2. Politisch reflektiertes Zeugnis

Im konkreten Vollzug kirchlicher Friedensarbeit sollte den unmittelbar friedens- und sicherheitspolitischen Problemen die gleiche Aufmerksamkeit gewidmet werden wie der persönlichen Gewissensentscheidung des einzelnen Christen in der Frage des Wehrdienstes. Es muß der Eindruck vermieden werden, als laste die Konsequenz der theologisch-ethischen Urteilsfindung ausschließlich auf den schwachen Schultern des einzelnen. Die Frage einer ethisch verantwortbaren Friedens- und Sicherheitspolitik wird verkürzt, wenn sie von den Kirchen vorwiegend oder ausschließlich als Frage an die persönliche Zeugnis- und ggf. Leidensbereitschaft des einzelnen verstanden wird.

Der politische Charakter der Friedenssicherung verlangt nach einer entsprechend politisch relevanten Gestalt kirchlichen Friedenshandelns; das Zeugnis der Gewissen muß durch das politisch reflektierte Zeugnis der Kirche ergänzt und gestützt werden.

14.3. Beratung des einzelnen

Gleichwohl hat die persönliche Entscheidung von Christen vor der Wehrdienstfrage unverändert als Ausdruck des Friedenszeugnisses der Kirche als ganzer zu gelten. Deshalb

gehört die Gewissensberatung des einzelnen und seine Begleitung zu den unverzichtbaren Aufgaben kirchlichen Friedenshandelns.

Der Pazifismus kann und will in der aktuellen Diskussion um eine verantwortbare Friedens- und Abrüstungspolitik nicht die "Antwort auf alle Fragen" sein. Er löst nicht die Aporien der militärischen Sicherheitspolitik, aber er kann die Richtung verdeutlichen, in der sie überwindbar werden. Er kann einer Politik der Friedenssicherung jene langfristige Perspektive vorzeichnen, die sie in ihren kurzfristigen Zwecksetzungen so schnell aus den Augen verliert. Er ist damit eine dauernde Herausforderung zu einem Wandel in den Grundlagen heutiger und künftiger Friedenspolitik.

Berlin, am 27.8.1983

Arbeitsmaterial für das Ökumen.Seminar vom 16. - 18.9.1983
in Neu Zittau bei Berlin

Vom UNO-Zentrum für Abrüstung angefertigte
Zusammenfassung des von einer Gruppe von
Regierungsexperten erarbeiteten Dokuments
der Vereinten Nationen (A/36/356) mit dem
Titel "Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Abrüstung
und Entwicklung" (s.neue Perspektiven 6/82 S.4 ss.)

Im Jahre 1980 erreichten die Rüstungsausgaben in der Welt 500 Mrd.
Dollar, also etwa 110 Dollar für jeden Bewohner unserer Erde. In
den letzten 30 Jahren wurden alljährlich fünf bis acht Prozent der
Gesamtproduktion in der Welt für militärische Zwecke verwendet.
Gegenwärtig sind annähernd 50 000 Kernsprengköpfe stationiert, de-
ren Sprengkraft zusammengekommen etwa millionmal größer ist als
die der 1945 auf Hiroshima abgeworfenen Bombe.
Zwischen Wettrüsten und Entwicklung besteht eine Konkurrenzbezie-
hung. Die Militärausgaben stellen viel mehr eine Konsumtion von
Ressourcen als eine Aufwendung für Investitionen dar.
Der internationale Waffenhandel ist sowohl von entscheidender öko-
nomischer als auch politischer Bedeutung. Schätzungen zufolge wer-
den dabei von den entwickelten und den Entwicklungsländern alljähr-
lich Waffen im Werte von mehr als 26 Milliarden Dollar gehandelt.
Gleichzeitig aber gibt es in der Welt 570 Millionen Unterer-
nährte, 300 Millionen Analphabeten, 1,5 Milliarden mit nur unge-
nügender oder gar keiner medizinischen Betreuung und 250 Millionen
Kinder, die keine Schule besuchen können.
Das Wettrüsten und die Unterentwicklung sind nicht zwei voneinan-
der getrennte Probleme, sondern ein zusammenhängendes. Und nimmt
man sie nicht zusammen in Angriff, wird man keines von beiden je
lösen können. Die Welt kann entweder das zügellose Wettrüsten
fortsetzen oder aber ernsthafte Versuche zur Schaffung einer sta-
bilere internationalen wirtschaftlichen und politischen Ordnung
unternehmen. Beides gleichzeitig ist nicht möglich.
Diese Erkenntnisse und Einschätzungen nehmen in der vom General-
sekretär der Vereinten Nationen mit Unterstützung von Experten an-
gefertigten umfassenden Untersuchung über die Beziehung zwischen
Abrüstung und Entwicklung einen vorrangigen Platz ein. Die Unter-
suchung war das Ergebnis einer in Resolution 32/88 vom 12. Dezem-
ber 1977 enthaltenen Empfehlung der Vollversammlung. Unter Abrü-
stung versteht man - laut dieser Untersuchung - mehr als Maßnah-
men der Rüstungskontrolle. Sie enthält eine umfassende Definition
der Entwicklung, die die Notwendigkeit eines beschleunigten Wirt-
schaftswachstums in den Entwicklungsländern und eines stabilen
Wachstums in den Industriestaaten einschließt.
Auf der Grundlage jüngster Erfahrungen, die zeigen, daß alle Län-
der in bezug auf ihr wirtschaftliches Schicksal und damit auch auf
ihre Sicherheit voneinander abhängig sind und sich diese Abhängig-
keit noch verstärkt, gelangte man zu der Feststellung, daß es wahr-
scheinlich einen Teufelskreis von Konfrontation, gegenseitiger Ab-
lehnung und sich verringenden Aussichten auf gegenseitig vorteil-
hafte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit sich bringen würde, wenn
man das Wettrüsten nicht zügeln kann. Der zwischen den Zielen ei-
ner neuen internationalen Wirtschaftsordnung und jüngsten Tenden-
zen des Wettrüstens bestehende Widerspruch, auf den die Vollver-
sammlung bereits auf ihrer Sondertagung über Abrüstung im Jahre
1978 verwiesen hat, wird durch die in der Untersuchung gezogene
Schlußfolgerung

Schlußfolgerung bestätigt, daß sich das Wettrüsten nachteilig auf die Wirtschaftsbeziehungen auswirkt. Nachfolgend die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung in bezug auf den gegenwärtigen Einsatz der Ressourcen für militärische Zwecke :

- Im Weltmaßstab sind etwa 50 Millionen Menschen direkt oder indirekt im militärischen Bereich beschäftigt. Dazu gehören :
- a) etwa 25 Millionen in den regulären Streitkräften;
 - b) etwa 10 Millionen in den paramilitärischen Kräften;
 - c) 4 Millionen Zivilisten als Beschäftigte in den Verteidigungsministerien;
 - d) schätzungsweise 500 000 Wissenschaftler und Techniker im Bereich der militärischen Forschung und Entwicklung und
 - e) mindestens 5 Millionen Arbeiter, die direkt an der Produktion von Waffen und anderen militärischen Spezialausrüstungen mitwirken.

Schätzungsweise wurden 5 bis 6 Prozent des Weltverbrauchs an Erdöl für militärische Zwecke verwendet, einschließlich seines indirekten Einsatzes in der Rüstungsindustrie.

Die Gesamtausgaben in der Welt für militärische Forschung und Entwicklung bewegten sich 1980 vermutlich um die 35 Milliarden Dollar. Das ist etwa ein Viertel der gesamten Forschungsausgaben. Etwa 20 Prozent aller Wissenschaftler und Ingenieure der Welt waren in den 70er Jahren mit militärischen Projekten beschäftigt. Ein durchschnittliches Erzeugnis der Militärindustrie ist etwa 20mal forschungsintensiver als ein durchschnittliches Erzeugnis für den zivilen Bedarf.

Die Militärausgaben in der Welt sind also rund 19mal so hoch wie die von den Staaten der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) 1980 gewährte offizielle Entwicklungshilfe.

Angesichts fehlender Abrüstungsmaßnahmen und der gegenwärtigen internationalen Spannungen kann die Einführung einer neuen Generation noch gefährlicherer und kostspieligerer Waffen durchaus dazu führen, daß die Rüstungsausgaben weiter ansteigen. Geht man von einer jährlichen Wachstumsrate von 2 Prozent aus, was im Vergleich zu früheren Jahren sehr bescheiden ist, dann werden die Gesamtausgaben (sogar auf der Basis der heutigen Preise) bis zum Jahre 2000 etwa 743 Milliarden Dollar erreicht haben, bei einem 3prozentigen Wachstum wären es 903 Milliarden Dollar.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE FOLGEN DES WETTRUSTENS UND DER ABRÜSTUNG

Kann es sich eine Welt, in der die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit generell zurückgeht, überhaupt leisten, die Rüstungsausgaben im bisherigen Umfang beizubehalten ? Ist es möglich aufzuzeigen, daß die gegenwärtigen sozialökonomischen Probleme in gewissem Maße auf die militärische Konsumtion der vergangenen Jahre zurückzuführen sind ? Welche direkten und indirekten Vorteile würden aus einer Umkehrung der gegenwärtigen Tendenzen des Wettrüstens erwachsen ?

Indem sie sich mit diesen und ähnlichen Fragen beschäftigt, schätzt die Untersuchung ein, welche Belastungen die Militärausgaben für unterschiedlich entwickelte Wirtschaftssysteme mit sich bringen. Es wird gezeigt, daß sich konstant hohe oder ansteigende Militärausgaben mit großer Wahrscheinlichkeit negativ auf das Wirtschaftswachstum auswirken, sowohl direkt durch die Verlagerung von Investitionen als auch indirekt durch Einschränkungen der Produktivität, die größtenteils aus den unangemessen hohen Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen für die Militärtechnik resultieren.

In

In den Ländern mit einer Marktwirtschaft hat sich die andauernde und paradoxe Erscheinung des Nebeneinanderbestehens von Arbeitslosigkeit und Inflation durch die nationalen Militärausgaben noch stärker ausgeprägt. Ebenso werden die in den Ländern mit Planwirtschaft unternommenen Anstrengungen zur besseren Befriedigung der Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung und zum Ausbau des Außenhandels durch die Militärausgaben ungemein erschwert. Besondere Aufmerksamkeit widmet man in der Untersuchung den Folgen und Kosten, die das Wettrüsten für die Entwicklungsländer mit sich bringt, für die die Militärausgaben besonders belastend sind. Darüberhinaus sind die weniger entwickelten Wirtschaftssysteme durch ihren dringenden Bedarf an einem ununterbrochenen Zufluß von Kapital, Finanzen, Handelsgütern, Technologie u.a. aus dem Ausland anfällig gegenüber bestimmten Auswirkungen der Militärausgaben in den entwickelten Ländern. Die Entwicklungsländer sind die am stärksten betroffenen Opfer eines ungünstigen strategischen Klimas, das von einem anscheinend endlosen Wettrüsten bestimmt wird. In einer Zeit immer stärker werdender gegenseitiger wirtschaftlicher Abhängigkeit hat das Wettrüsten dazu geführt, daß der Stabilisierungsprozeß des internationalen Währungssystems immer komplizierter wird und die Fragen der Zahlungsbilanzen weltweit betrachtet gravierender werden.

Grobe Schätzungen bezüglich der weltweiten Auswirkungen einer allmählichen Reduzierung der Rüstungsausgaben lassen darauf schließen, daß der Teil der freigesetzten Ressourcen, der zur Unterstützung der Entwicklungsländer bereitgestellt wird, in erster Linie zu einer beträchtlichen Zunahme des Bruttosozialproduktes pro Einwohner und des Grundkapitals sowie zu einer Verbesserung der Beschäftigungslage in diesen Ländern führen würde. Darüber hinaus würden dadurch jedoch auch allen anderen Regionen der Welt, einschließlich der am weitesten entwickelten, bedeutende wirtschaftliche Fortschritte ermöglicht.

KONVERSION VON MILITÄRISCHEN AUF ZIVILE ZWECKE

In der Untersuchung wird darauf verwiesen, daß gegenwärtig im militärischen Bereich beschäftigte Forscher und Produktionsarbeiter ihre Kenntnisse und Fähigkeiten ohne weiteres auf solchen Gebieten einsetzen könnten wie der Entwicklung, Herstellung und Installation von Geräten auf Sonnenenergiebasis. Sie könnten sich konzentrieren auf die Erhaltung und Verbesserung der Umwelt, auf verschiedene Disziplinen der Natur- und Gesellschaftswissenschaften, auf den Neubau und die Rekonstruktion von Wohnungen und die städtebauliche Planung sowie auf das Verkehrssystem, besonders in Stadtgebieten.

Durch eine rechtzeitig vorbereitete Umstellung könnte man in gewissem Maße einen geregelten Ablauf des Abrüstungsprozesses gewährleisten. Schwerwiegenden wirtschaftlichen Störungen wird darüber hinaus dadurch entgegengewirkt, daß man durch die Konversion freigesetzte menschliche und materielle Ressourcen weniger entwickelten Wirtschaftssystemen zuführt. In dieser Hinsicht ist die Unterproduktion in einer Reihe von Industriezweigen für eine solche Konversion nicht gänzlich von Vorteil, und mehrere Faktoren bedingen die Notwendigkeit bedeutender Veränderungen in der Produktionsstruktur, bei künftigen Investitionen und im Bedarf der Konsumenten. Übergangsschwierigkeiten könnten jedoch durch eine internationale Zusammenarbeit abgeschwächt werden. Ein Grund dafür ist, daß der Bedarf der Entwicklungsländer an Importen von Investitionsgütern und Dienstleistungen in beträchtlichem Maße mit der Art der durch Abrüstungsmaßnahmen in den Industrieländern freigesetzten Produktionskapazitäten übereinstimmen würde. Zu diesen Gütern und Dienstleistungen gehören landwirtschaftliche Gerä-

te und Bergwerksausrüstungen, Fischereitechnik, Betriebe, Kraftwerke und andere Anlagen sowie Personal und Ausrüstungen für das Bildungs- und Gesundheitswesen.

Die Untersuchung befaßt sich mit praktischen Schritten, die dazu beitragen, daß sich die Abrüstung günstig auf die Entwicklung in den Entwicklungsländern auswirkt. Ein vorgeschlagener Weg zur Verminderung des Kapitalflusses in die Entwicklungsländer wäre die Festlegung einer "Abrüstungsdividende", wonach mit den durch die Abrüstungsmaßnahmen entstandenen Budgeteinsparungen ein besonderer Entwicklungsfonds eingerichtet würde. Eine andere Methode ist eine Waffensteuer, bei der sich der Entwicklungsbeitrag eines Staates danach richtet, welche Ressourcen er für militärische Zwecke aufgewendet hat. Eine dritte Möglichkeit wären freiwillige Beiträge, wobei sich die Staaten verpflichten, die Aktivitäten der Spezialorganisationen der Vereinten Nationen und einiger ihrer anderen Organe zu unterstützen.

Die Untersuchung zeigt, daß die Methode der "Abrüstungsdividende" am ansprechendsten wäre. Eine solche Maßnahme widerspiegelt sich teilweise in dem jüngst von Frankreich unterbreiteten Vorschlag über die Schaffung eines internationalen Abrüstungsfonds für Entwicklung, der auch von der Gruppe der Regierungsexperten in Erwägung gezogen wurde.

SCHLUSSFOLGERUNGEN UND EMPFEHLUNGEN

Im folgenden einige spezielle Schlußfolgerungen und Empfehlungen der Gruppe: Alle Regierungen, insbesondere aber jene der wichtigsten Militärmächte, sollten Schätzungen über den Charakter und den Umfang der kurz- und langfristigen ökonomischen und sozialen Kosten vorbereiten, die aus ihrer Rüstungsindustrie erwachsen, so daß die Öffentlichkeit ihrer Länder darüber informiert werden kann.

Es sollte eine umfangreichere und systematischere Aufstellung und Vorbereitung von Daten über den Einsatz von menschlichen und materiellen Ressourcen für militärische Zwecke und über den Waffentransfer erfolgen. Damit soll vermieden werden, daß eine übertriebene Geheimhaltung zur Beschleunigung des Wettbewerbs führt und umgekehrt.

Die Regierungen sollten die notwendigen Voraussetzungen schaffen, um die Nutzung der durch Abrüstungsmaßnahmen freigesetzten Ressourcen für zivile Zwecke zu erleichtern und dabei besonders dringende ökonomische und soziale Bedürfnisse, vor allem die der Entwicklungsländer, zu befriedigen. Sie sollten auch in Erwägung ziehen, die in ihren Ländern gewonnenen Erfahrungen dadurch zu publizieren, daß sie von Zeit zu Zeit vor der UNO-Vollversammlung berichten und gangbare Lösungen für bestimmte Konversionsprobleme anbieten.

Der Schaffung eines internationalen Abrüstungsfonds für Entwicklung sowie den technischen und Verwaltungsmodalitäten eines solchen Fonds sollte größere Aufmerksamkeit geschenkt werden, und die Vereinten Nationen sollten sich eingehender mit den damit im Zusammenhang stehenden Problemen befassen.

Der Generalsekretär sollte alle Schritte koordinieren, die dazu beitragen, daß die Programme und Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen auf Abrüstung und Entwicklung ausgerichtet sind.

Während sie auch weiterhin auf die Gefahr eines Krieges, besonders eines Kernwaffenkrieges, hinweisen, sollten die Vereinten Nationen in ihrer im Zusammenhang mit der Abrüstung durchgeführten öffentlichen Informations- und Erziehungsarbeit verstärkt die sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Wettbewerbs und die entsprechenden Vorteile der Abrüstung hervorheben.

Diese Verpflichtung hat in den vergangenen 4 Jahrzehnten Millionen Menschen unterschiedlicher religiöser und politischer Überzeugung zu einer die ganze Welt umspannenden Friedensbewegung zusammengeführt. Die Rettung des Lebens vor der drohenden Gefahr eines Nuklearkrieges kann nur durch die Herstellung vertrauensvoller Beziehungen zwischen den Völkern geschehen, durch Kooperation statt Konfrontation. Das Bewusstsein des unauflöslichen Zusammenhangs von Sicherheit und Zusammenarbeit hat auch zum Zustandekommen jener Koalition der Vernunft beigetragen, die vor 10 Jahren in Helsinki mit der Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz besiegelt wurde.

Die höchsten Repräsentanten von 35 Staaten Europas und Nordamerikas betonten damals, was heute notwendiger denn je ist: die Bereitschaft, "zum Wohl der Menschheit zusammenzuarbeiten ... in der Erkenntnis der engen Verbindung zwischen Frieden und Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt und im Bewusstsein der Notwendigkeit, dass jeder seinen Beitrag zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in der Welt und zur Förderung der Grundrechte, des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts und des Wohlergehens aller Völker leistet."

Danach zu handeln sollte für alle Menschen das Gebot der Stunde sein. Darum rufen wir Kirchen und Regierungen auf, den Geist von Helsinki wachzuhalten. In diesem Geist der Zusammenarbeit und wachsenden Vertrauens gilt es die Entspannungspolitik zielstrebig fortzuführen und vor allem auch auf den militärischen Bereich auszudehnen. Wir sagen darum mit aller Entschiedenheit NEIN zu neuen Runden des Wettrüstens auf der Erde und erst recht zu seiner geplanten Fortsetzung im Weltraum.

Die Entspannungspolitik von Helsinki muss fortgesetzt werden, damit sich Hiroshima und Nagasaki niemals wiederholen!

Pfr.Dr. Lubomír Mirejovský
Generalsekretär

Bischof Dr. Károly Tóth
Präsident

Dr. Filaret
Metropolit von Kiew und Galizien
Vorsitzender des Fortsetzungsausschusses

X X X

Die Begehung des CFK-Afrika-Sonntags in London

Am Sonntag, dem 14. Juli 1985, veranstaltete die Londoner CFK-Gruppe in Grossbritannien gemeinsam mit der Afrikanischen Methodistischen Episcopalen Kirche in London und der Schwarzen Religiösen Studiengruppe eine spezielle Feierstunde zum "Afrika-Sonntag" in der St. Lukas Kirche im Norden Londons. Pfr. Moshe Sephula vom britischen Regionalausschuss, Kirchenältester der Afrikanischen Methodistischen Episcopalen Kirche in Grossbritannien, leitete den Gottesdienst und predigte über Gottes Befreiungshandeln in der Geschichte. Pfr. Brian G. Cooper, Vorsitzender des britischen Regionalausschusses, berichtete über die VI. Allchristliche Friedensversammlung. Der Gemeinde wurde der "Prager Appell an die

Christen der Welt" sowie ein Querschnitt aus ACFV-Stellungnahmen zu Afrika vorgelesen. Mr. S. Pheko aus Südafrika, Afrika-Wissenschaftler, gab eine Analyse der "Krise im südlichen Afrika heute". Pfr. Rosalind Stephens von der A.M.E.-Kirche in New York, USA, brachte eine Grussbotschaft der AME-Kirchen in den Vereinigten Staaten. Der Höhepunkt der Veranstaltung, bei der Geld für den Afrika-Sonntag-Aufruf gesammelt wurde, war die Aufführung traditioneller chinesischer Musik durch die Guo-Brüder aus der Volksrepublik China, sowie von religiöser afrikanischer Musik und Negro-Spirituels. "Der kulturelle Austausch zwischen Afrika, Asien und Europa kann eine mächtige Kraft für den Weltfrieden und die Harmonie unter den Völkern sein", kommentierte Pfr. M. Sephula.

X X X

In der DDR fand das erste Internationale Jugendseminar der CFK statt

Vom 10.-24. Juli 1985, direkt im Anschluss an die VI. ACFV, fand in der DDR das 1. Internationale Jugendseminar der CFK statt.

Dreizehn Jugendliche im Alter zwischen 18 und 31 Jahren aus Europa (Grossbritannien, BRD), Afrika (Angola, Kenia, Madagaskar, Tansania), Asien (Sri Lanka) und Lateinamerika (Chile, Ecuador, Dominikanische Republik) hatten in diesen zwei Wochen Gelegenheit, die DDR und somit das Leben in einem sozialistischen Land Europas kennenzulernen. Gleichzeitig konnten sie in dieser internationalen Gruppe etwas über die Probleme und die christliche Tradition in anderen Teilen der Welt erfahren.

Das Programm, mit viel Phantasie und persönlichem Engagement von den CFK-Freunden in der DDR organisiert, war sehr vielfältig. Bei einer zweitägigen Einführung in Berlin lernten sich die Teilnehmer zunächst untereinander kennen und bekamen erste Informationen über die Geschichte der DDR. Besuche beim Solidaritätskomitee und beim Friedensrat sowie Diskussionen mit dem Stadtjugendpfarrer und den CFK-Vertretern zeigten etwas von der aktuellen Friedensarbeit in der DDR. Aufgeteilt in drei Gruppen ging es dann in verschiedene Richtungen weiter. Jena - Berlin, Leipzig - Röhrsdorf - Oranienburg und Leipzig - Karl-Marx-Stadt hiessen die Stationen.

Die Teilnehmer wohnten privat bei Familien und Studenten, die sich grosse Mühe gaben, etwas von ihrem Leben zu vermitteln und auf der anderen Seite auch neugierig waren, etwas über das Herkunftsland ihrer Gäste und die Probleme der sogenannten Dritten Welt zu erfahren.

Auf dem Programm standen Besuche in Gemeinden, bei Kirchengruppen und Hauskreisen, Ausflüge ins Grüne, Museumbesuche, gemeinsames Feiern, Informationsbesuche bei der "Gossner Mission" und der CDU, Besuche in einem Konzentrationslager (Buchenwald bzw. Sachsenhausen) und immer wieder Diskussionen, geplant oder spontan unterwegs und in den Familien.

Die lateinamerikanische Gruppe feierte in Karl-Marx-Stadt gemeinsam mit den Gastgebern den 6. Jahrestag der sandinistischen Revolution. Drei Afrikaner aus einer weiteren Gruppe hielten in Oranien-

burg gemeinsam die Sonntagspredigt. Auch individuelle Wünsche wurden erfüllt; so hatte ein teilnehmender junger Arzt Gelegenheit, in Berlin ein Krankenhaus zu besuchen. Ein Teil der Gruppe fuhr für zwei Tage zu einer ökumenischen Rüstzeit, einer Ferienfahrt für junge Christen. Andere lernten im Studentenwohnheim in Berlin das Leben der Theologiestudenten kennen.

Zur Auswertung des Seminars traf sich die ganze Gruppe in Kleinschwarzlosen wieder. Noch einmal wurden Erfahrungen ausgetauscht, Vorurteile mit Erlebtem verglichen und korrigiert. Die Diskussion aller drei Gruppenkonzentrierte sich, obwohl sie verschiedene Orte besucht hatten, am Ende auf ähnliche Dinge. Die Frage der Stellung von Christen in einem sozialistischen Staat tauchte immer wieder auf, das Problem des Faschismus, die Situation der Frauen in der DDR und vieles mehr wurde diskutiert. Trotz ihrer unterschiedlichen Erwartungen und Hintergründe äusserten sich alle Teilnehmer zufrieden und erfreut über die erfahrene Gastfreundschaft, die Kontakte und Diskussionen, die sowohl für die Gäste als auch für die Gastgeber fruchtbar waren. In der Hoffnung auf eine Fortsetzung dieses erfolgreichen Experiments und voller neuer Anregungen und Erfahrungen ging die Gruppe am letzten Tag auseinander. Ein Teil fuhr nach Hause, ein anderer Teil reiste noch weiter zu den Weltjugendfestspielen nach Moskau.

X X X

NGO-Forum für die Konferenz zur Einschätzung und Bewertung der Errungenschaften der UN-Frauendekade: Gleichberechtigung, Entwicklung, Frieden vom 10.-19. Juli 1985 in Nairobi

Zu dieser Veranstaltung trafen schätzungsweise 14.000 Frauen aus der ganzen Welt zusammen. Ihr Hauptanliegen war selbstverständlich die Situation und der Status der Frau in ihrem jeweiligen Gesellschaftssystem und Land sowie weltweit. Doch sie brachten auch all die Probleme unserer unruhigen Welt, mit denen die Probleme der Frauen verbunden und verwoben sind. Die Diskussionen wurden in einer grossen Anzahl von Arbeitsgruppen und Gesprächskreisen nicht nur am Hauptort des Forums, der Universität von Nairobi geführt, sondern auch in Museumsinstituten, Kirchengebäuden, Parks der Stadt und auf den Universitätswiesen. Das Friedenszentrum in einem grossen Zelt war nicht nur ein Ort für Gespräche und Dialoge, wie dem Dialog der Frauen aus der Sowjetunion und den USA, sondern auch ein Platz um Kunst und kreativen Ausdruck der Probleme der Frauen zu zeigen. Es gab Möglichkeiten, Dias und Filme von Frauen und über Frauen zu zeigen. Das von mehreren ökumenischen Kirchenfrauenorganisationen geförderte und von kenianischen Frauen geleitete Karibu-Center war ein Ort, an dem sich christliche Frauen treffen konnten, zur Diskussion und Freundschaft mit anderen Frauen. In einigen Arbeitsgruppen gab es erregte und enthusiastische Debatten, manchmal sogar heftigen Streit.

Es war eine grosse Anzahl afrikanischer Frauen und ein hoher Prozentsatz von Frauen aus der Dritten Welt anwesend. Viele Organisationen förderten die Teilnahme von Frauen aus der Dritten Welt, und es waren grosse Anstrengungen unternommen worden, um so viel

wie möglich afrikanische Frauen aus der Basisbewegung und in Frauenentwicklungsprojekten aktive Frauen dabei zu haben.

In all den Versammlungen, Diskussionen und Überlegungen konnte man einige Hauptlinien erkennen. Es gab ein Bewusstsein für die zerstörerischen Auswirkungen des fortgesetzten Wettrüstens in allen Ländern, besonders aber in den unterentwickelten, mit besonderer Betonung auf Frauen und Kindern;
ein Bewusstsein, dass es in unserer Welt Kräfte gibt, die das Wettrüsten brauchen und begünstigen;
ein Bewusstsein, dass dieser Wahnsinn durch die gemeinsamen Anstrengungen aller Menschen gestoppt werden kann;
ein Bewusstsein, dass eine solche Entwicklung notwendig ist, von der alle Menschen einer Gesellschaft profitieren;
ein Bewusstsein, dass die Gleichberechtigung der Frau ohne eine solche Entwicklung nicht möglich ist, ohne größere Anstrengungen zur Überwindung patriarchalischer Vorstellungen und einer tief in den Männern aber auch in den Frauen und in einigen Gesellschaftssystemen verwurzelten Denkweise.

Der Jahrestag der siegreichen nikaraguanischen Revolution wurde bei einer Kundgebung auf der Universitätswiese von vielen anwesenden Frauen enthusiastisch bejubelt.

Die überwiegende Mehrheit der CFK-Vertreterinnen kam von der Lateinamerika/Karibik-CFK. Sie waren in vielen Arbeitsgruppen und Gesprächskreisen aktiv, besonders in dem über Frauen, Friede und Glaube, der unter dem Vorsitz von Frau R. Andriamanjato im Friedenszelt stattfand und bei dem drei Diskussionsteilnehmerinnen der CFK dabei waren. Eine der CFK-Frauen nahm am Programm des ökumenischen Gottesdienstes teil.

Es wurde der Wunsch geäußert, ein solches Forum der NGOs alle fünf Jahre abzuhalten und entsprechende Petitionen wurden von vielen Frauen unterzeichnet.

X X X

Stellungnahmen der VI. Allchristlichen Friedensversammlung zur Situation in verschiedenen Regionen der Welt

Den Konfliktsituationen in vielen Regionen der Welt wurde in Gesprächen der Teilnehmer der VI. Allchristlichen Friedensversammlung (Prag, 2.-9. Juli 1985) viel Raum gewidmet. Das Ergebnis dieser Diskussionen ist die Annahme von einigen Dokumenten, die nicht nur versuchen, die Spannungen und Probleme in diesen Regionen festzustellen, sondern gleichzeitig auch Vorschläge enthalten, auf welche Weise die Christen und Kirchen zur Lösung dieser Probleme beitragen könnten.

Die Stellungnahmen der VI. ACFV zur Situation in Afrika, Latein- und Mittelamerika, in Asien, Europa, im Nahen Osten und im Pazifischen Bereich veröffentlichen wir in dieser Ausgabe des CFK-Bulletins.

AFRIKA

Dürre: Afrika, seit langem Opfer von Kolonialismus und Imperialismus, ist im Griff einer weitverbreiteten Dürre, von der Äthiopien, der Sudan, Niger und der Tschad am schwersten betroffen sind. Nach einer Erklärung der Weltgesundheitsorganisation werden dort in diesem Jahr hunderttausende von Kindern verhungern. Selbst wenn nichtafrikanische Staaten grosszügige Hilfe leisten würden, könnte die örtliche Infrastruktur den Anforderungen, die sich aus den Transport- und Verteilungsaufgaben ergeben würden, nicht gerecht werden. Die Nahrungskrise in Afrika besteht. Auch in diesem Jahr werden mindestens 20 Millionen Menschen durch Hilfsorganisationen ernährt werden müssen.

Flüchtlinge: Politische Krisen, Hunger und die Dürre haben Männer, Frauen und Kinder aus ihren Heimatländern vertrieben. Die Flüchtlingsbewegung ist ungeheuer gross; internationale wie nationale Strukturen sind durch das Ausmass des Problems völlig überfordert.

Soziale und ökonomische Fragen: Die gegenwärtige Dürre und die Hungersnot sind Folgen einer langen, komplizierten Geschichte rücksichtsloser Ausbeutung der Ressourcen, der Nutzung afrikanischen Bodens durch TNCs zu Profitzwecken bzw. um die wohlhabenden Bürger Europas und Nordamerikas zu nähern und zu kleiden; grossangelegter Abholzung und Bodenerosion; gedankenloser Verwendung von Weideland usw.

Die Volkswirtschaften vieler afrikanischer Länder werden jetzt von TNCs beherrscht und Afrikas Schuldenlast hat den kritischen Punkt erreicht. Durch die hohen Profite der TNCs und den riesigen Abfluss von Zinszahlungen an Marktwirtschaftsländer und Banksysteme ist Afrikas jährliche Wachstumsrate fast auf Null gesunken. Der IWF kollaboriert mit diesem Ausbeutungssystem durch seine Forderungen nach Währungsabwertungen und seine private Unternehmen bevorzugende Politik. Dem namibischen Volk wird nicht erlaubt, sein eigenes Land selbst zu regieren. Ein Marionettenregime, illegal und völlig unannehmbar für das Volk Namibias, wurde ihm durch das undemokratische Regime in Südafrika aufgezwungen. SWAPO, die echte und legitime Organisation des namibischen Volkes, wird fortwährend verfolgt, angegriffen und daran gehindert, die Regierung des Landes zu übernehmen. Südafrika verletzt die Grenzen aller Nachbarstaaten, besonders von Botswana, Angola, Mozambique und Simbabwe. Protestierende Bürger werden durch dieses Minderheitsregime brutal ermordet oder gefoltert. So fordern wir gleichfalls die Haftentlassung von Nelson Mandela, dem Führer des ANC.

Südafrika ist schwer bewaffnet. Es ist inzwischen zur potentiellen Nuklearmacht geworden. Entzieht man diesem illegalen weissen Minderheitsregime die westliche Unterstützung, dann wird die ganze Herrschafts- und Ausbeutungsstruktur in Südafrika zusammenbrechen. Wir, Mitglieder der CFK, erklären unsere uneingeschränkte Unterstützung des südafrikanischen Volkes, besonders der schwarzen Mehrheit, in ihrem Kampf um Unabhängigkeit, Menschenwürde und Demokratie. Die südafrikanische Regierung verdient, verurteilt zu werden.

Sie ist undemokratisch und ungerecht in ihren Methoden, taub gegenüber den Forderungen nach Gerechtigkeit und Menschenrechten und verachtet arrogant alle Appelle der Menschheit und der UNO.

Die ACFV spricht ihre Bewunderung aus für die Bemühungen einer vorwiegend weissen Nation wie Neuseeland, der geplanten Rugby-Tour Neuseelands nach Südafrika entgegenzutreten. Die ACFV ruft die New Zealand Rugby Union auf, durch die sofortige Absage der All-Black-Rugby-Tour ihre eindeutige Opposition zur Apartheid deutlich zu machen. Diese Rugby-Tour ist nicht lediglich ein sportliches Ereignis. Sie stellt ein politisches Problem dar, das, wenn es nicht gelöst wird, zu Gewalttätigkeiten und Blutvergiessen führen kann. Dies ist nur ein Beispiel dafür, wie die Völker der Welt sich von der Politik der undemokratischen Regierung Südafrikas distanzieren können. Wirtschaftliche Sanktionen, Sportboykotte und andere solchen gewaltfreien Schritte sind dringend erforderlich, um den Sieg im Kampf des südafrikanischen Volkes zu sichern. In diesem Zusammenhang unterstützt die ACFV die Forderung des südafrikanischen Kirchenrates nach einem Abzug der Investitionen von Südafrika, als den effektivsten, friedlichen Weg, der uns zur Demontage des Apartheidssystems in Südafrika noch offen steht.

Appell:

Die ACFV ruft die Staaten und Völker Afrikas und der ganzen übrigen Welt auf, 1986, dem Jahr, das von der UNO zum Internationalen Jahr des Friedens erklärt wurde, eine besondere Afrika-Woche zu begehen, um die Menschen mit den Problemen Afrikas vertraut zu machen und Unterstützung zu mobilisieren für den afrikanischen Kampf um Frieden und Gerechtigkeit.

Wir rufen unsere christlichen Brüder und Schwestern in der ganzen Welt auf, im nächsten Jahr einen "Allafrikanischen Christlichen Friedenstag" zu begehen und diesen während der Afrikawoche besonders vorzubereiten und zu feiern.

X X X

ASIEN

In Asien besteht immer noch grosse Armut, sie breitet sich sogar ständig aus. Trotz wesentlicher wirtschaftlicher Entwicklung und beträchtlicher Erweiterung der mittleren Schichten wächst die Kluft zwischen den Reichen und den Armen. Der Schrei nach Gerechtigkeit wird laut und dringlich, stösst aber auf eine herausfordernde Ablehnung von denen, die die Macht in den internationalen Wirtschafts-, Bank-, Industrie und Finanzstrukturen ausüben. Da immer stärker erkannt wird, dass eine mögliche nukleare Katastrophe sich über den ganzen Erdball erstrecken würde, führt Mutlosigkeit zu Zynismus und Gewalt.

Militärstützpunkte

Die asiatische Küste vor dem Pazifik strotzt von ausländischen Militärstützpunkten. Statt die Forderung Asiens nach Denuklearisierung aufzugreifen, hat der Indische Ozean nun noch mehr nukleare Waffen. Asien ist fortan eine Zielscheibe für nukleare Raketen.

Vereinigung Koreas

Die bedauerliche Spaltung der koreanischen Halbinsel seit dem Ende des Krieges muss rückgängig gemacht werden. Wir drücken unsere Solidarität mit all den Koreanern sowohl im Norden als auch im Süden aus, die Wege zur Wiedervereinigung ihrer beiden Nationen suchen. Wir verurteilen jegliche ausländische Einmischung, ob militärisch oder politisch, die diesen dringenden Prozess zu behindern versuchen. Christen im Norden und Süden haben ihren Wunsch nach solcher friedlichen Wiedervereinigung geäußert. Wir rufen auf, dass Nord und Süd Massnahmen treffen sollen, die das Misstrauen abbauen und das Vertrauen fördern.

Afghanistan

Die fortwährenden Waffenlieferungen, die Ausbildung von Aufständischen und finanzielle Unterstützung von afghanischen Rebellen ausserhalb des Landes bleibt eins der Haupthindernisse zum erwünschten Rückzug der sowjetischen Militärhilfe aus Afghanistan.

Indo-China

Die Vollversammlung beklagt, dass die legitime Regierung von Kampuchea noch nicht von allen Staaten anerkannt worden ist und dass Vertreter von Pol Pots Mordregime einen Sitz in den Vereinten Nationen behalten. Der Wiederaufbau des vom Krieg verwüsteten Vietnams geht weiter, trotz aller wirtschaftlichen Hindernisse, die von bestimmten Nachbarländern errichtet werden.

Hiroshima und Nagasaki

In diesem Jahr ruft Japan alle Völker in allen Ländern dazu auf, sich an die nuklearen Bombenangriffe gegen Hiroshima und Nagasaki vor 40 Jahren zu erinnern und sich zu entscheiden, dass es nie eine Wiederholung geben darf. Der 6. August 1985 ist zum Internationalen Tag des gemeinsamen Handelns für die Beseitigung von nuklearen Waffen erklärt worden. Der Zweck dieses besonderen Andachtstages besteht darin, die Aufmerksamkeit der Welt auf die Notwendigkeit der Beseitigung aller nuklearer Waffen auf der Erde zu konzentrieren, damit ein Hiroshima und Nagasaki nie wieder vorkommen können.

Bewegung der Nicht-Paktgebundenen Staaten

Asien hat, nach Lateinamerika die Leitung der Bewegung der Nicht-Paktgebundenen Staaten übernommen. Wir begrüßen die Delhi-Erklärung des Sechs-Nationen-Gipfels (Argentinien, Mexiko, Tanzania, Schweden, Griechenland und Indien) und seine erneute Bestätigung der Notwendigkeit einen nuklearen Krieg zu vermeiden und das Weltall von Waffen frei zu halten. Unsere Vollversammlung verspricht der Bewegung ihre uneingeschränkte Unterstützung in ihren Bestrebungen für Frieden durch Gerechtigkeit in allen Teilen der Welt.

Ost Timor

Wir empfehlen, dass die Arbeitskommission eine gründliche Untersuchung der aktuellen Lage von Ost Timor in der nächsten Zeit vornehmen soll.

X X X

LATEIN-AMERIKA

Trotz seiner reichhaltigen Naturschätze ist Latein-Amerika aufgrund rücksichtsloser Ausbeutung durch Transnationale Konzerne ausserordentlich stark verarmt. Die hohen Auslands-Schulden machen alle Möglichkeiten zunichte, die Wirtschaft des Kontinents sinnvoll integriert zu entwickeln; damit fehlt aber die Grundlage für eine Rückzahlung der Schulden.

Die unvorstellbar galoppierende Inflation, hohe Arbeitslosigkeit und überhöhte Lebenshaltungs-Kosten betreffen vor allem die Arbeiter, Bauern und sozialen Rand-Gruppen, die die Mehrheit der Gesamtbevölkerung bilden.

Ein irreführendes falsches Verständnis des christlichen Glaubens unternimmt den Versuch, dem Volk einzureden, dass die sozialen Gegensätze zwischen der Minderheit der Reichen, die immer reicher werden auf Kosten der immer ärmer werdenden Armen, und dieser Mehrheit des Volkes angeblich ein Ausdruck des Willens Gottes seien; doch dazu ist zu sagen, dass dies eine gotteslästerliche Auffassung ist, die als wider-christlich (anti-christlich) abzulehnen ist.

Angesichts des spontanen Protests der Menschen werden viele von ihnen zu Opfern der offiziellen Unterdrückungsmassnahme und des Staats-Terrorismus, der den Interessen des transnationalen Finanzkapitals dient.

Wir weisen in diesem Zusammenhang auf die fortdauernden Diktatur-Regime wie diejenigen in Chile, Haiti und Paraguay hin. Wir möchten hervorheben, dass die US-Militär-Basen in Panama, Vieques (Puerto Rico) und Guantanamo (Cuba) sowie die britischen Stützpunkte auf den Malvinas (=Falkland-Inseln) und die geplante Militärbasis auf der Weihnachts-Insel eine unmittelbar drohende Gefahr für den Frieden und die Entwicklung der lateinamerikanischen Länder darstellen.

Wir können die Lage, in der sich die Völker Lateinamerikas im besonderen und der Dritten Welt im allgemeinen befinden, ganz generell als ein Dasein unter den Bedingungen "struktureller Gewalt" bezeichnen, und eben diese Lage erfüllt den Tatbestand der Sünde des Mordes, womit den Verheissungen Gottes, für das Leben einzutreten, direkt zuwidergehandelt wird. (Siehe Lateinamerikanische Bischofskonferenz, Medellin, 1968). Dennoch sind inmitten dieses grausamen Bildes Zeichen der Hoffnung zu erkennen. Das Volk von Nikaragua und seine zentralamerikanischen Brüder und Schwestern kämpfen - motiviert von einem neuartigen und tieferen Verständnis des Evangeliums - einen ungleichen Kampf gegen all diejenigen, welche diese Situation legalisierter Gewaltanwendung von oben auf-

recht erhalten wollen. Aus der Sicht der Armen ist die Lektüre der Bibel eine Quelle ermutigender Inspiration für die christlichen Basis-Gruppen und -Gemeinden geworden, und ebenso ist sie ein Ansporn für die Entwicklung des neuen theologischen Denkens, das unter der Bezeichnung "Theologie der Befreiung" bekanntgeworden ist.

Die Völker Argentiniens, Uruguays und Brasiliens versuchen, den neofaschistischen Alptraum mit einem "Nie wieder!" loszuwerden. Der Kampf des chilenischen Widerstandes ist ein Ausdruck des schweren Ringens für das Leben gegen die Mächte des Todes.

In verschiedenen Ländern des Kontinents sind auch die unterschiedlichen Formen des Befreiungskampfes und die Sehnsucht nach wirksamen Möglichkeiten des Zusammenschlusses der Befreiungskräfte im Sinne der Wiedervereinigung des "Grossen Vaterlandes Lateinamerika" wesentliche Zeichen der Hoffnung.

Darum ist es notwendig, die Einheit Lateinamerikas nicht nur als einzige Voraussetzung der Schuldenrückzahlung zu bewerten, die ja nicht nur die Völker der Dritten Welt betrifft, sondern die internationale Wirtschaftskrise insgesamt verschärft und nicht zuletzt die Massen der werktätigen Bevölkerung der Industrieländer entscheidend belastet. Darum sind wir angesichts dieser zugespitzten Lage der Meinung, dass es jetzt ein Gebot der Stunde ist, Bedingungen zu schaffen, die endlich die Einführung einer Neuen Internationalen Wirtschafts-Ordnung als feste Grundlage des Weltfriedens ermöglichen.

X X X

MITTELAMERIKA

Mittelamerika befindet sich gegenwärtig in einer angespannten Not-situation, in El Salvador, Guatemala und vor allem in Nikaragua.

Vor sechs Jahren befreite sich dieses Land von einer grausamen Diktatur und widmet sich heute dem Aufbau einer neuen Gesellschaft. Doch die ständige Drohung einer militärischen Intervention, eine Wirtschaftsblockade und eine destabilisierende ideologische Kampagne bewirken eine enorme Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation des Landes und verschlimmern die Leiden dieses Volkes noch.

Böswillige Interpretationen des Christentums in Mittelamerika betreffen besonders Nikaragua, wo man den Gläubigen reaktionäre Ansichten unterschieben will.

Die Regierung der Vereinigten Staaten ist direkt und in unverantwortlicher Weise in die Kriegssituation Mittelamerikas verwickelt.

Honduras wurde in einen Stützpunkt für die Militäraktionen der Vereinigten Staaten in diesem Gebiet verwandelt.

Costa Rica behauptet zwar, ein neutrales Land zu sein, lässt aber die Anwesenheit von US-Militärberatern und die Ausbildung von Streitkräften zu.

Die Militärregierung Guatemalas und die christ-demokratische salvadorianische Regierung unterdrücken ihre Völker, verschärfen die Armut und verletzen die Menschenrechte schwer. In El Salvador verstärkt sich die Gefahr einer US-Invasion.

Die Bemühungen der Contadora-Gruppe um eine politische Lösung der mittelamerikanischen Krise sind ein wichtiges Element in den Bestrebungen, Frieden für die Region zu erreichen. Sie verdienen darum die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft.

Die US-Militärpräsenz durch die Unterhaltung von Stützpunkten in Panama und Guantanamo (Kuba) und insbesondere durch die gegen den Willen der Bevölkerung erfolgende politische und militärische Kolonialisierung von Puerto Rico ist nicht nur eine weitere direkte Aggressionsdrohung gegen Mittelamerika, sondern stellt auch insofern eine Aggressionsquelle dar, als die US-Stützpunkte jenen Kräften als Ausbildungszentren dienen, die die um ihre Befreiung und Entwicklung kämpfenden Völker unterdrücken und angreifen.

Die Sendungen des von der US-Regierung betriebenen anti-kubanischen "Radio Martí" stellen eine Provokation und einen Diversionsakt der USA gegen Kuba dar.

In allen Ländern der Region gibt es einen fast schon allumfassenden Ruf nach Befreiung und einen Befreiungskampf für einen besseren Lebensstandard und ein anderes gesellschaftspolitisches System. Insbesondere die US-Regierung aber ist verantwortlich für die Unterdrückung aller Befreiungsbestrebungen, wobei sie sich des wirtschaftlichen Druckes ebenso bedient wie der ideologischen und der militärischen Aggression.

Der Friedenskampf in Mittelamerika wird immer das Zeugnis der Märtyrer vor Augen haben, die wie Bischof Romero ihr Leben opfer-ten, damit Gottes Vorhaben für seine Völker verwirklicht werden kann.

Die Menschen in Mittelamerika wissen, dass sie nicht allein sind. Sie wissen, dass sie mit einer starken internationalen Solidarität rechnen können. Ihr Kampf für das Leben hat in allen Ländern der Welt ein Echo gefunden - ebenso bei allen Christen, die Jesus Christus als in ihrer Geschichte gegenwärtigen Herrn anerkennen - und sie verstehen, wie wichtig die Befreiung ist, um Gottes Ruf "Wählt das Leben!" anzunehmen.

X X X

EUROPA

Schon 40 Jahre haben die Völker Europas einen offenen Krieg miteinander vermieden. Aber es herrscht noch kein echter Frieden, die Situation ist höchst labil. Trotz vieler verheissungsvoller Ansätze und Zeichen der Bereitschaft zur friedlichen Koexistenz und Zusammenarbeit bleibt Europa eine Region voller Spannungen und Gefährdungen für den Frieden.

Zwei gegensätzliche Weltsysteme, Kapitalismus und Sozialismus, stehen sich an einer gemeinsamen Grenze hoch bewaffnet gegenüber. Der europäische Kontinent ist, mit Ausnahme einiger neutraler oder

blockfreier Staaten in zwei Militärbündnisse geteilt, für die es in der Geschichte nichts Vergleichbares gibt. Folgende aus dieser Situation entstandene Faktoren zeigen die besondere Gefahr an:

- In Europa sind die meisten Atomwaffen gelagert. Nach der Stationierung von Mittelstreckenraketen weist die Bundesrepublik Deutschland dabei die grösste Atomwaffendichte auf.
- Die politischen Realitäten und der status quo der Grenzen in Europa, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Sieg über den Faschismus entstanden sind, werden von revanchistischen Kräften in Frage gestellt.
- Galt es früher als Konsens, dass es zur friedlichen Koexistenz keine Alternative gibt, so wird heute von einigen politischen Kreisen der unsinnige Gedanke eines begrenzten und gewinnbaren Atomkrieges vertreten.

Dies zeigt, dass mit der quantitativen und qualitativen Steigerung der Rüstung die Politik der Abschreckung durch Anhäufung von Waffen nicht zu mehr Sicherheit, sondern zu einer grösseren Kriegsgefahr führt. Die eskalierende Rüstung führt zur Verstärkung der Militärapparate und verfestigt die politische und militärische Konfrontation. Die Folgen der finanziellen Vergeudung lassen wachsende Verarmung und Verelendung entstehen.

Dabei beunruhigt uns besonders die Neubelebung von faschistischen Ideen und die Ausbreitung des Terrorismus, die durch die steigende Arbeitslosigkeit in den Ländern Westeuropas, durch einen dort ebenfalls wachsenden Rassismus und zunehmende Ausländerfeindlichkeit besonders gefährlich werden.

Angesichts dieser Gefahren müssen wir den Regierungen und jedem einzelnen Menschen ihre Verantwortung für den Frieden nachdrücklich bewusst machen. Sicherheit ist nur gemeinsam zu erreichen, Frieden nur durch Koexistenz und Kooperation zu sichern.

Wir unterstützen den Dialog zwischen Christen und Marxisten, sowie unter den Friedenskräften, weil das besonders in Europa ein positiver Faktor zur gegenseitigen Verständigung, Entspannung und Sicherung des Friedens ist.

Wir verurteilen eine Politik des Kreuzzuges gegen "das Reich des Bösen", die vorgibt, sogar im Interesse der Christen in den sozialistischen Ländern zu handeln. Dagegen unterstützen wir alle Vorschläge zur Schaffung atomwaffenfreier Zonen in Europa und empfehlen eine intensive Diskussion des Entwurfs für ein chemiewaffenfreies Europa (gemeinsam erarbeitet von der SPD in der BRD und der SED in der DDR).

Europa hat - über die Verantwortung für sein eigenes Schicksal hinaus - auch eine Verantwortung für die Folgen seiner politischen und ökonomischen Verhaltensweisen und Aktionen für die anderen Kontinente. Es ist wichtig, dass Europa seine eigene Identität findet, sie aber nicht gegen die Interessen der Dritten Welt gebraucht. Dies wird nur erfolgreich geschehen, wenn Europa sich nicht von den USA davon abbringen lässt, ein kollektives System der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa weiterzuentwickeln.

Der Geist von Helsinki hat vielen Menschen, Christen und Nichtchristen in Europa und auf der ganzen Welt, eine Hoffnung geschenkt. Der Helsinki-Prozess kann innerhalb und ausserhalb Europas helfen, die in den 40 Jahren entstandenen politischen Realitäten in Europa als Garantie einer friedlichen Zukunft der Menschheit zu bewahren und weiterzuentwickeln. Wir denken dabei auch an die noch nicht ausgeschöpften Möglichkeiten des Austausches der moralischen und kulturellen Werte, sowie an wirtschaftliche und Handelsbeziehungen. In der Schlussakte von Helsinki sind voneinander nicht trennbare Prinzipien für Frieden, Abrüstung und Entspannung festgelegt. Soziale und individuelle Menschenrechte dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

In den Friedensaktivitäten der letzten Jahre in Europa kam u.a. seitens der Frauen eine moralische Kraft zum Ausdruck, die wir zu einem noch wirksameren politischen Faktor in der Gesellschaft werden lassen müssen. Damit wollen wir den verantwortlichen Politikern guten Willens Unterstützung und Hilfe für ihre Bemühungen um Sicherung des Friedens geben.

Folgende Ziele stellen wir in den Mittelpunkt unserer Bemühungen:

- Stopp der Stationierung und eine Reduzierung der Zahl von Mittelstreckenraketen in Europa als Schritt zu einem kernwaffenfreien Europa auf dem Weg zu einer universalen Beseitigung der Atomwaffen;
- Verhinderung der Militarisierung des Weltraums;
- konstruktive Vereinbarungen bei den Stockholmer Verhandlungen über militärische Vertrauensbildung und bei den Wiener Verhandlungen über die Reduzierung von Truppen und Rüstung in Mitteleuropa;
- die schnelle Erreichung positiver Ergebnisse für Abrüstung und Entspannung bei den Genfer Verhandlungen zwischen UdSSR und USA;
- das Einfrieren und Senken der Rüstungshaushalte;
- die Länder sollen ihre Souveränität und territoriale Integrität gegenseitig respektieren;
- die Weiterentwicklung eines kollektiven Systems der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und von Europa zu den anderen Kontinenten.

Die Christen müssen sich mit grösster Hingabe an den Bemühungen für die Beseitigung der Gefahr eines in Europa ausbrechenden dritten Weltkrieges beteiligen. Sie sind dazu verpflichtet, aus der Hoffnung und in dem Bewusstsein, dass Gott es uns möglich macht, den Frieden zu wählen.

X X X

NAHER OSTEN

Der Nahe Osten blutet aus vielen Wunden. Iran und Irak stehen in einem sinnlosen Krieg gegeneinander, der unschuldige Menschenleben fordert und nur den Rüstungsproduzenten und Lieferanten nützt und

denen, die an einem schwachen und gespaltenen Nahen Osten interessiert sind. Alle Bemühungen um eine friedliche Beilegung des Konflikts sind bisher gescheitert. Wir appellieren an beide Länder, ihren Konflikt auf friedliche Weise am Verhandlungstisch zu lösen, möglicherweise unter der Schirmherrschaft der Bewegung der Nicht-paktgebundenen Staaten, zu der sie beide gehören.

Der Libanon, einst das Paradies des Nahen Ostens, ist zu einer wahren Hölle mörderischen Kampfes und ausländischer Intervention geworden. In- und ausländische Interessen scheinen den Libanon zur selbstmörderischen Politik einer Aufteilung des Landes in konfessionelle Kantone auf religiöser Grundlage zu treiben.

Wir empfehlen, dass die CFK in der nächsten Zeit folgendes tut:

- a) enge Verbindung mit dem Nahöstlichen Kirchenrat zu halten, um den besten Weg herauszufinden, auf dem die CFK den Menschen im Libanon am besten helfen kann;
- b) Mittel der CFK für die mögliche Durchführung der vorgeschlagenen Pläne zu verwenden.

Wir fördern, dass alle libanesischen Gruppen sich an den Verhandlungstisch setzen, den 10 Jahre alten Bürgerkrieg beenden und sich auf friedliche nationale Versöhnung und Wiederaufbau konzentrieren, um einen einzigen, souveränen, demokratischen Staat zu schaffen, der allen Bürgern, welcher religiöser oder konfessioneller Gruppe sie auch immer angehören mögen, Sicherheit und eine menschenwürdige Existenz garantiert.

Wir sind auch besorgt über die andauernde Besetzung eines grossen Teils von Zypern durch die türkischen Invasionskräfte und die daraus resultierenden Spannungen zwischen türkischen und griechischen Zyprioten. Wir appellieren an beide Seiten, Zurückhaltung zu üben und ihren Konflikt friedfertig und gerecht beizulegen, beginnend mit dem Abzug der türkischen Streitkräfte und endend in einem vereinten, unabhängigen, säkularen demokratischen Staat Zypern.

Israel weigert sich hartnäckig, aus den besetzten Gebieten abzuweichen, hält an der verurteilungswürdigen Politik der Errichtung israelischer Siedlungen in den besetzten Gebieten fest und richtet sich nach keiner der UN-Resolutionen. Der erste Schritt zu einer friedlichen Lösung der Nah-Ost-Krise ist der Abzug aller israelischen Streitkräfte aus arabischen Gebieten und die Schaffung eines unabhängigen Palästinenserstaates. Israelische Ansiedlungen in den besetzten Gebieten sollten ab sofort gestoppt werden. Das palästinensische Volk hat unter soviel Ungerechtigkeit und Gewalt gelitten, dass die internationale Gemeinschaft dafür verantwortlich ist, ihm Gerechtigkeit nicht länger vorzuenthalten.

Wir beteuern noch einmal die Notwendigkeit, die Existenz und Integrität aller Staaten im Nahen Osten durch ausgehandelte Verträge zu garantieren, die den Palästinensern ihren unabhängigen Staat zugestehen. Die gleichberechtigte Teilnahme der PLO als der einzigen legitimen Vertretung der Palästinenser bei allen Verhandlungen muss gesichert werden.

Wir beteuern erneut die Notwendigkeit der Einberufung einer internationalen Nah-Ost-Konferenz unter Schirmherrschaft der UNO und

unter Teilnahme aller im Nahen Osten beteiligten Parteien, einschliesslich der PLO, Israels, der USA, der UdSSR und aller anderen ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates.

X X X

DER PAZIFISCHE BEREICH

Die im Pazifik lebenden Menschen sehen sich einer wachsenden Zahl von Problemen gegenüber, die sich aus der Fortsetzung der Aufrüstungsmassnahmen ergeben. Dazu gehören:

- 1) Gesteigerte militärische Aktivitäten besonders der Atommächte;
- 2) Zunehmende Transporte und Verkehrsbewegungen mit atomar gerüsteten Schiffseinheiten der Atommächte im Pazifik;
- 3) Fortgesetzte Atombomben-Tests besonders durch Frankreich im Gebiet des Murors-Atolls. Die Auswirkungen der US-Atombomben-Versuche machen sich noch immer im Gebiet der Marshall-Inseln bemerkbar.

Wegen der zunehmenden Vorbereitungen auf einen Atomkrieg einschliesslich der Schiffsbewegungen der Atommächte im Pazifik hat die Regierung Neuseelands sämtliche Häfen ihres Landes für Atomkriegsschiffe gesperrt. Als Gegenmassnahmen haben die USA Handelsbeschränkungen gegen Neuseeland trotz dessen Zugehörigkeit zum ANZUS-Pakt angedroht. Andere Länder haben zwar bisher noch keine derart drastischen Schritte gegen die Manöververfahren von Atomkriegsschiffen unternommen; aber wachsender Druck der Öffentlichkeit wegen dieser gefährlichen Entwicklung macht sich bereits in anderen pazifischen Ländern wie Australien und Fidschi bemerkbar.

Im Lichte der von der CFK klar zum Ausdruck gebrachten Grundsätze und im Blick auf die spezifischen Probleme des Pazifik möchten wir:

- 1) den Nationalrat der Kirchen von Neuseeland in seiner zustimmenden Haltung zur Sperraktion der Regierung gegen die Einfahrt von Atomkriegsschiffen in neuseeländische Häfen bestärken und diese mutige Position unterstützen;
- 2) dem kanakischen Volk von Neu-Kaledonien versichern, dass es das Recht auf Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit uneingeschränkt erhalten sollte;
- 3) unsere Solidarität mit den schlecht bezahlten und unorganisierten Arbeitern in pazifischen Ländern wie Fidschi und den Philippinen in ihrem Kampf gegen die Ausbeutung durch TNCs sowie mit den eingeborenen Menschen wie den australischen Ur-Einwohnern und den neuseeländischen Maoris in ihrem Kampf um gerechte Lebensverhältnisse bekunden;
- 4) die australische Regierung bei ihrem Versuch unterstützen, eine Arbeits-Gruppe der UNO-Abrüstungskonferenz zu ernennen, die eine weltweite seismische Überwachungs-Agentur unter internationaler Kontrolle schaffen soll, um damit die Einhaltung eines umfassenden Teststop-Vertrages zu überprüfen;

- 5) die Bewegung für einen atomwaffenfreien und unabhängigen Pazifik (NFIP) mit ihrer Opposition gegen sämtliche Atomtests im Pazifik unterstützen. Besonders geht es dabei um die Ablehnung und Verhinderung weiterer französischer Tests im Gebiet des Muroroa-Atolls und der geplanten Basis für Atom-U-Boote bei Noumea in Neu-Kaledonien (Kanakien).

XXXXXXXXX
XXXXXX

Arbeitsmaterial für das Oekumen.Seminar vom 16. - 18.9.1983
in Neu Zittau bei Berlin

Hervin I. Chung (Generalsekretär des Friedensrates von Jamaika),
"Die Gefahr eines Kernwaffenkrieges und die Probleme der dritten
Welt" - Auszüge aus "neue Perspektiven" 2/83 :

Ein grundsätzliches Problem, dem sich die Menschheit heute stellen muß, ist die Frage der Verteilung der Ressourcen der Erde. Die gnadenlose wirtschaftliche Ausbeutung von mehr als zwei Dritteln der Menschheit durch den Imperialismus stellt deshalb eine erstrangige Bedrohung für den Weltfrieden dar.

Alle Antworten auf die Frage nach der Gefahr eines Krieges müssen daher direkt mit den brennenden Problemen in Zusammenhang gebracht werden, denen sich die Völker der dritten Welt gegenübersehen: Hunger, Armut, Krankheiten, Analphabetentum.

Alllein diese Zustände schaffen eine Art Kriegszustand, fordern sie doch zum täglichen Kampf für die grundlegendsten Lebensbedingungen heraus.

(Vgl. Fidel Castro vor der 34. Vollversammlung der UN am 12.10.79: "...Wie können wir von Frieden sprechen, wenn Millionen Menschen in der ganzen Welt an Hunger oder heilbaren Krankheiten sterben. Wie können wir von Frieden sprechen, wenn 900 Millionen Menschen Analphabeten sind...")

Für die Völker der dritten Welt wird die Gefahr eines Kernwaffenkrieges angesichts ihrer brutalen wirtschaftlichen Realität wohl kaum im Mittelpunkt des Interesses stehen.

Tatsache ist jedoch, daß gerade diese Völker in der Frage Krieg und Frieden aktiv werden müssen.

Wenn auch die Stationierung neuer Raketensysteme in Europa vorgesehen ist, so sind es doch die strategischen Bündnisse - politischer und wirtschaftlicher Natur - der Länder der dritten Welt, die das weltweite Kräfteverhältnis beeinflussen und damit schließlich auch bestimmen, ob diese Raketensysteme und Kernwaffen zum Einsatz kommen oder Entspannung und Abrüstung die Oberhand gewinnen.

Untersuchungen zu Ländern, die mit dem IWF, der Weltbank und anderen westlichen Krediteinrichtungen zusammengearbeitet haben (u.a. Tansania, Türkei, Mexiko und Polen) unterstreichen die große Bedrohung, die die fortgesetzte ungleichmäßige Verteilung der Ressourcen und Technologie sowie die davon abhängigen Entwicklungsstrukturen für die nationale Souveränität und den Weltfrieden darstellt.

Z.B. der Fall J a m a i k a :

s. Bericht "Der IWF und die dritte Welt: Der Fall Jamaika 1974 - 1980" (veröffentlicht in der zweiten Ausgabe von "Development Dialogue") über den Prozeß der Eingliederung der Wirtschaft Jamaikas in das amerikanische System

- die Unterordnung des einheimischen Kapitals
- der Ausverkauf Jamaikas unter dem Druck des IWF: Der potentielle Produktionsausstoß zusammen mit den Einnahmen aus dem Dienstleistungssektor wird nicht ausreichen, genügend Mittel zu erwirtschaften, um die Anleihen zurückzuzahlen.

Die Bedingungen des IWF und die angebotsorientierte Wirtschaft haben dazu geführt, daß verschiedene soziale und wirtschaftliche Programme gekürzt werden mußten (u.a. die Landverteilung an Kleinbauern, Lebensmittelunterstützungen für die Armen, die Auflösung der Zuckerrohr-Kooperativen).

Zahlreiche

Zahlreiche Betriebe des staatlichen Sektors sind entnationalisiert.

- Die politisch - militärischen Absichten der Wirtschaftsstrategie des US-Imperialismus spiegeln sich in ihrem Initiativplan Karibik wider. Zum Beispiel wird die Massive Militärhilfe für El Salvador mit Wirtschaftsprogrammen für diese Region insgesamt verschleiert.

Frieden wächst
aus Gerechtigkeit

Familienkalender zur
Friedensdekade

Liebe Eltern, liebe Kinder!

Mit diesem Kalender grüßen wir die Familien unseres Kirchenkreises Oberspree zur Friedensdekade 1985. Das Thema "Frieden wächst aus Gerechtigkeit" greift eine sehr ernste Problematik auf: Das Verhältnis von reichen und armen Ländern und Menschen. Wir alle sind darin verstrickt, ob wir es wollen oder nicht. Die Probleme sind vielschichtig und hängen alle miteinander zusammen. Dafür wollten wir mit diesem Kalender Verständnis wecken. Wir würden uns freuen, wenn er zum Gespräch in den Familien ermunterte. Denn wir sind uns dessen bewußt, daß die Zukunft unserer Kinder entscheidend davon mitgeprägt wird, wie wir das Problem der Armut und des Hungers in der Welt heute und morgen lösen helfen. Die Geschichte von Pedro entstand nach dem Buch von Gudrun Pausewang "Die Not der Familie Caldera" und wurde nach einer Vorlage von Katrin Schrake von Lothar Petzold nacherzählt.

Natürlich wären wir über ein Echo froh. Zuschriften an S.Menthel, 1186 Berlin, Alt Schmöckwitz 3.

Schließlich möchten wir alle Familien unseres Kirchenkreises herzlich einladen zum Familiengottesdienst in der Friedensdekade am Sonntag, den 17.11.85 um 14.00 Uhr in der Christophoruskirche in Friedrichshagen.

Schalom

Der Friedenskreis des Kirchenkreises

Berlin-Oberspree

1. Armut ist häßlich

Pedro Lopez wohnt mit seiner Mutter und fünf Geschwistern am Stadtrand der großen Stadt Rio de Janeiro in Brasilien. Hier stehen Blechhütten, eine an der anderen: ohne Wasser, ohne Licht. In jeder Hütte ist nur ein Raum für die ganze Familie.

Pedro ist 10 Jahre alt, ein dünner und blasser Junge, seine schwarzen Haare glänzen nicht, seine Augen blicken traurig - das ist der Hunger! Oft bekommt Pedro den ganzen Tag über kein Essen.

Wenn morgens die Kinder in der Stadt zur Schule gehen, dann nimmt er seine beiden Schwestern Lina und Manuela an die Hände und läuft mit ihnen zu den Mülltonnen. Die Tonnen stinken, Pedro ekelte sich, er wühlte mit seinen Schwestern im Abfall. Manchmal finden sie ein paar durchlöchernte Schuhe oder eine Tüte faulige Apfelsinen. Oft finden sie nichts Erbares und kein Kleidungsstück. Dann kehren sie müde und schmutzig zur Mutter in die Blechhütte zurück und weinen aus Hunger.

Früher, als sie noch in dem kleinen Haus in der Stadt wohnten, da ging es ihnen gut: Vater hatte Arbeit und Pedro ging in die Schule. Jetzt sitzt Vater im Gefängnis und Pedro darf nicht mehr zur Schule gehen. In Brasilien müssen Eltern Geld geben, wenn ihr Kind zur Schule gehen soll. Aber Geld hat die Mutter von Pedro nicht. Sie bekommt keine Arbeit, weil sie die Frau eines Diebes ist, der im Gefängnis sitzt.

Pedro kann nur wenig lesen und schreiben, er würde gern lernen in der Schule. Neidisch blickt er auf die Schulkinder in der Stadt, auf ihre Bücher, ihre Kleidung, ihre Häuser. Manchmal fängt Pedro einen Schmetterling oder einen kleinen grünen Käfer und freut sich an ihren schönen bunten Farben. Dabei träumt er von einem schönen und frohen Leben in einem hellen Hause. Wenn er dann aufwacht, sieht er die verrostete Hütte und seine zerrissenen Lumpen. Armut ist häßlich.

Nachdenken über uns:

1. Tag

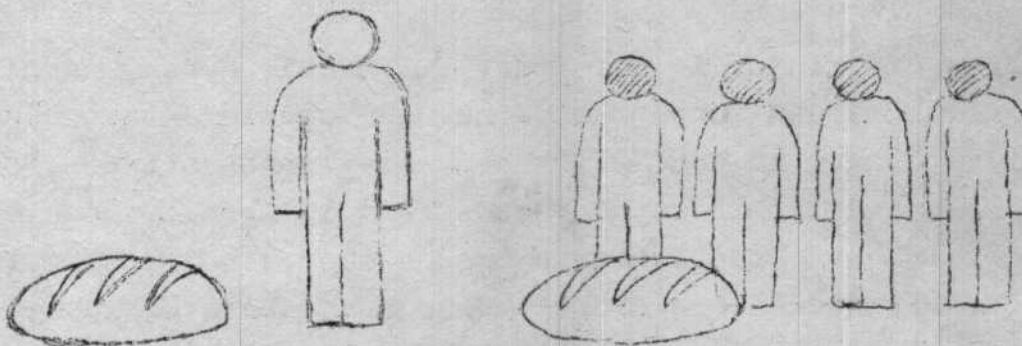
Die Ungerechtigkeit der Welt, in der wir leben, läßt sich ganz einfach darstellen:

Entwickelte Länder

- dazu gehört die DDR -

Entwicklungsländer

- dazu gehört Brasilien -



Die Folgen dieser Ungerechtigkeit sind unvorstellbar grausam:
Täglich sterben 40 000 Kinder den Hungertod!

Warum müssen sie sterben?

Wir essen ihnen doch nichts weg! - - - Oder doch?

Eins wissen wir: Wir können diesen Kindern nur helfen, wenn wir sie beachten.

Sie leben weit weg von uns.

Besuchen können wir sie nicht. Wir können uns ihnen nicht mitteilen, uns nicht mit ihnen unterhalten. Wir können ihnen nicht schreiben, denn vielen geht es wie Pedro: Sie gehen nicht zur Schule.

Aber, wenn wir es wirklich wollen, können wir uns für sie interessieren und ihnen auch helfen

2. Die frohen Jahre im kleinen Haus

Pedro's Vater, Juan Lopez ist aus den Bergen nach Rio de Janeiro gekommen. In einem kleinen Bergdorf waren seine Eltern arme Bauern. Er wollte sich nicht auf dem steinigen Acker schinden, er wollte sein Glück machen.

Jung und stark und voller Mut kommt er in die Stadt und findet Arbeit an einem Fließband. Zwölf Stunden muß er arbeiten für wenig Geld. Aber er spart sein Geld. In den freien Stunden verdient er auch noch etwas im Garten des Fabrikbesitzers.

Pedro liebt Maria, die Waschfrau. Sie heiraten. Auch sie ist sparsam. Eines Tages reicht das Geld für ein kleines Haus in der Stadt. Sie ziehen ein und es geht ihnen gut. Aber bald wird Maria die Arbeit gekündigt, weil sie schwanger ist. Eine Frau, die ein Kind erwartet, ist eine unsichere Arbeitskraft - in Brasilien darf man sie entlassen.

Ihr erstes Kind wird geboren: ein Sohn, ihr Pedro.

Sie freuen sich und lieben ihr Kind. Maria findet eine Heimarbeit: sie näht für reiche Leute.

Und dann bekommen sie ihr zweites Kind: Teresa, ein Jahr später das dritte: Lina. Die Kinder spielen in dem schönen kleinen Haus. Alle können sich sattessen und Vater kann manchmal sogar eine Zigarre kaufen.

Die Eltern bezahlen Schulgeld und Pedro darf eines Tages zur Schule gehen. Lernen macht Spaß. Und Mutter singt: oft ist das ganze Haus voll Gesang.

So sind die frohen Jahre der Familie Lopez im kleinen Haus.

Nachdenken über uns:

2. Tag

Warum müssen Kinder überhaupt hungern?

Können ihre Eltern nichts zu essen kaufen? Nein!

Warum nicht? Sie haben kein Geld.

Dann müssen sie arbeiten gehen. Sie bekommen keine Arbeit.

Warum nicht? Weil sie keinen Beruf gelernt haben.

Oder weil sie krank sind.

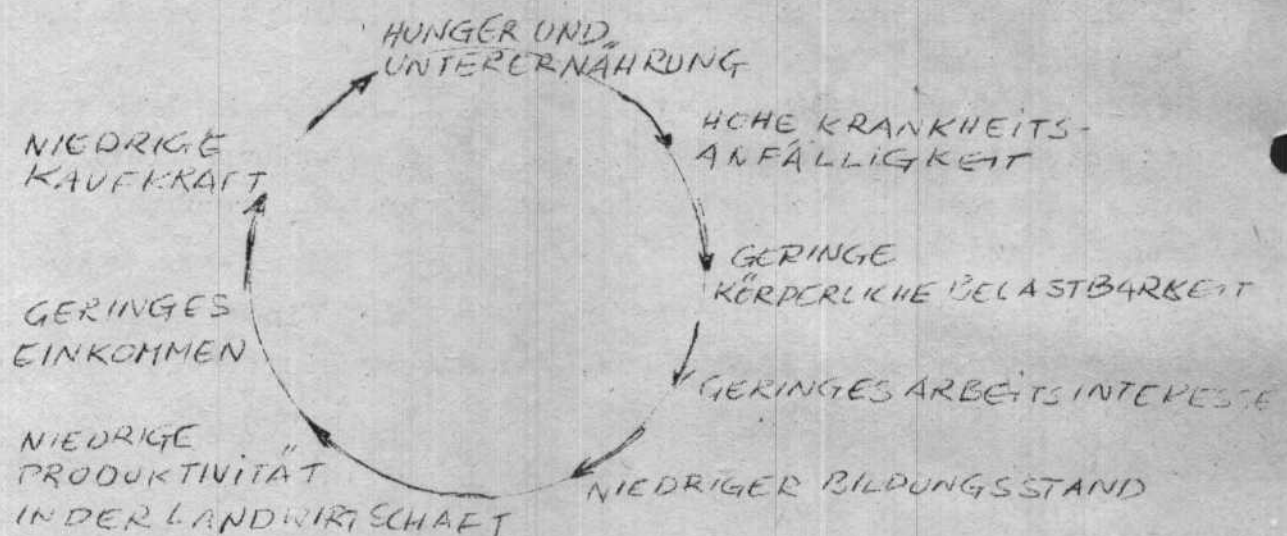
Oder weil sie selber hungern und keine Kraft zum Arbeiten haben. Dann müssen sie einen Beruf lernen oder wenn sie krank sind, zum Arzt gehen. Das geht nicht, denn das kostet Geld.

Und Geld haben sie nicht ...

Ihr merkt schon: Der Hunger hängt mit vielen anderen Schwierigkeiten zusammen.

Es gibt noch viele, die hier nicht genannt wurden. Die wichtigsten hat man zusammengestellt zu dem

TEUFELSKREIS der ARMUT



Vielleicht wunderst Du Dich, daß an einer Stelle steht: Geringes Arbeitsinteresse. Du denkst, wenn einer so großen Hunger hat, muß er doch arbeiten wie ein Besessener. Aber das kann er nicht! Leider. Denn wer nur die Hälfte der Nahrung bekommt, die er braucht, kann auch bei größter Anstrengung nur ein Fünftel (!) der Arbeitsleistung eines normal Ernährten schaffen!

3. Vater wird operiert

Mutter ist schwanger. Die Familie erwartet wieder ein Kind. Alle freuen sich: wo drei Kinder satt werden, da wird auch noch ein viertes satt.

Aber plötzlich wird Vater krank. Er kann nur noch unter heftigen Schmerzen arbeiten. Er hat sich überanstrengt und kann sich kaum bücken: sein Rücken schmerzt. Er geht zum Arzt und bezahlt die hohen Arztkosten.

Doch es kommt noch schlimmer, der Arzt sagt: "Ihr Rücken muß unbedingt operiert werden!"

Vater will das nicht. Das kostet sehr viel Geld.

Aber die Schmerzen werden unerträglich, mitunter wird er ohnmächtig; oft schleppt er sich nur mit größter Mühe und Anstrengung zur Arbeit.

"Gehn Sie ins Krankenhaus!" Sagt der Fabrikbesitzer.

Auch Mutter bittet ihn: "Geh nur, wir werden das schon schaffen."

Es dauert nicht lange und er kann garnicht mehr arbeiten. Die Familie gibt alles gesparte Geld hin und Vater wird operiert.

Nachdenken über uns

3. Tag

Wenn Du krank bist, gehst Du zum Arzt. Das ist manchmal unangenehm. Aber besser, als weiter krank zu sein.

Wenn nun kein Arzt da wäre? Kein Krankenhaus? Kein Krankenauto? Keine Apotheke? Wenn der Weg bis zum nächsten Arzt 100 oder 200 km weit wäre? Oder wenn der Arzt nur ein paar hundert Meter entfernt wohnt, Du ihn aber nicht aufsuchen kannst, weil Du kein Geld hast? Und die Schmerzen werden immer schlimmer?

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat einen Plan "Gesundheit für alle bis zum Jahr 2000". Die DDR ist seit dem 8. Mai 1973 Mitglied der WHO. Alle Länder der Welt sind aufgerufen, dabei mitzuhelfen.

Der WHO-Direktor H. Mahler sagteⁿ in einem Zeitungsinterview: "Ich glaube, daß in der DDR die WHO-Strategie "Gesundheit für alle bis zum Jahr 2000" tatsächlich realisiert wird. Und das finde ich sehr gut." (Neue Zeit, 20.7.85)

Aufgabe: Versucht die Adresse des WHO-Büros in der DDR herauszubekommen und erfragt dort, wie Kinder in der DDR Kindern in der 3. Welt helfen können, gesund zu werden. Versucht, Studenten aus der 3. Welt in Eure Gemeinde einzuladen, die Euch vom Leben in ihrer Heimat erzählen. Besprecht dies mit Eurem Pfarrer oder Euren Katecheten.

4. Arm und arbeitslos

Vater wird aus dem Krankenhaus entlassen. Die Operation hat ihn von den Schmerzen befreit. Er muß im Bett liegen und geduldig sein. Langsam erholt sich der Rücken von der Operation. Die Ärzte sagen: "Niemals dürfen Sie wieder schwere Arbeit tun, Sie dürfen nur wenig arbeiten und müssen viel ruhen!" Die Ärzte haben recht - aber wie soll Vater Lopez die Familie ernähren?

Inzwischen wollte Mutter wieder Arbeit als Waschfrau finden, aber sie ist nicht mehr das junge, frische Mädchen wie einst. Keiner will sie als Waschfrau haben. Sie hat gespart, sie ist sorgsam mit dem Geld umgegangen - aber sie mußte alles dem Krankenhaus für Vaters Operation geben. Nun näht und näht sie bei Tag und bei Nacht, mehr und mehr Heimarbeit nimmt sie an. Ihre Augen werden dabei schwächer.

Pedro und Teresa müssen die Schule aufgeben. Die Mutter kann das Schulgeld nicht bezahlen. Pedro geht so gerne zur Schule, er ist traurig. Er hilft der Mutter im Haushalt. Teresa, die sich gerne von der Schule erholt, spielt mit den kleineren Geschwistern.

Eines Tages geht Vater wieder in die Fabrik, er will arbeiten. Aber an seinem Arbeitsplatz arbeitet ein Fremder.

Der Fabrikbesitzer sagt: "Solange konnte ich auf Sie nicht warten! Und so einen wie Sie, der nicht richtig zupacken kann, den kann ich hier nicht brauchen. Gehen Sie in das Lohnbüro und holen Sie ihren letzten Lohn und die Entlassungspapiere!" Vater Lopez bittet und fleht für seine Familie: "Ich habe Kinder, bitte geben Sie mir irgendeine Arbeit!" Aber der Chef schickt ihn fort: "Gehen Sie und viel Glück!"

Inzwischen ist zu Hause das fünfte Kind geboren worden. Der Vater ist arm und arbeitslos.

Nachdenken über uns

4. Tag

Wenn in einem Land so wenig Ärzte sind, daß sie nur einen ganz kleinen Teil der Bevölkerung behandeln können, ist das ein Zeichen dafür, daß das ganze Land sehr arm ist. Sonst könnten mehr Ärzte ausgebildet werden, mehr Krankenhäuser und Apotheken gebaut werden. Wie kommt es, daß ein Land arm ist? Das ist eine lange Geschichte: Du hast von Ausbeutung gehört. Was ist das? Stell Dir vor: Du sollst einen Zaun streichen und dafür 10.-Mark bekommen. Du hast aber keine Lust und überredest Deinen Freund, den Zaun zu streichen. Ihm gibst Du für die Arbeit nur 5.- M, die anderen 5.-M behältst Du.

So ähnlich geht es zwischen reichen und armen Ländern.

In der Schweiz stellen Arbeiter Uhren her. In Tansania sind Arbeiter auf Kaffeeplantagen beschäftigt. Die Schweizer Arbeiter möchten gern Kaffee trinken - die Arbeiter in Tansania möchten gern eine Uhr haben. Darum gibt es einen Handel zwischen vielen Ländern. Die Preise, die verabredet werden, bestimmen die reichen Länder. Nur sie. Nicht die armen Länder. So kommt es, daß für einen Schweizer 14,2 kg Kaffee aus Tansania geliefert werden müssen. Für die Uhr waren aber nur 3 Arbeitsstunden nötig - doch für den Kaffee 21 Arbeitsstunden. - Verstehst Du, warum viele Länder arm sind?

Aufgabe: Wie kommt es, daß nur die reichen Länder die Preise bestimmen?

5. Mutter singt nicht mehr

Groß ist die Not im Hause Lopez. Vater ist noch schwach und hat Schmerzen, trotzdem geht er arbeiten. Aber er kann nicht den ganzen Tag durchhalten. Immer wieder wirbt er um Arbeit, doch kaum hat er sie gefunden, so wird er bald wieder entlassen. Oft ist er monatelang arbeitslos.

Mutters Augen sind bei der vielen Heimarbeit sehr schwach geworden, eine Brille kann sie nicht bezahlen - auch sie wird arbeitslos. Sie trägt nach und nach alle Stücke aus dem Haushalt zum Händler: die Küchenuhr, Bettwäsche, Kleidungsstücke - um die Familie zu ernähren. Gas und Strom wurden der Familie gesperrt. Jetzt wohnt die Armut bei der Familie Lopez, auch Pedro spürt sie, der seine Schulbücher verkaufen muß und nur noch sonntags Schuhe anziehen darf, die Woche über geht er barfuß.

Jetzt ist die Familie einsam. Kein Kind will mit den Lopezkindern spielen. Kein Erwachsener besucht die armen Eltern im kleinen Haus. Vater hat schlechte Laune und Mutter singt nicht mehr.

Nachdenken über uns

5. Tag

Kannst Du Menschen in Deiner Umgebung, die sich für die hungrigen Kinder in der Welt interessieren? Was tun sie? Sehen sie Fernsehprogramme, die darüber berichten? Sprechen sie mit anderen Menschen darüber? Spenden sie Geld, um den Kindern dort zu helfen? Fordern sie andere Menschen auf, dafür Geld zu spenden?

Aufgabe: Überlege, wie Du Deinen Klassenkameraden von den Kindern, die hungern, erzählen kannst. Was werden sie Dir antworten? Probier es doch mal aus.

Wichtig: Am Sonntag, den 17.11.85, wollen wir im Familiengottesdienst in Friedrichshagen (Christophoruskirche) gerade darüber sprechen. Beginn: 14.00 Uhr
Bitte komm mit Deinen Eltern und Geschwistern und bring noch Freunde mit, wenn Du magst.

Übrigens: In unserem Kirchenkreis Berlin-Oberspree wohnen zwei Pfarrer, die in Afrika waren und Euch sicher gern davon erzählen.

Pfarrer Christoph Sehmsdorf, 1193 Berlin-Treptow, Plessenstr. 3

Pfarrer Eberhard Iskraut, 1197 Berlin-Johannisthal,
Heubergerweg 3

Wenn Ihr lieber von Kindern aus Asien oder Lateinamerika hören wollt, dann wendet Euch an die Gossner-Mission in der DDR, 1180 Berlin-Grünau, Baderseestr. 8, Tel. 6814558 oder an .
Pfarrer Christfried Berger, 1017 Berlin, Georgenkirchstr. 69-70

6. Vater verliert seinen Mut

Pedro hat drei Schwestern: Teresa, Lina und Manuela. Jetzt wird ihm ein Bruder geboren: Josua. Josua ist krank. Er hustet und hat Fieber. Mutter muß mit ihm zum Arzt gehen. Der Arzt gibt ihm Spritzen und Tabletten, bald geht es Josua besser. Mutter und Vater atmen auf und die Geschwister freuen sich für ihr Brüderchen. Aber Josua geht es nicht lange gut, plötzlich bekommt er hohes Fieber und Atemnot. In der Nacht stirbt er.

Mutter weint in der Nacht und am nächsten Tag über ihrem toten Kind. Vater läuft in eine Kneipe und betrinkt sich. Pedro hockt mit seinen Schwestern in einer Ecke des Hauses.

Es ist kein Geld im Haus - das meiste mußte die Familie dem Arzt geben, den Rest hat Vater vertrunken.

Jetzt nimmt Vater jede schwere Arbeit, die er bekommen kann. Wieder bekommt er starke Schmerzen und wieder wird ihm gekündigt. Mutter verkauft die Möbel. Jetzt stehen nicht mehr Stühle und Tische und Schränke in der Wohnung, sondern nur noch Obstkisten. Kleidungsstücke, Puppen, das aufziehbare Lastauto von Pedro - alles bekommt der Händler. Das kleine Haus ist jetzt leer und still. Nur manchmal ist es laut, wenn Vater schreit. Einmal schlägt er die Mutter - seine geliebte Maria. Vater verliert seinen Mut.

Nachdenken über uns

6. Tag

Wenn Kinder hungern, werden sie auch schneller krank.

3-5 Millionen Kinder sterben jedes Jahr an leichten Darmerkrankungen, 2 Millionen an Erkältungskrankheiten.

In Westafrika sterben jährlich 500000 Kinder unter 2 Jahren an Masern.

Viele Kinder müssen sterben, weil ihr Land zu arm ist, um Impfungen durchführen zu lassen: 4 Millionen Kinder im Jahr!!!

Wenn der menschliche Körper durch Unterernährung geschwächt ist, hat er gegen Krankheitserreger kaum Widerstandskraft und leichte Krankheiten werden lebensbedrohlich. Wenn diese Kinder ausreichend ernährt werden, werden sie nicht nur satt, sondern auch gesund.

Leider gibt es durch den Hunger auch Dauerschäden wie Intelligenzminderung und Erblindung.

7. Pedro haßt die Reichen

Mutter bittet Pedro: "Geh mit Teresa in die Stadt. Sucht in den Mülltonnen nach Essen und Kleidung - reiche Leute werfen oft gute Dinge fort, dafür bekomme ich Geld vom Händler."

Pedro weigert sich: "Ich habe mich immer vor den Leuten geekelt, die das tun - und vor den Mülltonnen ekele ich mich auch!"

"Wovon sollen wir leben?" fragt Mutter. "Dein Vater hat keine Arbeit und ich auch nicht! Geh, mein Junge, überwinde den Ekel!"

Mutter weint und Pedro weiß: es ist kein Brot da und es wird auch keins ins Haus kommen. Er nimmt Teresa an die Hand und läuft in die Stadt. Er muß Fliegenschwärme von den Tonnen verjagen und Unrat von unten nach oben wenden. Es ist ein heißer Tag, Pedro und Teresa leiden unter Ekel und Brechreiz.

Manchmal müssen sie vor mageren Straßenjungen fliehen, die in Herden über sie herfallen.

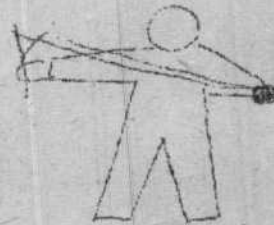
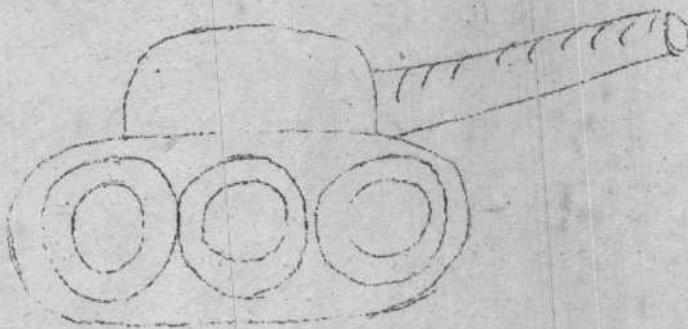
So geht es ihnen jeden Tag: sie wühlen im Schmutz und finden oft nichts Brauchbares. Manchmal finden sie eine zerrissene Hose, ein Stück zerschlossenen Stoff. Die Familie trägt jetzt Kleidung aus den Mülltonnen. Sie leben von der Mülltonne und sie sehen mager aus.

Vater beschließt eines Tages: "Ich verkaufe das kleine Haus, dann haben wir eine Weile Geld. Hier können wir nicht bleiben: Arbeit bekomme ich nicht und die Verachtung der Nachbarn kränkt uns."

Jetzt haßt Pedro die Reichen, weil sie seinem Vater keine Arbeit geben und weil Vater das kleine, helle Haus verkaufen muß. Er beschließt: Wenn ich groß bin, dann will ich mich gegen die Reichen wehren!

Nachdenken über uns

7. Tag



Kennst Du die Geschichte von David und Goliath aus der Bibel?
Es ist eine wunderbare Geschichte.

Wenn ich dieses Bild ansehe, denke ich: Heute ist Goliath die wahnsinnige Rüstung in der Welt. Sie verschlingt riesige Geldsummen, wertvolle Rohstoffe und sehr viel Energie. Sie hält die meisten und besten Wissenschaftler der Welt von sinnvoller Arbeit ab. Die Rüstung kostet so viel Geld, daß die reichen Länder den armen Ländern nicht helfen werden, sondern sie im Gegenteil noch mehr ausbeuten werden.

Und David, das sind wir alle, die damit unzufrieden sind. Besonders die Kinder, die Hunger haben!

Die Bibel erzählt, daß David mit Gottes Hilfe den starken Goliath besiegt.

Diese Geschichte wollen wir nicht vergessen. Denn manchmal werden wir ganz mutlos, weil unsere Möglichkeiten zu helfen, so klein sind.

8. Pedro lügt aus Hunger

Vater hat das Haus verkauft. Die Familie zieht in eine Wellblechhütte am Rande der Stadt: dort wo die Armen hausen. Hier fließen die Abwässer über die Straße. Es stinkt nach Kot und Urin. Fliegenschwärme übertragen Krankheiten. Familie Lopez lebt mit den Fliegen in der winzigen Hütte auf Kisten und Matratzen. Sie haben Essen und leben gut, solange das Geld reicht, das Vater für das kleine Haus bekommen hat.

Und dann gehen Pedro und Teresa und Lina wieder in die Stadt zu den Mülltonnen. Eklig ist das Gewühle in den Tonnen - grausamer ist das Betteln bei den Reichen. Dazu kommt es schon bald, weil die Ausbeute aus dem Müll die Familie nicht ernährt.

Pedro bettelt bei den Reichen. Er wird beschimpft, bedroht, er bekommt winzige Geldbeträge, klopft an eiserne, messingbeschlagene Türen und spricht schöngekleidete Bürger auf der Straße an. Er erfindet traurige Geschichten: wie er als Waisenkind bei seiner blinden Großmutter lebt, wie Vater bei einem Verkehrsunfall ums Leben kam und Mutter an Krebs starb ... Die Reichen verachten ihn, doch Pedro lügt aus Hunger.

Nachdenken über uns

8. Tag

Essen wir anderen etwas weg?

Eigentlich ja.

Denn die verfügbare Nahrung der Erde ist insgesamt 10 % größer als der Bedarf aller Erdbewohner. Trotzdem gibt es Hungerkatastrophen. Das hat auch damit zu tun, daß ein großer Teil der Getreideernte (45-90 %) zur Viehfütterung verwendet werden. Hast Du schon gewußt, daß die DDR das Land ist, das pro Einwohner das meiste Getreide einführen muß - mehr als jedes andere Land der Erde!

1981 hat die DDR 4 Millionen Tonnen Getreide eingeführt, (das sind über 4 1/2 Zentner pro Person).

1982 wurden 70 % der Getreideernte der DDR verfüttert.

Wir sagen: Das Getreide wird veredelt. Es wird zu Fleisch, Milch, Eiern usw.

Den Nahrungsbedarf des Menschen berechnet man mit Kalorien.

1 Kalorie Getreide	= 1 Kal.	Brot
3 " "	= 1 "	Schweinefleisch
4 " "	= 1 "	Eier
5 " "	= 1 "	Milch
10 " "	= 1 "	Rindfleisch
12 " "	= 1 "	Hühnerfleisch

Weil wir so viel Fleisch essen, müssen wir in unserem Land so viel Getreide einführen, das in anderen Ländern dringend gebraucht wird, damit die Menschen dort nicht verhungern.

9. Freude in der Blechhütte

Die Geburt von Antonio ist ein Unglück für die Familie. Auf jedes Kind haben sich bisher Mutter und Vater gefreut, jetzt sehen sie das Neugeborene mit Sorgen an und weinen. Wie sollen sie Antonio ernähren?

Pedro ist inzwischen der vollkommene Bettler geworden: die Reichen drohen ihm mit der Polizei und jagen ihm Hunde nach, aber er gibt nicht auf. Er kann nicht anders, er hat Hunger und seine Mutter, der Vater und die Geschwister haben auch Hunger.

Eines Tages klingelt er bei dem Fabrikbesitzer, bei dem einst sein Vater gearbeitet hatte - damals, vor der Operation. Der Mann kennt Pedro nicht, er fährt ihn an: "Bestelle deinem Vater, er soll arbeiten gehen und seine Kinder nicht zum Betteln auf die Straße schicken! Sage ihm, er soll sich schämen! Ja, schämen soll sich dein Vater!"

Pedro schweigt, aber sein Zorn über den dicken Reichen ist groß.

Teresa hat die Schwindsucht, eine Krankheit, die oft bei unterernährten Kindern auftritt. Geld für einen Arzt haben die Eltern nicht - und eigentlich kann sie nur gutes Essen gesund machen. Aber dafür ist erst recht kein Geld da.

Die Nachbarn sagen: Teresa muß sterben, wenn sie nicht reichlich Essen bekommt.

Da überrascht Vater die Familie auf einmal mit Tüten voller Brot und Butter, Wurst und Obst, Milch und Fisch. "Ich habe wieder Arbeit!" sagt er.

"Arbeit?" sagt Mutter erstaunt und hat auf einmal Falten auf der Stirn. Doch die Kinder jubeln und essen sich seit langer Zeit zum ersten Male satt. Und da herrscht Freude in der Blechhütte.

Nachdenken über uns

2. Tag

Wenn wir unsere Ernährungsgewohnheiten mit denen in Deutschland vor 50 Jahren vergleichen, stellen wir fest:

Wir essen $\frac{1}{3}$ weniger Brot, aber doppelt soviel Fleisch, wie die Menschen um 1930. Wir essen doppelt soviel Eier, aber nur halb soviel Kartoffeln. Das Kaffeetrinken ist auf über das 3fache gestiegen und Spirituosen werden gar $9 \frac{1}{2}$ mal soviel getrunken.

Das alles hat für unsere Volksgesundheit schlimme Folgen.

Ein sehr großer Anteil unserer Mitmenschen ist überernährt und verursacht der Sozialversicherung dadurch erhebliche Kosten.

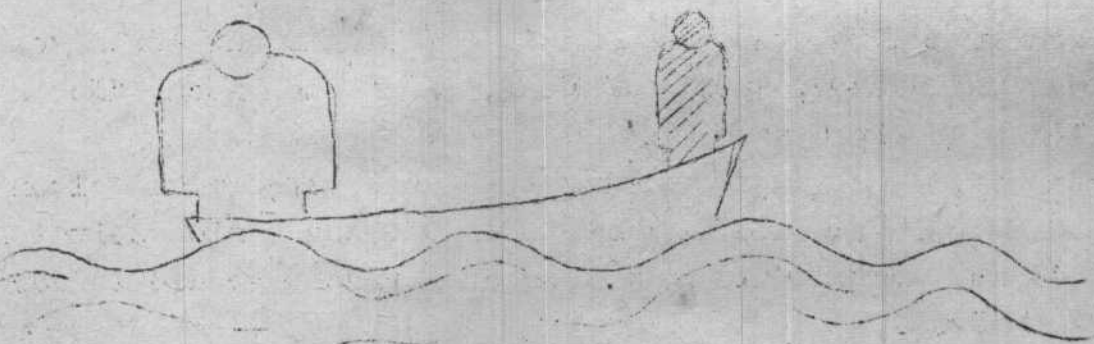
Besonders Herz- und Kreislaufkrankheiten sind oft Folge der Überernährung.

Darüber müssen wir weiter nachdenken:

Bei uns werden Menschen krank, weil sie zuviel essen, in der 3. Welt werden die Menschen krank und sterben zu früh, weil sie zu wenig zu essen haben.

Hängt nicht beides miteinander zusammen?

Ihre Gesundheit und unsere Gesundheit?



10. Reiche haben alles - Arme haben nichts

Woher kommt der plötzliche Reichtum in der Blechhütte?

Vater sagt: "Ich gehe Botengänge für einen reichen Geschäftsmann - oft am Abend, manchmal auch in der Nacht. Das ist bequem für mich: es ist leichte Arbeit, die gut bezahlt wird."

Meist kommt er erst morgens erschöpft nach Hause.

Aber immer bringt er etwas Gutes mit: Essen oder Kleidung.

Nun kann sich Teresa erholen. Bald geht es ihr besser.

Sie sitzt schon im Bett und löffelt eine kräftige Suppe.

Mutter hat ihr eine warme Jacke gekauft.

Jetzt ist Vater nicht mehr so mürrisch und laut, aber er hockt still in der Ecke und grübelt, oft fährt er aus dem Schlaf auf und schreit vor Angst.

Eines morgens klopft die Polizei an die Blechhütte und teilt der Mutter mit: "Ihr Mann ist in dieser Nacht bei einem Einbruch verhaftet worden!"

Jetzt weiß die Familie Lopež, woher Vater die Reichtümer holte. Beim Gerichtsprozeß werden ihm viele Einbrüche in die Villen der Reichen vorgeworfen. Er bekommt eine harte Gefängnisstrafe. Viele Jahre wird seine Familie ihn nicht sehen.

Pedro muß wieder Betteln gehen. Er bettelt bei den Reichen, denen sein Vater etwas von ihrem Überfluß genommen hat, um seine Familie vom Verhungern zu retten. Pedro will werden wie sein Vater, aber vorsichtiger. Was die Reichen nicht geben wollen, das muß man ihnen nehmen! So sieht das Pedro und er sagt zu seiner Mutter: "Es ist ein Unrecht, daß Arme gar nichts und Reiche alles haben!"

Lothar Petzold

Nachdenken über uns

10. Tag

Was muß eigentlich geschehen, damit Kinder nicht so einen furchtbaren Wunsch haben wie Pedro?

Und wir? Gehören wir nicht auch zu den Reichen? Das stimmt. Wir haben es uns nicht ausgesucht, genauso wie es sich die Armen nicht ausgesucht haben, in einem armen Land zu wohnen. Es gibt in unserer Welt viel mehr Kinder, die so leben, wie Pedro – als Kinder, die so leben wie Du. Muß Pedro ein Dieb werden? Gibt es keinen anderen Ausweg für ihn?

Wir wollen eine Brücke bauen.



WIE LEBT IHR? BRAUCHT IHR ALLES, WAS IHR
HABT? WAS MACHT ES EUCH AUS, DASS IHR HUNGERN?
WIE LEBT IHR? WELCHE SORGEN HABT IHR?
WIE ENTSTEHT ARMUT? KÖNNEN WIR EUCH
HELFEIN? WIE TUN WIR ES AM BESTEN?



Eine Brücke aus Fragen und Daten, aus Informationen und Gebeten. Wir werden dadurch nicht ärmer, sondern reicher. Du kannst Dich anschließen. Viele bauen schon an der Brücke.

Unser Kirchenkreis Oberspree hat einen Partnerkirchenkreis Swaziland im Süden Afrikas. Pfarrer Iskraut war im September 85 dort. Er berichtet, daß wir den Menschen in Swaziland helfen können:

- indem wir Geld sammeln, damit 2 Mädchen von dort bei uns als Kindergärtnerinnen ausgebildet werden;
 - indem wir für die Mitarbeiter in den Gemeinden dort Fahrräder mit Ersatzteilen kaufen und ihnen schicken;
 - indem wir ihnen Materialien für ihre Kindergärten schicken.
- Fragt ihn am besten selbst. Gott hat die Welt für alle Menschen geschaffen. Er hat uns Liebe und einen Verstand geschenkt. So dürfen wir mithelfen, daß Kinder wie Pedro aus der Verzweiflung befreit werden.

Studiengruppe "Friede und Entwicklung"

Name	Anschrift
x 1. Carl Ordnung	1054 Berlin, Wilh.-Pieck-Str. 5
2. Christoph Schmsdorf	1193 Berlin, Plessnerstr. 3
3. Ingeborg Philipp	1422 Hennigsdorf, Fontenestr. 66
4. Mathias Lammel	1055 Berlin, Metzgerstr. 26
5. Gütz Schattkowsky	1071 Berlin, Erich-Weinert-Str. 20
6. Wolfgang Dittrich	1054 Berlin, Mulaackstr. 30
x 7. Eckhard Schmilgen	1193 Berlin, Moosdorfstr. 3
8. Ernst Riemann	1197 Berlin, Steindamm 71
9. Niels Jensen 15 Potsdam, Kolonie Dahleu 13	1197 Berlin, Hauser Str. 42
10. Ute Jacob	112 Berlin, Felatmannstr. 120
11. Manfred Sarrazin	1136 Berlin, Kraetkestr. 34
12. Andreas Coklitz	1055 Berlin, Belforter Str. 16 Q
13. Evelyn Coklitz	" " " "
14. Joachim Liedtke	7543 Hiebennau, Güterbahnhofstr. 50
28/4 x 15. Ehrenfried Roepke	1055 Berlin, Bützowstr. 6
x 16. Bernd Krause	1197 Berlin, Haushoferstr. 23
17. Prof. Dr. Trebo, Kerkel	1055 Berlin, Pastorenstr. 36
18. Schmitz, Andreas	21 Berlin 45, Linnemannstr. 26
19. Dr. Hinz, Erwin	Hendrik-Maier-Haus 301 Magdeburg 1, Liehardstr. 5

Weltkongress der Frauen, Moskau 24. - 29. Juni 1963

In den grossen Weltoorganisationen der Frauen, die viele hunderte Millionen von Mitgliedern zählen, vereinen sich Frauen aller Glaubensrichtungen, Weltanschauungen, aller Rassen und Völker und Nationen. Jede dieser Weltoorganisationen setzt sich zusammen aus einer Vielzahl von Einzelverbänden, die ganz gewiss in ihren Ländern noch weithin ihre besonderen Probleme zu lösen haben, aber in der Frage der Erhaltung des Weltfriedens alles Trennende überwunden haben. Dieser Zusammenschluss der Frauen macht auch nicht Halt vor der spannungsgeladensten Trennung der Welt in unserer Zeit, die der unterschiedlichen Gesellschaftssysteme. Es bestehen die weitesten Verbindungen zu allen Friedensbestrebungen der Welt. Es ist keine Bemühung um diese brennenden Fragen, kein Kongress, keine Konferenz, keine Zusammenkunft mehr denkbar ohne die Teilnahme und Mitarbeit der Frauen. So war es keine Überraschung, dass der Appell, den die Internationale Demokratische Frauenförderung von ihrer Ratstagung im Dezember 1962 aus an die Frauen aller Länder, unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zur IDFF, von ihrer Religion, ihrer Weltanschauung oder ihrer Hautfarbe, sich in Moskau an dem weltweiten Treffen der Frauen zu beteiligen, in allen Kontinenten der Welt diesen grossen Widerhall fand. So wurde es der grösste Frauenkongress, der bisher stattgefunden hat. Noch nie hat ein Kongress so viele Länder und Organisationen vereint. Über die Hälfte der Menschheit sind Frauen, damit fällt den Frauen eine grosse Verantwortung zu in der Frage der Sicherung des Friedens, zumal mit dieser entscheidenden Frage die Lösung aller anderen Probleme, für die die Frauen der ganzen Welt kämpfen, aufs engste verknüpft sind.

So lauteten die Themen der fünf grundlegenden Referate der Tagung:

1. "Die Internationale Demokratische Frauenförderung im Kampf für Frieden, nationale Unabhängigkeit, die Rechte der Frauen und das Glück der Kinder"

von Eugénie Cotton,
Präsidentin der IDFF

2. "Der Kampf für die Rechte der Frauen in der Gesellschaft und in der Familie".

von Anna Matera (Italien)
Mitglied des Präsidiums der
Italienischen Frauenunion.

3. "Der Kampf der Frauen für Frieden, Abrüstung und Freundschaft zwischen den Völkern"

von Fuki Kurohida (Japan)
Präsidentin der Föderation der
Japanischen Frauenorganisation.

4. "Der Kampf der Frauen für nationale Unabhängigkeit"

von Aoua Keita (Mali)
Abgeordnete der Nationalversammlung
Mitglied des Nationalen Politbüros.

5. "Die Gesundheit, Erziehung und Bildung der Kinder und Jugendlichen"

von Vilma Espin de Castro (Cuba)
Präsidentin der Kubanischen
Frauenförderung.

Eugénie Cotton gab in ihrem einleitenden Referat einen ausführlichen Überblick über die von der IDFF in den letzten Jahren geleistete Arbeit, über die stattgefundenen Kongresse und Tagungen und ihre Ergebnisse, über die immer grösser gewordenen Verbindungen zu anderen Frauenorganisationen und zu den Frauen in den Ländern der ganzen Welt. Eine grosse Arbeit wurde geleistet, immer lauter und dringender wurde der Ruf der Frauen aus allen Kontinenten nach Frieden, nationaler Unabhängigkeit, der Rechte der Frauen und des Glück der Kinder.

Die Themen, die auf dem Weltkongress der Frauen zur Diskussion gestellt wurden.

Die vier anderen Referate gaben den Teilnehmerinnen einen umfassenden Überblick über die Situation in allen fünf Erdteilen mit einer Fülle von Einzelmaterial. Alle Frauen, auch die, welche sich mit diesen dringenden Menschheitsfragen schon länger befassen und dafür arbeiten und kämpfen, waren beeindruckt über das, was sich durch die unbeirrbare Arbeit der Frauen in den verschiedenen Ländern in den letzten Jahren schon verändert hat, und mit welchem Elan die Aufgaben angefasst werden. Aber sie standen auch erschüttert vor der Tatsache, dass solche Verhältnisse sich bis in das 20. Jahrhundert erhalten konnten, und vor der Grösse der Arbeit, die noch von den Frauen geleistet werden muss. Den Frauen

wurde klar, wie eng die Veränderung der Dinge und die Lösung der gestellten Probleme zusammenhängt mit der Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frauen. Sehr beschämend war es für uns, dass es auch in dem zivilisierten Europa noch hungernde Kinder gibt und Kinder, die keine Schulbildung oder ungenügenden Unterricht haben, dass Frauen für ihre Arbeit weniger Lohn erhalten wie Männer, oder z.B. Landerbeiterinnen kaum entlohnt werden.

Hierzu nur zwei Beispiele: In Portugal besuchen nur 45 % der Kinder eine Schule und dazu ein hoher Prozentsatz nur wenige Jahre. In Sizilien besuchen die Kinder auf dem Land fast überhaupt keine Schulen und in den Städten nur ein kleiner Teil. Die Landerbeiterinnen werden dort so gut wie überhaupt nicht entlohnt. In Italien erhalten die Landerbeiterinnen nur einen kleinen Bruchteil des Lohnes der Männer, auch alle anderen berufstätigen Frauen werden weit unter dem ihnen zustehenden Gehalt bezahlt. Manchmal nur mit 1/3 des Gehaltes der Männer.

Bevor in diesem Bericht das ganze bunte Bild der in Moskau verlebten Tage ausgebreitet wird, noch einige Zahlen;

Es waren Delegationen aus 113 Ländern anwesend. Europa war mit 27 Ländern vertreten, Asien mit 23, Afrika mit 34, Lateinamerika mit 25, Nordamerika mit 2, ausserdem Australien und Neuseeland. 133 Frauenorganisationen nahmen erstmalig an der Kongressarbeit teil, darunter 22 aus asiatischen Ländern, 37 aus Afrika, 19 aus Lateinamerika, 7 aus Nordamerika und 4 aus Australien und Neuseeland.

In ganzen waren Vertreterinnen aus 181 nationalen Frauenorganisationen in Moskau versammelt, von denen 51 Mitglieder der IDFF waren.

Aus der Fülle der Beobachter, die eine ganze Anzahl der grossen Weltorganisationen entsandt hatten, seien nur drei benannt:

Der Vertreter der Unesco, der Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes und ein Vertreter des Weltfriedensrates.

Dass eine grosse Anzahl von Pressevertretern anwesend war, ergibt sich von selbst bei solch einem wichtigen umfassenden Kongress. Aber auch die Künstler wollten nicht fehlen. Es waren mindestens 30 Maler und Zeichner in jedem Winkel

des grossen Kongresssaales verstreut um die malerischen Typen und Charakterköpfe festzuhalten, die Auswahl war sehr gross.

Schon die Vorbereitung in den einzelnen Ländern und Organisationen auf diese Tagung war ein Ereignis. Sach- und Geldspenden aus aller Welt gingen dem Kongress zu. Mancher Frau aus den noch unter dem Kolonialjoch lebenden Ländern konnte so die Teilnahme ermöglicht werden.

Einzelne Frauenerorganisationen hatten sich Erinnerungsgaben für alle Kongressteilnehmer ausgedacht. So die Frauen aus Finnland, die jeder Frau eine Holzperlenkette, die von den Frauen selbstgefertigt waren, überreichten, oder die Chilenerinnen, die ihre Nationalblume, die sich ihre Frauen von jeher bei den Festen in ihre Zöpfe flechten, in einer sehr schönen Nachahmung herstellten und den Frauen überreichten. Die Japanerinnen warteten mit einem Tuch auf, das das Symbol ihrer ganzen nationalen Not darstellte. Sie hatten in die Zeichnung ihres Insellandes durch kleine rote Flugzeuge markiert die fremden Stützpunkte und Raketenbasen in ihrem Land, und durch ein kleines blaues U-Boot die Stellen, an denen amerikanische Palaxis-Unterseeboote stationiert werden und auch ihre Häfen anlaufen können. Das Tuch wirkte wie ein Schrei dieses durch die Atombomben-Abwürfe geschändeten Volkes. So gibt es noch viele Beispiele. In einem Bazar in der Vorhalle des Kongresssaales wurden schöne, kunstgewerbliche meist selbstgearbeitete Geschenke der Frauen zur Unterstützung des Kongresses verkauft.

Gleich nach der Eröffnung des Kongresses wurden die Frauen durch eine Schar Moskauer "Junger Pioniere" mit Blumen begrüsst. Das Lied, das die Kinder in den Kongress hineintrugen, begleitete uns die ganzen Tage, die Frauen waren versucht in den Pausen den Kehrreim immer wieder einmal leise vor sich hin zu summen: "Immer lebe die Sonne, immer lebe der Himmel, immer lebe die Mutter und ich immerdar"! Die sowjetischen Frauen gaben es uns als Schallplatte mit in unsere Heimat und nun wünschen wir uns sehr eine gute Nachdichtung des Textes in deutscher Sprache. Die Melodie ist von Ostrowski und der russische Text von Oschanin.

Valentina Tereschkova, die erste Kosmonautin, gerade von ihrem erfolgreichen Raumflug zurückgekehrt, am Tage vor der Eröffnung des Kongresses auf dem Roten Platz von ihrem Volk stürmisch gefeiert, ein Teil der Delegationen konnte dies schon miterleben, und von der Regierung ihres Landes mit der höchsten Auszeichnung geehrt, war Ehrendelegierte des Kongresses, ebenso als einziger Mann Valeri Bykowski. Es wurden ihr von allen Teilnehmern Ovationen dargebracht und Geschenke überreicht, deren sie sich kaum erwehren konnte.

Ein junges, liebenswertes, schönes Mädchen das den Vater im Krieg verlor, von der Mutter mit mehreren Geschwistern zusammen erzogen, schilderte ihre Großtat mit so bescheidenen Worten und hob immer wieder hervor die Schönheit der Erde und der einzelnen Kontinente aus dieser weiten Ferne gesehen und ihre Freude mitten unter den Frauen in dem grossen Saal zu sein, die die wichtigste Frage behandeln wollen, wie von unserem Planeten, die Gefahr eines thermonuklearen Krieges abgewendet werden soll, was zu machen ist, damit alle Völker frei, unabhängig und glücklich werden. Sie lehnte es weit ab, als Heldin gefeiert zu werden. Sie habe nur geholfen die grossen Erfindungen und Entdeckungen der sowjetischen Wissenschaftler weiterzuführen. Eine Heldin sei ihre Mutter, die durch den Krieg mit 27 Jahren Witwe wurde, ihr grosses Leid überwand und nur noch für ihre Kinder arbeitete um ihnen eine gute Erziehung zu geben.

Sie sprach von dem Beistand, den ihr Mutterland den Millionen Witwen und Waisen nach dem schweren Krieg gab, damit sie wieder festen Fuss fassen konnten. Sie führte das Wort ihrer Mutter an: Das Andenken ihres Vaters ehrt ihr am Besten, indem ihr an dem gemeinsamen Kampf gegen die Gefahr eines neuen Krieges teilnehmt. Die Menschen sollen den Frieden behaupten, damit es nie mehr Witwen und Waisen gibt.

Dass eine Fülle von Grussadressen aus aller Welt, von Organisationen, von Wissenschaftlern, Staatsoberhäuptern, Königinnen, Repräsentanten von Kirchen und Religionsgemeinschaften, und hervorragenden Frauen dem Kongress zugehen, möchte ich nur erwähnen. Es sei mir aber gestattet aus der Grussbotschaft des Ministerpräsidenten des gastgebenden Volkes, Nikita Chruschtschows, einige Sätze anzuführen:

"Aber selbst jetzt, zu Friedenszeiten, erlegt das verhängnisvolle Gespenst des Krieges eine schwere Bürde enormer Rüstungsausgaben der Menschheit auf. Zahlreiche Kinder und Erwachsene könnten vor dem Tode gerettet werden, wenn dem Kampf gegen Hunger, Elend und Krankheiten zumindest

ein Teil der kolossalen Mittel zugeleitet würde, der für das Wetrüsten ausgegeben wird. (Eine Referentin schätzte die Summe hierfür nach einer Berechnung aus dem Jahr 1960 bereits auf 120 Milliarden Dollar. Diese Summe hat sich für 1963 noch wesentlich erhöht).

Man darf sich damit nicht länger abfinden, heisst es weiter! Die Asche der Gefallenen klopft an die Herzen der Lebenden und fordert zum entschiedenen Kampf auf, um dem dritten Weltkrieg den Weg zu versperren. Dieser Kampf der Völker wird desto erfolgreicher und wirksamer, je aktiver und geschlossener die Frauen vorgehen".

Eines der wichtigsten Referate, war das von Frau Keita aus Mali, der Vorsitzenden der "Sudanesischen Union" zur Frage des Kampfes um nationale Unabhängigkeit, die ja eng mit der Frage der Rechte der Frau in der Gesellschaft und in der Familie verbunden ist. Ihre Sachlichkeit und ihr grosses gründliches Wissen verbunden mit ihrer Erfahrung, dazu die oft mit viel Temperament vorgetragenen Diskussionen aus dem Erleben der afrikanischen Frauen der jungen Nationalstaaten, hatten einen wesentlichen Einfluss auf den Verlauf der Tagung.

Eine sowjetische Frau sagte in ihrem Beitrag, dass sie als Lehrerin nur noch für das Wohlergehen der Kinder arbeitete (sie ist u. Zt. Volksbildungsministerin der SU). Ihr Mann sei von SS-Leuten ermordet, ihr Sohn gefallen, sie selbst hätte jahrelang in Auschwitz zubringen müssen und zusehen wie tausende von Kindern ermordet wurden, für die es nie eine Blume und ein Lied gegeben habe.

Hier möchte ich noch die Sprecherin der Australischen Delegation anführen, die erklärte, dass ihr Land lange an diesen weltbewegenden Fragen vorbeigelebt habe, aber seit auf den Weihnachtsinseln, vor den Toren ihres Erdteiles, Atombombenversuche durchgeführt wurden, sind die Menschen aufgewacht und die Frauen wünschen ihr Land zu einer atomwaffenfreien Zone zu erklären und kämpfen leidenschaftlich darum!

Dieser Ruf kam von den Frauen aller Erdteile: Aus Afrika, aus Asien, aus Südamerika, aus Mitteleuropa, von den Mittelmeerländern, von den nordischen Staaten. Immer wieder kam die Bitte von den Frauen auf die Presse einzuwirken, damit sie keine Lügen und Verleumdungen schreiben und dass verhindert wird, dass Kriegspropaganda getrieben wird durch Wort und Schrift.

Aber es gab auch Diskussionen, die zeigten wie schwer

das Los von Frauen und Kindern in den Ländern ist, die noch unterkapitalistischen Bedingungen, unter Kolonial- und Fremdherrschaft leben. Die Witwe eines Märtyrers im Irak gefolterten und ermordeten Patrioten, die selbst gerade aus dem Kerker kam, wo sie in Gegenwart ihrer kleinen Kinder gemartert worden war, schilderte von Leid erfüllt die grauenhaften Verfolgungen und Hinrichtungen, denen die Menschen ihres Landes ausgesetzt sind. Oder die Sprecherin von Süd-Vietnam sprach von dem mit Hilfe amerikanischer Truppen tobenden Bürgerkrieg, wobei mit chemischen Kampfmitteln die Brunnen vergiftet werden und die Ernte ungeniessbar wird, womit gegen die Charta der Vereinten Nationen verstossen wird. Sie wies hin auf den Brief der amerikanischen Wissenschaftler an Präsident Kennedy und den Brief der Wissenschaftler aus Vietnam an die Wissenschaftler Amerikas als Dank für ihre Initiative.

Eine Frau aus Paraguay sagte wörtlich: Ich würde mein Leben dafür geben, wenn ich wüsste, dass es unseren Kindern besser geht. Unsere Kinder hungern. Sie haben keinerlei Ausbildung. Allein in unserer Stadt schlafen jede Nacht 500 Kinder im Freien, weil sie kein zu Hause haben.

Am vierten Tag teilte sich der Kongress, es in sechs Kommissionen alle in den Referaten und Kommissionen aufgeworfenen Fragen in aller Gründlichkeit und Tiefe zu durcharbeiten und die Punkte herauszukristallisieren, die in die Erklärungen der einzelnen Kommissionen aufgenommen werden sollten, um sie dann in einem gemeinsamen Dokument dem gesamten Kongress zur Abstimmung vorzulegen. In jeder Kommission kamen noch mindestens hundert Frauen zu Wort, zusammen 558, hier wurde allerdings die Redezeit auf 3 - 5 Minuten beschränkt, während die Diskussionen eine Redezeit von 15 - 20 Minuten hatten.

Der Weltkongress der Frauen hatte ausser den Referaten und Diskussionen und Kommissionen, die in dem grossen Saale der neuen Kongresshalle des Kreml vorgetragen wurden, noch eine zweite ebenso wichtige Seite und von dieser möchte ich noch einiges berichten.

Nachdem die Sprecherin der Delegation der Deutschen Demokratischen Republik, Frau Lotte Ulbricht, während der Plenartagung den Standpunkt der Frauen unserer Republik mit viel fraulicher Wärme und grosser Sachlichkeit dargelegt hatte und die Frauen aufrief die Wahrheit über unsere Republik in alle Länder zu tragen. Die Frauen Asiens, Afrikas, Südamerikas aus den nördlichen Ländern Englands oder den USA oder wo sie auch her sein mögen,

einlad, zu uns zu kommen und sich selbst zu überzeugen, wie die Frauen bei uns leben und für den Frieden kämpfen. Und den westdeutschen Frauen vorschlug, dass es höchste Zeit sei, dass wir uns verständigten, wie wir Frauen beider deutschen Staaten Hand in Hand den Frieden sichern und der Kriegshetze der kalten Krieger ein Ende bereiten könnten. "Wir Frauen aus der DDR haben geschworen: Niemals mehr soll von deutschem Boden ein Krieg ausgehen!" War für uns das Eis gebrochen.

Diese Worte wurden von dem Kongress mit lebhafter Zustimmung und grosser innerer Bewegung aufgenommen.

Als Folge dieser klaren Darlegung der Politik unserer Regierung entwickelten sich zwischen unserer Delegation und anderen Delegationen Freundschaftstreffen. So kamen wir mit Frauen aus 18 verschiedenen Ländern zu Aussprachen zusammen. Wir konnten viele Fragen über unsere Republik beantworten und selbst Fragen stellen. Konnten ihnen die Entwicklung innerhalb Deutschlands erklären, uns über gemeinsame Probleme unterhalten, und wie viele gemeinsame Probleme gibt es unter Frauen und so die Kontakte zu den Frauen der Welt vertiefen. Jede kleine Pause wurde zu persönlichen Gesprächen benutzt, man lud sich zum gemeinsamen Frühstück ein oder zu einer Tasse Kaffee um ja die Zeit auszukosten für Aussprachen. Oft wurde direkt gefragt nach Frauen aus unserer Delegation, nach einer Ärztin, nach einer Pädagogin oder einer christlichen Frau. Man war direkt begierig näheres über uns und von uns zu erfahren. Wie oft haben wir gehört: "davon wissen wir nichts, davon berichtet unsere Zeitung nichts, das haben wir ganz entstellt erfahren usw. Von Tag zu Tag kam man einander näher. Adressen wurden ausgetauscht und viele Freundschaften geknüpft.

In verschiedenen Aussprachen mit christlichen Frauen von Westdeutschland, Westberlin, Italien (Waldenser), Amerika, England usw. wurde über die Enzyklika "Pacem in Terris" des verstorbenen Papstes Johann XXIII. gesprochen. Die westdeutschen Frauen beschwerten sich, daß die Enzyklika in ihrer Presse meist nur bruchstückweise gedruckt wurde und dabei noch negativ kommentiert. Einige meinten, dass sie trotz aller Bemühungen noch kein vollständiges Exemplar hätten kaufen können. Wir konnten ihnen berichten, dass diese Enzyklika in unserer Republik in allen Zeitungen sehr positiv aufgenommen wurde, in vielen Aussprachen mit der Bevölkerung eine Rolle gespielt habe, in zwei katholischen Zeitschriften in Fortsetzungen abgedruckt worden ist und ausserdem in

zwei Verlagen als Broschüre im vollständigen Druck erschien. Auch westdeutsche Christinnen verurteilten aufs schärfste den Militärseelsorgevertrag und verstanden nicht, dass die Kirchenleitungen keine eindeutige Stellung zu den Fragen Frieden, Abrüstung, Koexistenz bezögen.

Der ganze Kongress mit allen Diskussionen wurde in der demokratischsten Form geleitet und durchgeführt. Jedes einzelne Land, jede Organisation oder auch jede Frau, die sich ordnungsgemäss bei dem Sekretariat zu Wort meldete, konnte frei und offen ihre Meinung sagen.

Ein ganz grosses Erlebnis waren noch die Kulturveranstaltungen, die uns von den sowjetischen Frauen geboten wurden. Am ersten Abend des Kongresses nur Darbietungen von jungen Pionieren. Ob es die Chöre waren oder Einzelgesänge, Ballettvorführungen oder Volkstänze, alles war in seiner Art vollendet. Die Unbefangenheit und Sicherheit der jungen Künstler, auch der kleinen Komponistin, die ihre eigenen Lieder spielte und sang, war bezaubernd.

Der Abschluß des Kongresses war ein zweiter Abend, der wohl von den hervorragendsten Künstlern ausgestaltet wurde. Chöre und Solopartien, Ballett und Tänze und Akrobatik, jede Vorführung rief Beifallstürme hervor, der Abend wird allen unvergesslich sein, ebenso der Besuch der grossen Oper und des Puppentheaters. Wir haben viele sowjetische Frauen kennen gelernt. Sie haben uns betreut, wir haben uns mit ihnen angefreundet und sie haben uns eingeladen. Wir haben Werke begichtigt und einen Kelchos, wir haben die herrlichen Gemäldegalerien besucht und die unvorstellbaren alten Kunstschatze im Kreml bewundert. Wir haben die riesigen Hochhäuser, die grossen neugebauten Stadtviertel, den ganzen Komplex der Lomonossow-Universität mit seiner Vielzahl von Instituten, seinen Sportstätten und Erholungsresten, die breiten Strassen und vieles andere bestaunt.

Doch das grösste Erlebnis war mir die sowjetische Frau selbst. Diese klaren und guten Gesichter, jede für sich eine geschlossene Persönlichkeit, bescheiden, einfach mit einer unbändigen Liebe zu ihrer Heimat. Ob Minister oder verkältigte Frau, mütterlich und gütig. Selbst bei der grossen Zahl der Gäste während des Kongresses hat es mich überwältigt zu beobachten, wie sie für jede Frau das richtige Wort und auch das für diese Frau gerade passende Geschenk fanden.

Wir haben alle, woher wir auch kamen, viel gelernt.

Nach sechs Tagen fleissiger und anstrengender Arbeit, die Tagungen dauerten manchmal bis Mitternacht, an der sich alle Frauen beteiligten, kam der Höhepunkt und Abschluss des Kongresses:

Die Annahme des Appells an die Frauen der ganzen Welt durch die überwältigende Mehrheit des Kongresses (2 Gegenstimmen, 3 Stimmenthaltungen), gemeinsam für die friedliche Koexistenz zwischen den Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, für die allgemeine, vollständige, kontrollierte Abrüstung zu kämpfen, die sofortige Einstellung der Kernwaffenversuche, die Schaffung atomwaffenfreier Zonen und die Liquidierung aller Militärstützpunkte zu fordern.

"Wir haben eine grosse Verantwortung für die Verteidigung unserer Rechte, des Glücks unserer Kinder, den Schutz des Friedens und des Rechtes der Völker auf Unabhängigkeit, aber uns erfüllt auch ein grosses Vertrauen und grosse Zuversicht auf unsere Kräfte

Das Leben wird siegen, wenn wir es wollen!"

Diese Sätze aus dem Appell begleiten die 2 000 Delegierten in ihre Heimat. Kein Zweifel, dass sie für den Sieg des Lebens kämpfen werden, haben sie doch die Gewissheit, dass ihnen dabei viele hunderte von Millionen Frauen zur Seite stehen.

A b s c h r i f t

Christliche Friedenskonferenz

President: Prof. J. L. Hromádka
Vicepresidents:
Rev. R. Andriamanjato, Madagascar
Bishop Dr. Tibor Bartha, Hungary
Prof. Georges Casalis, France
Rev. Emilio Castro, Uruguay
Dr. Heinz Kloppenburg, GFR
Metropolitan Dr. Nikodim, USSR
A.K. Thampy, India
Secretary general: Rev. J. N. Ondra
Tel.: 23 32 50

Jungmannova 9, Prague 1, Czechoslovakia
Tel.: 248866, 248536

Cable: Ekumrada Praha
Account: CsOB 376-60565

An die Mitglieder der Kommission für das Studium internationaler Fragen

Geehrte Brüder,

Ich teile Ihnen mit, daß die Tagung der Kommission für das Studium internationaler Fragen

vom 23. - 25. Mai 1965 in Oesterreich

stattfinden wird.

Nähere Informationen über das Programm der Sitzung erhalten Sie nachträglich, sowie die Einladung aus Oesterreich, die Ihnen als Unterlage zum Gesuch um das österreichische Visum dienen wird. Wollen Sie gefälligst damit rechnen, daß die gemeinsame Abfahrt mit dem Omnibus in den Ort der Sitzung für Mittag den 23. Mai vorgesehen wurde. Über den Ort der Sitzung und über die weiteren technischen Einzelheiten werden Sie direkt aus Oesterreich informiert werden.

Ich bitte Sie, mir mitteilen zu wollen, ob wir mit Ihrer Teilnahme rechnen können und ob es für Sie möglich ist, am Mittag, den 23. Mai in Wien zu sein.

Mit brüderlichen Grüßen

gez. J. N. Ondra

J. N. Ondra,
Generalsekretär

Prag, den 16. April, 1965

A b s c h r i f t

Christliche Friedenskonferenz

President: Prof. J. I. Hromádka
Vicepresidents:
Rev. R. Anttiamanjato, Madagascar
Bishop Dr. Tibor Bartha, Hungary
Prof. Georges Casalis, France
Rev. Emilio Castro, Uruguay
Dr. Heinz Kloppenburg, GFR
Metropolitan Dr. Nikodim, UdSSR
A.K. Thampy, India
Secretary general: Rev. J. N. Ondra
Tel.: 23 32 50

Jungmannova 9, Prague 1, Czechoslovakia
Tel.: 248866, 248536

Cable: Ekumrada Praha
Account: CsOB 376-60565

An die Mitglieder der Kommission für das Studium internationaler Fragen

Geehrte Brüder,

Ich teile Ihnen mit, daß die Tagung der Kommission für das Studium internationaler Fragen

vom 23. - 25. Mai 1965 in Oesterreich

stattfinden wird.

Nähere Informationen über das Programm der Sitzung erhalten Sie nachträglich, sowie die Einladung aus Oesterreich, die Ihnen als Unterlage zum Gesuch um das österreichische Visum dienen wird. Wollen Sie gefälligst damit rechnen, daß die gemeinsame Abfahrt mit dem Omnibus in den Ort der Sitzung für Mittag den 23. Mai vorgesehen wurde. Über den Ort der Sitzung und über die weiteren technischen Einzelheiten werden Sie direkt aus Oesterreich informiert werden.

Ich bitte Sie, mir mitteilen zu wollen, ob wir mit Ihrer Teilnahme rechnen können und ob es für Sie möglich ist, am Mittag, den 23. Mai in Wien zu sein.

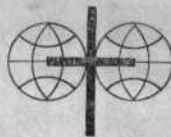
Mit brüderlichen Grüßen

gez. J. N. Ondra

J. N. Ondra,
Generalsekretär

Prag, den 16. April, 1965

CHRISTIAN PEACE CONFERENCE
CHRISTLICHE FRIEDENSKONFERENZ
ХРИСТИАНСКАЯ КОНФЕРЕНЦИЯ ДЛЯ ЗАЩИТЫ МИРА
CONFERENCE CHRETIENNE POUR LA PAIX



President: Prof. J. L. Hromádka
Vicepresidents:
Rev. R. Andriamanjato, Madagascar
Bishop Dr. Tibor Bartha, Hungary
Prof. Georges Casalis, France
Rev. Emilio Castro, Uruguay
Dr. Heinz Kloppenburg, GFR
Metropolitan Dr. Nikodim, USSR
A. K. Thampy, India
Secretary general: Rev. J. N. Ondra
Tel.: 233250

JUNGMANNOVA 9, PRAGUE 1, CZECHOSLOVAKIA

Tel.: 248866, 248536

Cable: EKUMRADA PRAHA

Account: ČsOB 376-60565

An die Mitglieder der Kommission für das Studium internationaler Fragen

• Ehrte Brüder,

Ich teile Ihnen mit, dass die Tagung der Kommission für das Studium internationaler Fragen

vom 23. bis 25. Mai 1965 in Oesterreich
stattfinden wird.

Nähere Informationen über das Programm der Sitzung erhalten Sie nachträglich, sowie die Einladung aus Oesterreich, die Ihnen als Unterlage zum Gesuch um das österreichische Visum dienen wird. Wollen Sie gefällig damit rechnen, dass die gemeinsame Abfahrt mit dem Omnibuss in den Ort der Sitzung für Mittag den 23. Mai vorgesehen wurde. Über den Ort der Sitzung und über die weiteren technischen Einzelheiten werden Sie direkt aus Österreich informiert werden.

Ich bitte Sie, mir mitteilen zu wollen, ob wir mit Ihrer Teilnahme rechnen können und ob es für Sie möglich ist, am Mittag den 23. Mai in Wien zu sein.

Mit brüderlichen Grüßen

J. N. Ondra
J.N. Ondra,

Generalsekretär

Prag, den 16. April, 1965

Berlin, den 27.7.1963

Protokoll

Am 27.7.1963 fand die 8. Sitzung der Studienkommission Friede und Abrüstung in Berlin, Göhrener Str. 11, statt.

- Tagesordnung:
- 1.) Andacht (Schülzgen)
 - 2.) Verlesung und Bestätigung des Protokolls vom 8.6.63
 - 3.) Pressemitteilungen
 - 4.) Frau Stolzenbach: Bericht über Weltkongreß der Frauen in Moskau
 - 5.) Schottstädt: "Versuch einer theologischen Grundlegung für Frieden und Abrüstung"
 - 6.) Konopatzky: "Problem junger Christen"
 - 7.) Fräulein Wenger: Erste Übersicht über Friedensorganisationen in der Welt
 - 8.) Carl Ordnung: Bericht über die Tagung des beratenden Ausschusses in Prag vom 4. - 9.6.1963
 - 9.) Verschiedenes

Teilnehmer:

Hans Chudoba	Bruno Schottstädt
Horst Konopatzky	Eckhard Schülzgen
Gottfried Kunzendorf	Frau Stolzenbach
Heinz Ludwig	Frau Volk
Ludwig Maraczek	Fräulein Wenger
Fritz Mewes	Werner Zühl
Hans Zygalaky	
Rolf-Dieter Günther:	jetzt Potsdam-Wilhelmsdorf, Eulenkamp 3

Entschuldigt fehlten: Karl Metzner
Fr. Ehlert

Martin Iwohn
Peter Müller, Prenzlau

Unentschuldigt fehlten: Walter Alborg

Als Gäste nahmen an der Tagung teil: der Sekretär des Regionalausschusses in der DDR, Carl Ordnung, Berlin (zeitweilig) und Hans-Peter Koch aus Bern.

Dauer der Arbeitstagung: 11.15 - 17.30 Uhr

Christliche Friedenskonferenz
Regionalausschuß in der DDR
Studienkommission: Friede und Abrüstung

Berlin, den 21.9.1963

Protokoll

Am 21.9.1963 fand die 9. Sitzung der Studienkommission:
Friede und Abrüstung in Berlin, Gährenerstr. 11, statt.

Tagesordnung:

- 1.) Andacht (Maraczek)
- 2.) Vortrag eines Vertreters des Ministeriums für
Auswärtige Angelegenheiten: "Der Beitrag der
DDR zur Abrüstung" (Prof. Steiniger, Berlin)
- 3.) Verlesung und Bestätigung des Protokolls
vom 27.7.1963
- 4.) Günther: "Zur theologischen Grundlegung für
Frieden und Abrüstung"
- 5.) Konopatzky: "Probleme junger Christen"
- 6.) Ordnung: Bericht über die Tagung des Arbeits-
ausschusses in Agape
- 7.) Verschiedenes

Teilnehmer:

Fräulein Ehlert
Rolf-Dieter Günther
Martin Iohn
Gottfried Kunzendorf
Heinz Ludwig
Karl Metzner
Horst Konopatzky

Fritz Mewes
Bruno Schottstädt
Frau Stolzenbach
Frau Volk
Fräulein Wenger
Werner Zühl
Hans Zygalski

Pfarrer Bartos, Brandenburg /Havel, Clara-Zetkin-Str. 24
Herr Strehlow, Dahme, Jackenwalderstr. 8

Es fehlten:

Walter Alburg
Hans Chudoba
Ludwig Maraczek

Peter Müller
Eckard Schölzgen

Als Referent zum Thema des Tagesordnungspunktes 2.) nahm Herr Professor Dr. Steiniger, Berlin, teilweise an der Sitzung teil.

Weitere Teilnehmer waren:

Carl Ordnung, Berlin, Sekretär des Regionalausschusses in der DDR,
Dr. Hans Ruh aus der Schweiz und der amerikanische Pfarrer Robert B. Starbuck.

Dauer der Tagung: von 11,30 - 18,30 Uhr.

Zu 1.) Der Tagesordnungspunkt fiel aus.

Zu 2.) Prof. Steiniger erläuterte die Friedenspolitik der Regierung der DDR am Beispiel der Abrüstungsvorschläge, die die Regierung der Weltöffentlichkeit bisher unterbreitete.

Inbesondere verwies der Referent auf
die Denkschrift der Regierung der DDR an
die 15. Tagung der UNO-Vollversammlung
die Denkschrift der DDR an den 18-Staaten-
Abrüstungsausschuß im März 1962
die DDR-Initiative für einen deutschen
Abrüstungsbeitrag sowie an damit zu-
sammenhängende weitere Erklärungen
an die 17. Tagung der UNO-Versammlung.

Alle abgegebenen Erklärungen der DDR sind durch das UNO-Sekretariat bestätigt und wurden offiziell registriert.

Professor Steiniger wies nach, daß man das Problem der Abrüstung nicht isoliert betrachten könne, sondern im Zusammenhang mit der Weltpolitik sehen muß.

Interessant waren die Darlegungen über die Entwicklung des 18-Staaten-Abrüstungsausschusses der Vereinten Nationen, der aus einem Fünfer-Ausschuß (4 NATO-Staaten und die UdSSR) hervor-

gegangen ist. Z.Zt. gehören dem Ausschuß 5 Staaten des NATO-Paktes an, 5 des Warschauer Paktes und 8 bündnisfreie Staaten.

Neben den Vorschlägen über die Bildung atomwaffenfreier Zonen in Mittel- und Nordeuropa, im Mittelmeer, Südamerika und Afrika, kam auch der 7-Punkte-Plan Walter Ulbrichts zur Sprache.

Walter Ulbricht schlug vor, beide deutsche Staaten in eine kernwaffenfreie Zone einzubeziehen - die Abrüstung in Etappen unter nationaler und internationaler Kontrolle durchzuführen. Die DDR würde auch mit einer Kontrolle durch nichtpaktgebundene Staaten einverstanden sein. Der Beweis des guten Willens der DDR ist erbracht, indem sie dem Moskauer Teststoppabkommen beitrug und offen für weitere Vorschläge ist. Die Bonner Regierung verharret demgegenüber auf das Alleinvertretungsrecht, d.h. auf das Recht, für ganz Deutschland zu sprechen und zu handeln.

Aber auch die Hallstein-Doktrin ist ein weiterer Punkt, der es nicht zum Gespräch mit den Repräsentanten beider deutscher Staaten hat kommen lassen. Bei dem 7-Punkte-Plan, so betonte Professor Steiniger, sei es wichtig zu wissen, daß es sich nicht nur um einen parteipolitischen Vorschlag der SED handle, sondern um eine staatlich verbindliche Aussage, genauso verbindlich seien weitere Vorschläge des Staatsratsvorsitzenden, die die Punkte: Nichtangriffspakt zwischen beiden deutschen Staaten, absoluter A-Waffen-Verzicht sowie Rüstungsstopp und den Beginn von Verhandlungen zwischen der BRD und der DDR beinhalten. Wenn man die Rede des Ministerpräsidenten Chruschtschows in der Werner-Seelenbinder-Halle (1963) liest und mit dem Wortlaut des Moskauer Teststoppabkommens in den 3 Medien vergleicht, fällt es nicht schwer, die positive Rolle der UdSSR bei den Verhandlungen zu erkennen. Durch ihre negative Rolle bei den Abrüstungsbestrebungen stärken Frankreich und China die Position Dr. Adenauers. Die letzte Rede Kennedys vor der 18. UNO-Vollversammlung der Vereinten Nationen wertete der Referent als konstruktiv und weiterführend, allerdings könne man sich mit dem Bemühen des USA-Präsidenten, dem Sozialismus "die Vorderfüße" abzuschlagen (Cuba und DDR) nicht einverstanden erklären, dennoch sei ein stilles Abweichen von der Dulles-Konzeption spürbar.

Im weiteren Verlauf seiner Darlegungen ging der Sprecher noch auf politische Fragen ein, die Spanien, Portugal - Vietnam und Sudafrica betragen.

Die Linie des neuen Papstes folge in vielen der seines Vorgängers und sei auf Neu-Orientierung und Entspannung gerichtet.

Abschließend dankte Professor Steiniger seinen Zuhörern und brachte seine Freude darüber zum Ausdruck, daß er als alter Kommunist im Gespräch mit Christen sei.

Im Verlauf der darauffolgenden Diskussion beantwortete der Gast zahlreiche Fragen, u.a. die:

Handeln die Chinesen noch als Sozialisten?

Antwort: Ob das Wirtschaftssystem einen sozialistischen Charakter hat, wird durch objektive (nicht durch subjektive) Tatsachen bestimmt. Von daher ist China ein sozialistischer Staat.

Auch in der UdSSR gab es im Verlauf der Oktoberrevolution konterrevolutionäre Gruppen - die Praxis hat gezeigt, daß man sich mit ihnen auseinandersetzen muß, um den richtigen Weg aufzuzeigen.

Ebenso wurde die Frage der Koexistenz der Völker und der ideologischen Koexistenz angeschnitten.

Die friedliche Koexistenz definierte der Referent als das Nebeneinanderbestehen von Staaten, die ihre Gegensätze nicht mehr durch Waffengewalt austragen, sondern im friedlichen Wettbewerb um die Durchsetzung der von ihnen vertretenen Gesellschaftsordnung ringen.

Dabei steht nicht die Gewalt, sondern das Beispiel im Mittelpunkt. Es geht um den ökonomischen Wettbewerb unter Zustimmung und tätiger Mithilfe aller Bürger.

Eine ideologische Koexistenz kann es nicht geben, weil es kein Ausweichen vor dem Ringen um die absolute Wahrheit gibt. Hier steht Idee gegen Idee.

Für einen Marxisten geht es darum, die Einheit des Weltbildes herzustellen. Es ist eine Kle-

mentartatsache, daß ich nicht gleichzeitig das kopernikanische und das ptolemäische Weltsystem anerkennen kann. Wenn es zwischen Christen und Marxisten um der Wahrheit willen keine ideologische Koexistenz geben kann, so gibt es den Dialog. Dialog bedeutet notwendigerweise kein Vermanschen ideologischer Ansichten.

Zur Frage nach der Gültigkeit des Potsdamer Abkommens, erklärte Prof. Steiniger: Einige Punkte sind durch die Entwicklung überholt. Das Potsdamer Abkommen basiert auf den Grundsätzen der UNO-Charta. Diese Grundsätze selbst gelten über die Zeit hinaus; etwa

- die Frage der Souveränität,
- die Stellungnahme zum Faschismus,
- die Festlegung der Grenzen,
- die Wiedergutmachung usw.

Das Potsdamer Abkommen ist für uns die konkrete Verbriefung, Schritte in Richtung auf die Wiedervereinigung zu tun.

Im Potsdamer Abkommen ist beispielsweise (der amerikanischen Geschichte entnommen) der Gedanke der Konföderation enthalten.

Das Potsdamer Abkommen ist die solideste Grundlage, den antifaschistisch-demokratischen Weg zu gehen.

Auf die Frage nach der Rolle des Bewußtseins erklärte der Völkerrechtler: Wir haben es mit dem Staat zu tun - alle Bürger unter einen Hut zu bringen, das ist nicht leicht; das Völkerrecht ist der schmale Grat zwischen Rechtsillusionismus und Rechtsnihilismus. Wer vollstreckt das Völkerrecht? Etwa das Moskauer Teststoppabkommen?

Katürlich die Signatarstaaten, aber nicht nur sie allein, sondern die Millionen Menschen, die dahinter stehen (Stockholmer Appell = 600 Millionen Unterschriften).

Das Bewußtsein ist der Gerichtsvollzieher im Völkerrecht.

Abschließend berichtete Professor Steiniger von einem Erlebnis aus seiner Studienzeit, das gleichzeitig den großen Unterschied deutlich macht, wie man das Völkerrecht früher und wie man es heute interpretiert, und wie es sich in seinem Begriff humanistisch gewandelt hat.

Einer der damaligen Professoren bezeichnete als höchsten Augenblick im Völkerrecht den Moment, wo die Staaten zur Waffe greifen. Ein solcher Waffengang kann für den

steht Glück oder Unglück bedeuten.

Unsere Aufgabe besteht darin, es zu registrieren, folgerter ex.

Ein solches Registrieren kann heute nicht mehr Sinn und Zweck des Völkerrechts sein, sondern das Völkerrecht hat dazu beizutragen, daß den Völkern Recht und Friede wird. Ein solcher Beitrag ist fern jeder Passivität, sondern bedeutet im Gegenteil erhöhte Aktivität für den Frieden.

Zu 3.) Das Protokoll wurde bestätigt und mit geringfügigen Änderungen (die gleich eingearbeitet wurden) angenommen.

Zu 4.) Günther legte eine überarbeitete Fassung der von Schottstidt zur Diskussion gestellten Thesen vor. Dabei wurden einige Thesen umgestellt, neue Formulierungen vorgenommen andere Formulierungen wurden gestrafft. Die überarbeitete Fassung ist diesem Protokoll als Anlage beigelegt. Günther ging noch einmal auf die Rede Bonhoeffers auf der Jugendfriedenskonferenz in Carnotvorke Kucelo, CSSR, am 26.7.1932 (Bonhoeffer: Gesammelte Schriften, Bd. I, Ökumene, S. 140 - 161) ein und stellte fest, daß es Bonhoeffer damals vorrangig um die Ökumene ging, Ökumene als Sichtbarwerden des Leibes Christi. Damals setzte eine Verengung auf die Nationalkirche ein. Bonhoeffer wollte sie wieder auf die Weite zurückführen.

Betrachte man heute Prag, so zeigt sich die GFK noch als Zweckorganisation, die in der gegebenen Situation konkret handeln will.

Die Aufteilung der überarbeiteten Thesen wurde wie folgt vorgenommen:

Die Thesen 1 - 3 stellen die Frage nach der theologischen Grundlegung und begründen ihre Notwendigkeit

Die These 4 zeigt den theologischen Ansatz

die nachfolgenden Thesen bis Nr. 7 behandeln die Konsequenz für unser Handeln

These 8 umreißt das Verhältnis zu den anderen Friedensorganisationen und fördert Zusammenarbeit mit ihnen
These 9 stellt die Wahrheitsfrage

These 10 umreißt die Gestalt der mündigen Gemeinde

Aus der These 2 wird in Zeile 4 das Wort "unverbindlich" gestrichen und durch das Wort "unterschiedlich" ersetzt. Da in dieser These ein Gedankensprung enthalten ist, werden die Aussagen über die nicht-theologischen Faktoren ausgegliedert.

Ab: Darum werden wir uns wird eine neue These gebildet.

In der These 4 kann etwa der Punkt d) als Ansatzpunkt für Abrüstungsfragen angesehen werden.

In der Aussprache schlug Frau Volk vor, den Satz in These 10: Wir sehen jeden Menschen als das Ebenbild Gottes an den Anfang der These zu stellen. Günther lehnte das ab, weil dann der Vorwurf einer Schöpfungstheologie und der einer zu heilenden Welt erhoben werden kann.

Bartos wandte ein, daß man Prag nicht ohne weiteres als Zweckorganisation sehen kann - auch zur Zeit nicht.

Er wurde dabei von Ordnung in seiner Ansicht bestärkt. Die GFK hat die Forderung nach der Theologie immer erhoben, nicht zuletzt auch wegen der orthodoxen Brüder. Die Tagung in Agape (Italien) hat erneut gezeigt, daß es ohne Theologie auf die Dauer nicht geht.

Wenn auch der Begriff Zweckorganisation bei Bonhoeffer seine Bedeutung hat, so bleibt für mich die Frage, muß der letzte Satz in der Einleitung dann so stehen bleiben, erklärte Bartos weiter.

Günther ging auf diese Frage ein und stellte fest, daß Prag eben als Zweckorganisation begonnen habe; er schlug jedoch vor, das Wort "herabsinkt" in Zeile 20 der Einleitung durch das Wort "wird" zu ersetzen.

Auf zwei wesentliche Dinge wiesen Ordnung und Schottstädt in der weiteren Diskussion hin:

Eigentlich ist Ökumene und Friedensdienst der Kirche sinngemäß heute dasselbe (Prof. Lochmann) - das Ökumenische und das Irenische fallen nahezu zusammen.

Der andere Gedanke war der, daß es in den Thesen nicht um einen billigen Humanismus gehe - als Christen sehen wir noch andere Aspekte - allerdings gibt es selbstverständlich ein Zusammengehen mit humanistischen Kräften.

Die Diskussion verlor sich bisweilen in allgemeine Einzelheiten zu den Thesen und wurde erst von Ruh wieder auf die Sachfragen zurückgeführt.

Zunächst ging es um die These 5: Ruh sagte: Was heißt für den menschlichen Frieden Zeuge des kirchlichen Friedens, Zeuge des göttlichen Geschehens zu sein?

Prag ist Nachfolge Christi. Spannungen anhalten, das bedeutet uns Christus. Es geht um das Zeugnis von uns und von den anderen. Ein einziger Kirchenbegriff ist eine Gefahr.

(Prl. Wenger hatte vorher gefordert, den Kirchenbegriff weit zu formulieren, so daß jeder ihn annehmen kann). Bartos kritisierte die These 5 dahingehend, daß sich die Erkenntnis des 1. Satzes (Der Friede, für den gearbeitet wird, ist nicht das Reich Gottes) auch in der theologischen Formulierung niederschlagen muß, etwa daß man darauf hinweist: Jesus Christus ist der verborgene Herr.

Ordnung sagte: es ist von These 5 her zu wenig versucht, den christlichen Friedensauftrag, wie er im Liebesgebot zum Ausdruck kommt, zu umreißen und Bartos ergänzte: wer sind die Adressaten?

Schottstädt erläuterte seine Meinung, die ihn veranlaßte, die These (im 1. Entwurf These 6) 5 so zu formulieren:

Die Sätze waren zunächst von bestimmten Thesenreihen her aneinander gereiht. Das Reich Gottes und Friede auf Erden habe ich als Arbeitsthese hereingebracht. Dabei war mir die Frage wichtig: wie verhalten wir uns? Van Leeuwen sagte einmal: Alles, was sich in der Welt, nach vorn entwickelt, geschieht ohne die Christen. Dies müßte uns doch beunruhigen?

Günther: Vorhin ist gesagt worden: Ökumenisches und Irenisches sind eins". Dies will nicht postuliert sein, sondern darüber sollte man sich im Nachvollzug Gedanken machen. Bringt uns aber die obige Gleichung nicht den Vorwurf ein: Ihr erniedrigt die Eschatologie zum Heilpragmatismus? Wir aber sollten deutlich machen: Christliche Friedensarbeit ist Gebot unseres Gewissens!

Pfarrer Starbuck warnte vor der Gefahr, den Zusammenhang zwischen dem Frieden, als Ordnung der Erhaltung, und dem Reich Gottes als Ideologie aufzufassen.

Ludwig warf die Frage auf: Sind nicht verschiedene Verständnisse des Begriffes "Reich Gottes" vorhanden? Und er ergänzte: Der Friede, für den wir arbeiten, ist nicht die Herrschaft Christi. "Reich Gottes" können wir nicht so stehen lassen. Ich sehe im Reich Gottes die Königsherrschaft Jesu Christi.

Ihm erwiderte Iwohn: Der Friede, für den gearbeitet wird, hat sehr wohl etwas mit dem Reich Gottes zu tun!

Und Frä. Wenger fügte hinzu: Wenn wir bewußt mit christlichen Argumenten arbeiten, muß es sich dann nicht irgendwie um das Reich Gottes handeln?

Ein anderer warf in die Debatte: Das Risiko nach außen ist schlimmer. Wenn wir sagen, der Friede, für den gearbeitet wird, ist Reich Gottes, würde Prof. Steiniger nicht dazu sagen: "Aha, eine neue Art der Mission!?"

Schottstädt faßte die Fragen zusammen und antwortete folgendermaßen:

Die Kirche, die wir gestalten, ist nicht das Reich Gottes. Um Hermeling zu zitieren (sinngemäß): Wir müssen in unserem Denken die Kirche vom Reich Gottes lösen. Am Anfang steht Christus, am Ende auch und dazwischen steht die Kirche. Von Christus her ist es immer anders, als wir das machen. Wir gestalten nicht das Reich Gottes mit unserer Friedensarbeit. Das alles wollte ich mit meiner Formulierung provokatorisch herausholen, um zu einem besseren Verständnis der angeschnittenen Fragen zu kommen.

In einem folgenden Beitrag zitierte Günther Bonhoeffer zu dieser Frage:

Unter dem übermächtigen Einfluß des angelsächsischen theologischen Denkens im Weltbund hat man bisher den hier gemeinten Frieden als Wirklichkeit des Evangeliums, sagen wir ruhig, als ein Stück Reich Gottes auf Erden verstanden. Von hier aus wird das Ideal des Friedens absolutiert, d.h. nun nicht mehr nur als Zweckgestaltung und Erhaltungsordnung verstanden, sondern als endgültige, in sich wertige Ordnung der Vollendung, als ein Hereinbrechen einer jenseitigen Ordnung in die gefallene Welt. Äußerer Frieden ist ein als solcher "sehr guter" Zustand. Er ist somit Schöpfungs- und Reichs-Gottes-Ordnung, und als solcher bedingungslos zu erhalten. Diese Ordnung, und zwar solcher bedi Auffassung aber muß als schwärmerisch und darum unevangelisch abgelehnt werden. Der internationale Frieden ist nicht eine Wirklichkeit des Evangeliums, nicht ein Stück des Reiches Gottes, sondern ein Gebot des zornigen Gottes, eine Ordnung der Erhaltung der Welt auf Christus hin. Der internationale Friede ist darum auch kein absoluter Idealzustand, sondern eine Ordnung, die auf etwas anderes hin ausgerichtet ist und nicht in sich selbst wertig ist. Die Aufrichtung einer derartigen Erhaltungsordnung kann freilich absolute Dringlichkeit bekommen, aber doch nie um ihrer selbst

willen, sondern um des willen, auf das sie hinzielt, nämlich um des Hörens der Offenbarung willen. Der gebrochene Charakter der Friedensordnung kommt darin zum Ausdruck, daß der von Gott gebotene Friede zwei Grenzen hat:

erstens die Wahrheit

Zweitens das Recht.

Gemeinschaft des Friedens kann nur bestehen, wenn sie nicht auf Lüge und nicht auf Unrecht ruht. Dort, wo eine Gemeinschaft des Friedens Wahrheit und Recht gefährdet oder erstickt, muß die Friedensgemeinschaft zerbrochen und der Kampf angesagt werden. Wird der Kampf von beiden Seiten wirklich um die Wahrheit und um das Recht geführt, so ist die Friedensgemeinschaft, wenn auch äußerlich zerbrochen, so doch in dem Kampf um dieselbe Sache um so tiefer und stärker verwirklicht. Sollte es nun aber klar werden, daß einer der Kämpfenden nur um seiner selbstischen Ziele willen kämpft, sollte also auch diese Form der Friedensgemeinschaft zerbrochen werden, so enthüllt sich hier die Wirklichkeit, die der letzte und einzig tragende Grund aller Gemeinschaft des Friedens ist, die Vergebung der Sünde. Weil einer dem anderen seine Sünde vergeben will, darum allein gibt es für den Christen Friedensgemeinschaft.

(Bonhoeffer: Gesammelte Schriften Band I,
S. 152 /53)

Danach wandte sich das Gespräch dem Problem des Wagnisses des 1. Schrittes zu.

Schottstädt wollte ihn zunächst auf die Gemeinde bezogen wissen.

Wie ein solcher 1. Schritt dann im gesellschaftlichen Raum aussehen kann, zeigte er am Beispiel der Genfer Konsultation auf.

Einen solchen 1. Schritt können wir nicht von der Welt verlangen, wir können nur vom Heilshandeln Gottes her unseren 1. Schritt betonen.

Starbuck meinte, wenn wir sagen, die Gemeinde soll den 1. Schritt gehen, dann muß auch die Gemeinde konkret wissen, wo sie existenziell den Kopf hinhalten soll.

Zühl schlug vor, die Begriffe 1. Schritt und einseitiger Schritt auseinanderzuhalten, während Bartos die Formulierung: den Mut haben, aufeinander zuzugehen, zweckmäßiger fand.

Ordnung warnte davor, in Punkt 4 d) das Wagnis des 1. Schrittes als die Möglichkeit zu sehen. Selbstverständlich ist keiner grundsätzlich gegen einen 1. Schritt, andererseits wird er aber im Text zu sehr betont.

Günther erinnerte beispielsweise an die verschiedenen Abrüstungsvorschläge der UdSSR und meinte, Chruschtschow war unter bestimmten Bedingungen bereit, modellhaft auf dem Wege zum 1. waffenlosen Staat voranzugehen.

Schottstädt beendete das Gespräch und schlug vor, den Begriff des 1. Schrittes in den Thesen wegzulassen und zu formulieren:

"Wir begrüßen den Mut zur Abrüstung".

Zu 5.) Das Thema wurde von Konopatzky vielseitig entfaltet. Neben politischen Gesichtspunkten wurden auch solche der Psychologie, der Soziologie und der Medizin behandelt. Kernstück der Darlegungen war die Auswertung einer Umfrage unter jungen Christen. So war es beispielsweise interessant zu hören, daß die Frage:

Halten Sie politische Bemühungen um den Frieden für sinnvoll?

von allen Befragten mit "Ja" beantwortet wurde.

An politischen Fragen direkt waren 70 % aller Befragten interessiert und tägliche Informationen hielten 65 % für notwendig.

Als Hobbys der befragten Gruppe wurden Sport, Musik und Literatur ermittelt.

In der anschließenden Diskussion führte Frä. Ehlert aus, daß das, was wir hörten, nicht nur die Probleme junger Christen, sondern junger Menschen schlechthin waren. An zahlreichen Beispielen aus der Jugendarbeit wies sie nach, daß die jungen Menschen oftmals von einer großen Skepsis befallen sind und wenig Eigeninitiative entwickeln, ebenso fehlen eigene Ideen. ("Sag' uns doch mal 'ne Idee, wir möchten einen Streich machen"!)

Zur Bibelarbeit bemerkte sie: Die jungen Menschen arbeiten intellektuell ganz gut mit, aber sie können das Gehörte und Gelesene mit ihrem Leben nicht in Verbindung bringen. Auf Mitschüler üben junge Christen selten einen Einfluß aus. In Gesprächen haben ihr

17 - 20-Jährige erklärt, es spielt z.B. im Beruf keine Rolle, ob ich Christ bin. Die Testfrage lautete: Ist es gleichgültig, ob ich Schlosser bin oder ob ich als Christ diesen Beruf ausübe?

Werden Geschichten mit wahren Begebenheiten vorgelesen, so wird oft hinterher gefragt: "Ist das wirklich wahr?" Manche Kinder waren regelrecht schockiert, daß im Unterricht etwas Wahres vorkam.

Zu 6.) Carl Ordnung berichtete von der Sitzung des Arbeitsausschusses der CFK in Agape (Italien). Der Arbeitsausschuß tagte vom 9. - 11.9.1963 in dem von Pastor G. Girardet geleiteten Friedenszentrum der Waldenser Kirche. Es war die 1. Tagung nach dem Tode von Professor Ullmann; an der Arbeitstagung nahm auch Frau Ullmann teil, die die Arbeit ihres verstorbenen Mannes weiterführt.

Der Arbeitsausschuß beschäftigte sich neben wichtigen internationalen auch mit organisatorischen Fragen, besonders im Hinblick auf die 2. APV. In der Diskussion standen organisatorische Fragen im Vordergrund. Die II. APV findet vom 28. Juni - 3. Juli in Prag statt.

Prof. Hromádka spricht zum Thema:

"Mein Bund ist Leben und Frieden, spricht der Herr"

Es sollen 5 Korreferate gehalten werden:

Asien	über	den Hunger,
Afrika	über	die Unabhängigkeit
Südamerika	über	die sozialistische Revolution
Nordamerika	über	die moderne Technik
Europa	über	Probleme der friedlichen Koexistenz

Im Gegensatz zur I. APV werden auf der II. APV Bibelarbeiten gehalten, und zwar 1 Stunde lang vor Beginn der Tagungen der Studiengruppen.

Es werden 10 Studiengruppen à 100 Personen gebildet - für die praktische Arbeit unterteilen sich diese Gruppen in 2 Untergruppen, der Text ist in allen Gruppen gleich. Das Kontingent ist auf 900 Teilnehmer (und 200 Techniker) festgesetzt, auf die deutsche Delegation entfallen 150 Plätze, die sich wie folgt verteilen sollen: je 70 Personen entfallen auf die DDR und die BRD, 10 Personen auf Westberlin.

Die Zusammensetzung der Delegationen erfolgt nach besonderen Richtlinien. Neben alten bewährten Kräften werden auch neue Mitarbeiter sowie offizielle Vertreter der Kirchenleitungen eingeladen. Die Kosten für die Fahrt sowie für den Aufenthalt in Prag sollen von den Teilnehmern selbst getragen werden.

Gleichzeitig tagte in Agape ebenfalls (allerdings nur 1 Tag lang) die theologische Subkommission unter Leitung von Prof. Casalis. Das Thema lautete:

Die Zuordnung des Friedens Gottes und unsere irdischen Bemühungen.

In der Diskussion führte Dr. van Leeuwen u.a. aus: (singend) Wir müssen den Mut haben, prinzipielle Schritte nach vorn zu gehen, auch wenn wir sie noch nicht theologisch decken können. Wir können nicht jeden Schritt, den wir gehen, vorher theologisch absichern.

An anderer Stelle erklärte er, ihm scheine, daß es für Christen immer schwieriger wird, im Westen zu wirken.

Abschließend berichtete Ordnung von der Waldenser Kirche und von ihren Gesprächen mit den Katholiken. Die katholischen Gesprächspartner führen ihre Gespräche mit Genehmigung des Papstes. Voraussichtlich wird die Waldenser Kirche die 1. sein, die sich geschlossen hinter die GPK stellt.

Zu 7.)

Bruno Schottstädt berichtete vom Kongreß: "Frieden und atomare Abrüstung", der ebenfalls in Agape stattfand und an dem er teilnahm. Hauptreferenten waren 2 Journalisten, Dr. Young, London und Dr. Rocco aus Italien.

An der Tagung nahm auch eine Gruppe westdeutscher Pfarrer und Studenten teil. Die westdeutschen Teilnehmer waren nicht einer Meinung in Fragen der Abrüstung, vielmehr gab es auch Meinungen, wie diese: Den Frieden können wir nur erhalten, wenn wir rüsten.

Der Berichterstatter hatte Gelegenheit mit den westdeutschen Teilnehmern zu sprechen, falsche Vorstellungen vom Leben in der DDR zu korrigieren. Ein von ihm gehaltener Vortrag: "Die Kirchen in der DDR" war gut besucht; in der anschließenden Aussprache konnte manches Vorurteil über das Leben der Christen in der DDR beseitigt werden.

Interessante Einzelheiten hörten die Mitglieder der Studiengruppe über das Leben in Sizilien. Schottstädt hatte Gelegenheit, dort die Gruppe Dolci und Vinay zu besuchen. Die Zustände in Sizilien sind noch weit schlimmer, als sie in dem Buch Dolcis "Umfrage in Palermo" geschildert werden. Gestank - Dreck und Krach sind die ersten Eindrücke, die man als Fremder dort gewinnt.

Die Mafia beherrscht das öffentliche Leben, obwohl sie nach außen hin nicht in Erscheinung tritt. Sogar katholische Klöster sollen Zentren dieser Terrororganisation sein. Weder der Staat noch die katholische Kirche haben bisher etwas gegen die Mafia unternommen. - Sehr viele Bewohner Siziliens sind Analphabeten. - Die Stellung der Frau im öffentlichen Leben erinnert an mittelalterliche Zustände. Dolci und Vinay beginnen u.a. nach und nach die Frau von den gesellschaftlichen Fesseln zu befreien. Vor den Toren einzelner Städte entstehen kleine Fabriken oder Musterfarmen, die Arbeitsplätze bereitstellen und es der Frau ermöglichen, eine entsprechende Arbeit aufzunehmen, um selbst Geld zu verdienen. Z.Zt. ist das Bild weithin so, daß Frauen die Stadt, in der sie wohnen, nicht verlassen dürfen. Frauen, die im Arbeitsprozeß stehen, sind selten.

Auflagen:

Dr. Hans Ruh, Frau Volk, Rolf-Dieter Günther und Bruno Schottstädt erarbeiten aus den überarbeiteten Thesen ein Referat über die theologische Grundlegung der Abrüstungsbestrebungen.

Der 1. Entwurf soll auf der nächsten Sitzung zur Aussprache gestellt werden.

Dazu finden Zusammenkünfte der Beteiligten am 25.9. und 4.11.1963 statt.

Organisatorischen:

Die nächste Sitzung der Studienkommission findet am 23.11.1963 um 11.00 Uhr in Berlin, Gährenerstr. 11, statt.

Die Tagesordnung wird noch bekanntgegeben.

Berlin, den 25.1.1964

Protokoll

Am 25.1.1964 fand die 11. Sitzung der Studienkommission
"Friede und Abrüstung" in Berlin, Göhrenerstr. 11, statt.

Tagesordnung:

- 1.) Verlesen des Protokolls der letzten Sitzung
- 2.) Verlesen des "Versuches einer theologischen
Grundlegung für Frieden und Abrüstung"
 - b) Verlesen des Anhangs (Möglichkeiten und
Folgerungen)
- 3.) Diskussion zu 2 a
- 4.) Kurz-Mitteilungen: Carl Ordnung
- 5.) Kurzbericht über die Tagung des Arbeitsausschusses
der CFK in Budapest Anfang Januar 1964: Dr. Ruh
- 6.) Diskussion zu 2 b
- 7.) Plan der Weiterarbeit

Teilnehmer:

An der Sitzung nahmen bis auf die nachstehend aufgeführten Personen alle Mitglieder der Studienkommission teil.

Entschuldigt fehlten:

Hans Chudoba	Friedel Stolzen-
Ludwig Maracek	bach
Karl Metzner	Rudi Strehlow

An der Tagung nahm zeitweilig der Sekretär des Regionalausschusses der CFK der DDR, Carl Ordnung, Berlin, teil.

Gast der Studienkommission war Dr. Hans Ruh.

Dauer der Tagung: von 11,00 bis 17,00 Uhr

Zu 1.) Das Protokoll vom 14.12.1963 wurde bestätigt und angenommen.

Zu 2 a/b) B. Schälgen trug den "Versuch einer theologischen Grundlegung für Frieden und Abrüstung" sowie den Anhang (Möglichkeiten und Folgerungen) vor.

Zu 3.) Danach eröffnete B. Schottstädt die Aussprache, indem er auf die sieben nachstehenden Fragen orientierte:

- a) Ist es nicht besser, um den Eindruck zu vermeiden, daß etwas von außen an die CFK herangetragen wird, das "Wir" in der Formulierung - "Prag" ist Kirche - stärker herauszuarbeiten? (Wir als CFK)
- b) Warum ist die Theologie des 1. Schrittes nicht mehr im Entwurf enthalten?
- c) Wie steht es mit der Thematik: "Reich Gottes - Erhaltungsordnung der Welt" im Entwurf?
- d) Wie ist Punkt 4 c des 1. Entwurfs (Die Glaubwürdigkeit der kirchlichen Existenz) im neuen Versuch zur Geltung gekommen?
- e) Wo kommt der Gedanke der Zusammenarbeit mit allen Friedensorganisationen, auch mit nichtchristlichen, (früher Punkt 3) im neuen Entwurf vor?
- f) Die nächste Frage bezog sich auf die Hereinnahme des Pauluswortes Epheser 4, Vers 3 in die neue Vorlage. (Und seid fleißig, zu halten die Einigkeit im Geist durch das Band des Friedens) (Einheit der Christen und Kirchen als Symbol für die Welt).
- g) Abschließend schlug B. Schottstädt vor, im Punkt 4 c des "Versuches einer theologischen Grundlegung" (etwa an der Stelle: Durch die Friedenstat Gottes...) stärker zum Ausdruck zu bringen, daß wir Christen schon in einer neuen Weltlage stehen.

Zu a) In der Diskussion zu Punkt a) kamen E.-D. Günther, Dr. Ruh, H. Bartos, B. Schottstädt, Frau Volk und Frä. Wenger zu Wort.

Das Gespräch zeigte, daß es bei der Formulierung "Prag" ist Kirche, obwohl sie unstritten ist, bleiben soll. Dabei versteht sich die CFK nicht als ein besonderes "Geschäft" der Kirche - die CFK ist ein Werk der Kirche - ist Anstoß für die Kirche.

Jedoch ist die Umkehrung obiger Formulierung: Kirche ist Prag - mißverständlich und nicht zu vollziehen.

Das "Wir" (Kirche - CFK) wurde in der Formulierung durch folgende Änderungen noch klarer zum Ausdruck gebracht:

Punkt 2, Satz 2 : Darum ringt die CFK um
Punkt 4 c, Satz 3 : Sichtbarster Ausdruck dieser Bedrohung ist die gewaltige Aufrüstung in unserer Zeit

- Punkt 4 c, Satz 4 : es wird gestrichen: ... und also auch die CFK ...
- Punkt 4 c, Satz 5 : Der Satzanfang heißt jetzt: "Wir haben zuerst in unseren eigenen Reihen"
- Punkt 4 d, Anfang: : Der Anfang von 4 d wird wie folgt formuliert: Gottes Gebot ist Hilfe gegen alles Unheil. Die Kirche bekennet, daß Gott sein Gebot als Hilfe zum wahren Menschsein gibt. Dieses verpflichtende Gebot des gnädigen Herrn ersuchen wir zu erkennen

Das das Anliegen der CFK (als Werk der Kirche) noch nicht von allen Kirchenleitungen in der DDR verstanden worden ist, ließ R.-D. Günther in seinem Beitrag sichtbar werden. Die Kirchenleitung Kln.-Brandenburg z.B. billigt es einem Pfarrer zwar zu, privat in der CFK mitzuarbeiten, offiziell war sie aber bisher nicht bereit, das Anliegen von "Prag" als Anliegen der Kirche aufzunehmen.

- Zu b) Dr. Ruh wies darauf hin, daß in dem diskutierten "Versuch einer theologischen Grundlegung" das Wagnis des 1. Schrittes nicht ausdrücklich enthalten sei.

Das Wagnis des 1. Schrittes sei so zu verstehen, daß Gott den 1. Schritt auf den Menschen zu gemacht habe. Der 1. Schritt in der bisherigen theologischen Grundlegung liege auf anderer Ebene - denn Gott und Mensch seien keine gleichwertigen Partner.

Ludwig führte das Gespräch weiter, indem er die Meinung vertrat, daß der 1. Schritt Gottes zum Menschen hin auch Übertragbar sei von Mensch zu Mensch. So gesehen, könne ein 1. Schritt Preisgabe eigener Sicherheit bedeuten.

B. Schottstädt erinnerte hier an Gedanken von M. Niemöller und J. Bromadka.

H. Bartos fügte hinzu, daß ein 1. Schritt nicht preisgabe, sondern Hingabe sein müsse.

R.-D. Günther warnte vor einer Geschichtstheologie, die das Heilshandeln Gottes auch auf die Geschichte übertragen wolle. Theologische Begriffe können nicht auf technische Probleme übertragen werden.

B. Schottstädt faßte die Diskussion dahingehend zusammen, daß sich das Heilshandeln Gottes im Handeln der christlichen Gemeinde widerspiegeln muß.

- Zu c) Dem Anliegen der Frage zu c ist im neuen Entwurf unter Punkt 2 entsprochen.
- Zu d) Hier wurde von B. Schottstädt festgestellt, daß das Ziel der CFK nicht das ist, die Glaubwürdigkeit - sozusagen als extra Punkt - herzustellen, als wäre die Glaubwürdigkeit das Ziel des Unternehmens.
Punkt 4 des "Versuchs einer theologischen Grundlegung" bringt dieses Anliegen mit zum Ausdruck.
- Zu 3) Die Frage der Zusammenarbeit aller Friedensorganisationen sowie die der Zusammenarbeit von Christen und Nichtchristen ist in der theologischen Grundlegung nicht ausdrücklich enthalten. Sie soll unter Punkt 5 im Anhang aufgenommen und geklärt werden.
- Zu f) Die Diskussion zum Punkt f läßt sich unter der Überschrift: "Einheit als Symbol" zusammenfassen.
Ausgangspunkt des Gespräches war Epheser 4, Vers 13.
G. Kunzendorff verwies auf Veröffentlichungen des westdeutschen Schriftstellers Amery, die gerade das Gegenteil von der Einheit der Christen zum Ausdruck bringen, trotzdem, so meinte er, muß uns diese Skandalfrage anrühren.
P. Müller bemerkte dazu, Gemeinschaft kann auch da sein, wo keine Einheit ist.
Daß Paulus in dieser Frage anders dachte (Hinweis auf Epheser 4) war der Entgegnung B. Schottstädts zu entnehmen.
In der Aussprache ging es auch darum, ob die Frage der Einheit der Christen nicht in einem weiteren Punkt (Punkt 5) behandelt werden sollte. Die Frage blieb offen.
Es wurde hier auch auf Punkt 4 e (2. Teil) des "Versuchs einer theologischen Grundlegung" verwiesen, der auch vom einheitlichen Handeln der Christen spricht.
Nahezu alle Gesprächsteilnehmer sprachen sich für eine verbindliche Aussage in Punkt 4 e, Satz 2, aus.
Dr. Ruh bat jedoch zu bedenken, daß man ein konkretes Gebot (das ja dann auch verpflichtend sein soll) nicht am Schreibtisch aussprechen kann. Es gibt kein allgemein konkretes Gebot, sondern nur das konkrete Gebot für den konkreten Raum und der konkreten Situation; erst unten kann man konkrete Gebote aussprechen.
Ihm entgegnete H. Barton, daß es im Punkt e ja nicht um ein Gebot sondern um eine Grundlegung gehe und eine solche sollte verständlich sein.
Auch B. Schottstädt sprach sich dafür aus, daß eine verständliche Theologie die Kirche bestimmen sollte. Wenn das weithin noch nicht so sei, dann müßte uns die Unruhe darüber miteinander ins Gespräch bringen.

B. Schülzen begründete die Vorlage in diesem Punkt nochmals und meinte, das ganze wäre als Herausforderung für die Suche nach einem neuen Ansatz gedacht.

Bartos ergänzte: Es geht darum, miteinander auf einen bestimmten Punkt zuzugehen - auf die Wahrheit der Offenbarung in Jesus Christus. Punkt 4 e sollte mindestens als Gesprächspunkt verbindlich sein. Dabei müßte jedoch zum Ausdruck kommen, daß wir selbst mit unserem Engagement an den ethischen Entscheidungen beteiligt sind.

B. Schottstädt schloß die Diskussion ab, indem er feststellte, das Dokument sei Grundlage für ein Gespräch in der internationalen Kommission, in dem die Teilnehmer mit unserer theologischen Einsicht konfrontiert werden sollen.

Folgende Änderungen zu Punkt 4 a wurden beschlossen:

Satz 2 muß heißen: Die Botschaft dieses gekreuzigten Herrn gilt der ganzen Welt.

Satz 5 muß heißen: Das Herrsein Christi ist vor allem Dienst am Menschen.

Nach Abschluß der Aussprache über den "Versuch einer theologischen Grundlegung für Frieden und Abrüstung" wurde ein Dreierausschuß, bestehend aus Dr. H. Kuh, B. Schülzen und B. Schottstädt, mit der Schlußredaktion beauftragt.

Zu 4.) Carl Ordnung gab einen kurzen Überblick über den Stand der Vorbereitungen der II. Allchristlichen Friedensversammlung.

Aus beiden deutschen Staaten werden voraussichtlich 100 Personen teilnehmen (je 50 aus der DDR und der BRD).

Weiter ist vorgesehen, daß die Mitglieder der DDR-Studienkommissionen, die an den Tagungen der internationalen Studienkommissionen teilnehmen, nicht für die Teilnahme an der II. Allchristlichen Friedensversammlung in Prag nominiert werden sollten.

Wie den Ausführungen C. Ordnungs weiter zu entnehmen war, ist für den Zeitraum März - April 1964 eine Regionaltagung der Freunde und Mitarbeiter der CFK in der DDR geplant.

Das Verhältnis einiger Kirchenleitungen in der DDR zur CFK hat sich freundlicher gestaltet.

Während die Kirchenleitung in Görlitz der CFK noch ablehnend gegenüber steht und die Berlin-Brandenburger Kirchenleitung eine abwartende Haltung der CFK gegenüber einnimmt, ist es in Magdeburg zu offenen Gesprächen gekommen, die auf eine weitere positive Entwicklung schließen lassen

So wie die Dinge z.Zt. liegen, ist mit der Teilnahme von Bischof Mitszenheim, Bischofsverwalter Dr. Jacobs sowie eines offiziellen Vertreters der Kirchenleitung Magdeburg im Sommer 1964 in Prag zu rechnen.

Zu 5.) Dr. Ruh berichtete über die Sitzung des Arbeitsausschusses in Budapest Anfang Januar 1964. Er setzte sich kritisch mit dem Arbeitsstil der tagenden Gremien auseinander, und teilte mit, daß zur Verbesserung der weiteren Arbeit der CFX Vorschläge gemacht wurden, die u.a. eine verstärkte Heranziehung qualifizierter Laien und die Weiterarbeit in seminaristischen Studienwochen vorsehen.

Es ist beabsichtigt, Prof. Dr. L. Pauling (USA) zu bitten, eines der Hauptreferate auf der II. Allchristlichen Friedensversammlung zu halten.

(Zur Information: Das Kommuniqué der Budapester Tagung des Arbeitsausschusses der CFX ist in der Tageszeitung "Neue Zeit" vom 18.1.1964 veröffentlicht).

Zu 6.) An der Diskussion beteiligten sich P. Müller, B. Schottstädt, Dr. H. Ruh, H. Bartos, G. Kunzendorf, R.-D. Gürther, E. Schülgen, H. Ludwig, Kobischke und H. Kono-patzky.

Ausgangspunkt des Gespräches war die Wahrnehmung des eigenen Auftrages in Welt und Gemeinde. Dazu ist eine gute, ausreichende und vielseitige Information ebenso nötig wie der Dialog mit den Führungskräften der Staaten, insbesondere des eigenen Staates.

Es kann heute auch keiner mehr für sich allein leben. Die Organisationen beherrschen das öffentliche Leben, unser Wohl hängt wesentlich davon ab, wie diese Organisationen sich anlegen. Von daher ergibt sich ein wesentlicher Aspekt für meine Mitarbeit. Besonders lebhaft wurde der Punkt 4 des Anhangs diskutiert. Es wurden folgende Abänderungen bzw. folgender Zusatz beschlossen:

Punkt 4, Satz 1: ... die letzten beiden Worte
" ... zur Abrüstung" worden durch die
Worte ".... zum Frieden" ersetzt.

Der letzte Satz des Absatzes 4 wird wie folgt geändert:

"Diese Möglichkeit des Friedensdienstes sollte von der CFX erkannt und durchdacht werden".

Es wurde beschlossen, den Anhang nochmals zu überarbeiten und gegebenenfalls gedanklich und inhaltlich zu streifen.

Zu 7.) Verlauf der Arbeit der Studiengruppe bis zur II. Allchristlichen Friedensversammlung Prag, Sommer 1964.

Tagung am 21. März 1964 (11 - 16,00 Uhr)

- 1.) Bericht über Zürich
- 2.) Festlegung, welcher geschlossene Komplex bis zur II. Allchristlichen Friedensversammlung noch bearbeitet werden soll.

Tagung am 6. Juni 1964 (11 - 16,00 Uhr)
(Vorschläge)

- 1.) Bericht über die letzte Pugwashkonferenz (Prof. Rianböcker)
- 2.) Kontaktaufnahme mit Herrn Witzlack - Leiter des Strahlenschutzes in der DDR
- 3.) Herstellung eines ständigen Kontaktes (im Sinne von Hospitationen) zum DDR-Pugwash-Komitee.

Berlin, den 23.11.1963

Protokoll

Am 23.11.1963 fand die 10. Sitzung der Studienkommission: Friede und Abrüstung in Berlin, Göhrenerstr. 11, statt.

Tagesordnung:

- 1.) Andacht (Schülzgen)
- 2.) Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung
- 3.) Pressemitteilungen
- 4.) Vorbereitung unseres Referates für die 2. Internationale Kommission
- 5.) Carl Ordnung: "Der derzeitige Stand der Arbeit"
- 6.) Verschiedenes

Teilnehmer:

An der Sitzung nahmen bis auf die nachstehend aufgeführten Personen alle Mitglieder der Studienkommission teil.

Entschuldigt fehlten:

Karl Metzner und Frl. Wenger

Nicht entschuldigt waren:

Hans Zygalsky, Hans Bartos, Frau Stolzenbach

Neu hinzugekommen sind:

Peter Müller, Prenzlau, Badestr. 72a

Herbert Kobischke, Berlin-Lichtenberg 4, Rupprechtstr. 21
(üb. Tel. 52 908 30 zu erreichen)

An der Tagung nahm zeitweilig der Sekretär des Regionalausschusses der CFK in der DDR Carl Ordnung, Berlin, teil.

Gast der Studienkommission war Dr. Hans Ruh.

Dauer der Tagung: 11,00 - 18,00 Uhr

Zu 1.) Die Morgenandacht wurde von Bruder Schülzgen über Lucas 12, V. 35, gehalten.

Zu 2.) Das Protokoll wurde bestätigt und mit einigen Änderungen, die gleich eingearbeitet wurden, angenommen. Es wurde der Wunsch zum Ausdruck gebracht, den Inhalt künftiger Protokolle mehr zu straffen.

Zu 3.) Bruno Schottstädt machte auf die Rede C.F. Weisskökers bei der Verleihung des Friedenspreises des westdeutschen Buchhandels in der Frankfurter Paulskirche aufmerksam und verlas die 3 Thesen, auf die die Rede aufbaut.

Sie lauten:

These 1: Der Weltfriede ist notwendig. Man darf fast sagen: der Weltfriede ist unvermeidlich. Er ist Lebensbedingung des technischen Zeitalters. Soweit unsere menschliche Voraussicht reicht, werden wir sagen müssen: Wir werden in einem Zustand leben, der den Namen Weltfriede verdient, oder wir werden nicht leben.

These 2: Der Weltfriede ist nicht das goldene Zeitalter. Nicht die Elimination der Konflikte, sondern die Elimination einer bestimmten Art ihres Austrags ist der unvermeidliche Friede der technischen Welt. Dieser Weltfriede könnte sehr wohl eine der düstersten Epochen der Menschheitsgeschichte werden. Der Weg zu ihm könnte ein letzter Weltkrieg oder blutiger Umsturz, seine Gestalt könnte die einer unentrinnbaren Diktatur sein. Gleichwohl ist er notwendig.

These 3: Eben darum fordert der Weltfriede von uns eine außerordentliche moralische Anstrengung. Er ist unsere Lebensbedingung, aber er kommt nicht von selbst, und er kommt nicht von selbst in einer guten Gestalt. Seit die Menschheit besteht, hat es, soweit wir wissen, den Weltfrieden nicht gegeben; etwas Beispiellooses wird von uns verlangt. Die Geschichte der Menschheit lehrt, daß das bisher Beispielloose oft eines Tages verwirklicht wird. Dies geschieht nicht ohne außerordentliche Anstrengungen; und wenn der Friede menschenwürdig sein soll, muß die Anstrengung moralisch sein.

Die Rede Prof. Weissköckers ist unter der Überschrift "Bedingungen des Friedens" in der Wochenzeitschrift "Sonntag" Nr. 45/1963 im vollen Wortlaut veröffentlicht. Sie wurde den Mitgliedern der Studienkommission zum Studium empfohlen.

Zu 4.) Schottstadt verlas die Stellungnahmen der Mitglieder der internationalen Studienkommission Friede und Abrüstung zum: "Versuch einer theologischen Grundlegung für Frieden und Abrüstung", die aus der UdSSR, der GDR und der Volksrepublik Polen eingegangen waren.

Weiter wurde eine Stellungnahme von Karl Metzner, der an der Teilnahme an der Sitzung verhindert war, bekanntgegeben.

Danach wurden die Grundlinien des Referats für die nächste Sitzung der internationalen Studienkommission festgelegt.

Teil I: Versuch einer theologischen Grundlegung für Frieden und Abrüstung

Teil II: Beschreibung der Situation (unter Beachtung etwa folgender Punkte)

- 1) Teststoppabkommen und weitere Entwicklung
- 2) Militärisches Gleichgewicht (Tarnung für Übergewicht)
- 3) Propaganda als Machtmittel (Angst, Mißtrauen, Haß, psychologischer Krieg)
- 4) Dialog zwischen den Führungsmächten (UNO)
- 5) Deutschlandfrage
(Was heißt verantwortlicher Staatsbürger sein in der DDR und in der BRD)

- 6) Auf dem Weg zur Friedensgesellschaft und Friedenswirtschaft (Referat Weissböckers)
- 7) Entwicklung in Asien - Afrika - Lateinamerika

Teil III: Folgerungen:

- 1) Folgerungen in Verhältnis:
von der CFK zur UNO
von der CFK zur Ökumene
von der Kirche zur Nation
von der Kirche zu den Großmächten
vom Kommunismus zur westlichen Welt
- 2) Die Kirche und der Einzelne im Friedensdienst
... in der Familie
... in den Organisationen
... als Staatsbürger

Anschließend teilte sich die Studienkommission in Gruppen auf, die zu verschiedenen Einzelthemen arbeiteten, Material zu Kurzvorträgen verdichteten und abschließend einen Kurzbericht zum jeweiligen Thema gaben:

Gruppe zu I : Schilzgen, Ruh, Günther

Gruppe zu II : Zühl, Ludwig, Strehlow

Gruppe zu III: Ordnung, Maracek, Frau Volk

Gruppen zu Einzelthemen:

- a) Referat Prof. Bernut: Das Teststoppabkommen eröffnet den Weg für weitere Abrüstungsmaßnahmen (Bulletin des Weltfriedensrates vom 15.10.1963)
Alborg - Kobischke
- b) Marxismus und Christentum. Vortrag von Dr. Machovec, Prag ("Junge Kirche" 8/63)
Konopatzky - Fril. Ehlert
- c) Die Deutschlandfrage in Prag und auf der Synode der EKV, W. Schweitzer ("Junge Kirche" 9/63)
Iwohn - Kunzendorf
- d) Dokumente der Weltkirchenkonferenz von Neu-Delhi
Schottstädt - Müller - Mewes
(Die von dieser Gruppe erarbeiteten Thesen zum Thema: "Die Kirche als Diakon in den Bemühungen um Frieden und Abrüstung in der gespaltenen Welt" sind diesem Protokoll als Anlage ((Arbeitsmaterial)) beigelegt.)

Zu 5.) Carl Ordnung sprach über die Tagung des Arbeitsausschusses der CFK in Bukarest, die Mitte November stattfand und an der er selbst teilnahm.

Ein umfassender Bericht ist inzwischen in der "Neuen Zeit" vom 7.12.1963 unter der Überschrift: "Theologie des Friedens in Aktion" veröffentlicht worden.

Zum derzeitigen Stand der Arbeit berichtete Carl Ordnung weiter über ein Angebot des Rates der EKD zu einem theologischen Gespräch mit Vertretern der CFK und von einer Japan-Reise Prof. Bromadkas und seines Mitarbeiters Opocenski.

Prof. Hromadka sprach in mehr als 50 Einzelvorträgen über die Themen:

Der Dienst der Kirche in und an der Welt

Christliche Existenz im Sozialismus und Kommunismus

Weiter nahm er an 3 Konferenzen des japanischen Regionalausschusses der CFK (Prof. Ince) teil.

Prof. Hromadka berichtet davon, daß für die Japaner die Friedensfrage ein existenzielles Problem ist. Die japanischen Christen sind theologisch außerordentlich interessiert, nicht zuletzt auch an deutscher Theologie.

Auch das Verhältnis zu China wird von Japanern ganz anders betrachtet als von uns. In Japan gibt es keinen ausgesprochenen Antikommunismus, in der sozialistischen Partei sind viele Christen. Gegenüber China ist in Japan ein Gefühl der Solidarität anzutreffen. Viele sind der Meinung, daß China nicht dem Teststoppabkommen beigetreten ist, ist Schuld der Europäer, man kennt die asiatische Mentalität zu wenig.

Auch der Ost-West-Konflikt wird von den Japanern anders als etwa in Europa gesehen, in japanischer Sicht gehören die UdSSR und die USA zum Westen.

Auflagen:

Bis zum 14.12.1963 soll der Entwurf des Referates in seinen 3 Teilen vorgelegt werden:

Verantwortlich für:

Teil I : Günther, Ruh, Schülzgen

Teil II : Iwahn, Zühl, Ludwig

Teil III: Kunzendorf, Volk

In der Zeit vom 14.12.63 - 25.1.64 soll eine 3-köpfige Kommission 1 - 2 mal zusammentreten, um das Referat so fertigzustellen, daß es am 25.1.64 endgültig verabschiedet werden kann.

Organisatorisches:

Die nächste Sitzung der Studienkommission findet am 14.12.1963 um 11,00 Uhr in Berlin, Göhrenerstr. 11, statt.

Vorschlag zur Tagesordnung:

- 1.) Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung
- 2) Pressemitteilungen
- 3) Verlesung des Entwurfs unseres Referates für die 2. Sitzung der internationalen Kommission
Anschließend Diskussion
- 4) Verschiedenes

Eine schriftliche Einladung erfolgt nicht.

Protokoll

Am 21. März 1964 fand die 12. Sitzung der Studienkommission Friede und Abrüstung in Berlin, Göhrener Str. 11, statt.

Tagesordnung:

- 1.) Protokoll vom 25.1.1964
2. B. Schottstädt: Informationsbericht über die Arbeitstagung der Ständigen Studienkommission in Zürich
3. C. Ordnung: Bericht über die Arbeitstagung des internationalen Sekretariats der CFK am 19. und 20.3. in Berlin
4. Dr. Winkler: Wirtschaftliche Folgen der Abrüstung
5. Z. Pawlik: Grußwort des Dek. Rates der Kirchen in Polen und Kurzbericht über das kirchliche Leben in der Volksrepublik Polen
6. Dr. Ruh: Kurzbericht über die Tagung der internationalen Kommission "Friede und die Deutschlandfrage" in Basel am 3. - 6. März 1964
7. B. Schottstädt: Festlegung unserer weiteren Arbeit

Teilnehmer:

An der Sitzung nahmen bis auf die nachstehend aufgeführten Personen alle Mitglieder der Studienkommission teil.

Entschuldigt fehlten: Gottfried Kunzendorf
Karl Metzner
Werner Zühl
Hans Bartos

Neu hinzugekommen ist: Fräulein Ute Minor, Berlin-Oberschöne-
weide, Marienstr. 12
Tel.: (Dienstanschluß): 64 20 41/3446

Adressenänderung: Ludwig Maraczek, Luckau NL, jetzt:
Wihelm-Pieck-Str. 1

An der Tagung nahm zeitweilig der Sekretär des Regionalausschusses der CFK in der DDR, Carl Ordnung, Berlin teil.

Gast der Studienkommission waren Dr. Hans Ruh und
Pastor Pawlik, Volksrepublik Polen.

Dauer der Tagung: von 11.00 - 17.00 Uhr.

Zu 1.) Das Protokoll vom 25.1.1964 wurde verlesen und bestätigt.

Zu 2.) Bruno Schottstädt gab einen kurzen kritischen Bericht aus persönlicher Sicht über die Arbeitstagung in Zürich und ermöglichte es den Mitgliedern der Studiengruppe in der DDR, sich anhand der zahlreichen Arbeitsdokumente, die jedem ausgehändigt wurden, eingehend über den Verlauf und die Ergebnisse der Züricher Tagung zu informieren.

Zu 3.) Carl Ordnung gab einen kurzen Bericht über die Arbeitstagung, die das Internationale Sekretariat der CPK am 19. und 20. März 1964 in der Stephanus-Stiftung Berlin-Weißensee durchführte. Neben der Vorbereitung der II. Allchristlichen Friedensversammlung vom 28. Juni - 4. Juli 64 beschäftigte sich das Internationale Sekretariat u.a. auch mit der Weiterführung der Studienarbeit in den einzelnen Kommissionen. Endgültige Beschlüsse hierzu wurden nicht gefaßt.

Vom Internationalen Sekretär der DDR, Pfr. Bassarak, wurde vorgeschlagen, ein Studiencentrum mit 2 Studiensekretären zu schaffen. Da dies z.Zt. jedoch aus finanziellen Gründen noch nicht möglich ist, erscheint es zweckmäßig, spezielle Studientagungen in einem bestimmten Land durchzuführen. Ein weiterer Vorschlag befaßte sich mit der Herausgabe einer ständigen Theologischen Reihe.

Da nicht in allen Ländern Regionalausschüsse der CPK bestehen (solche gibt es nur in der Schweiz, Holland, Polen, DDR, BRD und Westberlin; außerdem wird die Arbeit der CPK von den Studienorganen der ökumenischen Räte in den protestantischen Kirchen der Volksdemokratien wahrgenommen) und es auch kein Land gibt, in dem alle 10 Studiengruppen arbeiten, ergab sich die Notwendigkeit, im Interesse einer besseren Arbeit die Studiengruppen zu verringern. Ein Vorschlag der DDR sieht folgende Gruppen vor:

- 1) Theologische Kommission (Kirche und Gesellschaft)
- 2) Kommission: Politische Grundsatzfragen (Abrüstung und Koexistenz)
- 3) Jugendkommission
- 4) Kommission: Friede und Weltchristenheit (Ökumene + Katholizismus)
- 5) Kommission: Wirtschaft (wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Welt, insbesondere in den jungen Staaten)

Die Erwägungen hierüber sind noch nicht abgeschlossen. Abschließend sei erwähnt, daß sich Pfr. Bassarak, Berlin auf der Arbeitstagung des Internationalen Sekretariats für die Intensivierung des offenen Gesprächs auf nationaler wie internationaler Ebene einsetzte. Es gäbe heute zur Sicherung des Friedens nichts Verbindlicheres als das Gespräch, das zu Vertrauen und Verträge führe.

(Zur Information: "Christliches Engagement für humanistische Politik", "Neue Zeit" vom 22.3.1964)

Zu 4.)

Herr Dr. Winkler sprach zum Thema:

"Wirtschaftliche Folgen der Abrüstung"

Das Referat ist diesem Protokoll als Anlage beigelegt.

In der anschließenden Aussprache wurden ergänzende Fragen zum Referat an Herrn Dr. Winkler gerichtet. Martin Iwein wies in seinem Diskussionsbeitrag auf einen Artikel von H.K. Tempel: "Abrüstung und Demokratie" hin und zitierte aus demselben wie folgt: "Selbst Eisenhower hat im letzten Jahr seiner Präsidentschaft ausgesprochen, welche entscheidende Rolle die Rüstungswirtschaft in seinem eigenen Lande spielt. In seiner Abschiedsbotschaft sagte er 1962: Wir müssen uns hüten vor dem ungerechtfertigten Einfluß, den der militärisch-industrielle Komplex - absichtlich oder unabsichtlich - erworben hat."

Diese Warnung wird verständlich, wenn man weiß, daß sich 1961 100 führende Firmen in den Militärischen Beschaffungsetat von 84 Milliarden teilten, wobei 10 Firmen allein 30 Milliarden Mark erhielten. Sie wird verständlich, wenn man weiß, daß im selben Jahr 261 Generäle Führungspositionen der Rüstungsindustrie innehatten und daß 1954 ein bedeutendes Wallstreet-Journal die Wasserstoffbombe begeistert begrüßte, weil sie große Aufträge für die Industrie bedeutete und alle Furcht vor einer neuen wirtschaftlichen Depression verjagt habe."

(Junge Kirche 2/64)

Zu 5.) Pastor Pawlik aus der Volksrepublik Polen überbrachte die Grüße des Ökumenischen Rates der polnischen Kirchen und sprach über das Leben der protestantischen Kirchen in seiner Heimat, sowie von der Tagung des Regionalausschusses Polen der CFK, der von 28. - 30. Januar 1964 in Warschau tagte. 95 % der polnischen Christen gehören zur Katholischen Kirche. 800 000 Christen sind Nicht-Katholiken, 500 000 gehören zur Orthodoxen Kirche, die anderen sind Protestanten. Alle nicht-katholischen Kirchen sind im Ökumenischen Rat zusammengeschlossen.

Mitglieder des Ökumenischen Rates sind:

- Evangelisch-Augsburgische Kirche
- Evangelisch-Reformierte Kirche
- Polnisch-Katholische Kirche
- Orthodoxe Kirche
- Polnische Baptistenkirche
- Methodistenkirche
- Vereinigte Evangeliumskirche
- Altkatholische Kirche der Mariaviten
- Christliche Theologische Akademie

(zur Information: Hinweis auf: "Polnische Ökumenische Rundschau 1/64 und Mitteilungen des Regionalausschusses der CFK 15 März 1964 (Bericht: Regionalkonferenz in Polen). in der DDR

Zu 6.) Dr. Ruh berichtete über die Tagung der internationalen Kommission "Friede und die Deutschlandfrage", die vom 3. - 6. März 1964 in Basel tagte. Den Mitgliedern dieser Kommission aus der DDR war die Einreise von den Schweizer Behörden verweigert worden. Den Vorsitz führte Prof. Rasker, Holland; weitere Teilnehmer waren u.a. aus der BRD die Pfarrer Immer und Hochalski, sowie Frau Prof. Niemeck, aus der Volksrepublik Ungarn Pfarrer Kadar, aus der Volksrepublik Polen Dr. Benediktowicz und aus der Schweiz Dr. H. Ruh. Als Ergebnis der Tagung wurde ein vorläufiges Dokument verabschiedet.

Zu 7.) Es wurde grundsätzlich festgelegt, daß die DDR-Studienkommission: Abrüstung unabhängig von Umstellungen und Veränderungen in der Studienarbeit der GFK weiterhin in der jetzigen Zusammensetzung arbeitet. Eine Analyse der gegenwärtigen Situation zeigt, daß die Arbeit dieser Kommission notwendiger denn je ist. Sie hat sachlich noch erhebliche Arbeit zu leisten.

Für die Weiterarbeit wurden 3 Ad-hoc-Gruppen gebildet.

A. Gruppe Theologie: Leiter: E. Schülzgen

Mitglieder: Dr. Ruh
P. Müller
Frau Volk
G. Kunzendorf

B. Gruppe Puzwash: Leiter: R.D. Günther

Mitglieder: W. Alborg
H. Chudoba
Frau Stolzenbach
H. Kobischke
K. Konopatsky
Fräulein Wenger
Fräulein Minor
Fräulein Ehlert

C. Gruppe UNO und sonstige Information

Leiter: E. Schottstädt

Mitglieder: H. Ludwig
M. Iwohn
L. Maraczek
H. Bartos
H. Zygalaky
K. Metzner
W. Zühl
P. Hewes

Gruppe B. Puzwash tagt am 27.4. um 18.00 Uhr und am 23.5. um 14.00 Uhr in Berlin, Göhrener Str. 11, Speiseraum (Keller)

Gruppe C. UNO und sonstige Information tagt am 5.6.1964 um 15.00 Uhr in Berlin, Göhrener Str. 11.

Studienaufträge für Gruppe C.:

Ludwig/Iwohn: Noel-Baker: Wettlauf der Waffen
Baade : Wettlauf zum Jahre 2000

Schottstädt/Maraczek/Zygalaky:

Referat Dr. Finkler

UNO - Material

Prof. Bernal: Welt ohne Waffen

Bartos/Hewes: Allgemeine Informationen

Polis - Reihe

Die nächste Tagung der Studiengruppe findet am 6. Juni 1964 um 11.00 Uhr in Berlin, Göhrener Str. 11, statt.

Besondere Einladungen erfolgen nicht.

Berlin, den 3.10.1964

P r o t o k o l l

Am 3.10.1964 fand die 14. Sitzung der Studienkommission Friede und Abrüstung in Berlin, Göhrener Str. 11, statt.

Tagesordnung:

1. Andacht
2. Verlesung des Protokolls vom 6. Juni 1964
3. Bericht über die II. Allchristliche Friedenskonferenz
4. Die neuen Studiengruppen und unsere neuen Aufgaben
5. Besprechung der weiteren Arbeit
6. Verschiedenes

Teilnehmer: An der Arbeitstagung nahmen bis auf die nachstehend aufgeführten Personen alle Mitglieder der Studienkommission teil.

Entschuldigt fehlten:	Hans Chudoba	Peter Müller
	Rolf-Dieter Günther	Carl Ordnung
	Martin Iwohn	Frau Stolzenbach
	Gottfried Kunzendorf	Frl. Minor
	Karl Metzner	Dr. Ruh

Neu hinzugekommen sind: Frau Magdalene Hager, Leipzig O.5
Leonhard Frank-Str. 24
Frau Elisabeth Hering, Altenhain Krs. Grimma
Am Butterberg

Dauer der Tagung: von 11.00 - 16.20 Uhr

Zu 1.: Die Andacht hielt Pastor Bruno Schottstädt, Berlin

Zu 2.: Das Protokoll vom 6. Juni 1964 wurde verlesen und bestätigt.

Zu 3.: Bruno Schottstädt gab einen kurzen Überblick über die II. Allchristliche Friedenskonferenz (28.6. - 3.7.1964) in Prag und zog einige Folgerungen, die er in 5 Punkten zusammenfaßte:

1. Die CFK ist von der Oekumene angenommen
2. Oberkirchenrat Wilkens gab einen recht sachlichen Bericht über den Verlauf der Prager Tagung (... jetzt liegt es an den Landeskirchen"...)

3. Das noch nicht stattgefundene Gespräch der CFK mit den Landeskirchen in beiden deutschen Staaten wird voraussichtlich noch zustande kommen.
4. Prag hat in der weltweiten Presse ein gutes Echo gefunden. Die II. ACF war die größte ökumenische internationale Veranstaltung der letzten Jahre (rd. 1000 Teilnehmer aus über 150 Nationen).
Prag hat den Friedensgedanken in der Ökumene geweckt. Im Zentrum der Versammlung standen alle wesentlichen Probleme der Welt. Dr. Williams vom Weltrat der Kirchen bescheinigte der II. ACF ein außerordentliches Niveau. Es wurde sachlich gearbeitet, ohne zu deklamieren, zu aklamieren oder alte Vokabeln aufzusagen.

Danach gab E. Schülzgen einen Einblick in die Arbeit der ständigen Studienkommission Friede und Abrüstung während der II. ACF in Prag. Er warf die Frage auf "Wie können wir uns bei der geistigen Abrüstung engagieren?"
Abrüstung ist nicht nur ein militärisches, sondern auch ein geistiges Problem.

Es gab auf der Sitzung keine neuen Gesichtspunkte, aber durchaus einige Punkte, die im Gespräch waren:

- a) Beseitigung von Haß und Mißtrauen
(Christen haben die Freiheit, frei zu sein von Haß und Mißtrauen)
Kindererziehung
- b) Wehrdienstverweigerung (dieser Gedanke wurde insbesondere von einer Schweizer Gruppe beharrlich vorgetragen)
- c) Kontakte zu anderen Gruppen
(Austausch von Gemeinde zu Gemeinde auch über die Grenzen hinweg).

Die Vorlage zum Thema wurde referiert. Verschiedene Stellen lassen erkennen, daß das DDR-Papier die Grundlage des neuen Dokumentes war.

E. Schülzgen schloß seinen Bericht mit der Frage: Inwieweit können unsere Papiere für andere Kommissionen fruchtbar gemacht werden?

Anschließend erläuterte B. Schottstädt den Bericht der Kommission 7: "Die Aufgaben unserer Kirchen im Friedensdienst", die er an 4 Punkten deutlich machte:

1. Diakonie heißt mitdenken
2. Wir beten für alle, die Verantwortung haben
3. Christus macht uns frei von Angst, Haß, Mißtrauen und Selbstsicherung. Darum treten wir allem Haß und aller Kriegspropaganda entgegen und mühen uns um bewußte Erziehung zur Friedensgesellschaft (u.a. z.B. Verbot militärischen Spielzeugs)
4. Allen, die durch Kriegsdienstverweigerung ihr Friedenszeugnis zum Ausdruck bringen wollen, ist in unseren Gemeinden Verständnis und Hilfe zu gewähren. Wir hoffen mit ihnen auf die Errichtung einer Friedensgesellschaft

in der Militärdienst durch Friedensdienst zum Wohle der Menschheit abgelöst werden kann.

Den weiteren Ausführungen war zu entnehmen, daß Dr. Heller, Prag (Sekretär), Frl. E. Adler (DDR) z.Zt. Genf und Bischof Johann Wendland (UdSSR) in der Kommission Abrüstung mitgearbeitet haben. Besonders hervorgehoben wurde die Mitarbeit des russischen Exarchen, der als Vertreter der orthodoxen Kirche auch dem vorstehenden Punkt 4 zustimmte.

Nach B. Schottstädt berichteten:

Frau Volk und H. Bartos von der Arbeit der Deutschlandkommission und Frau Hager von der Arbeitsgruppe: Friede und neue Staaten.

Über die Sitzungen und Ergebnisse dieser beiden Gruppen ist im Mitteilungsblatt der CFK, sowie in der weltlichen und kirchlichen Presse ausführlich berichtet worden, so daß hier auf eine Wiedergabe der Ausführungen verzichtet wird.

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich u.a. Frl. Späth (worüber sprach Prof. Steiniger?), L. Maraczek (Kriegsdienstverweigerung), Dr. Ruh, H. Ludwig (wie geht die Arbeit in der ständigen internationalen Kommission weiter?) und B. Schottstädt.

Zu 4. ergab sich ein lebhafter Gedankenaustausch, der nachfolgend skizziert wiedergegeben werden soll.

Vom Leiter der Studienkommission wurde mitgeteilt, daß die bisherige Anzahl von 10 ständigen Studienkommissionen auf 5 festgelegt worden ist. Es sind dies die

1. Theologische Kommission
2. Internationale Kommission
3. Jugendkommission
4. Kommission für ökumenische Probleme
5. Kommission für das Problem des Hungers
(Fragen der Wirtschaft und der neuen Staaten)

Weiter gab er bekannt, daß die Liste der Mitarbeiter in den neuen "Ständigen (internationalen) Kommissionen" noch nicht veröffentlicht ist, und daß nunmehr festzulegen sei, in welche der obigen 5 Gruppen die Studienkommission Friede und Abrüstung aufgehen soll bzw. welcher Gruppe sie sich zuordnen will. Dabei wäre die Entscheidung zwischen Gruppe 2 und Gruppe 5 zu fällen. Horst Konopatzky eröffnete die Aussprache und gab zu bedenken, daß in beiden Gruppen ein größeres Arbeitsfeld gegeben sei mit größeren Möglichkeiten. Das aber bedingt eine Mitarbeit von Experten.

H. Ludwig sprach sich für eine Beibehaltung der Abrüstungsgruppe aus. Er begründete seine Meinung damit, daß zwar wirtschaftliche Fragen im Bereich des Friedens und der Abrüstung eine Rolle spielen, die Frage der Abrüstung ist der Wirtschaft aber übergeordnet, und es könnte sein, daß die Kernfrage (Friede, Abrüstung) auf das Nebengleis der Wirtschaft abgeschoben wird. B. Schottstädt bezeichnete es als einen Mangel, daß die Themenkreise der einzelnen Gruppen noch fehlen. Wir haben die Kirche

herauszufordern zum gesellschaftlichen Engagement und eine bewußtseinsbildende Arbeit zu leisten. Dabei sollten wir uns auf Weltwirtschaft und Weltpolitik vom Auftrag des Christen her betrachten, anlegen.

Während die anderen 3 Gruppen (Theologie, Jugend, Oekumene) die Aufgabenstellung erkennen lassen, ist es bei den Gruppen 2 und 5 schwieriger. Wirtschaft, Folgen der Abrüstung und Entwicklungsländer, alle diese Themen lassen sich besser in Gruppe 5 unterbringen als in Gruppe 2, der es doch wohl um Fragen wie: Deutschland, Laos u.a. mehr geht.

W. Alborg schloß sich dieser Meinung an und meinte: Wir haben Dinge behandelt, die notwendig waren, wir wollten weiterarbeiten, uns in den neuen Rahmen einfügen und abwarten, wie sich die Studienarbeit weiter entwickelt. Was und worüber wir arbeiten ist unsere Sache, zumal wir ja beim Thema bleiben.

Auch Werner Zühl befürwortete ein Eingliedern in die Gruppe 5, weil die wirtschaftlichen Fragen uns die Möglichkeit geben, auch konkret zu vielen damit zusammenhängenden Problemen zu sprechen.

E. Schülzgen dagegen kritisierte, daß die 5 Gruppen vom Inhalt her nicht richtig durchdacht sind, was mit der Hilflosigkeit, mit der wir versuchen, uns einzugliedern, bewiesen sein. Er wandte sich gegen einen von Prag diktierten Rahmen und fügte hinzu, wenn die Fragen der Abrüstung nicht recht untergebracht seien, dann muß der Rahmen verbessert werden.

Darauf antwortete B. Schottstädt, indem er an Ausführungen Pf. Mochalskis in Wolfsburg die neue Linie der Prager Studienarbeit zu verdeutlichen suchte. Pfr. Mochalski sprach in der "Arche" in Wolfsburg zum Thema: "Prag im Spiegel der Presse". Er führte dabei u.a. sinngemäß aus:

"Wir stehen vor dem zweiten Schritt:

- ... der Materialdienst muß weitergehen,
- ... Studienzirkel und Laienseminare sind zu schaffen und zu verbessern,
- ... mit der Gemeinde müssen wir ins Gespräch kommen, dabei wollen wir Bewegung bleiben und mit einem Minimum von Organisation auskommen,
- ... Wir suchen das Gespräch mit den Kirchenleitungen - der Gesprächsanfang muß die Anrüstungsfrage sein.

Wir müssen:

- a) konkret reden, dabei müssen wir die unterschiedlichen Entwicklungen in Deutschland berücksichtigen
- b) beachten, daß in Deutschland zwei völlig verschiedene Auffassungen bestehen, von daher müssen wir das sozialistische und das kapitalistische System ansprechen.
- c) die unterschiedlichen Meinungen zu beschreiben versuchen. (Grenzen, Selbstbestimmung usw.)

Die Christen haben für Auflockerung zu sorgen (Passierscheine, Besuchsdienst). Die Kirche (im Westen) wagt nicht zu sagen, daß wir es so zu sehen haben, wie es jetzt ist, und daß wir den Krieg verloren haben.

Weil unsere Kirchen versagen, darum müssen wir hier als Christen nachstoßen - für die Folgen des Krieges müssen wir eintreten, es ist nichts mehr offen.

Prag sollte zu kleinen Konsultationen bereit sein und aussprechen, was Wirklichkeit und was wahr ist. Etwa

Deutschlandfrage

Abrüstung (multilaterale Atomstreitmacht)

neue Staaten und auch die

katholischen Brüder.

Es ist an der Zeit, die Prager Bewegung und die Gedanken derselben in den Gemeinden auszuhelfen. Dazu ist es wichtig, auch kleinere Regionalausschüsse zu schaffen.

B. Schottstädt zitierte auch den Artikel von Dr. Ruh "Die II. Allchristliche Friedensversammlung in Prag" (YKirchenblatt für die reformierte Schweiz Nr. 15/1964 vom 23.7.64) und vertrat die Ansicht, das Thema Abrüstung zu belassen und hier an theologischen und Sachfragen (Noel-Baker) weiterzuarbeiten.

Die Frage, welcher Gruppe ordnen wir uns zu, kann ja nicht mit einem Diktieren des Themas gleichgesetzt werden. Dabei warf er die Frage auf, ob es zweckmäßig sei, vielleicht in beiden Gruppen (2 und 5) mitzuarbeiten und die Fragen der Abrüstung jeweils in die entsprechende Beziehung zu setzen.

Die Diskussion wurde von H. Bartos, R. Strelow und Frau Volk weitergeführt. Dabei wurde sichtbar, wenn wir bei der Sache (Abrüstung) bleiben, die Frage der Eingliederung nur eine organisatorische ist, die allerdings von unten nach oben und nicht umgekehrt gelöst werden muß. Dabei wollen wir auf die Mitarbeit von Experten nicht verzichten, aber mehr als bisher unseren Gemeinden etwas von unserer Arbeit zutragen (Strelow).

Es hatte den Anschein, die weitere Aussprache würde sich nunmehr den Problemen der Themengestaltung zuwenden. Das war aber nicht so. Sie wurde von E. Schülzgen wieder auf die Ausgangsbasis gelenkt, indem er auch auf die sachliche Kopplung hinwies, die eine Eingliederung in eine andere Gruppe mit sich bringen würde. Als Beispiel nannte H. Kobischke die Frage des kalten Krieges und ideologische Fragen überhaupt, die ja sachlich der Gruppe 2 zuzuordnen seien. Auch W. Zühl meinte, Abrüstung sei eine übergeordnete Sache und lasse sich nicht angliedern. Er schlug 3 Möglichkeiten vor:

- a) wir machen es wie Prag oder
- b) wir machen Abrüstung weiter und können uns keiner Gruppe unterordnen oder aber
- c) wir stehen Prag zur Verfügung.

B. Schottstädt erläuterte die weitere sachliche Arbeit. Einmal gelte es theologisch weiter zu denken, zum anderen aber müssen die Probleme Pugwash - UNO - Entwicklungsländer - Weltwirtschaft - Weltfriedensbewegung mit bedacht werden. Wir sollten die Experten nachbuchstabieren, um herauszufinden, was heißt das alles für die CFK, z.B. wirtschaftliche Folgen der Abrüstung, Fragen des Völkerrechts u.a. Der Leiter der Missionakademie, Dr. Wille, hat z.B. folgende Thesen auf der Tagesordnung:

- a) wie gehören Friede und Evangelium zusammen
- b) Hunger und Verkündigung
- c) Wirtschaft und Predigt.

Im weiteren Verlauf der Diskussion sprachen sich W. AlbuMrg, H. Bartos und L. Maraczek für eine Eingliederung in die Gruppe 5 aus, weil ja alle Arbeit in der CFK einschließlich der Abrüstungsfragen nur Mittel zum Zweck (Sicherung des

Hamburg

Friedens) ist (Bartos). Auch die Gruppe 5 wird elastisch genug sein, um in ihrem Rahmen Raum für Abrüstungsfragen zu gewähren (Maraczek). Von W. Alburg wurde noch darauf hingewiesen, daß wir in der Gruppe 5 ein weites Feld für unsere Arbeit haben, während es in der Natur der Gruppe 2 liegt, in politischen Tagesfragen aktuell zu werden.

Die Aussprache wurde abgeschlossen mit 2 Fragen von E. Schülzgen, die offenblieben:

1. Wo landen die Papiere, die wir erarbeiten?
2. Wie soll überhaupt die Arbeit der ständigen Kommissionen in Zukunft sein?

Erst nach Beantwortung dieser Fragen, meinte er, sei eine Entscheidung für diese oder für jene Gruppe möglich.

Zu 5. B. Schottstädt faßte anschließend das Ergebnis der Aussprache zusammen:

1. Wir wollen auf 2 Ebenen weiterarbeiten
 - a) durch Teilnahme an den Konsultationen
 - b) durch Mitarbeit in den Gruppen
2. Wir ordnen uns der Gruppe 5, Wirtschaft zu und behalten unsere Thematik bei.
Die Gruppe "Friede und junge Staaten" sollte mit in der Gruppe 5 aufgehen.
3. Wir wollen an den nachstehend aufgeführten Themen weiterarbeiten und unsere Ergebnisse denen anbieten, die davon etwas wissen wollen (Gemeinde, Jugend).
4. Wir sehen zu, wie sich der Regionalausschuß anlegt.

Für die Weiterarbeit bilden wir 4 Untergruppen:

- | | |
|------------------------------|---|
| A. <u>Theologie:</u> | <u>Schülzgen</u> , Günther, Dr. Ruh, Müller, Bartos |
| B. <u>Pugwash:</u> | <i>Junfer</i>
Chudba, Alburg, Konopatzky, Frä. Spath, Frau Kroll, Frau Stolzenbach, Frä. Minor |
| C. <u>UNO u. Wirtschaft:</u> | Schottstädt, Zygalaki, Iwohn, Ludwig, Frau Hager, Maraczek, Strelow, Mewes |
| D. <u>Koexistenz:</u> | Kobischke, Frä. Ehlert, Kunzendorf, Metzner |

Vorgesehene Tagesordnung für den 21.11.1964:

1. Andacht
2. Verlesung des Protokolls vom 3.10.1964
3. Referat (Experte) Dr. Klein oder Vertreter oder Mitarbeiter der Pugwash-Konferenz
4. Presse-Auswertung
5. Verschiedenes.

Die nächste Sitzung der Studienkommission Friede und Abrüstung findet am 21.11.1964 um 11.00 Uhr in der Göhrener Str. 11 statt.

Protokoll

Am 5.12. 1964 fand die Sitzung der Studienkommission in Berlin, GShrenstr. 11, statt.

- Tagesordnung:
- 1.) Dr. Winkler: Referat: Versuche einer Analyse über Ziele u. Perspektiven des amerikanischen Krieges in Südost-Asien
 - 2.) Dr. Reumann: Der politische Versöhnungsdienst des (USA) "America Friends Service Committee" (AFSC)
 - 3.) Frau Häger: "Zum Friedenszeugnis der Quäker"
 - 4.) Verschiedenes

Teilnehmer: An der Arbeitssitzung nahmen bis auf die nachstehenden aufgeführten Personen alle Mitglieder der Studienkommission teil.

Entschuldigt fehlten: Walter Alburg, Eckart Schülzen, Hans Chudoba, Ute Minor, Fril. Ehler, Gottfried Kunzendorf, Heinz Ludwig u. Peter Müller.

Nicht entschuldigt waren: Ludwig Maraszek, Hans Bartos, Dr. Ruh und Frau Hering.

Neu hinzugekommen ist: Hans-Joachim Franke, Potsdam, Nansenstr.

Als Referenten und Gäste waren anwesend, der Mitarbeiter für internationale Angelegenheiten des AFSC, Dr. Reumann, USA und Dr. Heiner Winkler, Berlin.

Dauer der Tagung: 11 - 17.30 Uhr.

Zu 1.) Dr. Winkler referierte zum vorgesehenen Thema und skizzierte die Ereignisse im Südost-Asiatischen Raum. Das Referat ist diesem Protokoll als Anlage beigelegt. (Hinweis auf Heft Nr. 11/November 64 der "Einheit", Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus.
Heiner Winkler: "Washingtons aussichtsloser Krieg in Südostasien" Seite 99 - 107)

Dem Referat schloß sich eine lebhaftere Aussprache an, in der weitere Ansichten zum Thema vorgetragen und zahlreiche Fragen gestellt und beantwortet wurden.

Dr. Raumann begrüßte die sehr vernünftige Vorstellung des Referenten und wies darauf hin, daß alles Geschehen in Süd-Vietnam (SV) noch viel schrecklicher und grausamer ist, als aus dem bisher Gehörten ersichtlich wurde. Zu dem Geschehen in Golf von Tonking vertrat er die Meinung, daß seitens der USA keine Ausbreitung der Kampfhandlungen, sondern nur eine Vergeltung erreicht werden sollte. Die USA verteidigen in SV keine Demokratie, denn es gab dort keine - aber vielleicht ist es möglich, demokratische Verhältnisse nach und nach zu entwickeln. Man muß die Möglichkeit freihalten, daß sich die Gruppen ihre eigene Regierung wählen können.

Die Haltung der USA in SV ist schwer verständlich, vielleicht begreifen sie viele Amerikaner nur als eine Verteidigung gegen den Kommunismus (was unmoralisch ist scheint von daher plötzlich moralisch zu sein).

W. Schürmann wies darauf hin, daß die Berater in SV auch die Leute sind, die wie der Spiegel kürzlich schrieb, das Geld in den Händen haben. Es oftmals als Fluchtmittel in der Schweiz anlegen und nicht in Treue zum Einsatz bringen. Das moralische Prestige der USA in SV schwindet laufend, aber militärische und wirtschaftliche Gründe veranlassen die USA ihren Einfluß dort nicht aufzugeben.

Beauftragte / Kommando

Während des Gespräches antwortete Dr. Winkler auf eine Reihe von Fragen die von Frau Stolzenbach, Frau Bager, Werner Zühl, Rudi Strehlow, Karl Metzner, Herbert Kobischke und Frau Volk gestellt wurden.

Zunächst gab der Referent einen Überblick über die Größenverhältnisse der Gebiete:

Nordvietnam:	155 000 qkm	15 Millionen Einwohner
Südvietnam:	174 000 qkm	14 Millionen Einwohner
BDR:	108 000 qkm	17 Millionen Einwohner

Südvietnam war früher die Reisschlüssel für ganz Vietnam. Heute wird Reis nach Südvietnam importiert. Nordvietnam ist Selbstversorger in Reis.

Auf die Frage nach Hilfe für die Vietcong in Südvietnam antwortete Dr. Winkler mit einer Meldung der "Welt" v. 31.7.64, in der es heißt, daß die Rebellen im Süden zu 90 % unabhängig vom Nachschub aus dem Norden sind.

In gleicher unglücklicher Lage wie Südvietnam befindet sich auch Laos. Hier geben die USA große Militärhilfen, es besteht ein enger Zusammenhang der USA-Politik in Südvietnam und Laos.

Eine andere Frage beschäftigte sich mit Zusammenhängen der Probleme

in Südvietnam und Europa. Hier machte der Referent darauf aufmerksam, auf die Verbindung der Bundesrepublik mit dem Regime in Südvietnam. Die Bundesrepublik kann es sich nicht erlauben, mit einem Expeditionscorps in Südvietnam aufzutreten. - leistet dafür aber ~~unbedingte~~ Finanzhilfe. Die "freien Wahlen", die uns hier wie Sauerbier angeboten wurden, werden dort von den USA sabotiert. Solche Zwicklichtigkeiten sind höchst verdächtig. Es geht nur um das USA-Interesse.

Es gab in Vietnam in der Vergangenheit eine Fluchtbewegung, rd. 60 000 Personen gingen vom Süden in den Norden. Jetzt ist jedoch die Grenze unüberschreitbar, bis zu 100 km südl. der Grenze ist Operationsfeld.

Was den Einfluß der UNO betrifft, kann man sagen, so meinte Dr. Winkler, ist er so stark oder so schwach wie es ihre Mitglieder sind. Z.Zt. ist die UNO nicht so stark, daß sie in Süd-Vietnam mit Erfolg helfen kann, wie auch das UNO-Beispiel im Kongo beweist, wo die UNO ihren Auftrag nicht erfüllt hat. Aber es gibt auch andere Einflüsse. Wenn auch der englische Einfluß gering und bedeutungslos ist, so ist der französische wesentlich stärker - die Stützpunkte der Saigoner Regierung sind größtenteils die französischen Kautschuk-Plantagen - aber auch die Vietcong haben Absprachen mit französischen Plantagenbesitzern. Im Gegensatz zum allgemeinen USA-Einfluß auf Süd-Vietnam ist der des amerikanischen Investkapitals gering. Abschließend beschäftigt sich der Referent mit der Frage nach der Auswirkung des Prinzips der Gewaltlosigkeit, das dem Buddhismus eigen sei in der SV-Situation. Er erinnerte daran, daß es durchaus Fälle gäbe, wo Buddhisten Gewalt angewandt hätten. Etwa 1948 bei Beseitigung der burmesischen Regierung. Er schloß diesen Gedankenkreis ab, mit den Worten: "Die heutige Lage in Süd-Vietnam läßt keine andere Alternative als Waffen."

Zu 2.) referierte Dr. Reumann, USA.

Dr. Reumann berichtete von seinem persönlichen Werdegang zum Mitarbeiter für internationale Angelegenheiten des amerikanischen Friend Service Committee.

Er selbst war während des zweiten Weltkrieges Kriegsdienstverweigerer und mußte für seine Haltung ins Gefängnis. Dort traf er mit weiteren Verweigerern, die Quäker waren, zusammen. Die Verweigerung war ihm etwas durchaus Negatives. Es kommt aber darauf an, nicht im Negativen stecken zu bleiben, sondern etwas Positives zu leisten, etwa einen praktischen Dienst, getragen von dem Gefühl der Mitmenschlichkeit. Er ging für 2 Jahre nach China.

Wenn wir vom Friedensdienst der Quäker sprechen, so müssen wir 3 verschiedene Gruppierungen unterscheiden:

a) Die "Gesellschaft der Freunde" (Quäker)

Keine religiöse Gesellschaft sind:

b) der Friends Service Council, England

c) das American Friends Service Committee (AFSC)

Die "Gesellschaft der Freunde"

Der Name Quäker kommt aus dem engl. W. to quake= zittern. Ursprünglich war es ein Spottname der Anhänger des George Fox (1624-1691). Die Bewegung der Quäker war eine Reform- und Protestbewegung um 1650-1700 in England gegen formale und überzeugungsleere Kirchen. Kirchen in denen es mehr Zeremonien als überzeugendes Leben gab. George Fox lehrte, daß jeder Mensch direkt mit Gott Verbindung habe, und daß Gott in jedem Menschen lebendig sei. Maßstab des Glaubens und Lebens ist den Quäkern, daß ~~man~~ das innere Licht, die Geistesoffenbarung.

"Das unser Licht wird leuchtender und leuchtender und zeigt dem Menschen zuerst seine Sünde. Stellt er sich dieser Selbstenttüllung, so zeigt es ihm den Weg und bewährt seine Macht, aus der Sünde zum Gehorsam gegen den Geist zu kommen. Es ist die Botschaft des Quäkertums, daß alle Gewalt und Vergewaltigung zwischen Mensch und Mensch unmöglich sein sollte - in der Erziehung in der religiösen Überzeugung im einzelnen Staate und zwischen den Staaten."

(Prof. D. Emil Fuchs)

Den Quäkern ist eine aufgeschlossene Haltung anderer Religionen und Weltanschauungen gegenüber eigen, man kann von allen etwas für das religiöse Leben lernen.

Die Quäker der damaligen Zeit trugen einfache Kleider, hatten eine einfache Sprache, kannten keine Unterschiede zwischen "Du u. Sie" und waren daher nicht gern bei den Machthabern gesehen. Quäker zeichneten sich durch absolute Ehrlichkeit aus - die Einführung eines Festpreissystems, ganz neu für die damalige Zeit, ist ihnen zu danken. Sie vertreten den Grundsatz des allgemeinen Priestertums der Gläubigen, lehnen Sakramente und kultische Formen ab.

Jeder Quäker sollte nach Möglichkeit selbst predigen - eine solche Predigt kann aus dem Schweigen kommen - sie stellt eine gedankliche Verbindung zwischen Menschen her.

Die Zahl der (schweigenden) Quäker in der Welt beträgt zur Zeit etwa 200 000 Personen. Es gibt auch noch Quäker ohne schweigende Andacht. Das sind Sekten im protestantischen Sinne. Die Quäker kennen kein Dogma, sondern die lebenden Erfahrungen, die man immer neu schafft und gemeinsam mit anderen sucht. Es gibt die absolute Wahrheit, der Quäker hat nur einen Teil davon, er muß immer auch auf den anderen sehen, was er von ihm dazu bekommen kann.

Die Organisation der Gesellschaft der Freunde kann mit denen der üblichen Kirchen kaum verglichen werden. Es gibt keine Pfarrer (jedes Mitglied ist Pfarrer), das Abendmahl ist bei den meisten nicht anerkannt. Jedoch sind das 1. und 2. Gebot unerlässlich, ebenso die Gottes- und Nächstenliebe. Dem Quäker ist als Licht gegeben, was er dann als Erleuchtung weitergeben kann. Dem Gebot der Menschenliebe ist er genauso verpflichtet, wie dem der Gottesliebe.

Es gibt etwas von Gott in jedem Menschen, darum darf man keinen Menschen töten, muß jeden respektieren. Jeder hat einen Begriff von Gott mit mir gemeinsam. Oft sagt man, die Quäker denken zu gut von den Menschen und sehen die Sünde nicht. Jedoch hat jeder in sich die Möglichkeit, gut oder schlecht zu werden. Wie wird ein Quäker die Hoffnung für den anderen aufgeben.

Es begannen aus der Mitte des Quäkertums Menschen zu wirken, die sich einem besonderem Auftrag verpflichten mußten. Sie wurden von anderen Quäkern gestützt und getragen. So entstand die Bewegung gegen die Sklaverei.

Elisabeth Frey (1821-1891) großes Werk der Gefängnisreform, im ersten Weltkrieg zum gewaltigen Hilfswerk. So entstand auch ihre Arbeit für den Frieden, deren Bedeutung an dieses Werk durchaus heranreicht. Bei Entscheidungen, die Quäker zu treffen haben, gibt es keine Mehrheitsentschlüssen. Jeder sagt seine Meinung, mit dem Ziel, eine gemeinsame Meinung zu erreichen. - Gewählt wird nicht -

Die Wahrheit ist nur da, wenn sich alle einig sind - oft dauert die Herstellung der Gemeinsamkeit Wochen und Jahre.

Das Dienstkomitee

Seit dem 1. Weltkrieg bestehen die Dienstgruppen.

Der Quäker kann kein Machthaber sein, weder wirtschaftl.-politisch noch kirchlich.

Es gibt Quäker die aus der Stahlindustrie als leitende Mitarbeiter ausschieden und sich anderen Industriezweigen aus diesem Grunde zuwandten. (Schokoladenindustrie)

Der Quäker ist auch verpflichtet, den jeweiligen Machthabern das zu sagen, was im Staat nicht gut ist und womit er nicht einverstanden ist. Das hat viele ins Gefängnis gebracht.

Daß die Quäker den Wehr- und Waffendienst ablehnen und einen Friedensdienst befürworten, war bereits schon an anderer Stelle erwähnt. (Im ersten Weltkrieg wurden alle Verweigerer in den USA zum Tode verurteilt.) Das Wort Friedensarbeit ist jedoch mindestens zweideutig. Einmal kann es im Sinne der pax romana verstanden werden. (Ein anderes Land mit Waffen zur Ruhe bringen.)

Frieden braucht aber keine äußere Gewalt - um zu bleiben.

Frieden verlangt nicht, daß es nur bestimmte Rassen geben darf, daß alle in einem wirtschaftl. System leben.

Friedensarbeit bedarf jedoch des ständigen Gesprächs, des helfenden Gedankens.

Friedensarbeit will dazu beitragen, die Bedeutung und Ursachen aus denen der Krieg erwächst oder erwachsen kann, zu beseitigen.

Das American Friends Committee (AFSC)

Es ist 40 Jahre alt und schließt auch Nicht-Quäker mit ein (60 %).

Es gibt die Hauptgruppe in der man mitarbeiten kann.

2 Jahre, einen Urlaub lang, ein Wochenende usw. . Das Komitee wird finanziell von Mitgliedern und Freunden unterstützt. Es gibt gewisse Richtlinien die konstant sind, die Auswirkungen jedoch verändern sich ständig.

"Wir suchen nach richtiger Not um zu helfen - durch Mitarbeit."

Wenn sich die vom Unglück Betroffenen selbst helfen können, gehen die Quäker weiter.

Beispiele wirkungsvoller Hilfe:

Quäkerspeisung nach dem Krieg, Wirbelsturm, Kuba 1963 (5 Vertreter 22 000 Dollars)

Medical Service 1939 300 Personen in China u. Indien.

Der Dienst war ausschließlich auf die medizinische Arbeit ausgerichtet. Lieferung von Medikamenten, (90 % aller Mittel) Aufbau von Krankenhäusern, Krankheitsbekämpfung durch bewegliche motorisierte Gruppen. (Malaria-Bekämpfung, pro Tag 240 - 400 Personen behandelt. Viele Bauern hatten durchschnittlich 3 Krankheiten gleichzeitig.)

Das USA Friedenscorps ist von den Quäkern ausgegangen und von der Regierung organisiert.

Weitere Dienste sind:

die Entstehung von Studiengruppen, mit dem Ziel, die Situation kennen zu lernen und praktische Vorschläge zu erarbeiten,

die Zusammenführung von Diplomaten verschiedener Länder auf mittlerer Ebene,

das Verbindungszentrum der Quäker am Sitz der UNO,

die Durchführung von Seminaren mit verschiedenen Themen.

Anhand des Jahresberichtes 1963 des AFSC gab Dr. Reumann einen Überblick über die umfangreiche internationale Arbeit des Komitees. Außerdem sprach er über seine besonderen Aufgaben als Mitarbeiter des AFSC für internationale Angelegenheiten.

Den Darlegungen von Dr. Reumann schloß sich eine kurze Diskussion an, die sich im wesentlichen auf Ergänzungsfragen beschränkte.

Abschließend betonte der amerikanische Gast, daß es wichtig ist, auf den anderen zu hören, ihn zu befragen und zu verstehen. So wird es gelingen, Menschen zusammenzubringen, die dann selbst eine

Kraft entwickeln, eine Entscheidung für den Frieden herbeizuführen.

Zu 3.) Der Vortrag von Frau Hager mußte wegen Zeitmangel zurückgestellt werden.

Zu 4.) Bruno Schottstädt gab einen Überblick über die Studienkommissionen und über die gemeinsame Weiterarbeit.

Es gibt in der DDR sowie auch im internationalen Maßstab nunmehr 5 Kommissionen:

- 1) Theologische Kommission (Rostock, Leipzig und Berlin)
Internationale Vertreter: Frau Prof. Müller, OKR Brunklein,
Prof. Feurich (Berater)
- 2) Internationale Kommission
a) Abrüstung, Berlin Internat. Vertreter: Schottstädt
b) Koexistenz, Magdeburg " " Orphal
c) Deutschlandfrage, Freiberg/Dresden " " Bredendiek
- 3) Ökonomische Kommission (neue Staaten) Berlin, mit Untergruppen
Internationale Vertreter: Henke, Romberg, Ordnung
- 4) Ökumenische Kommission Berlin (Wirth), Erfurt (Bock),
Karl-Marx-Stadt (Funk)
Internationale Vertreter: Generalsuperintendent Jacob,
G. Wirth
- 5) Jugendkommission, arbeitet in Seminaren
Internationale Vertreter: Gutsch, Funk *Einla*

Die Internationale Arbeit soll in Studienabteilungen zusammengefaßt werden (Namen: Hajek, Bassarak, Gihak, Vogel).

Die Untergruppe Abrüstung arbeitet wie bisher weiter. Es wurden folgende Arbeitsgruppen gebildet:

Adhoc-Gruppe MLF (später Congo): Frl. Späth, Schottstädt, Frau Kroll, Kobischke, Iwahn und Zühl

Erarbeitung eines Statements T. 16.1.1964

Vietnam u. 18ner Ausschuß: Frau Volk, Frau Stolzenbach, Strehlow, Zygański, Maraczek, Mewes *kl*

Pugwash: Günther, Chudoba, Frl. Ebert, Frl. Miner, Konopatzky

Theologie: Schülzgen, Dr. Ruh, Müller, Bartos

Die noch nicht aufgeteilten Mitarbeiter sollen sich einer der 4 Gruppen anschließen.

Die nächste Sitzung findet am 16.1.1965 um 15,00 Uhr in Berlin, Göhrenerstr. 11, statt. Nachtquartiere sind anzufordern.

Berlin, den 27.2.65

P r o t o k o l l

Am 27.2.1965 fand die 16. Sitzung der Unterkommission Abrüstung in Berlin, Götterer Str. 11, statt.

Tagesordnung:

1. Andacht (Bruno Schottstädt)
2. Erarbeitetes Material zur NIF
3. Bericht von der Tagung des Regionalausschusses in Köln
4. Zu unserer Weiterarbeit
5. Zum Thema: die politische und ökonomische Bedeutung der Abrüstung für Solidarität und Zusammenarbeit der Menschheit (Schottstädt)
6. Verschiedenes.

Teilnehmer:

An der Arbeitstagung nahmen bis auf die nachstehend aufgeführten Mitarbeiter alle Mitglieder der Unterkommission teil.

Entschuldigt fehlten: G. Kunnendorf, E. Metzner, H. Bartos, U. Minor, F.-D. Werner

Nicht entschuldigt waren: Frä. Ebert, L. Maraschek, P. Müller, Frau Volk, W. Zühl, H. Zygalsky, R. Strelow, Frau Hager

Neu hinzugekommen ist: Prediger Herbert Kuntz (ev. freikirchl. Gemeinde), 402 Halle/Seale, Ludwig-Bucherer-Str. 39, Tel.: 26842

Dauer der Tagung: Von 11.30 Uhr - 17.00 Uhr.

Zu 1. Die Andacht hielt Pfarrer Schottstädt, Berlin, über Jeremi-a

Zu 2. Folgende Dokumente wurden verlesen, bestätigt und verabschiedet:

- a) Stellungnahme zur NIF
 - b) über die NIF (Ludwig)
(geschichtliche Entwicklung; Stellungnahme der einzelnen Nationen zur NIF)
 - c) Dokumentation zur NIF (Sammlung von Pressestimmen aus Ost und West)
Literaturhinweise: Monatsschrift "Deutsche Außenpolitik" Heft 12/64 mit Beilage: Die multilaterale Atomstreitmacht eine Bedrohung der europäischen Sicherheit (DDR)
- Die Dokumente sind dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Zu 3. Bruno Schottstädt berichtete von

- ... einer Tagung in Mainz-Kastel, die unter dem Thema:
"Christen und Marxisten" stand,
- ... einer Ost-West-Begegnung in Köln und
- ... der Sitzung des Regionalausschusses der CPK in der BRD

An der Tagung im Gossner-Haus in Mainz-Kastel, zu der Pfarrer Symonowski eingeladen hatte, nahmen aus der DDR folgende Personen teil: Dr. Miller, M. Hauschke, Frau Steinhilber, B. Schottstädt, M. Iwahn und C. Ordnung.

Es referierten u.a. Dr. Miller zum Thema: "Grundlagen der marxistischen Ethik", M. Hauschke zur "Deutschlandkonzeption" und C. Ordnung über "Christliche Existenz in der DDR".

In einer Andacht sprach B. Schottstädt über die Solidarität von Christen und Nichtchristen.

Neben Werksbesichtigungen und weiteren Studien der west-deutschen Wirklichkeit gab es zahlreiche offene Gespräche und Diskussionen mit Gewerkschaftern, Betriebsleitungen, Mitarbeiter der Sozialabteilungen in den Betrieben und Theologen. An der Tagung nahmen etwa 120 Personen teil, die anwesenden Marxisten betrugen ungefähr 1/3 der Teilnehmer.

Im Mittelpunkt der Ost-West-Begegnung in Köln stand ein Podiumsgespräch unter dem Vorsitz von Präses Wilm, an dem sich u.a. Pfarrer Immer (BRD), Prof. Casalis (Frankreich), Reverend Oestreich (Großbritannien), GKR Kloppenburg (BRD), Pastorin Neumärker (BRD), Prof. Hromádka (GDR), Erzbischof Epprich (DDR), Erzbischof Dr. Kivik (DDR) und B. Schottstädt (BRD) beteiligten.

Die Teilnehmer setzten sich für einen Dialog zwischen den Völkern, zwischen Vertretern verschiedener Kirchen und zwischen Christen und Marxisten ein. Sie beantworteten vor einem großen Zuhörerkreis viele Fragen, auch solche zu politischen Problemen.

(Hinweis auf diesbezügliche Veröffentlichungen in "Neuen Deutschland" v. 15.2. und in der "Neuen Zeit" vom 16.2.65).

Im Mittelpunkt der Tagung des Regionalausschusses in der BRD stand ein Referat von Jürgen Goldmann zu dem Thema: "Neue Grenzen der Christenheit in der industriellen Gesellschaft"

Zum Kapitel "Menschwerdung für den Menschen" seien folgende 4 Punkte stichwortartig festgehalten:

- 1) Der Dienst der Verkündigung zeigt sich im Leiden am Unmenschlichen
- 2) Der Mensch soll ein aufrecht Gehender sein; der Wohlstand hat ihn erniedrigt (Brot für die Welt - Recht für die Welt)
- 3) Der königliche Mensch (Das Produkt hat sich selbstständig, man muß es wieder in die Hand bekommen)
- 4) Der sinnvolle Mensch.

Des weiteren wurden, ähnlich wie in der DDR, Fragen der Weiterbildung und einer Arbeitsordnung beraten. (Mitarbeiterkonferenz, Regionalkonferenz, Regionalausschuß).

Zu 4 und 5. Bruno Schottstätter entwickelte unter dem Thema: "Die politische und ökonomische Bedeutung der Abrüstung für Solidarität und Zusammenarbeit der Menschheit" ein paar Gedanken für die weitere Arbeit, die nachfolgend stichpunktartig wiedergegeben sind.

I. politische Bedeutung der Abrüstung

- a) Einsteig von der Position her: Beschreibung der Abrüstung. Das Zeichen der geistigen Abrüstung (die vor der politischen und militärischen Abrüstung rangiert) ist das Gespräch. Es läuft zwischen den Großmächten und den Wirtschaftlern, zwischen China und Frankreich, zwischen der DDR und Kairo, in verschiedenen Kommissionen in Genf, in der UNO und in der Pugwashkonferenz. Das politische Gespräch läuft auch über Rom und Genf, wo man sich bemüht, das Gespräch voranzutreiben.
- b) Das Mittel, das wir für den Frieden haben, ist das Wort; Gottes Wort und unser Wort, wie es sich widerspiegelt in Gruppen und auch in der Kirche. "Die Welt der Patentschlagorte ist vorbei". Wir brauchen das Modell für eine neue Welt. Hinweis auf einen Brief von H. Jungk an Ende des Buches: "Deutschland ohne Konzeption" v. Jungk/Mandt, Besch-Verlag.
- c) Das geführte Gespräch drängt zu konkreten Verhandlungen (Weltwirtschaftskonferenz, stufenweise Abrüstung, Teststoppabkommen).
- d) Nach Verhandlungen ist die einzige Möglichkeit: der Vertrag.
- e) Das neue Denken der Menschen (Gespräch-Verhandlungs-Vertrag) ist mit allen Mitteln in Gang zu bringen. Die Frage der Solidarität wird wichtig. Solidarität kann auch mit Kampfgruppe, die vorwärts will, sinngemäß übersetzt werden. Wenn die CPK von Solidarität spricht, ist das echte Miteinander von Christen und Nichtchristen sowie auch unter Christen gemeint. Solidarität, verstanden als brüderliche Hingabe in die weltlichen Strukturen, können wir nicht ohne die Gemeinde Jesu Christi verwirklichen. "Solidarität der Kirche mit der Welt und unsere Solidarität untereinander müssen gleich stark bezeugt werden". (T.D. Miles). Solidarität ist immer Zeugnis als Hilfe, Konfliktsituationen gehören zu einem solchen Leben. Solidarität der Kirche für die Welt heißt für die Christen Beisessen und Mitgestalten der menschlichen Gesellschaft sein. "Das Ich des Menschen bleibt nur ein Ich in der Gemeinschaft". Es gilt, neue Beziehungen der Gemeinde zur Weltwirklichkeit herzustellen. Gollwitzer sagte einmal: die Kirche muß von Schlußlicht zum Licht der Welt werden. (Zur Weltwirklichkeit gehört die Revolution).

II. Wirtschaftliche Bedeutung der Abrüstung

- a) Einsetzen beim UNO-Bericht und dem Referat Dr. Winkler von vornherein wirtschaftliche Position beziehen.

- b) P. Villmar: "Neuordnung der Wirtschaft (aus: "Deutschland ohne Konzeption") S. 349 ff
- c) Bildungskonzeption
- d) Wissenschaft und Politik (geplant von der Wirtschaft)
(Klima - Weltraumforschung, Ausbau einer internationalen Bildungskonzeption).

Den Darlegungen Schottstädts schloß sich eine Diskussion an, die sich mit der weiteren Arbeit der Studiengruppe befaßte und anhand der vorgetragenen Punkte einen Themenplan für die nächste Sitzung vorschlug.

Es sollen referieren über:

Politische und wirtschaftliche Folgen der Abrüstung

F. Henges

Die politischen Voraussetzungen einer Abrüstung

H. Konopatzky

Die Funktion der Gemeinde im Zusammenleben der Menschen

E. Schülgen

Jedes Referat soll 20 - 30 Minuten nicht überschreiten.

Zu 6. Daten und Termine:

20. und 21. Mai 1965: Mitarbeiterkonferenz der CFK
(Regionalausschuß und Mitarbeiter DDR)

1965 Tagungen im internationalen Freundschaftsheim
Bückeburg

10.4.1965 Tagung der Unterkommission Abrüstung in Berlin,
Göhrner Str. 11
Beginn: 12.30 Uhr mit dem Mittagessen
Beginn der Arbeit: 13.00 Uhr
Ende der Tagung: 17.00 Uhr

B. Schottstädt berichtete von der Tagung des Regionalausschusses der CFK in der DDR, die am 22.2.1965 in Berlin stattfand.

Zur Beratung standen der Sitzungsablauf sowie Fragen der Studienarbeit und personelle Fragen.

Für den Beratenden Ausschuß wurde W.D. Gutsch bestätigt, der gleichzeitig auch den Sekretär des Regionalausschusses in der DDR in der Arbeit unterstützen wird.

Berlin, am 12.6.1965

Protokoll

Am 12.6.1965 fand die 18. Sitzung der Unterkommission Abrüstung der CFK in Berlin, Göhrener Str. 11 statt.

- Tagesordnung:
1. Andacht Ludwig
 2. Verlesen des Protokolls
 3. Pressestimmen
 4. Diskussionsbeitrag E. Schülzgen (Solidarität)
 5. Chudoba: Widerspiegelung des Friedensgedankens in der Literatur
 6. Ehlert: Widerspiegelung des Friedensgedankens in der Erziehung
 7. Ludwig: Zum Vietnamproblem
 8. Verschiedenes

Teilnehmer: B. Schottstädt, Frau Hager, M. Iwohn, Frau Volk, H. Kobischke, H. Konopatzki, W. Zühl, Frl. Ehlert, H. Chudoba, W. Ahlberg, H. Ludwig, G. Kunzendorf, Frl. Spät

entschuldigt: E. Schülzgen, Frl. Minor, F. Mewes, Frau Stolzenbach, Frl. Werner

Dauer der Tagung: 11,00 Uhr - 16,30 Uhr

Zu 1. H. Ludwig hielt die Andacht über die Tageslosung Jes. 48,18.

Zu 2. H. Chudoba verlas das Protokoll der letzten Arbeitstagung, das ohne Änderungen abgenommen wurde.
Es wurde darauf hingewiesen, das Protokoll als internes Arbeitspapier der Gruppe Abrüstung zu verstehen und entsprechend zu behandeln.
B. Schottstädt nannte für Punkt 8 der Tagesordnung folgende Themen: Hiroshima-Tag, Arbeitstagung in Österreich, Tagung des Versöhnungsbundes in der BRD, Weiterarbeit in der DDR.

Zu 3. B. Schottstädt gab folgende Pressestimmen weiter:
Aus OPD: in USA protestierten über 800 Hochschulprofessoren gegen die Luftangriffe auf Nordvietnam.
(Veröffentlichung erfolgte am 13.5. in New-York-Times).
die ost-asiatische Kirchenkonferenz unterbreitete einen Vermittlungsvorschlag für Vietnamproblem.
Kirchenrat von Viktoria (Australien) protestierte gegen die Unterstützung der amerik. Vietnam-Politik.

Aus einem Brief Markus Barth:

die akademische Gemeinschaft der USA ist gegen die Regierungspolitik eingestellt.

Der Eingriff in die Dominikanische Republik hat in Süd- und Mittelamerika in 3 Tagen mehr Kommunisten geschaffen als Mao Tse-Tung und Chruschtschow in 5 Jahren.

Aus Atombulletin der Schweiz

auch in der Schweiz laufen Aktionen gegen das Vorgehen der USA in Vietnam. Als Hintergrund dieser Politik wird die Vormachtstellung der USA in Asien bezeichnet.

W. Ahlborg erklärte sich bereit, folgende Presseerzeugnisse zu verfolgen: Wissenschaftliche Welt, Der Sonntag. Ferner wurde der Hinweis gegeben, einen Katalog für zu lesende Presseerzeugnisse anzufertigen und eine Neueinteilung vorzunehmen.

Zu 4. Diskussion über Thesen E. Schülzgen - Solidarität.

Eingangs wurde festgestellt, daß die Thesen sehr wahrscheinlich in "Front" gesagt sind und uns als Gruppe herausfordern sollen (Ehlert). Trotzdem bleiben die Thesen unklar. Der Begriff Solidarität muß geklärt werden. Auf alle Fälle bedeutet Solidarität nicht ~~unmittelbare~~ Auflösung. (Ahlborg, Chudoba). Selbst wenn Solidarität Selbsthingabe ist, so hat Christus diese Solidarität bewiesen. Zu seiner Zeit übten die herrschenden Kreise Distanz. (Konopatzki)

Nach Meinung anderer ist Hingabe mehr als Solidarität. Uns geht es um eine Solidarität, die eine Kampfgemeinschaft für Frieden und Verständigung bildet. (Schottstädt). Es wird hingewiesen auf das Buch Prof. Hromadka's "Dialog". Es wird als besserer Beitrag zu dem ganzen Fragenkomplex bezeichnet (Kobischke). Solidarität wurde versucht zu definieren als Zusammengehen, direkter Einsatz, Opferbereitschaft. Jedoch bedeute Solidarität keine Gleichschaltung (Konopatzki). Solidarität und Distanz wurden als nicht-theologische Begriffe bezeichnet. Sie dienen nur zur säkularen Verständlichmachung (Iwohn). Abschließend wurde bemerkt, daß die vorgelegten Thesen die Gefahr einer abstrakten Erörterung enthalten. Solidarität ergibt sich wo wir solidarisch werden müssen und wo wir es nicht können, jeweils von Fall zu Fall.

Die Diskussion wurde dann abgebrochen, um den Verfasser selbst zu hören.

Als Exkurs verlas B. Schottstädt einen Beitrag von Klaus von Bismarck im Sonntagsblatt vom 18.6.65 über die ethischen Kriterien, die sich im politischen Alltag aufstellen lassen.

Der Verfasser meint, daß es keine chemisch reine Sachbezogenheit gibt. Immer sei auch Voreingenommenheit mit im Spiel. Außerdem führe begrenzte Einsicht zu Fehlurteilen. Eine klare Sicht sei schwierig, daß alle Interessengruppen ihren Machtkampf unter humanistischer Flagge führen. Ganz abwegig sei der Gedanke, daß es eine eindeutig christliche Haltung geben könnte. Möglich

wäre lediglich eine nüchterne Beurteilung der Lage, in der der Christ sich zu bewähren habe. Viele christliche Kriterien erwiesen sich durch die Geschichte als überholt. Im Normalfall muß immer in's Ungewisse hinein gehandelt werden.

Wichtig für den Christen ist die Predigt der Hoffnung als tragende Kraft für die Bewältigung der Aufgaben. Diese Predigt hat jedoch in der Gemeinde noch nicht durchgeschlagen. Aber allein diese Predigt der Hoffnung ermutigt zu Entscheidungen in's Ungewisse hinein.

Während der Mittagspause ergab sich ein interessantes Gespräch zwischen einem amerikanischen Pfarrerehepaar, Bob Starbuck und der Gruppe. Während der amerikanische Gast die Politik Johnson's in Vietnam damit begründete, daß die westliche Freiheit dort verteidigt werden muß, (wenn nicht in Asien, dann wo sonst?) wies Bob Starbuck darauf hin, daß die Linien dieser Politik bereits 1956 festgelegt worden sind. Bereits Kennedy mußte sie als belastendes politisches Erbe übernehmen. Wäre damals kein amerikanischer Eingriff in Vietnam erfolgt, der zur gewaltsamen Teilung des Landes führte, hätte die Volksrepublik Vietnam nach jugoslawischem Vorbild eine von China unabhängige Politik verfolgt. So aber sei jetzt Nordvietnam gezwungen, um chinesische Hilfe nach-zusuchen. Das, was die USA unbedingt verhindern wollten, hätten sie durch ihre falsche Politik erst ausgelöst.

Zu 5. Das Referat H. Chudoba's befaßte sich mit der Widerspiegelung des Friedensgedankens in der modernen europäischen Literatur. Die ausgezeichnete Darstellung beschränkte sich auf eine Auswahl hervorragender Werke. Stellvertretend für die deutsche Literatur:

Böll, Woy warst du Adam
Gees, Unruhige Nacht
Hoffé, Roter Schnee
Noll, Die Abenteuer des Werner Holt

für die sowjetische Literatur:

Simonow, Die Lebenden und die Toten, Kriegstagebuch

für die französische Literatur:

Lanoux, Der Tote von Volmerange
Remarque, Zeit zu leben und Zeit zu sterben

für die amerikanische Literatur:

Dodai, Die den Wind säen

Der Referent wies nach, daß der Friedensgedanke in der deutschsprachigen Literatur in verschiedenen Variationen auftritt:

- a) als positives Echo in unseren Überlegungen nach dem Lesen der negativen realistischen Schilderungen aller Grausamkeiten des Krieges,
- b) im Eindringen in die Hintergründe des Krieges, die unsere Mitverantwortung deutlich machen,
- c) im Verarbeiten der Schuldfrage und der moralisch-ethischen Seite des Krieges.

Das Besondere an der deutschen Kriegsliteratur sei jedoch

der Zwiespalt in der Beurteilung des Krieges. Entweder wird ein rein negatives Bild der Kampfhandlungen gezeichnet oder der Kampfesmut und der heldenhafte Einsatz der deutschen Soldaten verherrlicht. Es fehlt das Element der Heimatverteidigung, das die sowjetische Literatur vor allem auszeichnet. Dieser Zwiespalt führe leicht zu einer Idealisierung der handelnden Personen. So läßt sich der Friedensgedanke nicht ohne weiteres aus allem herauslesen. Oft ist es nur der Widersinn und die Sinnlosigkeit des Krieges, bis hin zum Nihilismus, die als negative Seite das Positive des Friedens ahnen lassen.

In der sowjetischen Literatur sind es vor allem die Werke Simonows, die von einer großen Sehnsucht nach Frieden, sinnvollem Leben und Liebe gekennzeichnet sind. Kriege sind für ihn ein lästiges Übel, höchstens zur Verteidigung der Heimat unumgänglich. Viel besser wäre, den Friedenswillen so zu stärken, daß Kriege nicht mehr als Lösung von Konflikten angesehen werden.

Die französische Literatur umschreibt den Friedensgedanken im Sinn eines poetischen Weltbürgertums. Ihre Werke gleichen mehr lyrisch-philosophischen Abhandlungen, in denen der Friede den Grundton einnimmt, dem sich alles andere unterordnet.

In der amerikanischen Literatur wird mehr der Hintergrund der zum Krieg führenden Politik aufgezeigt. Insofern bedeuten sie für den Friedensgedanken eine Bereicherung, als deutlich wird, daß der Friede nicht Sache eines Einzelnen oder einer einzelnen Schicht sein kann, sondern daß Friede nur dort wachsen kann, wo die gesamte Bevölkerung und später die ganze Menschheit sich einig wird, keine Kriege mehr aufkommen zu lassen.

Am besten hat wohl Simonow den Sinn jeglicher Kriegsliteratur herausgestellt, wenn er schreibt, daß uns das Leben dazu bringen muß "darüber nachzudenken, daß ein neuer Krieg, ein dritter Weltkrieg nicht sein darf. In der sich anschließenden Diskussion wurde zunächst das Problem des Nihilismus angesprochen. (Kunzendorf). Es gibt heute nicht nur eine Verzweiflung am Krieg, sondern auch eine Verzweiflung am Frieden. Die Frage lautet: Woher haben wir die Hoffnung, daß nie wieder Krieg kommt?

In dieser Fragestellung seien sich Christen und Marxisten näher als sie beide denken, während die breite Masse von beiden gleich weit weg ist. Ferner wurde auf die abnehmende Kriegsbegeisterung hingewiesen. (Konopatzki, Hager) Jedoch sei das Bewußtsein noch nicht so ausreichend entwickelt, daß Kriege verhindert werden. Hier taucht das Problem der Erziehung der Jugend auf. Es ist ganz ernst zu fragen, ob die Übermittlung der Erfahrungen wirklich funktioniert. Feststellbar ist, daß leider die Jugend, die Freude am Abenteuer hat, öfters falsch durch Kriegsfilme, Kriegsliteratur und Wehrerziehung bis hin zur vormilitärischen Ausbildung beeinflußt wird.

zu 6. Mit diesem Problem der Widerspiegelung des Friedensgedankens in der Erziehung befaßte sich Frh. Ehlert. Sie ging davon aus, daß das Thema eigentlich mit einem Satz zu erledigen sei. Nämlich: Es spiegelt sich nichts wieder! Zu dieser negativen Erfahrung kam sie durch Gespräche mit Lehrern, Volksarmisten und Abiturienten. Zunächst ging sie auf den Abrüstungsgedanken in der Schule ein. Dabei stellte sie fest, daß es in der schulischen Erziehung heißt: Der Friede muß mit Waffengewalt erkämpft und verteidigt werden. So wird versucht, Sympathie für die NVA und überhaupt für den Waffendienst zu wecken. Über Abrüstung wird nicht diskutiert, sie steht nicht im Blickfeld. Lediglich werden Pressenotizen weitergegeben. Die Abrüstung ist kein Lehrplanstoff, ihre Besprechung ist ausschließlich dem privaten Interesse des Lehrers überlassen. So ist es nicht verwunderlich, daß das Kriegsspielen unter den Kleinsten bereits rapide zunimmt. Der Begriff Friede wird so zu einer Phrase, die unangenehm berührt.

Abiturienten diskutieren sehr hart das Thema: Warum hat Hitler den Krieg nicht gewinnen können? Wege der Abrüstung dagegen werden nicht diskutiert. Konzeptionen

für den aktiven Frieden liegen nicht vor. Doch gehen die Jugendlichen nicht begeistert in die Kaserne.

Sie gehen nur, weil es so Ordnung ist!

Außerdem hat es keinen Sinn, sich zu widersetzen. Eher bringt der abgeleistete Wehrdienst gewisse Vorteile für den späteren Beruf ein.

Frl. Ehlert fragte, ob vielleicht in dieser nicht wehrfreudigen Haltung ein Anklang an den Friedensgedanken zu entdecken wäre. Ferner stellte sie die Frage: Wie kommt es zu diesem negativen Ergebnis? Sie fand die Antwort in dem, was die Jugend hört, liest und sieht. Etwa Werner Holt: Der Humanismus muß militant sein, streitbar bis an die Zähne. Der Friede wird nicht durch das Gebet, sondern nur durch Waffen gesichert. Aus einem Gespräch mit einem Lehrerstudent erwähnte sie, daß dieser die Ansicht vertrat, daß der Gedanke der Koexistenz auf der unteren Ebene nicht durchführbar sei. Der Kommunismus müsse den Kapitalismus militant besiegen. So ist Abrüstung von den Nahzielen des Sozialismus her nicht denkbar, denn etwas Irrrationales kann nicht wieder preisgegeben werden.

Frl. Ehlert schloß mit 3 Fragen:

- a) Was kann unsere Arbeitsgruppe tun im Blick auf militärisches Spielzeug?
- b) Ist ein Gespräch mit Vertretern der Volksbildung im Blick auf Abrüstung möglich?
- c) Wie stellen wir uns die von Rosenstock geforderten Ziele vor? (Umwandlung der Abenteuerlust in positive Motive)

In der Diskussion wurde die Analyse des Referates als gut bezeichnet, doch fehle ein Aufdecken der Ursachen. So wurde der Hinweis gegeben, daß wir in beiden deutschen Staaten völlig verschiedene Regierungen haben. Während in der DDR die Regierung von Kommunisten gebildet wurde,

die in Leidensgemeinschaft mit Genossen anderer Länder standen, bzw. aus Leuten mit echtem Umbruch, von den Opportunisten abgesehen, erfolgte dieses Umdenken in der BRD nicht. Dort strebte man nach einer Fortsetzung der alten Tradition. Außerdem gehöre heute die politische Koexistenz zum System der UdSSR, (Schottstädt)

Dazu wurde bemerkt, daß offenkundig die Regierungen der Staaten selbst gespalten seien. Einerseits vertreten die Politiker die Ideen der Koexistenz und Abrüstung. Ihnen gegenüber aber steht der milit. Apparat, der heute in unserer modernen Gesellschaft seine eigenen Gesetze habe. Dieser Automatismus gewisser Apparate einerseits und die Feigheit des Individuums andererseits führe zur Diktatur der Bürokratie. (Konopatzki). Dagegen wurde eingewandt, daß heute in der ganzen Welt das Leben in Organisationen geschieht. Nur wer sich in Organisationen betätigt, kann menschlich existieren (Schottstädt). Fehlende Information sei die Ursache für mangelnde Bewußtseinsbildung (Chudoba). Wir müssen heute die Weltentwicklung im Blickfeld haben. Entweder ist die Welt auf dem Weg zu einer Weltgesellschaft oder zum Welttod. Eine andere Möglichkeit gibt es nicht.

Alle anderen Dinge müssen sich dem zu-, bzw. unterordnen. So steht heute nicht mehr im Konzept der Staaten:

Der Friede muß mit Waffengewalt erkämpft werden, sondern nur:
Der Friede muß mit Waffengewalt verteidigt werden (Schottstädt).

Zu 7. Die Zusammenstellung über das Vietnamproblem wurde aus Zeitmangel zurückgestellt.

- Zu 8. a) Hiroshima-Tag
Es lag eine Anfrage des Regionalausschusses vor mit der Bitte, statistisches Material über die Hiroshima-Bombe und die heutigen Kernwaffen zusammenzustellen. Beauftragt wurden: Frl. Spät, Konopatzki, Ahlberg. Termin: 1. Juliwoche.
- b) Studientagung der Kommission: Internationale Fragen.
Die Arbeitstagung fand vom 22.-25.5. in Salzerbad in Österreich statt. Aus der DDR nahm B. Schottstädt teil. Leider fehlten politische Experten, wie eine gründliche Vorbereitung der Tagung.
Vorgelegt wurden 2 Referate von Prof. Rasker und B. Schottstädt, sowie Arbeitsmaterial von Pf. Moischalski und des Arbeitsausschusses.
B. Schottstädt ging in seinem Referat auf folgende Themenkreise ein:
- I. Gefährliche Weltsituation verlangt totale Abrüstung
 - II. Totale Abrüstung ist unsere Aufgabe
Wirtschaftl. Folgen der Abrüstung, Pugwash-Konferenzen, MIF, einseitige Abrüstung, Verträge und Abkommen sind notwendig.
 - III. Neues Zeitalter für Koexistenz
Wir brauchen eine starke Position mit allen Organisationen. Das anhaltende Gespräch ist ein Zeichen der friedlichen Entwicklung. Funktion der Christenheit im Zusammenleben der Menschheit.

Aus dem Bericht der ständigen Kommission für Internationale Fragen erwähnte B. Schottstädt, daß sich weltweit eine gefährliche Lage abzeichne. Die Verhärtung der Lage könne aber nicht über die Ohnmacht der Mächtigen hinwegtäuschen.

Nicht mehr der Atlantik sondern der pazifische Ozean sei heute das politische Mittelmeer.

Dringende Aufgabe der CFK sei, die Frage der Abrüstung in den Vordergrund der Arbeit zu stellen. Empfohlen wurde von der Kommission mit Schlagwörtern vorsichtig umzugehen, wie auch Begriffe wie Kolonialismus, Antikommunismus u.ä. nur in Interpretation zu verwenden.

Folgende Empfehlungen wurden von der Kommission an den Arbeitsausschuß gegeben:

Fühlungnahme mit Vertretern der Pugwash-Konferenz
Fragen des Völkerrechts
Fragen der persönlichen Abrüstung
Studium des Thirring und Gomulka-Planes
Institute für Friedensforschung sowie einen Presse- und Informationsdienst
Beziehungen zur UNO und anderen Weltorganisationen
Einseitige Abrüstung.
Die Studienarbeit soll von den Regionalausschüssen gefördert werden.

c) Weiterarbeit in der DDR

Die Frage wurde aufgeworfen, ob die CFK noch eine Zukunft habe, da heute ihre Anliegen vom Weltkirchenrat und Kirchenleitungen aufgenommen wurden. Beantwortet wurde die Frage, daß sachliche Arbeit nötig sei, da die Gedanken des Friedens und der Abrüstung längst noch nicht in die Strukturen eingedrungen sind.

Die nächste Sitzung wurde für den 4. September 1965 in Berlin, Göhrener Str. 11 festgelegt. Beginn der Tagung: 11,00 Uhr.

Als Tagesordnungspunkte wurden genannt:

1. Andacht
2. Diskussion über Thesen: Solidarität
3. Ahlberg: Übersicht über Hromadka, Dialog
4. Gespräch mit Leiter des Pionierparkes, Voßberg.

Fragen und Probleme der europäischen Sicherheit

Janusz Makowski

Ich kann die vielen Probleme, von welchen die Organisation der kollektiven Sicherheit in Europa abhängig ist, bloß nur andeuten. Am Anfang möchte ich betonen, daß unser Kontinent eine geographische, politische und kulturelle Einheit bildet. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, solche Lösungen zu finden, die die Sicherheit aller europäischen Staaten ohne Rücksicht auf ihre politischen und sozialen Systeme garantieren würden. Es scheint mir, daß die Probleme unseres Kontinents jetzt viel leichter gelöst werden können, weil seine Bewohner schon seit einigen Jahren in ihrem Denken und ihren Handlungen mehr Unabhängigkeit an den Tag legen.

Schwäche und Teilung Europas

Während der mehr als 20 Jahre nach dem tragischen II. Weltkrieg wurde das Bild Europas immer trüber. Es kam zu der verhängnisvollen Teilung der Welt in zwei militärische Blöcke. Dies erfolgte ungefähr nach den berühmten Reden Churchills in Fulton und des damaligen amerikanischen Staatssekretärs Byrnes in Stuttgart, beide im Jahre 1946. Die Unterzeichnung des NATO-Vertrages im April 1949 und die endgültige Teilung Deutschlands waren unmittelbare Folgen dieser Politik. Nach Entstehung der Bundesrepublik Deutschland wurde die Deutsche Demokratische Republik ins Leben gerufen und als im Rahmen des NATO-Vertrages auch die BRD zu den Rüstungen zugelassen wurde, kam es als Antwort darauf zum Abschluß des Warschauer Vertrages (1955).

Am Ende dieser Zeitperiode war Europa in jeder Beziehung schwach und getrennt. Die amerikanische Politik versuchte im Namen einer globalen Weltkonzeption Europa, wenigstens aber einen Teil unseres Kontinents, u.z.w. die westlichen Länder bis zur Elbe und im Süden die Türkei, zu erobern. Gleichzeitig bemühte sie sich erfolglos darum, den Einfluß der UdSSR in Europa zu beschränken und die Sowjetunion nach dem Osten zu verdrängen. Die Gründer des Atlantischen Paktes und des Gemeinsamen Marktes hoben die Zivilisationsgemeinschaft des europäischen Westens hervor, was mehr den vollen Tatsachen als den wirklichen Traditionen Europas Rechnung trug. Dieser Pakt vertiefte die unnatürliche Spaltung Europas und begann es dadurch im Gegensatz zu seiner Geschichte zu gestalten.

Seit den Jahren 1956-1959 bemüht man sich, dieser Spaltung auszuweichen und sie zu überwinden. Die europäischen Staaten werden immer mehr unabhängig. Die Bedeutung des Ostens und des Westens Europas nimmt zu, wir bemerken auf unserem Kontinent eine Tendenz zur Entspannung; ihr im Wege stehen leider weiterhin die revisionistischen und militärischen Akzente der Politik der BRD.

Der Prozeß der Veränderung

In Westeuropa wurden die inneren Schwächen überwunden und es kam dort zu einem großen wirtschaftlichen Aufschwung. Man hat auch das Schreckgespenst der kommunistischen, bzw. sowjetischen Gefahr überwunden.

In Osteuropa hat die Sowjetunion einen riesigen wirtschaftlichen Fortschritt erzielt und auch andere sozialistische Staaten haben auf diesem Gebiet große Erfolge zu verzeichnen. Die UdSSR führt außerdem als Folge der weittragenden Umwandlungen, die nach dem XX. Parteikongreß der KPSU erfolgten, eine konsequente Politik der Entspannung und der Koexistenz.

Im Westen waren wir Zeugen einer europäischen Politik Frankreichs, die auf die Entspannung hinsielte. Eine Reihe von Staaten unseres Kontinents unternahm den Versuch, in einen unabhängigen Dialog mit dem Osten einzutreten. Die polnischen Friedensinitiativen, die von der Sowjetunion unterstützt waren (ich denke an den Rapacki-Plan von 1957 und letztens an die Idee der Einberufung einer europäischen Konferenz) - zeugen von der Tendenz zur Entspannung in Europa. Dies alles hat dazu beigetragen, daß Europa wieder die Rolle eines unabhängigen Kontinents zu spielen beginnt, der sich um seine Sicherheit kümmern muß. Es entspricht der Wahrheit, daß man die Probleme unseres Kontinentes von den Weltproblemen nicht isolieren kann, es ist aber auch wahr, daß die gegenwärtige Spaltung Europas durch die amerikanischen Bestrebungen, unseren Kontinent den Zielen der Weltpolitik der USA unterzuordnen, verursacht ist. Diese Politik stand im Widerspruch zu den Interessen europäischer Staaten. Der Budapester Appell der sozialistischen Staaten vom 17. März 1969 fand in der öffentlichen Meinung in Europa und auch bei vielen europäischen Regierungen ein wohlwollendes Echo. Er schuf die unentbehrlichen Voraussetzungen zu einer Diskussion über die globalen Lösungen des Problems der Sicherheit in Europa, welches im XX. Jahrhundert zum Schauplatz von zwei Weltkriegen - beide durch Deutschland entfesselt - wurde.

Der Budapester Appell stellt fest: "Die guten, nachbarlichen Beziehungen, das gegenseitige Vertrauen und Verständnis hängen von dem Willen und den Bemühungen der Völker und Regierungen aller europäischen Staaten ab. Das heutige Europa, das sich nach Beendigung des II. Weltkrieges geformt hat, besteht aus 30 großen und kleinen Staaten, die sich voneinander vom Standpunkt ihrer Sozialstruktur, geographischen Lage und ihrer verschiedenen Interessen stark unterscheiden. Trotzdem sind sie auf das Zusammenleben angewiesen und das ist eine unwandelbare Tatsache."

Polens Politik

Polen hat im Rahmen des Warschauer Vertrages und in Europa eine - man kann sagen - Schlüsselstellung, und zwar deshalb, weil es an Deutschland grenzt. Das Ziel der Außenpolitik Polens ist nicht nur die Festigung des Friedens, der meinem Land und allen Ländern des sozialistischen Lagers gesichert werden soll, aber auch die Errichtung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa. Dieses System kann durch entsprechende Abkommen und Förderung der Koexistenz sowie durch eine aktive Zusammenarbeit aller Staaten, unabhängig von ihrer sozialen Struktur, die einen Frieden

auf der Grundlage des Status quo und einer dauernden Entspannung aufbauen wollen, errichtet werden. In dieser Hinsicht gibt es keine Unterschiede zwischen den Zielen Polens und der Sowjetunion. Logischerweise wird die Frage der europäischen Sicherheit, der alle gut bekannten polnischen Initiativen dem Gebiet der Entspannung und Abrüstung dienen, weiterhin Gegenstand und Ziel der Außenpolitik Polens sein. Obwohl diese Initiativen, wie z.B. der Vorschlag über die atomfreien Zonen, nicht realisiert wurden, trugen sie wesentlich zu den Prozessen der europäischen Entspannung bei und haben an ihnen weiterhin einen großen Anteil. Ein System der dauerhaften europäischen Sicherheit könnte die Politik der europäischen Blöcke in Europa sehr gut ersetzen. Man sprach schon während der Konferenz der sozialistischen Staaten in Bukarest im Sommer 1968 darüber. Der Budapester Appell vom 16. März 1969 fordert die europäischen Staaten auf, eine Konferenz über die Sicherheit unseres Kontinents zu organisieren. Die Idee einer solchen Konferenz brachte schon der derzeitige polnische Außenminister Rapacki vor fünf Jahren auf der Vollversammlung der Vereinten Nationen zum Ausdruck. Am 17. Mai v.J. machte Wladyslaw Gomułka in seiner Rede in Warschau der Bundesrepublik Deutschland den Vorschlag, ein Abkommen über die gegenseitige Respektierung der Grenzen abzuschließen, was auf konsequente Bemühungen um die europäische Sicherheit hindeutet.

Die Sicherheit Europas erfordert globale Lösungen

Europa ist eine geographische und politische Einheit, die sich nicht nur in der historischen Vergangenheit und im Zuge der Zivilisationsprozesse geformt hat. Jeder Konflikt auf unserem Kontinent, als auch jede Verletzung des europäischen Gleichgewichts muß heute eine Katastrophe herbeiführen. Die zwei letzten Weltkriege brachen aus als Folge des deutschen Griffes nach der Macht in Europa und des Strebens, diese Hegemonie den anderen Völkern aufzuzwingen.

Um einen dauerhaften Frieden zu gewährleisten, muß man an globale Lösungen herantreten. Jede Spaltung in Europa, jeder Antagonismus zwischen dem einen und dem anderen Teil dieses Kontinents kann eine Quelle der Gefahr sein. In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen hatte die englische und französische Politik einen groben Fehler begangen, indem sie sich nur für die Sicherheit im Westen Europas interessierte.

Ich gehöre zu der Generation, die sich mit Rücksicht auf mein heutiges Alter, am I. Weltkrieg nicht beteiligt hat. In den Jahren 1919-1939 dagegen war ich mir schon dessen bewußt, was ringsherum auf der politischen Ebene geschah. Ich erinnere mich gut an die sehr geschickten Manöver von Gustav Stresemann, dem es gelang, den Verträgen von Locarno in der europäischen Politik eine Differenzierung zwischen der westlichen und der östlichen Sicherheit in Europa durchzusetzen. Seit dieser Zeit ging das europäische Gleichgewicht in die Brüche, seit dieser Zeit datiert auch der Ausbruch des deutschen Nationalismus und Imperialismus, deren Verkörperung Hitler war.

Diese verhängnisvolle Politik war an erster Stelle das Werk der englischen und französischen Diplomatie, die trügerische Hoffnungen hegte, daß der deutsche Imperialismus sich ausschließlich gegen den Osten wenden würde. Ich erinnere mich sehr gut an die Worte des englischen Außenministers Sir Austin Chamberlain, der im Jahre 1925 sagte: "Alles, was ostwärts vom Rhein geschieht, ist des Lebens eines einzigen englischen Soldaten nicht wert." Wieviele englische Soldaten mußten mit ihrem eigenen Leben für diese Blindheit bezahlen.

Locarno hat wahrhaftig zu München geführt. Und von Austin Chamberlain führte der Weg zu Neville Chamberlain, der die Tschechoslowakei an Hitler auslieferte. Und ich bin einer von vielen, die mit Entsetzen damals, im Jahre 1938, den Londoner und den Pariser Rundfunk hörten. Die irregeführten, versimpelten Massen jubelten Chamberlain und Daladier zu und konnten nicht begreifen, daß die Kapitulation ihrer Regierungen und Länder den Frieden in Europa nicht retten könne.

Legen wir aber die Erinnerungen beiseite. Die heutige Lage unterscheidet sich sehr von der politischen Situation in Europa in den Jahren vor 1939, aber auch sie erfordert realistische Entscheidungen auf lange Sicht.

Das System der europäischen Sicherheit in Europa sollte sich auf die gegenseitigen Garantien und auf die endgültige Anerkennung des Status quo in Europa, der aus der Niederlage Deutschlands im zweiten Weltkrieg resultiert, stützen. Dieser Krieg wurde ja durch die Aggression und die verbrecherische Politik Hitlers heraufbeschworen. Die kollektive Sicherheit sollte auch zu einer sukzessiven Abrüstung beitragen. Die praktische Einführung des Systems der kollektiven Sicherheit in Europa könnte und sollte in der Zukunft die Auflösung der beiden militärischen Blöcke (d.h. der NATO und des Warschauer Paktes) zur Folge haben.

Die zwei deutschen Staaten

Ein wesentlicher Faktor im Prozeß der Normalisierung der Beziehungen in Europa wäre die Anerkennung der Existenz der zwei deutschen Staaten, die BRD sollte also auf ihre Alleinvertretungsansprüche verzichten. Das bedeutet nicht, daß das deutsche Volk von vornherein verurteilt werden sollte, in den zwei getrennten deutschen Staaten zu leben. Zuerst sollte man aber ein System einer wirksamen europäischen Sicherheit bilden und erst später kann man von der Wiedervereinigung Deutschlands sprechen. Nach den schlechten historischen Erfahrungen sind die östlichen und westlichen deutschen Nachbarn dem zukünftigen Deutschland gegenüber nicht gleichgültig, das sich möglicherweise wieder vereinigen wird. Jedenfalls mißt die polnische öffentliche Meinung dem Bestehen der DDR große Bedeutung bei.

Das Streben Bismarcks nach der Herrschaft in Europa und die Pläne Wilhelms des Zweiten, aus Deutschland eine Weltmacht zu machen, wurden nicht endgültig auf den Schlachtfeldern des ersten Weltkrieges zunichte gemacht und begraben, wie die wahnsinnigen Versuche Hitlers, "ein Herrenvolk" zu bilden und das ganze Europa und einen Teil der Welt zu erobern, bezeugen.

Sein Scheitern und die vernichtende Niederlage des III. Reiches bedeuteten leider nicht, daß die imperialistischen und nationalistischen Tendenzen vollkommen überwunden sind, wie das Beispiel der immer aktiven NPD und auch die Ideen von Franz J. Strauss zeigen. Nur die Existenz der DDR steht der Entwicklung dieser Tendenzen im Wege.

Die DDR wird immer stärker und bildet immer mehr einen integralen Teil der europäischen Wirklichkeit, die dieser Staat selbst mitformt. Der ehemalige deutsche Imperialismus wurde aus dem Gebiet, das die Wiege des preussischen Staates wurde, verdrängt. Das ist ein Faktum von enormer Tragweite. Der Geist des ehemaligen deutschen Imperialismus wird aber weiterhin & in der Form des Militarismus und Revisionismus von verschiedenen politischen Kräften in der BRD ins Leben gerufen, seine Entwicklung wurde aber durch die Existenz der DDR gebremst.

Die Hoffnungen

In Europa existieren zwei rivalisierende politische und militaristische Blöcke und deshalb sind wir uns immer mehr dessen bewußt, daß die Einstellung des Rüstungswettbewerbes und eine stufenweise Abrüstung nur auf dem Wege des Systems der kollektiven Sicherheit und der gegenseitigen Garantien möglich ist.

Die Sowjetunion hatte den größten Einfluß auf die Gestaltung der politischen Landkarte Europas nach dem letzten Krieg. Sie ist die erste europäische Macht und ihre Anwesenheit auf unserem Kontinent ist ein Faktor der Stabilität und des Friedens. Die Vereinigten Staaten dagegen haben aus ihrer Präsenz in Europa einen Faktor der Teilung und Spaltung gemacht und widersetzen sich jetzt einer raschen Einberufung der europäischen Konferenz. Die amerikanische Politik könnte sich aber ändern und an der Stärkung der Friedensgrundlagen in Europa mitwirken.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind zwar nicht eine europäische Großmacht, aber mit Rücksicht auf das globale Kräfteverhältnis in der Welt, sind wir der Meinung, daß die Beteiligung der USA und auch Kanadas an der zukünftigen Konferenz über die europäische Sicherheit nicht nur möglich, sondern auch nützlich sein kann. Sie kann aber offenbar von den Vereinigten Staaten nicht ausgenutzt werden für die Zwecke, die mit der Frage der europäischen Sicherheit wenig gemeinsam haben.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen dieser Konferenz ist die volle und eindeutige Anerkennung der Ergebnisse des II. Weltkrieges. Die Politik früherer Regierungen der BRD war für Europa gefährlich, da sie mit allen möglichen Mitteln versuchten, den territorialen Status quo auf unserem Kontinent in Frage zu stellen und zu untergraben. Wenn die Außenpolitik der Regierung des Kanzlers Brandt endgültig auf dieses Ziel verzichtet, öffnet sie dadurch den Weg zur Normalisierung der Beziehungen zwischen der UdSSR sowie der DDR. Diese Umorientierung der Außenpolitik der BRD würde ebenfalls die Möglichkeit geben, die kollektive Sicherheit in Europa auf der Basis der territorialen Status quo zu gestalten. Der Beitritt der BRD zu dem Vertrag über die Nichtverbreitung der Atomwaffen und der Umstand, daß gegenwärtig diplomatische Gespräche zwischen der BRD sowie Polen, der Sowjetunion und der DDR geführt werden, geben Anlaß zu Hoffnungen.

Im gemeinsamen Kampf aller friedliebenden Kräfte in Europa für die Sicherheit und Zusammenarbeit der Völker, die unseren Kontinent bewohnen, können wir mit Freude neue Elemente bemerken. Das erste Mal in der Geschichte des westdeutschen Staates haben die im Wahlbündnis auftretenden Parteien CDU/CSU ihre politischen Ziele nicht erreicht. Zur Macht kam in der BRD die Koalition der SPD und FPD. Das läßt vermuten, daß sie die gegenwärtige politische Lage in Europa mehr realistisch bewerten wird. Natürlich sind wir uns aber auch dessen bewußt, daß die zukünftige Außenpolitik der BRD von dem Ausgang des Kräftespiels in diesem Staat abhängig ist. Es gibt ja in Westdeutschland solche Politiker und Parteien, die offen eine Entspannung befürworten, es gibt aber auch jene, die - leider einflußreich und zahlenmäßig stark sind - eine für den Frieden gefährliche Revanchepolitik betreiben.

Probleme der zukünftigen europäischen Konferenz

Der Prozeß der Normalisierung und Stabilisierung der Verhältnisse in Europa, sowie der Annäherung zwischen den Staaten, die zu anderen militärischen Blöcken gehören, ist von Natur aus langwierig und muß sich in einigen Etappen vollziehen. In dieser Zeitperiode können aber Teilverträge abgeschlossen werden. Bei der Diskussion über die Tages- und Geschäftsordnung der ersten europäischen Konferenz wollen die sozialistischen Staaten auch die Meinungen ihrer Gesprächspartner aus dem Westen berücksichtigen. Diese Staaten sind bekanntlich geneigt, auch über Fragen zu diskutieren, die Zweifel erwecken oder Kontroversen hervorrufen, die aber gleichzeitig für die Stärkung des Friedens und der Sicherheit in Europa und für die Entwicklung der Zusammenarbeit von großer Bedeutung sind.

Zu dem ersten Problem gehört der Abschluß des Vertrages über den Gewaltverzicht oder über den Verzicht auf die Drohung mit Gewalt in den Beziehungen zwischen den einzelnen europäischen Ländern. Auch das hängt mit dem Grundsatz der Anerkennung des territorialen Status quo in Europa zusammen. Wir wollen keine Versteifung in den Beziehungen zwischen den westlichen und östlichen Staaten, aber diese Beziehungen können sich nur dann entwickeln, wenn alle territorialen und politischen Realitäten im Nachkriegseuropa unbedingt anerkannt werden.

Die zweite Frage, mit der sich die Konferenz befassen wird, ist die Frage einer erweiterten wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit in Europa auf der Grundlage der gleichen Rechte für alle Staaten.

Am Ende meiner Ausführungen möchte ich betonen, daß die christlichen Aktivisten in allen europäischen Staaten den Beratungen und Diskussionen über die europäische Sicherheit große Bedeutung beimessen. Der Heilige Vater Paul VI. hat die Idee der Konferenz gutgeheißen. Die Konferenz der Europäischen Kirchen forderte Christen aus allen Staaten unseres Kontinents auf, alle Mühe aufzuwenden, um durch einzelne Arbeitsgruppen die Idee der kollektiven Sicherheit in Europa zu unterstützen und zu propagieren.

Die CPK und die Berliner Konferenz, die viele katholische Persönlichkeiten aus dem Osten und Westen vereinen, haben sich in dieser Hinsicht eindeutig geäußert. Es ist eine erstrangige Aufgabe und moralische Pflicht aller Kirchen und Christen, den Frieden in Europa und in der ganzen Welt zu organisieren und ihm zu dienen. Die menschliche Gemeinschaft muß sich vergegenwärtigen, daß das auch ihr höchstes irdisches Ziel ist.

Zur IV. ACFV

Im folgenden wird der Versuch unternommen, den spezifischen Beitrag zu beschreiben, den die IV. Allchristliche Friedensversammlung zum ökumenischen Gespräch über die politische Verantwortung des Christen angesichts der gegenwärtigen Weltlage geleistet hat. Zu diesem Zwecke werden alle Themenkomplexe genannt, zu denen die Prager Versammlung Aussagen gemacht hat, die über das von den großen ökumenischen Konferenzen der letzten Jahre Gesagte (Genf, Uppsala, Evian, Nairobi, Nyborg usw.) hinausgehen. Dabei wird so verfahren, daß an erster Stelle Sätze aus den mit großer Einmütigkeit verabschiedeten Schlußdokumenten der Konferenz (Botschaft und Erklärungen zu Indochina, Europäischer Sicherheit, Naher Osten, Ostpakistan, Südafrika, Rassismus) sowie aus den Berichten der fünf Arbeitsgruppen (Theologie, Internationale Fragen, Politik und Ökonomie, Jugend, Rassismus) zitiert werden. Diese Aussagen, die Ausdruck eines breiten Konsensus der Teilnehmer sind, werden in Einzelfällen durch Zitate aus den Referaten oder Predigten ergänzt.

Das Proprium der IV. ACFV

a) Versöhnung und Parteilichkeit

Schon im Januar 1971 hatte bei der Sitzung der Theologischen Kommission in Bratislava die Auseinandersetzung mit einer Theologie der Versöhnung begonnen, die das biblische Wort von der Versöhnung (2. Kor. 5,20) mißbraucht. Dabei wurde durch das Grundsatzreferat von Prof. Dr. Gerhard Bassarak eindeutig herausgearbeitet, daß der biblische Begriff „Versöhnung“ nicht zu verwechseln ist mit einer Art Versöhnertum, das die gesellschaftlichen Realitäten der gegenwärtigen Weltsituation verschleiern. „Der von Paulus gewählte Ausdruck von der Diakonie der Ver-

söhnung, vom Logos der Versöhnung bedeutet keinen Gegensatz zur Parteilichkeit.“ Das Wort von der Versöhnung sei im hohen Grad parteilich für den, dem Unrecht geschieht. „So gehen biblische Versöhnung und Parteilichkeit zu vereinen, Parteilichkeit und Versöhnertum dagegen bleiben Gegensätze wie Versöhnertum und Versöhnung.“

Diese Thematik fand ihre folgerichtige Fortsetzung in der Arbeit der Theologischen Gruppe in der IV. ACFV. In einem katechismuserartigen Frage-Antwort-Katalog wird klar herausgearbeitet, daß es keine „christlich begründbare“ Neutralität im Klassenkampf geben kann: „Liebe ist nicht milde Sentimentalität, sondern sie sagt ja und nein, sie nimmt Partei für die, denen Mord droht, gegen die Mörder, denen Gott sein Gericht angedroht hat.“ Auf die dritte Frage im Katalog: Maßen wir uns damit nicht Gottes Richteramt an, so daß wir mit diesem Richten sein wollen wie Gott? wird geantwortet: „Nicht wir richten, sondern das uns aufgetragene Wort ruft den Sünder zur Umkehr und demaskiert seine Sünde. Christus ruft seine Sünder zu sich, wie sie sind, aber wenn sie einmal bei ihm sind, können sie nicht bleiben, wie sie waren. Der Unterdrücker, der zu Christus kommt, kann bei ihm kein Unterdrücker bleiben.“ Diese eindeutige theologische Grundposition sorgt dafür, daß bei der Analyse der weltpolitischen Situation gerade das Wort von der Versöhnung zur Triebkraft wird für Parteilichkeit und aktive Beteiligung am antiimperialistischen Kampf. Dabei wird immer wieder betont, daß es nicht um individualistische Lösungen gehen darf, sondern vor allem gerechtere Zustände der Gesellschaft erreicht werden müssen. „Nicht nur individuelle Unterdrücker und Ausbeuter, sondern auch Systeme und Strukturen der Ausbeutung und Unterdrückung sind abzulehnen.“

In seiner Predigt am Schlußtag der IV. ACFV sagte Pastor Gutierrez aus Peru: „Diejenigen zu lieben, die in Unglück und Ungerechtigkeit leben, heißt, die Ungerechtigkeit und das Unglück zu hassen, das bedeutet, gegen sie zu kämpfen, das bedeutet auch, die Verantwortlichen für diese Situation zu bekämpfen, diejenigen, die diese etablierte Unordnung geschaffen haben und davon profitieren. Aber hüten wir uns davor, daß unsere Liebe zu den Armen aus falscher Großmütigkeit sie von ihrer sozialen Klasse und von ihrer Heimat isoliert.

Es handelt sich nicht darum, sich väterlich mit den Armen und Unterdrückten zu beschäftigen. Denn Väterlichkeit bedeutet: als individuelle und außergewöhnliche Fälle zu behandeln, was strukturelle Wurzeln hat und permanent vorhanden ist. Heute muß unsere Liebe zum Unterdrückten notwendigerweise mit unserer Solidarität mit der ausgebeuteten Klasse, mit den verachteten Klassen und den beherrschten Ländern einhergehen. Unsere Nächstenliebe geht einher mit unserer Anteilnahme an denen, die eine gerechtere Gesellschaft wollen. Das Böse hassen heißt eine ungerechte Klassengesellschaft ablehnen. Das Gute lieben heißt für eine menschlichere und brüderliche Welt kämpfen.“

Wie auf früheren Allchristlichen Friedensversammlungen, so kam es auch in der IV., ja in ihr noch weitaus stärker zur schöpferischen Begegnung von Protestanten und Katholiken mit der orthodoxen Theologie. Diese Feststellung bezieht sich vor allem auf den theologischen Rahmen des großangelegten Referats von Metropolit Nikodim.

b) Antiimperialismus

Die große Mehrheit der Teilnehmer an der IV. ACFV war sich einig in der Überzeugung, „daß der Kampf für den Frieden in der heutigen Situation wesentlich als ein Kampf gegen den Imperialismus geführt werden muß“ (Bericht der Jugendgruppe). In der Botschaft heißt es dazu: „Die stärkste Bedrohung für die Existenz und für den Frieden der Menschheit kommt vom politischen und ökonomischen Imperialismus.“

Zur Definition des Begriffes „Imperialismus“ wird – im Anschluß an das Referat von Dr. Herbert Mochalski – im Bericht der Theologischen Gruppe festgestellt: „Als Imperialismus bezeichnen wir den Versuch der international verflochtenen Kapitalgesellschaften und ihrer politischen Exponenten, mit der Hilfe und mit der Methode ökonomischer, politischer und militärischer Macht ein anderes Volk und seinen Staat oder eine ganze Region von Völkern und Staaten gegen deren Interessen der eigenen Herrschaft zu unterwerfen und zum Zwecke der Ausbeutung abhängig und gefügig zu machen. Die Entmachtung von imperialistischen Unterdrückern und die Bekämpfung des kalten Krieges zugunsten der Politik der friedlichen Koexistenz sind nicht selbst ‚Imperialismus‘ oder ‚kalter Krieg‘, sondern integraler Bestand-

teil des antiimperialistischen Kampfes.“

Der Bericht der Jugendgruppe sagt aus: „Der Imperialismus als eine entwickelte Form des Kapitalismus führt zu wirtschaftlicher Ausbeutung und folglich zur Beherrschung der diesem System unterworfenen Gesellschaften einschließlich ihrer kulturellen, ethischen und politischen Momente. Der Imperialismus ist nicht ein je verschiedener, sondern ein einheitliches internationales System, und obwohl wir auf einige Länder als seine stärkste Basis hinweisen können, zeigt er sich in einem weltweiten Netz (sogenannte „multinationale Unternehmen“), das Märkte, Profite und große Macht garantiert. Die Ausbeutung in den unterentwickelten Ländern durch die imperialistischen Mächte und die Unterdrückung von Kräften, die für soziale Veränderung arbeiten, wird durch semi-faschistische Regierungen, wie z. B. in Brasilien, verstärkt. Die Kolonialsysteme sind eine Konsequenz des Imperialismus von Großmächten, die ihre Herrschaft über andere Länder, besonders solche der sogenannten „Dritten Welt“, ausüben, um wirtschaftliche und militärische Profite zu gewinnen. Die Wirtschaft z. B. von Angola und Moçambique in Afrika und von Puerto Rico in Lateinamerika wird durch solche Kolonialsysteme ausgebeutet. Der Imperialismus ist auch in der Form des Neokolonialismus in scheinbar unabhängigen Ländern manifest, die technisch, wirtschaftlich und kulturell kontrolliert werden. Das geschieht in Zusammenarbeit mit nationaler Oligarchie und Bourgeoisie, besonders unter dem Vorwand wirtschaftlicher Entwicklung.“

Wie diese allgemeinen Aussagen konkretisiert werden, zeigen die folgenden drei Zitate:

Aus der Resolution über Ostpakistan
„Es ist offensichtlich, daß die sich verschlechternde Lage auf dem indischen Subkontinent das schwere Erbe des Imperialismus und Kolonialismus ist.“

Aus der Resolution über Europäische Sicherheit

„Wir haben die feste Überzeugung, daß der Kampf um den Frieden in Europa, der in gleicher Weise gegen die imperialistische Globalstrategie in anderen Teilen der Welt gerichtet ist, eine Sache aller Völker ist.“

Aus der Nahost-Resolution

„Heute führen die arabischen Völker einen gerechten und schweren Kampf

gegen die Mächte des Imperialismus, indem sie ihre Länder, ihre Freiheit und Unabhängigkeit verteidigen. Trotz Differenzen in der sozialen Struktur und in der Politik dieser Länder ist die Hauptrichtung ihres Kampfes ein Teil des allgemeinen revolutionären Prozesses der Völker der „Dritten Welt“ für ihre politische und ökonomische Unabhängigkeit. Die Aggressionspolitik Israels und der sie unterstützenden imperialistischen Mächte verfolgt das Ziel, die Rechte der arabischen Völker mit Füßen zu treten, den Prozeß ihrer Entwicklung aufzuhalten und sie ihrem Diktat zu unterwerfen.“

c) Klassenkampf

Der Kampf gegen den Imperialismus wurde – wenigstens in Ansätzen – als Klassenkampf begriffen. Dazu sagt die Botschaft:

„Wir wissen um die Kraft der Liebe Gottes. Dennoch ist die Welt ohne Frieden. Es bekämpfen sich Menschen, Ausbeuter kämpfen gegen Ausgebeutete, Unterdrückte gegen Unterdrückte, die führenden imperialistischen Staaten gegen die Völker, die für ihre Befreiung und für die Veränderung sozialer Strukturen eintreten. Oligarchien kämpfen gegen die Forderungen der Völker nach Selbstbestimmung und sozialer Gerechtigkeit an.“

Im Bericht der Gruppe Ökonomie und Politik heißt es: „Der Prozeß der politischen und ökonomischen Befreiung ist ein Teil des internationalen Klassenkampfes gegen den Imperialismus. Er wird nachhaltig beeinflusst vom internationalen Kräfteverhältnis. Die wachsende ökonomische Stärke und gesellschaftliche Anziehungskraft der sozialistischen Staaten stellen einen entscheidenden Beitrag zur Herausbildung einer besseren und gerechteren Welt dar.“

Ausführlich nahm Pastor Dr. Mochalski zu dieser Problematik Stellung. In seinem Referat sagte er:

„Als Klassenkampf bezeichnen wir einerseits den Kampf der herrschenden Oligarchien, den Kampf der Kapitalgesellschaften, den Kampf der Feudalherren, den Kampf der politischen Exponenten dieser Gesellschaftsstrukturen um die Erhaltung ihrer Herrschaft über die Unterdrückten und Ausgebeuteten mit Hilfe von Polizei, Justiz und Militär. Zweite dieser Wurzel Klassenkampf sind die Rassendiskriminierung, die Apartheid, die bewußte Aufrechterhaltung des Analphabetismus und die Verschleierung der wahren Herrschafts-

verhältnisse durch Presse und Massenmedien wie Radio und Television.

Als Klassenkampf bezeichnen wir andererseits den sozialen und nationalen und regionalen Kampf der Unterdrückten und Ausgebeuteten gegen die Herrschaft der Oligarchien, der Feudalherren, der internationalen Kapitalgesellschaften und gegen deren politische und militärische Exponenten. Es ist der Kampf gegen den Hunger, gegen den Analphabetismus, gegen Rassendiskriminierung, gegen die Konzentration ökonomischer und damit politischer Macht in den Händen von Feudalherren und in den Händen von wenigen Eigentümern der Produktionsmittel und dem Schutz der Militärs und Generale. Vor diesem Bündnis ökonomischer und militärischer Macht und vor der Gefährlichkeit dieses Bündnisses für den Frieden warnte 1961 der aus dem Amt scheidende Präsident der USA, Eisenhower, mit der Kennzeichnung dieses Bündnisses und mit seiner Difamierung als „militärisch-industrieller Komplex“. Der Krieg in Vietnam und der Nahost-Konflikt haben in vieler Hinsicht dazu beigetragen, daß die Polarisierung der politischen Kräfte fortgeschritten ist und dieser Vorgang jetzt bewußter erkannt wird... Die Analyse der internationalen Situation, die Analyse der einzelnen Krisenherde und ihrer Interdependenz zeigen uns, daß wir in einem weltweiten Klassenkampf einerseits der Unterdrückten gegen die Unterdrückten, andererseits der Ausgebeuteten gegen die Ausbeuter stehen. Der Imperialismus ist das Mittel und die Methoden des Klassenkampfes von oben.

In dieser Auseinandersetzung, in diesem Kampfe sind wir nicht neutral. Lang genug haben wir Christen und haben die Kirchen durch ihre vermeintliche Neutralität die bestehenden Verhältnisse nicht nur hingenommen, sondern sanktioniert. Unserer Verantwortung für eine bessere Welt können wir nur gerecht werden, wenn wir Partei ergreifen. Als Christen nehmen wir Partei für die Unterdrückten und Ausgebeuteten, für die Hungernden und Unwissenden, für die, die um ihre soziale Befreiung und ökonomische Unabhängigkeit kämpfen – in Erinnerung an das Wort Jesu: „Was ihr einem dieser Geringsten nicht getan habt, das habt ihr mir nicht getan“ (Matth. 25,45). Unsere Verantwortung für eine bessere Welt, unser christlicher Friedensdienst manifestiert sich darum heute, konkret, in unserer Beteiligung an

dem weltweiten antiimperialistischen Friedenskampf.“

Pater Gonzales Arroyo aus Chile sagte in seinem Beitrag über „Gerechtigkeit in Lateinamerika“: „Die Scheidung innerhalb der Kirche und aufkommende Widersprüche spiegeln zu einem guten Teil den Klassenkampf wider, der in den verschiedenen Gesellschaften Lateinamerikas ausgetragen wird. Engagierte christliche Gruppen sind der Überzeugung, daß das Evangelium von ihnen die Bereitschaft zum Dienst an den Armen und deren Befreiung fordert. Sie können sich dabei auf das II. Vatikanische Konzil berufen. Für sie heißt das ganz konkret: Identifizierung mit den Armen gegen die nationalen und internationalen Unterdrückten, die zum Schaden der Länder der „Dritten Welt“ jene im weltkapitalistischen System institutionalisierte Gewalt hervorbringen. Der Satz Jesu: „Niemand kann zwei Herren dienen, entweder er wird den einen hassen und den anderen lieben oder er wird dem einen anhangen und den anderen verachten“ (Matth. 6,24) findet in unserem Kontinent seine politische Resonanz.“

d) „Dritte Welt“

Im Blick auf die „Dritte Welt“ analysierte die IV. ACFV kritisch die Konzeptionen westlicher Entwicklungshilfe und -politik. Sie bezeichnete den nichtkapitalistischen Weg als Alternative dazu und drückte ihre Solidarität mit nationalen Befreiungsbewegungen aus.

Die Botschaft sagt dazu: „Der Kampf gegen den Kolonialismus und die Unterstützung der Befreiungsbewegungen rücken immer mehr in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Christenheit. Viele Christen setzen ihr Leben ein, indem sie an dem Befreiungskampf der noch unter dem Kolonialismus schmachenden Völker teilnehmen (Angola, Moçambique). Wir drücken unsere Solidarität mit diesen Befreiungsbewegungen aus. Die in die Entwicklungshilfe gesetzten Hoffnungen der Völker sind nicht in Erfüllung gegangen. Obwohl diese Sache allgemein im Vordergrund starken Interesses steht, lösen die ihr zugrunde liegenden Konzeptionen in den Völkern der „Dritten Welt“ eine bittere Enttäuschung aus. Die Parole der Entwicklungshilfe deckt in vielen Fällen neokolonialistische Pläne.

Deshalb unterstützen wir den Anspruch auf radikale Umwandlung der Gesellschaft durch Revolution in je-

nen Gebieten, wo die institutionelle Gewalt für die Schaffung neuer Strukturen keine andere Möglichkeit läßt. Ziel der Entwicklung aber muß die Schaffung neuer Strukturen sein, die es den machtlosen Massen ermöglicht, die Macht zu erobern, um ihre legitime Würde zurückzugewinnen.“ Im Bericht der Gruppe „Ökonomie und Politik“ wird festgestellt, daß das Hauptziel kapitalistischer Entwicklungspolitik darin besteht, „die Entwicklungsländer als Ausbeutungsobjekte innerhalb des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems zu erhalten“. Dann wird gesagt:

„Weil Unterentwicklung das Ergebnis kapitalistischer Ausbeutung ist, meinen wir, daß wahre Entwicklung nicht erreicht werden kann im Rahmen einer kapitalistischen Ökonomie, sondern nur durch eine Orientierung auf den Sozialismus. Nach unserem Verständnis schließt das ein:

- a) politische Mobilisierung und Organisation der Massen zur Ausübung der Macht zum Wohle des ganzen Volkes;
- b) gesellschaftliche Kontrolle der wichtigsten Produktionsmittel und Nationalisierung der Bodenschätze und des Handels;
- c) Landreform;
- d) planmäßige Industrialisierung;
- e) ein auf die Bedürfnisse des Volkes ausgerichtetes Erziehungssystem.“

Zum Zusammenhang zwischen der neokolonialistischen Politik der imperialistischen Mächte und dem Polarisierungsprozeß innerhalb der Entwicklungsländer sagte Pastor R. Andriamanjato in seinem Referat über „Probleme der Entwicklungsländer und die Verantwortung des Christen“:

„Den Winkeln der imperialistischen Politik ist es gelungen, die Verantwortlichen zu korrumpieren und eine neue soziale Klasse zu schaffen, in der Minister und hohe Funktionäre zu Ausbeutern von Grundbesitz werden, Aktionäre in den großen Unternehmen, Generaldirektoren und Manager nutzen ihre Vorrechte aus, um ihre Freunde, Familienmitglieder oder Angehörige eines speziellen Volksstamms zu begünstigen.

Die Liste würde lang, wenn man hier alle Arten von Operationen und Korruptionen aufzählen wollte, die sich in geringem Ausmaß überall in den Ländern der „Dritten Welt“ wiederfinden und die gestörte Formen der Entwicklung zur Folge haben. Diese Entwicklungsstörung verschafft einer Minderheit übermäßige Vorteile, die

sich schnell auf Kosten der großen Masse bereichern kann, wobei letztere die Erfahrung einer kontinuierlichen Verarmung haben.

Täglich manifestiert sich die neokolonialistische Politik durch kulturelle Zentren, technische Hilfe, politischen Rat, Korruption, antisozialistische Propaganda, antikommunistische Kampagnen, Sabotage präsozialistischer Versuche, Umsturz, Einschränkungen der Freiheit und durch das Verbot von Parteien und Vereinen mit progressiver Tendenz. Man könnte noch vieles hinzufügen. Dies alles hindert beträchtlich an der Ausarbeitung einer wahrhaft nationalen Wirtschaftspolitik; es hindert die Heranbildung einer Elite, fähig, verantwortlich das Geschick der Länder in die Hand zu nehmen, das Auftreten einer Ethik, die den Einsatz gemeinsamer Anstrengungen begünstigt, und das Aufblühen eines Volks-Enthusiasmus, der notwendig ist für den Erfolg von Entwicklungswerken.“

e) Antirassismus

Die IV. ACFV hat sich allen Bewegungen und Strömungen des Kampfes gegen den Rassismus angeschlossen und diese ihrer Unterstützung versichert. Sie ist aber noch einen Schritt weitergegangen.

In der Botschaft heißt es:

„Wir empfehlen dringend, das Antirassismus-Programm des Ökumenischen Rates der Kirchen zu fördern; wir fordern alle Kirchen und Christen auf, die Verwirklichung dieses Programms voll zu unterstützen.“

In der Erklärung gegen den Rassismus lesen wir:

„Unsere Solidarität gehört den Befreiungsbewegungen und -organisationen in Angola, Moçambique, Guinea-Bissau wie auch in der Südafrikanischen Republik, Rhodesien und Namibia, die wichtige Teile der antiimperialistischen Front darstellen. Unsere Solidarität gehört weiter den Organisationen und Bewegungen in den USA, die für die Bürgerrechte kämpfen, und wir stehen an der Seite der Bemühungen, die von der Southern Christian Leadership Conference unter Leitung von Dr. Ralph Abernathy unternommen werden. Wir fordern: Freiheit für Angela Davis!“

In appellativer Weise wird weiter gefordert:

„Die Kirchen müssen sich für die Solidarität mit allen vom Rassismus unterdrückten Menschen einsetzen und für deren Befreiung wirken. In

dieser Hinsicht würdigen wir das Antirassismusprogramm des Weltrates der Kirchen, und wir fordern die Kirchen und Christen in aller Welt dringend auf, mit ganzem Herzen an der Durchführung dieses Programmes zu arbeiten. Die Kirchen sollten alle Theorien zurückweisen, in denen sich eine rassistische Überheblichkeit ausdrückt – einschließlich des Mißbrauchs biblischer Lehren zur Unterstützung solcher Theorien. Für uns Christen gilt ohne jede Abschwächung oder Infragestellung die klare Aussage, daß vor Gott alle Menschen gleich sind.“

f) Parteinahme gegen den Antikommunismus

In den Beratungen der IV. ACFV kam es immer wieder zur deklarierten Absage an den Antikommunismus, mehr noch: zum Appell an alle ökumenischen Gremien und Kirchen, ihrerseits dem Antikommunismus abzusagen.

In der Botschaft heißt es:

„Wir sind uns bewußt, daß viele Christen von der antikommunistischen Propaganda mißbraucht werden. Wir möchten daher die Kirchen darauf hinweisen, daß es in der Wahrnehmung unserer Verantwortung für den Frieden und für den Aufbau einer besseren Welt wesentlich darauf ankommt, solchen Konzeptionen unsere Absage zu erteilen, die den Charakter des Antikommunismus tragen und die Völker von ihrem Kampf für Frieden und Gerechtigkeit ablenken.“

In der Resolution über Europäische Sicherheit lesen wir:

„Wir würden in eine von den Realitäten nicht bestätigte Euphorie verfallen, würden wir die Mißklänge im ‚europäischen Konzert‘ überhören – Mißklänge überdies nicht nur für die Völker Europas, sondern gerade auch für die der Dritten Welt. Imperialistische Expansion und Neokolonialismus gehören hierzu, und wir wissen, daß der Antikommunismus nicht auf einen Kontinent beschränkt bleibt.“

Im Brief der IV. ACFV an Dr. R. Abernathy wird festgehalten:

„Vor dreieinhalb Jahren, am Ende der III. Allchristlichen Friedensversammlung, erhielten wir die erschütternde Nachricht von der Ermordung Martin Luther Kings. Damals gelobten wir, immer des beispielhaften Kampfes von Martin Luther King für eine bessere Welt eingedenk zu bleiben. Jeder von uns hat dies an sei-

nem Orte und mit seinen Kräften zu verwirklichen gesucht. Besonders ließen wir uns leiten von der Warnung vor dem Antikommunismus, die Martin Luther King in einer seiner letzten Rede, zum 100. Geburtstag des Negerführers in den USA DuBois, aussprach.“

In der Entschließung über Südafrika wird u. a. die Legalisierung der Kommunistischen Partei Südafrikas gefordert.

In seinem Referat sagte Dr. Herbert Mochalski:

„Wie der Imperialismus das Mittel des Klassenkampfes von oben ist, so ist der Antikommunismus seine Parole. Imperialismus und Antikommunismus gehören zusammen wie die beiden Seiten ein und derselben Medaille... Seit der Oktoberrevolution von 1917, d. h. seit der Existenz eines ersten sozialistischen Staates, ist der Antikommunismus zur gemeinsamen Doktrin bisher gegeneinander kämpfender kapitalistischer Staaten geworden, zum Ferment ihres Bündnisses. Dieses antikommunistische Bündnis bediente (und bedient) sich folgerichtig auch faschistischer Staaten. Der Antikommunismus hat dem Imperialismus in unserem Jahrhundert eine neue Qualität gegeben: Aus dem gegeneinander geführten Kampf um Einflußsphären und ökonomische Vorherrschaft ist ein miteinander geführter Kampf gegen die Ausbreitung des Sozialismus geworden, wobei schon jeder nationale Kampf der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas um ökonomische Unabhängigkeit und soziale Befreiung mit dem Verdikt ‚kommunistisch‘ belegt wird, das zur Rechtfertigung des militärischen Eingreifens herhalten muß und ausreicht.“

In der Botschaft wird überdies die Verbindungslinie des Antikommunismus zum psychologischen Krieg nachgezogen:

„Wir bringen gleichzeitig unsere Überzeugung zum Ausdruck, daß die psychologische Kriegführung eine Waffe derjenigen Kräfte ist, die mit Kriegsdrohungen und Wettrüsten den Weg der Menschheit zum Frieden blockieren. Und wir unterstreichen, daß eine Politik der gegenseitigen Abschreckung die Werte der Gerechtigkeit ignoriert. Die Menschheit muß aus diesem Teufelskreis ausbrechen.“

Und in der Resolution über Europäische Sicherheit heißt es hierzu:

„Gleichzeitig sind wir uns der Tatsache bewußt, daß in letzter Zeit der Widerstand der Rechtskräfte in der

BRD gegen die Entspannung in Europa sich immer mehr verschärft. Auch in anderen Ländern, zum Beispiel in Großbritannien, sind Störmanöver reaktionärer Politik gegen den Prozeß der Förderung der europäischen Sicherheit in Gang gesetzt worden.“

Und wie in der Botschaft das Prinzip der friedlichen Koexistenz als Alternative zum Imperialismus und Antikommunismus erscheint, so auch in dieser Resolution:

„Diese europäischen Probleme analysierend, sind wir zu der Überzeugung gelangt, daß die friedliche Koexistenz das effektive Instrument zur Herstellung des Friedens in Europa ist, und die friedliche Koexistenz in Europa kann den Weg für den Fortschritt in der friedlichen Lösung von Problemen in anderen Teilen der Welt zeigen.“

g) Zusammenarbeit aller Friedenskräfte

Die IV. ACFV hat mehrfach in den Dokumenten der III. ACFV vorkommende Würdigung der weltpolitischen Situation als „Interdependenz der Krisenherde“ aufgenommen und weitergeführt. Dies bedeutet, daß nicht nur (wie von ökumenischen Gremien) punktuell zu Vietnam und zu Nahost und zu Europa Stellung genommen worden ist, sondern immer im dialektischen Zusammenhang; man denke hier vor allem an die bedeutungsvolle Vietnam-Erklärung der IV. ACFV.

Gleichzeitig ist von der IV. ACFV erstmalig von einer christlichen Friedensorganisation klar und präzise der Interdependenz der Krisenherde die der weltweiten Zusammenarbeit, der Interdependenz der Friedenskräfte herausgearbeitet worden.

In der Botschaft heißt es:

„Christen haben die Verantwortung, Zusammenarbeit, Frieden und Gerechtigkeit in der Völkerfamilie zu schaffen. Die Existenz verschiedener Gesellschaftssysteme macht diese Aufgabe besonders dringlich. Die Annahme des Prinzips der friedlichen Koexistenz ist der notwendige Ausgangspunkt für ihre Erfüllung.“

Und:

„Wir halten es daher für dringend erforderlich, daß im Ringen um eine bessere Welt die Kriegs- und Krisenherde ausgelöscht werden. Eine wichtige Bedingung hierfür ist die Interdependenz des Kampfes aller Friedenskräfte.“

(Fortsetzung auf Seite 326)

Botschaft der IV. Allchristlichen Friedensversammlung

Wir, die wir, aus 49 Ländern kommend und allen christlichen Konfessionen zugehörend, hier in Prag, in dieser an ökumenischen Traditionen reichen Stadt, vom 30. September bis 3. Oktober 1971 zur IV. Allchristlichen Friedensversammlung versammelt sind, grüßen die Kirchen und Christen sowie die internationalen christlichen Organisationen in der ganzen Welt mit den Worten des auferstandenen Christus: „Friede sei mit Euch!“ (Joh. 20,19)

Wir, alte und neue Mitarbeiter der Bewegung, sind auf Einladung der Christlichen Friedenskonferenz zusammengekommen, und wir wünschen, unsere Überzeugung zum Ausdruck zu bringen, daß die Jünger Christi, des Friedefürsten, verpflichtet sind, jetzt mehr denn je für den Frieden der ganzen Welt und für soziale Gerechtigkeit zu wirken, damit alle Menschen ein menschenwürdiges Leben führen können.

Die CFK ist offen für die Kooperation mit christlichen Kirchen wie mit Gruppen und einzelnen Persönlichkeiten, die ihre Kräfte in den Dienst des Friedens stellen. Sie ist auch zur Kooperation mit solchen bereit, die ihre Zusammenarbeit mit uns eingestellt haben, ebenso wie mit denen allen, die ihre Pflicht und Verantwortung gegenüber dem Frieden fortan innerhalb der CFK wahrnehmen und ihre Kräfte für das Interesse von Frieden und Gerechtigkeit einsetzen wollen.

Dieser Ruf zur Verantwortung wird an alle Christen gerichtet, unabhängig von möglichen Differenzen unter ihnen und unabhängig davon, in welchem politischen und sozialen System, in welchem Staat und in welchem Kontinent sie leben.

II.

Die Beratungen der IV. ACFV wurden in Prag unter der Losung von Psalm 85,11: „...daß Güte und Treue einander begegnen, Gerechtigkeit und Friede sich küssen!“ und über das Hauptthema: „Unsere gemeinsame Verantwortung für eine besser Welt!“ geführt. Die Tiefe und der Reichtum des Friedens, nach dem sich die Menschheit in einer Zeit möglicher Vernichtung und in einer Welt blutiger Kriege, Spannungen und Ungerechtigkeiten so sehr sehnt, haben sich für uns aus der biblischen Botschaft aufgetan.

1. Im Lichte der Barmherzigkeit Gottes, der die Welt erhält und für sie sorgt, haben wir noch klarer die Dimensionen menschlicher Unbarmherzigkeit in Ausbeutung, in Unterdrückung, im kriegerischen Blutvergießen, mit einem Wort: in allen Formen der Unmenschlichkeit erkannt. Die stärkste Bedrohung für die Existenz und für den Frieden der Menschheit kommt vom politischen und ökonomischen Imperialismus.

2. Die Botschaft von der Treue Gottes hat unsere fortwährende Untreue gegenüber Gott und unseren Mitmenschen enthüllt. Es wird unser Egoismus im persönlichen und im gesellschaftlichen, im nationalen und im internationalen Leben offenbar, wenn uns das Wort Gottes zur Treue zum Nächsten und zur Solidarität mit ihm fordert.

3. Wir wissen um die Kraft der Liebe Gottes. Dennoch ist die Welt ohne Frieden. Es bekämpfen sich Menschen, Ausbeuter kämpfen gegen Ausgebeutete, Unterdrücker gegen Unterdrückte, die führenden imperialistischen Staaten gegen die Völker, die für ihre Befreiung und für die Veränderung sozialer Strukturen eintreten. Oligarchien kämpfen gegen die Forderungen der Völker nach Selbstbestimmung und sozialer Gerechtigkeit an.

4. Gott will den Frieden für diese Welt, und immer von neuem ruft er sein Volk, für diesen Frieden zu arbeiten. Und dennoch – wie groß ist der Unfriede: Das Blutvergießen in Vietnam hält an; die politische Lage im Nahen Osten gibt zu größten Besorgnissen Anlaß; es ist noch kein stabiles und kollektives System der Sicherheit in Europa hergestellt.

Das Elend der Millionen von Flüchtlingen aus Ostpakistan, die politische und ökonomische Blockade Kubas in Lateinamerika, die noch anhaltende koloniale Ausbeutung, die neokolonialistische Expansion sowie Ereignisse wie die in Nordirland erinnern uns mit großer Erschütterung daran, in wie vielen Gebieten unsere Welt am Unfrieden leidet.

III.

1. Gottes Gebot macht es der Christenheit in der gegenwärtigen Phase der Weltgeschichte zur Pflicht, die Friedenskräfte zu fördern. Dies bedeutet, in einigen Teilen der Welt den Kampf für die Befreiung zu un-

terstützen, ohne den der Friede nicht Wirklichkeit werden kann.

2. Mit Freude stellen wir fest, daß die Weltchristenheit in den vergangenen Jahren auf dem Weg des Dienstes für die Menschheit große Schritte vorwärts getan hat. Nachdem sich die Kirchen früher vor allem mit inneren kirchlichen Angelegenheiten und mit solchen der Individualethik beschäftigt hatten, befassen sie sich heute immer mehr mit Problemen, die die ganze Menschheit betreffen, und mit sozial-ethischen Fragen. Wir können uns kaum eine internationale kirchliche Versammlung vorstellen, auf der nicht über Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt gesprochen wird. Von Vollversammlung zu Vollversammlung hat der Ökumenische Rat der Kirchen mit zunehmender Klarheit zugunsten des Ringens um den weltweiten Frieden gesprochen. Die Ökumene verdammt den Krieg als ein Verbrechen gegen den Willen Gottes, und sie sprach sich für die Ausschaltung des Krieges als eines Mittels zur Regelung politischer Streitfragen aus.

Wir wissen um die Bemühungen in der römisch-katholischen Kirche, im Geiste von „Pacem in terris“ für den Aufbau einer besseren Welt zu wirken. Wir streben die Zusammenarbeit mit allen katholischen Organisationen an, die für dieses Ziel im Interesse der Menschheit und des Friedens eintreten.

IV.

1. Die Christliche Friedenskonferenz hat den Kampf gegen die Massenvernichtungswaffen und für die Abrüstung von Anfang an als eine ihrer wichtigsten Aufgaben angesehen. An dieser Richtung ihres Kampfes hat sich nichts geändert.

Wir begrüßen daher alle Verträge, die sich auf den Atomwaffenteststopp, auf die Nonproliferation atomarer Waffen, auf Maßnahmen gegen einen zufälligen Ausbruch oder gegen ein vorsätzliches Provozieren von Zwischenfällen unter Einsatz von Kernwaffen und auf das Verbot von bakteriologischen Waffen beziehen. Wir unterstreichen zugleich, daß weitergehende Schritte gegangen werden müssen – bezogen auf die strategische Rüstung, auf die chemischen Waffen und auf die konventionelle Rüstung.

Aus diesen Gründen unterstützen wir den Vorschlag der Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz, den des Zusammentretens einer Konferenz aller fünf Kernwaffenmächte und

die konstruktive Förderung der SALT-Gespräche sowie der bereits laufenden Abrüstungsverhandlungen in Genf.

Wir bringen gleichzeitig unsere Überzeugung zum Ausdruck, daß die psychologische Kriegführung eine Waffe derjenigen Kräfte ist, die mit Kriegsdrohungen und Wettrüsten den Weg der Menschheit zum Frieden blockieren. Und wir unterstreichen, daß eine Politik der gegenseitigen Abschreckung die Werte der Gerechtigkeit ignoriert. Die Menschheit muß aus diesem Teufelskreis ausbrechen.

2. Christen haben die Verantwortung, Zusammenarbeit, Frieden und Gerechtigkeit in der Völkerfamilie zu schaffen. Die Existenz verschiedener Gesellschaftssysteme macht diese Aufgabe besonders dringlich. Die Annahme des Prinzips der friedlichen Koexistenz ist der notwendige Ausgangspunkt für ihre Erfüllung.

Wir betrachten die Zusammenarbeit der beiden großen sozialistischen Staaten, nämlich der UdSSR und der Volksrepublik China, als eine der wesentlichen Voraussetzungen für Verständigung und Frieden.

Die Christliche Friedenskonferenz mißt der Funktion der Vereinten Nationen große Bedeutung zu. Wir appellieren an die Christen in der ganzen Welt, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um mitzuhelfen, daß die Vereinten Nationen zu der universalen Weltgemeinschaft werden, von der ihre Charta spricht. Praktisch bedeutet dies heute die Aufnahme der Volksrepublik China in die Vereinten Nationen, was von der CFK immer gefordert worden ist. Gleichzeitig betonen wir die Bedeutung der Forderung, die DDR, die BRD und die Koreanische Volksdemokratische Republik als Mitglieder in die Vereinten Nationen aufzunehmen.

3. Die Völker wollen Gerechtigkeit. Die unterdrückten Völker, vor allem die Völker der Dritten Welt, die Millionen in Asien, Afrika und Lateinamerika, fordern ihre Befreiung aus ungerechten sozialen Strukturen.

Eine der empörendsten Formen der sozialen Ungerechtigkeit ist die Rassendiskriminierung. Wir freuen uns, daß auch Christen in vielen Gebieten (Rhodesien, Südafrika) in den ersten Reihen derjenigen stehen, die gegen die Rassendiskriminierung kämpfen. Wir empfehlen dringend, das Antirassismus-Programm des Ökumenischen Rates der Kirchen zu fördern; wir fordern alle Kirchen und Chri-

sten auf, die Verwirklichung dieses Programms voll zu unterstützen.

Der Kampf gegen den Kolonialismus und die Unterstützung der Befreiungsbewegungen rücken immer mehr in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Christenheit. Viele Christen setzen ihr Leben ein, indem sie an dem Befreiungskampf der noch unter dem Kolonialismus schmachenden Völker teilnehmen (Angola, Moçambique). Wir drücken unsere Solidarität mit diesen Befreiungsbewegungen aus.

Die in die Entwicklungshilfe gesetzten Hoffnungen der Völker sind nicht in Erfüllung gegangen. Obwohl diese Sache allgemein im Vordergrund starken Interesses steht, lösten die ihr zugrunde liegenden Konzeptionen in den Völkern der Dritten Welt eine bittere Enttäuschung aus. Die Parole der Entwicklungshilfe deckt in vielen Fällen neokolonialistische Pläne.

In allen diesen Nationen ist eine radikale soziale Wandlung durch Revolution für die Entwicklung notwendig. In einer Situation, in der die institutionalisierte Gewalt jede andere Möglichkeit ausschließt, kann der Gebrauch der Gewalt für die Erreichung dieses Zieles gerechtfertigt sein. Ziel der Entwicklung aber muß die Schaffung neuer Strukturen sein, die es den machtlosen Massen ermöglicht, die Macht zu erobern, um ihre legitime Würde zurückzugewinnen.

4. Wir sind uns bewußt, daß viele Christen von der antikommunistischen Propaganda mißbraucht werden. Wir möchten daher die Kirchen darauf hinweisen, daß es in der Wahrnehmung unserer Verantwortung für den Frieden und für den Aufbau einer besseren Welt wesentlich darauf ankommt, solchen Konzeptionen unsere Absage zu erteilen, die den Charakter des Antikommunismus tragen und die Völker von ihrem Kampf für Frieden und Gerechtigkeit ablenken.

V.

Die Menschheit sehnt sich nach Frieden und nach einem Leben in Menschenwürde und Gerechtigkeit. Aber die Kriegs- und Krisenherde in der Welt sind noch nicht ausgelöscht; sie fordern immer neue Opfer von den Völkern, die in sie hineingezogen werden. Wir müssen hierbei vor allem an die noch immer andauernden Kriegshandlungen in Indochina denken, für die die USA die volle Verantwortung tragen. Diese Kriegshandlungen bedrohen das Leben der Völker in Vietnam, in Laos und in Kambodscha. Wir

denken weiter an das schwere Schicksal der Völker im Nahen Osten, das die Folge der militärischen Aggression Israels ist.

Wenn wir in der Botschaft der III. ACFV von der Interdependenz der Krisenherde gesprochen haben, so hat diese Feststellung ihre Richtigkeit behalten. Wir müssen daher betonen, wie die Kriegsherde im Fernen Osten und im Nahen Osten mit den Krisenherden in anderen Teilen der Welt, zumal in Europa, zusammenhängen.

Wenn auch in der letzten Zeit in Europa wichtige Zeichen positiver Entwicklungen zu beobachten sind — z. B. die Verträge zwischen der UdSSR und der Volksrepublik Polen mit der BRD, die Vereinbarungen der vier Mächte über Westberlin, das Anwachsen der Bewegung zugunsten der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR —, so gibt es dennoch auf diesem Kontinent noch keine Stabilität der internationalen Beziehungen, durch die ein sicheres Leben der Völker Europas gewährleistet würde.

Wir halten es daher für dringlich erforderlich, daß im Ringen um eine bessere Welt die Kriegs- und Krisenherde ausgelöscht werden. Eine wichtige Bedingung hierfür ist die Interdependenz des Kampfes aller Friedenskräfte.

Wir verweisen auf unsere gesonderten Resolutionen über Vietnam, europäische Sicherheit, Nahen Osten, Ostpakistan und Rassismus.

VI.

1. Die CFK ist bestrebt, alle jene aktuellen Probleme zu untersuchen, die untrennbar sind von der Gestaltung der friedlichen Existenz der Menschheit, und sie will zu deren Lösung beitragen. Sie tut dies in der Konsequenz des christlichen Glaubens und auf der Grundlage politischer Analysen.

Die CFK will ein Forum sein, das allein von den Erfordernissen des Ringens um den Frieden und die Gerechtigkeit bestimmt ist. Hierbei werden verschiedene Meinungen geäußert und gemeinsam ergänzt und verbessert.

Die CFK will also ein Forum sein, das der Weltchristenheit eine unmißverständliche Orientierung anbietet. Sie ist bereit, das hierbei einzufließende Wagnis zu übernehmen. Die Christliche Friedenskonferenz ist kein Selbstzweck. Sie ist ein Instrument für die Versöhnung der Menschheit heute und für das Stre-

Resolution über europäische Sicherheit

Durch Europa geht die Grenze zwischen den beiden Gesellschaftssystemen, zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Hier stehen sich die antagonistischen Systeme atomar und konventionell hochgerüstet unmittelbar gegenüber. Europa, das in den beiden Weltkriegen dieses Jahrhunderts das Epizentrum war, darf nicht zum Ausgangsort eines dritten Weltkrieges werden.

I.

In Europa hat es in den letzten Jahren Zeichen einer politischen Entwicklung gegeben, die auf die Stabilisierung der Sicherheit dieses Kontinents und auf die Förderung eines weltweiten Prozesses der Entspannung gerichtet sind. Wir nennen hier nur die jüngsten und zugleich bedeutendsten Ereignisse: die Verträge zwischen der UdSSR und der Volksrepublik Polen mit der BRD, den Abschluß des Abkommens der vier Mächte, Frankreich, Großbritannien, UdSSR, USA, über Westberlin. Wir begrüßen diese Abkommen, und wir sind gewiß, daß sie sich positiv

ben nach Sicherung des Friedens und der Gerechtigkeit. Um diese Aufgabe wahrnehmen zu können, appelliert sie an alle Bewegungen und Organisationen, die für den Frieden arbeiten (UNO, Weltfriedensrat, KKIA des Ökumenischen Rates der Kirchen — um nur diese zu nennen), und sie ist ihrerseits bereit, mit diesen Organisationen zusammenzuarbeiten.

2. Wir haben schon betont: Die ganze Welt sehnt sich nach Frieden und Gerechtigkeit. Millionen und aber Millionen von Menschen arbeiten mit immer größerer Bewußtheit für die Verwirklichung des Friedens. Und dennoch: Die Kluft zwischen dem Friedenswunsch der Millionen und dem Blutvergießen, den ständigen Spannungen im Leben der Menschheit ist noch immer groß.

Diese Kluft zu verringern und schließlich zum Verschwinden zu bringen und die Bedingungen für den Aufbau einer besseren Welt zu entfalten — darin besteht die gemeinsame Verantwortung der Christen heute. Wir verwirklichen diese Verantwortung in der Hoffnung unseres Glaubens, wonach „Güte und Treue einander begegnen, Gerechtigkeit und Frieden sich küssen“ (Psalm 85,11).

auf die Festigung der europäischen Sicherheit auswirken. Wir verkennen aber nicht, daß diese positiven Erscheinungen nicht isoliert gesehen werden können.

Die von uns in der Botschaft der III. Allchristlichen Friedensversammlung analysierte Interdependenz der Krisenherde bezieht sich nach wie vor auch auf Europa. Wir würden in eine von den Realitäten nicht bestätigte Euphorie verfallen, würden wir die Mißklänge im „europäischen Konzert“ überhören — Mißklänge überdies nicht nur für die Völker Europas, sondern gerade auch für die der Dritten Welt. Imperialistische Expansion und Neokolonialismus gehören hierzu, und wir wissen, daß der Antikommunismus nicht auf einen Kontinent beschränkt bleibt.

In der Würdigung der Dialektik positiver Zeichen der Entspannung und negativer Momente der imperialistischen Politik in Europa und von Europa aus halten wir die Herstellung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa als das Hauptziel einer Strategie des Friedens auf diesem Kontinent. Wir sind uns bewußt, daß das Erreichen dieses Zieles im Zeichen der friedlichen Koexistenz günstige Auswirkungen auf die sozialen und politischen Veränderungen in Lateinamerika, Afrika und Asien hätte, besonders natürlich auch auf das Streben nach Beseitigung der Krisenherde in Indochina, in Pakistan und im Nahen Osten (Israel gegen die Arabischen Staaten).

II.

Ein entscheidender Schritt auf dem Wege zur Herstellung des Systems der kollektiven Sicherheit in Europa wäre das unverzügliche Zustandekommen einer gesamteuropäischen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit. Wir begrüßen, daß ihre Vorbereitung in bilateralen und multilateralen Gesprächen schon weit gediehen ist. Wir begrüßen weiter, daß immer mehr europäische Staaten ihr Einverständnis hiermit bekundet haben. Und wir haben mit Interesse die finnischen Initiativen für das Zustandekommen der Konferenz zur Kenntnis genommen.

Wir halten es im Interesse der Stärkung der europäischen Sicherheit für außerordentlich wichtig, daß ohne Verzögerung weitere Schritte im Blick auf die Lösung von Problemen

gegangen werden, die heute noch offen sind. Hierzu rechnen wir:

— Mit Vorrang und besonderer Dringlichkeit ist die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau durch die BRD vorzunehmen. Auch der Vertrag über Nichtweitergabe von Atomwaffen ist von der BRD und anderen Staaten noch nicht ratifiziert.

— Die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zu ihr durch die BRD und durch andere europäische Staaten ist bereits überfällig.

— Die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO ist aktiv zu fördern.

— Das Münchener Abkommen ist von der BRD als von Anfang an (ex tunc) ungültig zu erklären. Wir erwarten, daß die BRD ihre Beziehungen zur CSSR in diesem Sinne gestaltet.

— Wir halten die Förderung von Abrüstungsmaßnahmen und Verhandlungen über die Verminderung von Truppen in Europa ohne Nachteile für die Beteiligten für besonders wichtig.

Gleichzeitig sind wir uns der Tatsache bewußt, daß in letzter Zeit der Widerstand der Rechtskräfte in der BRD gegen die Entspannung in Europa sich immer mehr verschärft. Auch in anderen Ländern, zum Beispiel in Großbritannien, sind Störmanöver reaktionärer Politik gegen den Prozeß der Förderung der europäischen Sicherheit in Gang gesetzt worden.

Diese europäischen Probleme analysierend, sind wir zu der Überzeugung gelangt, daß die friedliche Koexistenz das effektive Instrument zur Herstellung des Friedens in Europa ist, und die friedliche Koexistenz in Europa kann den Weg für den Fortschritt in der friedlichen Lösung von Problemen in anderen Teilen der Welt zeigen.

III.

Als eine christliche Friedensbewegung vertreten wir die Auffassung, daß alle Bemühungen um die kollektive Sicherheit in Europa als konstitutiver Bestandteil der Strategie des Friedens nicht nur auf diplomatischer Ebene forciert werden müssen. Wir haben die feste Überzeugung, daß der Kampf um den Frieden in Europa, der in gleicher Weise gegen die imperialistische Globalstrategie in anderen Teilen der Welt gerichtet ist, eine Sache aller Völker ist. Daher begrüßen wir

die Bestrebungen des Weltfriedensrates, daher unterstützen wir die Einberufung eines Völkerkongresses über europäische Sicherheit.

Wir appellieren an die Kirchen und christlichen Organisationen in Europa – etwa an die Konferenz Europäischer Kirchen, an katholische Organisationen, wie die Berliner Konferenz katholischer Christen aus europäischen Staaten und Pax Christi –, ihrerseits an die von ihnen bereits gemachten Analysen der europäischen Situation anzuknüpfen und alle Bemühungen zu fördern, die auf die Herstellung eines stabilen und kollektiven Sicherheitssystems in Europa zielen.

Würdigung Kings

Im Verlag „NAUKA“, Moskau, ist im vergangenen Jahr eine Sammlung von Aufsätzen, Reden sowie Kapiteln aus den Büchern von Dr. Martin Luther King herausgekommen. Die Bedeutung dieser Edition ist in der Moskauer Wochenzeitschrift „Neue Zeit“ ausführlich gewürdigt worden. Der Verfasser, Dr. habil. Robert Iwanow, schrieb u. a.: „Wenn man die Bedeutung der nichtgewaltsamen Aktion im Wirken und in den Werken Kings über die Negerbewegung übertreibt, verfolgt man damit bestimmte politische Zwecke. Gewisse Kräfte möchten das Ansehen Kings nutzen, um die stürmischen Handlungen der Neger der Reaktion zuliebe auf die milden Bahnen der nichtgewaltsamen Aktion umzuleiten. Ein überzeugender Beweis dafür, daß King zusammen mit der Negerbewegung politisch wuchs und sich schon in den 60er Jahren von den Dogmen der nichtgewaltsamen Aktion befreit hatte, sind seine tatkräftigen Bemühungen darum, das hundertjährige Jubiläum der Aufhebung der Sklaverei in den USA (1963) zu einem Aufmarsch aller Kräfte zu machen, die für die Abschaffung der Rassen diskriminierung kämpfen. King schrieb, daß die Negerbewegung zu einem ‚Hammer der sozialen Revolution‘ geworden ist. Er rang sich zu der Einsicht durch, daß eine Umgestaltung der amerikanischen Gesellschaft notwendig ist. ‚Da beginnt man zu zweifeln am kapitalistischen System. Eine Gesellschaft, die Bettler hervorbringt, muß umgestaltet werden.“

Diese Würdigung des Werkes von Martin Luther King in der Sowjetunion ist zweifellos von großer politischer und ideologischer Bedeutung.

Zur IV. ACFV

(Fortsetzung von Seite 322)

Und schließlich:

„Die Christliche Friedenskonferenz ist kein Selbstzweck. Sie ist ein Instrument für die Versöhnung der Menschheit heute und für das Streben nach Sicherung des Friedens und der Gerechtigkeit. Um diese Aufgabe wahrnehmen zu können, appelliert sie an alle Bewegungen und Organisationen, die für den Frieden arbeiten (UNO, Weltfriedensrat, KKIA des Ökumenischen Rates der Kirchen – um nur diese zu nennen), und sie ist ihrerseits bereit, mit diesen Organisationen zusammenzuarbeiten.“

In der Resolution über Europäische Sicherheit wird festgestellt:

„Als eine christliche Friedensbewegung vertreten wir die Auffassung, daß alle Bemühungen um die kollektive Sicherheit in Europa als konstitutiver Bestandteil der Strategie des Friedens nicht nur auf diplomatischer Ebene forciert werden müssen. Wir haben die feste Überzeugung, daß der Kampf um den Frieden in Europa, der in gleicher Weise gegen die imperialistische Globalstrategie in anderen Teilen der Welt gerichtet ist, eine Sache aller Völker ist. Daher begrüßen wir die Bestrebungen des Weltfriedensrates, daher unterstützen wir die Einberufung eines Völkerkongresses über europäische Sicherheit.“

Zur Zusammenarbeit mit katholischen Friedenskräften lesen wir in der Botschaft:

„Wir wissen um die Bemühungen in der römisch-katholischen Kirche, im Geiste von ‚Pacem in terris‘ für den Aufbau einer besseren Welt zu wirken. Wir streben die Zusammenarbeit mit allen katholischen Organisationen an, die für dieses Ziel im Interesse der Menschheit und des Friedens eintreten.“

In der Resolution über Europäische Sicherheit wird an die bedeutungsvolle Arbeit der Berliner Konferenz katholischer Christen aus europäischen Staaten erinnert.

Fassen wir diesen Gesichtspunkt mit einem Zitat aus dem Referat von Dr. Herbert Mochalski zusammen:

„Friedliche Koexistenz zwischen Staaten bedeutet nicht die Anerkennung von Strukturen der Ausbeutung und Gewalt. Andernfalls wären wir, z. B. die CFK, gar nicht in der Lage, uns mit den Befreiungsbewegungen zu solidarisieren und sie zu unter-

stützen. Veränderungen von Strukturen der Ausbeutung und Gewalt können aber nicht von außen her in Gang gesetzt werden. Gerade wenn man das weiß, wird man um so mehr auf die Interdependenz der Krisenherde, wie ich versucht habe, sie darzulegen, achten. Die Erkenntnis dieser Interdependenz wird dann in zunehmendem Maße zur Interdependenz aller Aktionen führen, die – wo immer in der Welt – gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen Kolonialismus, Neokolonialismus und Rassismus, gegen Kriegsvorbereitungen und gegen die Entfachung von Kriegen geführt werden.“

Diese skizzenhaften Überlegungen, die im Zusammenhang mit der klaren Entscheidung zu aktuellen politischen Fragen (Kampf gegen die amerikanische Aggression in Vietnam, gegen die imperialistische Friedensbedrohung im Nahen Osten, für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, für die Universalität der UNO, für eine Weltabrüstungskonferenz usw.) gesehen werden müssen, zeigen, daß die CFK ihre avantgardistische Position in der Weltchristenheit nicht nur nicht verloren, sondern präzisiert ausgebaut hat.

Diese Feststellung wird man dahingehend zu konkretisieren haben, daß für die politischen Entscheidungen der Weltchristenheit vom Forum der IV. ACFV ausgearbeitete Alternativen vorliegen, die zu bedenken und zu beherzigen für die Ökumene von nicht geringer Bedeutung wäre.

Nachbemerkung: Diese Arbeit beruht auf Studien von Rolf-Dieter Günther, Carl Ordnung und Günter Wirth, und sie entstand im Auftrag des Regionalausschusses der CFK.

ena

Der Evangelische Nachrichtendienst (ena) hat in seinen Ausgaben Nr. 40 und 41/1971 eine ausgezeichnete Übersicht über die IV. Allchristliche Friedensversammlung geboten. Chefredakteur Lorenz, ein in ökumenischen Angelegenheiten versierter Journalist, hat es verstanden, den Kern dieser Konferenz in Prag klar herauszuschälen. So sei nur darauf verwiesen, daß Lorenz in Nr. 41 unter der Überschrift „Interdependenz der Friedenskräfte gegen Interdependenz der Krisenherde“ eine der entscheidendsten neuen Aussagen der IV. ACFV ins Zentrum seiner Berichterstattung gerückt hat...

Europäische Sicherheit - ein Auftrag für Christen und Kirchen

Thesen - erarbeitet von der CFK-Gruppe für Internationale Fragen
Perlin

1. Die Schaffung der Europäischen Sicherheit steht seit dem Ende des 2. Weltkriegs auf der Tagesordnung. Lange genug haben sich die Völker die Politik des kalten Krieges gefallen lassen müssen. Immer mehr Menschen erkennen heute die Gefährlichkeit imperialistischer Politik wie sie immer noch am deutlichsten im Zusammenwirken aggressiver Kräfte in den USA und der BRD in Erscheinung tritt und treten für ein stabiles Sicherheitssystem in Europa ein.
2. Die Staaten des Warschauer Vertrages haben in den letzten Jahren genügend Vorschläge zur Schaffung der Europäischen Sicherheit auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz unterbreitet. Sie sind zwischen den Regierungen der europäischen Staaten ausführlich diskutiert worden. Fast alle Regierungen haben sich für die Durchführung einer europäischen Sicherheitskonferenz ausgesprochen. Es kommt jetzt darauf an, eine solche Konferenz ohne Vorbedingungen und unter gleichberechtigter Beteiligung aller europäischen Staaten, einschließlich der BRD und der DDR, durchzuführen.
3. Die DDR hat das Potsdamer Abkommen auf ihrem Boden konsequent verwirklicht und damit für ihren Teil die Voraussetzung dafür geschaffen, daß von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgeht.
Die Anerkennung der DDR durch andere Staaten ist für die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems wesentlich.
4. In der BRD entwickeln sich Kräfte, die den status quo in Europa anerkennen wollen. Das Drängen dieser Kräfte hat erheblich dazu beigetragen, daß die derzeitige Regierung der BRD Verträge mit der UdSSR und der VR Polen geschlossen hat. Durch beide Verträge wird die Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa fixiert. Sie können deshalb

nach ihrer Ratifizierung zur Gewährleistung der Europäischen Sicherheit beitragen. Es kommt darauf an, daß beide Verträge schnellstens ratifiziert und realisiert werden.

5. Die BRD hat sich mit den Verträgen von Moskau und Warschau verpflichtet, ihre Beziehungen zur DDR auf der Grundlage der vollen Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung zu gestalten, sowie den Beitritt der BRD und der DDR zur UNO zu fördern. Keiner der beiden deutschen Staaten darf im Ausland den anderen vertreten oder in dessen Namen handeln. Damit hat die BRD-Regierung faktisch sogenannte innerdeutsche Beziehungen für unsachgemäß erklärt, und es ist daher folgerichtig, wenn es zwischen der DDR und der BRD auf der Grundlage des Völkerrechts zur Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen kommt. Die Formel "innerdeutsche Beziehungen" muß als Ausdruck von Revanchepolitik gegenüber der DDR verstanden und überwunden werden.
6. Voraussetzung jeder realistischen Gestaltung der Beziehungen zwischen beiden Staaten ist die Anerkennung der Abgrenzung zwischen der DDR und der BRD, die in gegensätzliche Gesellschaftssysteme integriert sind.
7. Die Junktim-Politik der BRD hilft nicht zur Entspannung in Europa. Die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau darf nicht an die - unbedingt nötige - Lösung der Westberlinfrage gekettet werden.
An der Lösung aller Fragen, die die Sicherheit in Europa betreffen, kann und muß gleichzeitig gearbeitet werden.
Zwischen Westberlin und der DDR muß es zu Abmachungen kommen. Westberlin kann sich nicht gegen die DDR entwickeln, ihm muß seine Frontstadtfunktion endgültig genommen werden.
8. Die Schaffung der Europäischen Sicherheit erfordert ferner die Nichtigkeitserklärung des Münchner Abkommens von Anfang an und den Verzicht auf jede Gewaltanwendung bei der Lösung von Streitigkeiten zwischen den Staaten.

9. Der Vorschlag der UdSSR zur Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa ist eine gute Grundlage für multilaterale Gespräche über Fragen der Europäischen Sicherheit.
10. Besondere Gefahren für die Europäische Sicherheit gehen von der Existenz faschistischer Regimes in einigen europäischen Ländern - Spanien, Portugal und Griechenland - und vom Neonazismus in Westdeutschland aus. Der Kampf gegen den Faschismus ist deshalb eine wichtige Voraussetzung für den Frieden. Das Verbot der neonazistischen NPD, die Wiederherstellung demokratischer Freiheiten in Ländern mit faschistischen Regimen, die Abschaffung der Notstandsgesetzgebung in der BRD u.a. würden wesentliche Fortschritte auf dem Wege für Sicherheit und Entspannung in Europa bedeuten.
11. Wenn sich Christen und Kirchen mit der Verantwortung für den Frieden in Europa befassen, können sie dieses nur in Buße tun. Christen und Kirchen sind schuldig geworden (besonders innerhalb der EKID), weil sie zu lange zu brennenden Fragen in Europa entweder geschwiegen oder von anti-sozialistischen Positionen her geredet haben. Die Versöhnung in Jesus Christus wurde von ihnen oft versöhnlerisch im Blick auf die Systeme verstanden. Sie waren nicht qualifiziert, sich am Kampf um Gerechtigkeit in der Welt zu beteiligen.
12. Der Auftrag für Christen und Kirchen ist es, für eine Verbesserung der Verhältnisse in der Welt einzutreten - und dieses nicht, um für sich selbst etwas zu retten, sondern im Geist ihres Herrn Jesus Christus Partei zu ergreifen für arme, unterdrückte und entrechtete Mitmenschen. Unsere Mitmenschen in Europa aber leben in unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Gesellschaftsordnungen. Wer hier für andere leben will, muß seine Entscheidungen von einer sachgemäßen Analyse seiner spezifischen politischen Situation her fällen und von daher für die Verbesserung des politischen Klimas und die Errichtung eines stabilen Sicherheitssystems arbeiten.

Abrüstung

Erklärung des Exekutivkomitees der Kommission der Kirchen
für Internationale Angelegenheiten (CKIA) Juni 1973 in
Budapest

I Rüstung und Gesellschaft

Die Militarisierung der Welt geht unverändert weiter.
Ein Forschungsinstitut - das Internationale Friedens-
forschungsinstitut Stockholm (SIPRI) nimmt an, daß:

1. das Militärbudget der Welt 1971 190 Millionen Dollar erreichte;
2. ein Großteil der Information über den augenblicklichen strategische Waffenrennen durch Aufklärungssatelliten erlangt wird. Von den insgesamt 1.268 Satelliten, die seit 1957 von den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion gestartet wurden, waren 47 Prozent Aufklärungssatelliten;
3. Seit der Unterzeichnung des Salt I Abkommens im Mai 1972 die Zahl nuklearer Sprengköpfe für einsatzbereite strategische Waffen in den Vereinigten Staaten von 5.890 auf 7.040 und in der Sowjetunion von 2.170 auf 2.260 angestiegen ist;
4. Die bedeutenderen Waffenimporte in die Dritte Welt seit 1950 pro Jahr um 10 Prozent zugenommen haben, mehr als zweimal so schnell wie ihr GNP. Fünfunddreißig Länder der Dritten Welt besitzen jetzt Überschallkampfflugzeuge.

Feststellungen wie diese führen uns zu folgender Frage:
Welche Gründe zwingen die verschiedenen Systeme und Staaten, ihre Rüstung in solch schrecklichen Ausmaß zu vergrößern?

Zunächst muß zwischen Bewaffnung zur Selbstverteidigung und Bewaffnung jenseits solcher Erfordernisse unterschieden werden. Bewaffnung über die Erfordernisse der Selbstverteidigung hinaus kann sich auf Aggression nach außen richten oder auf die Erhaltung der Beherrschung

anderer Völker oder auf das internationale Recht, eine herrschende Minderheit an der Macht zu halten. Diese Art von Rüstung hängt oft mit einer Unterdrückung von Freiheit und Gerechtigkeit zusammen, nicht nur innerhalb von Nationen, sondern weltweit.

In allen Teilen der Welt stimuliert oft die Furcht vor den Nachbarn das Waffenrennen und führt zu einer Übersteigerung der Bewertung der Überlegungen im nationalen Interesse. Rüstungspolitik kann zum Ausdruck der Faszination einer Nation an materiellen Machtmitteln werden, die den tiefsten Instinkten des Lebens und die wahren Werte der Zivilisation außer Acht lässt.

In hochentwickelten Ländern resultiert der Militarismus in einer Kombination von politischen, militärischen, industriellen, wissenschaftlichen und kulturellen Kräften, die einen dynamischen Einfluss auf die gesamte Gesellschaft entwickelt hat. Das Ergebnis davon ist, dass immer die Gefahr besteht, dass spezielle oder sogar breite Teile der Gesellschaft sich mit dem Waffensystem aus rein ökonomischen Gründen identifizieren.

Eine tiefgreifende Veränderung der Werte ist dringend erforderlich, die militärische Gefahr fortgesetzter Rüstung nicht nur für den Staat, sondern auch für die Menschheit unterstreicht. Außerdem unterstreichen die nachteiligen Wirkungen von Waffenherstellung auf die Umgebung und der verschwenderische Gebrauch von seltenen Bodenschätzen die Notwendigkeit einer Veränderung.

Ein Anfang für das Erlangen größerer Freiheit und Gerechtigkeit für die Völker in der Welt kann mit der Rückführung von Mitteln gemacht werden, die jetzt für die Rüstung bestimmt sind. Diese Mittel sollten sowohl vernachlässigten Gruppen

in entwickelten Ländern als auch Entwicklungsländern durchgeführt werden; in erster Linie, um ihr Selbstvertrauen zu stützen.

II Abrüstung und Verhängung

Die Bemühungen mit dem Ziel einer allgemeinen und kontrollierten Abrüstung müssen aktiv verfolgt werden, weil es ohne solche Abrüstung keinen dauerhaften Frieden für die Zukunft geben kann. Diese Bemühungen sollten aber nicht zu einer Blockierung der erforderlichen Evolutionen im Leben der Menschen führen. Es wäre in besonderem völlig unzulässig, wenn unter dem Vorwand von Abrüstung die Abhängigkeit der Armen von den Mächtigen für immer erhalten werden sollte und wenn diejenigen, die die schrecklichen Waffenbestände haben - selbst wenn sie den Besitz und den Gebrauch begrenzen würden - weiter auf diejenigen, die sie nicht haben, ihre sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Systeme, ihre Revolutionen und Gegenrevolutionen aufbauen würden.

Das Paradox der gegenwärtigen Situation besteht darin, daß, je länger die Befreiung der Völker ohne ihre rechtswidrige Freiheit hinausgeschoben wird, desto länger es unrealistisch wird, ihnen das Recht zu verweigern, zu Waffen zu greifen. Obwohl wir die Tradition des Pazifismus und die Stimmen derer, die vor den Gefahren einer Rückkehr zur Gewalt warnen, nicht ignorieren können, ist es wichtig zu erkennen, daß die bewaffnete Gewalt der Unterdrückten oft eine natürliche Antwort auf die strukturelle Gewalt, deren Opfer sie sind, ist. Keine saubere Analyse von "Terrorismus" kann diesen Faktor leugnen. Das Dilemma für Christen in diesen Situationen kommt aus einer Sorge um die menschliche Würde auf der einen Seite und dem Wunsch nach Abrüstung auf der anderen. Nur entscheidende und echte Veränderungen auf dem Gebiet sozialer Gerechtigkeit und internationaler Beziehungen können die teuflische und eskalierende Spirale von Gewalt und Gegengewalt brechen.

III Konkrete Schritte zur Abrüstung

1. Die Kirchen haben eine spezielle Verantwortung, dabei mitzuhelfen, die öffentliche Meinung zu entwickeln, so daß jede Maßnahme für Waffenkontrolle und Abrüstung als ein begrenzter aber einseitiger Schritt auf eine Welt zu angesehen wird, in der bewaffneter Gewalt nur unter strikter internationaler Kontrolle gebraucht werden sollte.
Insbesondere sollten die Kirchen ermutigt werden, die bevorstehende Weltkonferenz über Abrüstung zu unterstützen.
2. Der Wille abzurüsten ist zum großen Teil mit der Erreichbarkeit geeigneter Alternativen zur militärischen Macht in der Verfolgung legitimer Ziele gekoppelt. Die UN sollten, von den Mitgliedstaaten dazu befähigt, hohe Priorität einer fortgesetzten Suche nach einer allgemein akzeptablen und effektiven Mechanismus für eine friedliche Veränderung ungerechter Beziehungen, für eine friedliche Regelung internationaler Auseinandersetzungen geben wie auch der Aufrechterhaltung der Ordnung während des Prozesses. Auf regionaler Ebene sollte man ähnlich verfahren. Die Versuchungen unilateraler militärischer Macht müssen zunehmend durch die Entwicklung echter kollektiver Sicherheit eingebrannt werden.
3. Wir begrüßen die positiven Bemühungen auf dem Gebiet einer Waffenbegrenzung und der internationalen Sicherheit, die kürzlich stattgefunden haben, beide in Rahmen der UN, und in den bilateralen Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR. Verhandlungen mit dem Ziel einer effektiven totalen Stopp nuklearer Waffen als logischer Folge des Salt Abkommens

müssen angestrebt werden. Die Gründe gegen die Zustimmung zu einem vollkommenen System der Durchsetzung sollten nicht solch einen Vertrag blockieren dürfen. Währenddessen sollte ein Korridor für alle Versuche, einschließlich der Versuche mit neuen Kategorien nuklearer Waffen, ausgearbeitet werden, an dem alle nuklearen Mächte, einschließlich China und Frankreich, zur Beteiligung gedrängt werden sollten. Eine sofortige Überlegung ist der Schutz der Bevölkerungen vor den Auswirkungen der Tests nuklearer Erfindungen.

4. Die Aufmerksamkeit sollte auf die Zuführung von Mitteln für den friedlichen Gebrauch gerichtet werden, was von besonderer Bedeutung im Blick auf den Mangel der Welt an Energie ist.
5. Die Ratifizierung des Nicht-Weitergabe-Vertrages, besonders durch die Staaten, die an der Schwelle zum Besitz nuklearer Waffen stehen, sollte dringend unterstützt werden.
6. Die Unterzeichnung des Vertrages über Biologische Waffen von 1972 wird begrüßt, aber die dringende Bitte muß ausgesprochen werden, daß Fortschritte zur Zustimmung gemacht werden in der Frage des Stops von Herstellung, Besitz oder Gebrauch von chemischen Kriegsmitteln. In der Zwischenzeit sollten die Staaten gedrängt werden, das Genfer Protokoll von 1925 strikt einzuhalten.
7. In den letzten Jahren ist der Waffenhandel alarmierend angewachsen. Je größer die Menge und je raffinierter die Qualität der militärischen Waffen, desto größer die Gefährdung des Friedens. Bei fortschreitender Abrüstung sollte ein System entwickelt werden, das die Produktion, den Verkauf, den Transfer, den Ankauf und den Besitz von Waffen mit Sicherheit registriert und durch das alle Nationen den UN berichten.
8. Die Regeln internationaler humanitärer Gesetze und der Kriegsführung, wie sie seit einem Jahrhundert aufgestellt wurden, sind nicht länger mehr geeignet, die Opfer moderner

Kriegsführung zu schützen, besonders die Zivilbevölkerung, noch sind sie für Situationen der Guerilla-Kriegsführung zutreffend.

Das Internationale Rote Kreuz hat neue Regeln und Maßstäbe zur Anwendung der Genfer Konvention von 1949 für die Diskussion auf einer diplomatischen Konferenz 1977 vorgeschlagen. Es ist wichtig, daß der Weltrat der Kirchen und seine Mitgliedskirchen diese Fragen studieren und Maßnahmen unternehmen, die den Verbot der Herstellung und des Gebrauchs von gegen die Menschen gerichteten Waffen betreffen: die Eliminierung von Hunger als einer Kriegswaffe, der Gebrauch von Massakriegsführung und -mordwaffen, das Verbot der Folter sowohl bei Kämpfern als auch bei Nicht-Kämpfern und das Verbot militärischer Repressionen.

IV. Ein Appell

1. Während der Kampf um Zurechtung die Unterstützung aller Priester und aller Menschen guten Willens erfordert, richten wir einen besonderen Aufruf an die Mitgliedskirchen und an alle Christen, ihre Pflichten zu vertiefen und eine aktivere Rolle in diesem großen Kampf zu übernehmen. Christen sollten in ihren Beziehungen nicht müde werden, der Zeit näherzukommen, die der Prophet Jesaja beschreibt, wenn "kein Volk wider den andern den Schwert erheben wird und sie hinfert nicht mehr lernen, Krieg zu führen". (Jes. 2, 4) Wir und alle Menschen sind gewarnt durch das Wissen, daß die Bomben, wenn sie sich auflösen dürfen, auch eines Tages losgehen werden und dabei Tregdie und Leid in einem noch nicht gekannten Ausmaß hervorrufen. Deshalb fordern wir heute, Glauben und Wissen, all, alles was wir von können, für eine Weltrettung zu tun.
2. Der eine Beitrag, den Christen leisten müssen ist, Apathie und Hoffnungslosigkeit zu bekämpfen, die den Kampf um eine echte Weltbegegnung untergraben. Wir können sicher sein,

daß die Menschheit nicht dazu bestimmt ist, diesen wichtigen Fall zu verlieren, wenn der Wille zum Gelingen stark genug gemacht werden kann. Unser Herr ist der Friedensfürst. Ihm gehören der Christen der Dienst der Versöhnung aufgetragen (2. Kor. 5,18). Und dies setzt voraus, daß wir unsere Bemühungen vereinen, um eine totale und universelle Abrüstung zu erreichen. Die Erfahrungen der Geschichte lehren uns, daß wir uns nicht mit Hoffnung auf einen leichten Erfolg täuschen dürfen. Aber wir können ein festes Herz und guten Mut haben, denn wir sind von unserem Herrn zum Frieden gerufen, und unser Herr ist der Gott der Hoffnung (Röm. 15,13).

3. Ein anderer Beitrag, den Christen leisten sollten, ist, ihren Gesellschaften und der internationalen Gesellschaft zu helfen, empfindlicher zu werden für die Ziele Gerechtigkeit und Befreiung für die Benachteiligten, die Ausgebeuteten, die Machtlosen. Der Kampf um Gerechtigkeit und Freiheit ist für die Sache der Abrüstung notwendig, weil ein wahrer Friede sowohl Gerechtigkeit als auch Freiheit erfordert.
4. Schließlich sollten Christen in dem Wissen, daß Gott weiterhin die Welt in seinen Händen halten wird, an der Spitze derer stehen, die die Bereitschaft ihrer Regierung zu einem gewissen vernünftigen Risiko für Frieden und eine unbewaffnete Welt unterstützen. Der gefährliche Kreis von Misträuen, der die tödliche Spirale des Waffenrennens inspiriert, kann nicht unterbrochen werden, bevor nicht Führer und Nationen vorbereitet sind, einen neuen Vertrauensversuch zu machen. Da das Ablehnen gerechtfertigter Risiken ein gewisses Unheil bedeutet, ist der Mut, der für einen erfolgreichen Schritt - für Schritt-Abrüstung - erforderlich ist, wirklich nicht zu groß. Christen müssen als Gefolgsleute eines, der die ganze Welt regiert, als Vorläufer einer neuen Geburt von Vertrauen unter Menschen und Nationen dienen.

(Aus dem Englischen übersetzt von Inge Orphan, Berlin)

- Informations- und Arbeitsmaterial
der A G -

Abschrift aus : JUNGE KIRCHE 7/83 - S.400 :

Für eine neue Sicherheitspolitik in Europa

E r k l ä r u n g

Europa steht am Ende des Abschreckungsfriedens. Neue Waffen - änderte Militärstrategien und die Zunahme politischer Spannungen signalisieren die Veränderung der Situation. In Europa, und speziell in Mitteleuropa, wo die großen Bündnissysteme ihre militärischen Kräfte extrem konzentriert haben, wächst - scheinbar unaufhaltsam - die Gefahr eines nuklearen Krieges.

Die beiden deutschen Staaten haben durch ihre geographische Lage und die deutsche Geschichte eine besondere Friedensverantwortung. Die Wahrnehmung dieser Verantwortung erfordert jetzt, alle Möglichkeiten für die Entwicklung einer neuen Sicherheitspolitik zu nutzen, die dem Prinzip der gemeinsamen Sicherheit, der Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost- und Westeuropa verpflichtet ist.

Sicherheitspartnerschaft zwischen den deutschen Staaten braucht die Unterstützung der Kirchen in den deutschen Staaten. Wir halten es für vordringlich, daß die Diskussion über konkrete politische Schritte zur Sicherheitspartnerschaft zwischen den beiden deutschen Staaten jetzt breite Förderung erhält.

Zu solchen Schritten gehören nach unserer Auffassung :

- eine ausgewogene Reduzierung der konventionellen Streitkräfte und Rüstungen und der Militärausgaben in den deutschen Staaten in Abstimmung mit dem jeweiligen Bündnissystem
- der schrittweise Aufbau einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa
- die Bildung einer gemeinsamen Kommission der deutschen Staaten für Fragen gemeinsamer militärischer Sicherheit, z.B. zur Erörterung vertrauensbildender Maßnahmen oder von Verteidigungskonzeptionen, die als bedrohungsärmer angesehen werden
- die Nutzung von Mitteln, die im militärischen Bereich frei werden, für gemeinsame Wirtschaftsprojekte mit den europäischen Nachbarn (z.B. Polen) und mit den Ländern der Dritten und Vierten Welt zur Stärkung gemeinsamer Sicherheit
- die Einleitung eines Stufenprozesses der vollen Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, von der schrittweisen Regelung einfacherer Fragen (z.B. Staatsangehörigkeitsfragen) bis zur Anerkennung der vollen beiderseitigen Souveränität im Sinne des Völkerrechts und der vollen Normalisierung der Kommunikationsbeziehungen (Reiseverkehr, Informationsaustausch usw.)
- Ausschöpfung aller gegenseitig vorhandenen Möglichkeiten, das Prinzip der gemeinsamen Sicherheit für den Aufbau einer gesamt-europäischen Friedensordnung nutzbar zu machen.

Von den Kirchen in den beiden deutschen Staaten erwarten wir, daß sie

- das Konzept der Sicherheitspartnerschaft ihren Regierungen gegenüber mit Nachdruck vertreten

- den

- den Gedanken der gemeinsamen Sicherheit zum Thema des Friedensgesprächs der Gemeinden zu machen
- Sicherheitspartnerschaft als politische Übersetzung des biblischen Gebotes der Feindesliebe verstehen lernen
- Vorschläge zur Konkretisierung der Sicherheitspartnerschaft in den gemeinsamen Konsultationsprozeß zwischen dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und der Evangelischen Kirche in Deutschland einbeziehen, z.B. durch die Bildung einer Arbeitsgruppe "Sicherheitspartnerschaft".

Wir bitten alle Christen, die in Kirche und Gesellschaft ihre Friedensverantwortung wahrnehmen, nach ihren Möglichkeiten dazu beizutragen, daß das Konzept der gemeinsamen Sicherheit in praktische Friedenspolitik überführt wird.

Die Zeit drängt.

Dr. Heino Falcke, Erfurt
 D. Günter Jacob, Fürstenwalde
 Günter Krusche, Berlin (DDR)
 Dr. Walter Romberg, Berlin (DDR)
 D. Albrecht Schönherr, Berlin (DDR)
 Christof Ziemer, Dresden
 Prof. Dr. Günter Brakelmann, Bochum
 Volkmar Deile, Berlin (West)
 Dr. Erhard Eppler, Dornstetten
 Brigitte Gollwitzer, Berlin (West)
 Prof. Dr. Helmut Gollwitzer, Berlin (West)
 Prof. Dr. Wolfgang Huber, Marburg
 D. Kurt Scharf, Berlin (West)
 Helmut Simon, Karlsruhe

Juni 1983

ARBEITSMATERIAL

der

Arbeitsgruppe "Frieden und Abrüstung" der Friedenskirche
Berlin-Niederschönhausen 1110 Berlin, am 5. Mai 1983
Dietzgenstr. 23
Tel. 482 46 40

Wortlaut des Beschlusses der Synode Berlin-Brandenburg

(Tagung vom 8. - 12. April 1983 in der Stephanusstiftung
Berlin-Weißensee) - Nach der Veröffentlichung in der
POTSDAMER KIRCHE Nr. 18/ 1. Mai 1983 - S. 2 :

BEUNRUHIGT UND BETROFFEN

Die Synode hat teil an einer tiefen Beunruhigung von Christen und Nichtchristen in unserem Land und in unseren Nachbarstaaten über die zunehmende Gefährdung des Friedens in Europa. Die Briefe und Eingaben aus unseren Gemeinden, die Erarbeitungen des ständigen Ausschusses Friedensfragen und die Gespräche mit Gästen unserer Nachbarkirchen verstärken unsere Betroffenheit vor der gemeinsam empfundenen Bedrohung durch die vorhandene und geplante Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa. Alle Betroffenheit findet ihren Ausdruck in der Angst vor den vorhandenen Pershing-I- und SS-20-Raketen, vor der 1983 zu erwartenden Stationierung von neuartigen Mittelstreckenraketen Pershing II und Cruise Missiles und vor der als Antwort darauf drohenden Weiterentwicklung neuer Waffensysteme auf beiden Seiten. In diesem Wettlauf gegenseitiger Bedrohung wird das Klima von Abschreckung und Bedrohung verschärft. Deshalb sprechen wir uns gegen die für 1983 angekündigte Aufstellung neuartiger Mittelstreckenraketen in Westeuropa aus. Demgegenüber sieht die Synode in dem Vorschlag der Regierung Schwedens zur Schaffung einer von nuklearen Gefechtsfeldwaffen freien Zone in Mitteleuropa eine erstrangige vertrauensbildende Maßnahme. Die Zustimmung der Regierung der DDR zu diesem Vorschlag begrüßen wir in der Hoffnung, daß es zur Verwirklichung dieses Schrittes kommt. Trotz aller spürbaren Beunruhigung bittet die Synode alle, daran festzuhalten, Schritte zu gehen, die im persönlichen und gesellschaftlichen Bereich Vertrauen bilden können, und zurückzukehren zu einem Entspannungsprozeß, wie er 1975 in Helsinki seinen besonderen Ausdruck gefunden hat.

Unter den angezeigten Kunst- und Bildbänden ist neu der dritte Band von Günter Gloedes "Kirchen im Küstenwind", in dem Kirchen auf Rügen und Hiddensee vorgestellt werden (etwa 140 Text- und Bildseiten, etwa 6,80 M). Horst Wolfs "Die Meister des Breviarium Grimani" (68 Text-, 48 Bildseiten, 16,50 M.) bietet Zeugnisse vom künstlerischen Höhepunkt der flämischen Buchmalerei im 16. Jahrhundert. - Ein Stück Geschichte auch der religiösen Kunst: der letzten fünfzig Jahre spiegelt der Band "Erwin Hahs - Aus seinem Leben und Werk" wider. Der Autor Joachim Lehmann war einer der Schüler des 1970 gestorbenen vielseitigen Malers und Grafikers Prof. Erwin Hahs, der ebenso als Lehrender einen bedeutenden Namen hatte (80 Seiten, 48 Abbildungen, 6,20 M). - Den Abschluß des Katalogs bildet die Kirchenmusik mit allein mehr als 20 Titeln, darunter eine Anzahl Nachauflagen, ebenso aber auch Neuerscheinungen für das Orgelspiel, für Solostimmen mit Begleitung, für Instrumentalkreise (Posaunen, Flöten), für Kirchenchöre und - auffallend reichhaltig - für Kinderchöre.

(ena)

7) Orientierungen zur kirchlichen Friedensverantwortung

Der Bericht der Konferenz der Kirchenleitungen an die Bundessynode

Die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR hat ihre Auffassung bekräftigt, daß "die Friedensaufgabe der Kirchen unmittelbar und grundsätzlich aus der Verkündigung des Evangeliums folgt". Der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen, die vom 24. bis 28. September in Halle tagte, erstatteten der Konferenzvorsitzende Bischof Dr. Werner Krusche und das Konferenzmitglied Dipl. Ing. Rolf Böttcher einen Bericht der Konferenz, der ausschließlich der Thematik "Frieden - Zusage und Aufgabe" gewidmet war. Er enthielt einen Rückblick auf die entsprechende Arbeit des Kirchenbundes, Ausführungen zur Grundorientierung kirchlicher Friedensverantwortung sowie Aspekte der Bewährung dieser Friedensverantwortung im Leben der Gemeinde. Der Bericht setzte den thematischen Schwerpunkt für die gesamte Tagung der Synode.

In dem Rückblick wurde hingewiesen auf die Friedensdekade 1981, auf die Beteiligung des Kirchenbundes an der Amsterdamer internationalen Anhörung des Weltkirchenrats über Atomwaffen und Abrüstung vom November 1981, auf die Fortsetzung des Dialogs über Friedenszeugnis und Friedensdienst mit dem Nationalrat der Kirchen Christi in den USA im April 1982, auf die Konsultationen mit der EKD über die Friedensverantwortung, auf die Beteiligung an der Moskauer "Welt-

konferenz religiöser Vertreter für die Rettung der heiligen Gabe des Lebens vor einer nuklearen Katastrophe" im Mai 1982 sowie auf das anlässlich der II. UNO-Sondertagung über Abrüstung im Juni 1982 an die Gemeinden gerichtete Schreiben der Konferenz der Kirchenleitungen.

Grundsätzliche Erwägungen enthält der Konferenzbericht zu dem Problemkreis Vertrauen und Abschreckung, wobei mit Nachdruck dafür eingetreten wird, dem Geist des Abschreckungssystems abzusagen. Wörtlich heißt es in diesem Zusammenhang: "Die Resonanz, die der Ruf nach Vertrauen findet, ist sicherlich auch in der Ahnung begründet, daß die relative militärische Stabilität auf einem Mechanismus beruht, der in Wirklichkeit außerordentliche Gefahren in sich birgt und Angst erzeugt. Vor allem unter jungen Menschen macht sich deshalb ein Gefühl der Beklommenheit breit. Viele sind unruhig geworden und suchen nach einem Ausweg. Vertrauen wird als eine Alternative zur Abschreckung empfunden. Die Forderung, ganz neue Wege zu beschreiten, kann nicht einfach als gefährliche Schwärmerei und Vereinfachung abgetan werden." Angst und Angsterzeugung wirkten als irrationale Triebkräfte des Rüstungswettlaufs, könnten irrationale Vorstellungen aufbauen und damit herbeiführen, daß wirklich drohende Gefahren wie das Wohlstand-/Armut-Gefälle und das Gewicht ökologischer Fragen vernachlässigt würden. Bischof Krusche fragte hierzu: "Müssen unsere Kirchen nicht heute eine Absage an den Geist des Systems gegenseitiger Abschreckung und an alle daraus resultierenden Zwänge aussprechen? Ist der Gedanke der Abschreckung nicht eine Verleugnung von Glauben und Hoffnung und ein grundlegender Widerspruch gegen das Gebot der Nächstenliebe?"

Der Bericht fordert neue Wege und eine neue Weise des Denkens, die jedoch nur dann als Beitrag zur friedlichen Zukunft hilfreich würden, wenn man lerne, mit den gegebenen Realitäten so umzugehen, daß sie eine neue Richtung erhalten. "Wir können uns in der Gemeinschaft der Generationen in unseren Gemeinden nicht die Aufgabe ersparen, die christliche Hoffnung in harter Arbeit an den schwierigen Aufgaben der Friedenssicherung in der Gegenwart zu bewähren." "Absage an Geist und Logik der Abschreckung muß einen positiven Inhalt erhalten, indem wir die Frage beantworten, wie wir in den tatsächlichen Gegebenheiten einer neuen Weise des Denkens zum Siege helfen können. Dazu könnte gehören, daß wir uns angewöhnen, die Frage der Sicherheit als eine Frage zu bedenken, die uns und mögliche Gegner gemeinsam betrifft." Eine Absage an das Abschreckungssystem dürfe, so stellt der Bericht fest, nicht gleichgesetzt werden mit einer Absage an vernünftige Verteidigungsbereitschaft. "Unsere Kirchen haben berechnete Sicherheitsinteressen unseres Staates und anderer Staaten nicht in Frage

gestellt, sondern anerkannt. Das sollte und braucht nicht zurückgenommen werden, wenn wir zu der Erkenntnis kommen, daß der Geist des Abschreckungssystems nur verworfen werden kann." Solche Absage sollte auch in konkret unterscheidenden Urteilen zu politischen Plänen wirksam werden. In diesem Zusammenhang wird u.a. die Bildung von regionalen atomwaffenfreien Zonen gerade auch in Europa als ein vorrangiges Ziel konkreter politischer Verhandlungen genannt und generell betont: "Nicht die Glaubwürdigkeit der Abschreckung, sondern die der Friedensfähigkeit ist zu erweisen."

Zur Eigenständigkeit christlicher Friedensverantwortung erklärte die Konferenz der Kirchenleitungen in ihrem Bericht: "Der Friede Gottes, den Jesus Christus mit dem Einsatz seines Lebens verbürgt hat, ist Grund, Herausforderung und Ermutigung christlicher Friedensverantwortung. In der Hoffnung, daß Gott/durch Jesus Christus verbürgten Frieden seiner Menschheit nicht vorenthält, können wir Verantwortung für den Frieden in der Welt übernehmen." Zu den Elementen dieser Eigenständigkeit zählte der Bericht das Gebet, die Gemeinschaft mit Christen und Kirchen in anderen Ländern, kritisches und selbstkritisches Fragen, Sensibilität gegen Feindbilder, Ausrichtung des Friedensdienstes auf Versöhnung zwischen Menschen, Gruppen und Völkern. "Die Eigenständigkeit christlicher Friedensverantwortung schließt ein", wurde erklärt, "daß unsere Kirchen im Dienst für den Frieden in der Welt mit anderen Menschen und Gruppen, die sich für das gleiche Ziel einsetzen, klug und umsichtig zusammenarbeiten." /seinen

Solche Zusammenarbeit lebe davon, heißt es, daß die verschiedenen Partner ihre Unterschiede gegenseitig verstehen und respektieren. "Die unterschiedliche Begründung der Friedensverantwortung kann auch dazu führen, daß die Akzente in den Aufgaben unterschiedlich gesetzt werden." Aufgabe der Kirchen könnte es sein, "im Hörön auf das umfassende Verständnis des Friedens, das uns in der biblischen Überlieferung begegnet, auf die Dimensionen der Friedensverantwortung hinzuweisen, die Gefahr laufen, im konkreten politischen Ringen um die Sicherung des Friedens vergessen zu werden". Der Bericht verwies hier auf Fragen, welche von den Kirchen in diesem Sinne wiederholt im Blick auf die eigene Gesellschaft aufgeworfen wurden, etwa hinsichtlich des Wehrunterrichts, der Bewertung militärischer Dienstbereitschaft oder auch der Spielzeugnachbildung von Militärgerät. Bei der Zusammenarbeit in der Friedensverantwortung hätten die Kirchen gerade Gesichtspunkte aus den Alltagserfahrungen der Gemeinde und des einzelnen einzubringen. "Zu solcher Zusammenarbeit gehört es aber auch, daß die Kirchen politische Gesamtprogramme, die dem Frieden

dienen, aufnehmen und dadurch unterstützen, daß sie in den ökumenischen Austausch zwischen den Kirchen einbringen, um ihnen eine breite, die Staaten übergreifende Beteiligung zu schaffen." In diesem Zusammenhang wurde an das Programm des Helsinki-Prozesses sowie an die in die Konferenz Europäischer Kirchen eingebrachte Forderung der Bundessynode 1979 nach einem Moratorium bei der Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Europa erinnert. Weiter heißt es in dem Bericht: "In der Zusammenarbeit sehen unsere Kirchen nicht nur ein Mittel des wirksamen Friedensdienstes, sondern selbst ein Stück Verwirklichung von Frieden. Mit der Entfaltung des Zusammenwirkens und Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Fähigkeiten und Kräfte, unterschiedlicher Weltanschauung und Gewissensbindung in unserer Gesellschaft geschieht auch ein Beitrag zur Entwicklung des Friedens zwischen den Völkern. Die Aussagen, die bei dem Gespräch zwischen dem Vorsitzenden des Staatsrates und dem Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen am 6. März 1978 gemacht wurden, sind eine Basis nicht nur für ein verständnisvolles und konstruktives Verhältnis zwischen Staat und Kirche, sondern damit auch für das notwendige Zusammenwirken zur Entwicklung des Friedens. In den Normen der Gleichachtung und Gleichberechtigung aller Bürger sehen wir ein wesentliches Element einer auf den Frieden gerichteten Politik. Eine solche Politik ist geeignet, Argumentationen des Antikommunismus den Boden zu entziehen und Vertrauen nicht nur in unserer Gesellschaft, sondern auch zwischen den Völkern zu entwickeln."

In dem Bericht wird dann auch auf Fragen des Pazifismus eingegangen und dazu u.a. ausgeführt: "Christlich begründeter Pazifismus wird sich immer als in der Verheißung und in dem Gebot Jesu Christi bedingt verstehen. Er kann seine eigene Entscheidung und sein eigenes Handeln nur in der Gewißheit des verheißenen Handelns Gottes verantworten. Wer sich unter Berufung auf diese Gewißheit entscheidet, wird wissen, daß seine Entscheidung nicht als Gesetz für jedermann zumutbar ist. Er wird sich der Übereinstimmung mit vernünftiger Einsicht freuen, ohne sich doch auf die Tragfähigkeit solcher Einsicht zu begründen. Wie Jesus in seiner Verkündigung die Zusagen der Verheißung der nahen Gottesherrschaft verbunden hat mit Einsichten praktischer Weisheit und durch diese den Menschen nahe gebracht hat, so kann auch christlich begründete pazifistische Grundentscheidung die Erkenntnisse politischer Vernunft zur Interpretation ihres Anliegens und Verhaltens in Gebrauch nehmen." Auch heute in neuer Weise zu einer inhaltlich-positiven politischen Bedeutung kommende pazifistische Gedanken könnten christlich motiviert und geprägt sein, und angesichts der zunehmenden Unanwendbarkeit der klassischen Kriterien eines "gerechten Krieges" gewännen sie heute "ein

bestimmtes Maß an rationaler Begründung und politischer Vernünftigkeit.

Angesichts der Gefahr, daß in einer mit der modernen Kriegstechnik geführten Auseinandersetzung diejenigen Werte unwiederbringlich vernichtet würden, um deren Erhaltung die Auseinandersetzung ginge, wird ein "entschiedenes Umdenken" gefordert. "Pazifismus" als Ausdruck der Sehnsucht nach einer Welt ohne Gewalt und als Zeugnis einer gewissenmäßigen Bindung könne ein Antrieb für solches Umdenken sein. Er sei aber noch nicht dieses Umdenken selbst. "Im Friedensdienst der Kirchen sollte der Beitrag zu solchem Umdenken Vorrang haben." Das Rahmenkonzept "Erziehung zum Frieden" des DDR-Kirchenbundes stelle dazu einen ersten Schritt dar. In dem Bericht folgen dann Erwägungen zum Wehrdienst mit der Waffe und dem waffenlosen Dienst in den Baueinheiten, zum Reservistendienst, zu der Frage eines Dienstes im sozialen Bereich sowie zum Aspekt des Umdenkens in der Bewertung von Sicherheitsinteressen, die in folgende Aussage münden: "Das könnte praktisch bedeuten, daß wir lernen, daß die für alle Bürger gleichermaßen geltend zu machende Pflicht, zur Wohlfahrt der Mitbürger und des Staates beizutragen - dazu gehört auch der Beitrag, für die Sicherheit nach außen zu sorgen-, in verschiedenen unterschiedlichen Formen ausgeübt werden kann. Aufgaben im Einsatz für die Völker, die um ihre nationale Identität und ökonomische Entwicklung ringen, sowie Dienste im sozialen Bereich können hier gleichermaßen in den Blick gefaßt werden. Die in den gesetzlichen Bestimmungen der DDR vorgesehenen Möglichkeiten unterschiedlicher Erfüllung des Wehrdienstes können in diese Richtung des Denkens deuten."

In der Gemeinde müsse sich christliche Friedensverantwortung bewähren in der "Unterstützung aller Schritte, die die Gefahr einer atomaren Auseinandersetzung in Europa verringern", heißt es am Schluß. Ein gründliches Umdenken sei nötig, das auch im alltäglichen Leben der Gesellschaft sich auswirke. Unumgängliche Voraussetzung für ein Gelingen sei dabei das offene Gespräch mit Andersdenkenden. Nicht zuletzt gehe es auch um die "kleinen Schritte" der Einübung friedlicher Denk- und Verhaltensweisen in Familie und Beruf, im Umgang der Christen miteinander, in der Bemühung um Sachkunde, in Aktionen, die den Frieden fördern und dem Grundzug des Evangeliums entsprechen. Entscheidend wichtig sei in dem ganzen großen Zusammenhang das Vertrauen zueinander und der ständige Austausch zwischen Gemeinden und Kirchenleitungen.

(Weitere Berichte über die Tagung der Bundessynode in der nächsten Ausgabe!)

(ena)

1) Von der Tagung der Bundessynode in Halle

Eine "Absage an Geist und Logik der Abschreckung" hat die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Abschluß ihrer Tagung, die vom 24. bis 28. September im Diakonissenhaus Halle stattfand, als "unumgänglich" bezeichnet. Sie stellte sich damit hinter die Aussagen des ihr erstatteten Berichtes der Konferenz der Kirchenleitungen, der ausschließlich Friedensfragen gewidmet war. Die Synode unterstrich den Auftrag des Christen zum Friedensdienst, wandte sich mit Entschiedenheit gegen neue Strategien und Waffensysteme für einen atomaren "Einsatz" und bekundete ihren Willen, vernünftige politische Schritte zum Frieden und zur praktischen Umsetzung des Konzepts der "gemeinsamen Sicherheit" zu unterstützen. Sie äußerte sich in ihrem Beschluß ferner zur Friedensdekade, zu Fragen im Hinblick auf Wehrdienst und Zivilverteidigung. Die Synode trat dafür ein, das Gespräch über Erfahrungen der Gemeindeglieder in Friedensfragen auf allen Ebenen in Kirche und Gesellschaft aufzunehmen.

Ihre "tiefe Betroffenheit über das grauenvolle Blutbad in Westbeirut" erklärte die Synode in einer weiteren Stellungnahme. Sie stellte sich hinter die Forderung des Ökumenischen Rates der Kirchen nach einer internationalen Untersuchung des Massenmordes und unterstützte das Verlangen an den UNO-Generalsekretär, wirksame Maßnahmen zur vollständigen Wiederherstellung der territorialen Integrität Libanons und zum Schutz der Palästinenserlager einzuleiten.

Berichte an die Bundessynode beschäftigten sich mit den missionarischen Achtziger Jahren und der Arbeit mit Kindern und Konfirmanden. Ebenso wurde der Bericht des Diakonischen Werkes entgegengenommen. Den der Kirche gegebenen Auftrag zur Mission gelte es auch gegenwärtig in der DDR zu verwirklichen, wurde in einem Beschluß erklärt. In dem Bericht hieß es, daß Kirche und Mission untrennbar seien. Gegenwärtig sei die DDR wieder zu einem Missionsland geworden. Als Material für die Gemeinden wurde eine Zusammenstellung des Ökumenisch-Missionarischen Verbindungsausschusses vorgestellt, die verschiedene missionarische Aktivitäten erläutert und als Anregung für die Gemeinden dienen soll. Das Thema "Kinder in der Gemeinde - eine Herausforderung" bestimmte den Bericht über die Arbeit mit Kindern und Konfirmanden. In einem Beschluß äußerte sich die Synode zur Situation und zum Status des katechetischen Mitarbeiters. Sie nannte ferner Punkte zur Klärung im Schulalltag im Blick auf das Verhältnis von schulischem Erziehungskonzept und christlicher Erziehung. In diesem Zusammenhang maß sie dem bevorstehenden Sachgespräch mit Vertretern des Staates über sozialistische Lebensweise besondere Bedeutung zu.

(ena)

2) Mit regionalen Schwerpunkten

Kirchentag in Thüringen vom 12. bis 15. Mai 1983

In besonderer Weise in der Region verankert ist der Evangelische Kirchentag, der im Lutherjahr 1983 in Thüringen stattfinden wird. Die erwarteten rund 2 000 Dauerteilnehmer der vom 12. bis 14. Mai durchgeführten Arbeitsgruppentagung sollen nicht nur - wie bei früheren Kirchentagen - in Erfurt zusammenkommen, sondern auch in den benachbarten Städten Arnstadt, Gotha, Sömmerda und Weimar. Dabei wird jedem Veranstaltungsort ein eigener Problemkreis zugeordnet, der eine Entfaltung des Hauptthemas "Vertrauen wagen" darstellt. Für alle fünf Orte sind außerdem Kinderveranstaltungen vorgesehen, die am 15. Mai in einen großen Kinderkirchentag in Erfurt einmünden sollen.

Höhepunkt und Abschluß des Kirchentages wird das Gemeindetreffen sein, das Dauerteilnehmer und viele tausend Tagesgäste in Erfurt zusammenführen wird. Zur Hauptversammlung des vorigen Erfurter Kirchentages 1978 hatten sich auf dem Domplatz über 20 000 evangelische Christen versammelt. Den Auftakt für das Gemeindetreffen bilden am Vormittag des 15. Mai 24 Gottesdienste in Erfurter Kirchen und Gemeindehäusern.

Als Übergang von der auf fünf Städte aufgeteilten Arbeitsgruppentagung zu dem zentralen Gemeindetreffen in Erfurt werden in der traditionsreichen Lutherstätte Augustinerkloster Begegnungsveranstaltungen vorbereitet, zu denen die Dauerteilnehmer am 14. Mai 1983 nach Erfurt reisen werden.

(ena)

3) Wintersemester am Theologischen Seminar Leipzig begann

Mit einem Gottesdienst, in dem der mecklenburgische Landesbischof Dr. Heinrich Rathke die Predigt hielt, ist am 14. September das Wintersemester 1982/83 des Theologischen Seminars Leipzig eröffnet worden. Rektor Dr. Ernst Koch immatrikulierte zehn Studentinnen und 40 Studenten (davon 28 aus der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens, sechs von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen, 14 aus anderen Landeskirchen in der DDR, zwei aus Lutherischen Kirchen der USA).

In Anwesenheit von Vertretern der Kirchen und des Staates gab Dr. Vogler als scheidender Rektor den Rechenschaftsbericht über die Studienjahre 1980/81 und 1981/82. Er dankte allen Mitarbeitern und Dienststellen, die zu einem ungestörten und fruchtbaren Studienablauf und Lehrbetrieb beigetragen haben. Als Vertreter des Kuratoriums übergab

1. Aufklärung in relationen jenseitig.
2. Gefährlichkeit besteht aber in unserer Haltung - die
abwärtigen Auseinandersetzungen befreit und möglichst unbesch.
männliche Dilemma macht
3. kleine, jenseitige Hoffungspläne - da kommt das
Erkenntnis der Hypothese u. + Niparshi. / Reinigung
des Glaubensplatzes wäre die Halbesonne.
4. auch kommt die politische Situation -
5. Unerschlichkeit + lang wurde als Mittel der Notwehr.

Was ist es denn?

~~Ein~~ Ein Wort ist nicht eigentlich lang - aber es oder
konkreter noch auf R. -
hat es denn gescheiterte Gänge vollendet.
und ist das Leben nicht der Tod der Menschen
mit Liniert hat.

*

- die Aufgabe ist Abklärung.
- Konkreter -
- Entschleunigung -

Leider hat die 2. Sonderdelegation
die UNO-Vollversammlung für
Abklärung keine brauchbaren
Forschungsergebnisse geliefert.

Politische Aufgabe.

Politik sehen - kulturelles Risiko.

Entscheidung + Visionen / Fortschritt-
wegweis.

Vertrag für die Unterdrückten (Ausgabe)

Ich habe das Evangelium betreffend Jesu. Denn ist der Mensch... Als wahrer Mensch in dieser Welt zu leben, täglich gegen Strukturen zu kämpfen, die mich zum Menschen machen wollen... Wenn der wahre Mensch nicht als Mensch leben darf, versucht er, kein Mensch zu sein... Wer andere Menschen als Nichtmenschen behandelt, ist kein Mensch, denn er wahrhaftig befehlter Mensch... Anders als Menschen und behandelt ihn als Mensch... Wenn wir in Hamburg auf Gewalttätigkeit der weißen... Gott will, zu kämpfen... Es ist Sünde vor Gott, den Menschen sein Recht, gegen alles, was nicht dieser Absichtlichkeit... sein menschlichkeit zu berauben, ihn klotzen... zu machen, wie dem nur ganz nach... Wenn Freiheit als Teilnahme an der Befreiung... Menschen ist eine Teilnahme an der Befreiung... Die Befreiung, teilzunehmen an der Befreiung... nicht, sich in eine Klosterzelle "verstecken" zu lassen, sondern begehrt Konfrontation mit dem



Nr. 49

September 1983

P O T S D A M - GESPRÄCH MIT DR. H. SCHMIDT

Vom 3. - 4. September 1983 weilte der ehemalige Bundeskanzler Dr. H. Schmidt aufgrund einer früheren Einladung des Altbischofs Dr. A. Schönherr zu einem privaten Besuch bei Konsistorialpräsident Stolpe in Potsdam.

Bei einem thematischen Gespräch zur Mitverantwortung der Christen für Lebensfragen unserer Zeit waren Mitglieder der Kirchenleitung, Superintendenten, Mitglieder der Kreiskirchenräte, der diakonischen Einrichtungen und des Konsistoriums zugegen.

Einleitend wies Dr. Schmidt darauf hin, daß in diesem Jahr evangelische Christen in beiden deutschen Staaten die Leistung Martin Luthers würdigten - diese Gemeinsamkeit verstand er als Zeichen für die bestehende geistige-geistliche Einheit. Zugleich finde das Lutherjahr am Vorabend des 50jährigen Bestehens der Barmer Theologischen Erklärung (1934) statt. Barmen V habe zum Thema die gegenseitige Abgrenzung der Verantwortung und zugleich das Miteinander von Staat und Kirche. Ein Totalitätsanspruch werde für beide Seiten zurückgewiesen. Andererseits mache diese grundsätzliche Trennung beider Bereiche ein Zusammenwirken möglich. Barmen V stelle die Verantwortlichkeit von Regierenden und Regierten fest, von daher dürfte es keiner besonderen Legitimation, sich zu Fragen der Friedensbewehrung zu äußern.

Die Welt - so Dr. H. Schmidt - sei von einer doppelten Krise betroffen: zum einen von der ökonomischen (über 3 Mrd. Menschen leben in Armut, hunderte Millionen unter dem international definierten Existenzminimum), zum anderen von der politisch-militärischen Krise. Beide seien nicht voneinander zu trennen, da beide Ursachen für Kriege waren und es auch heute noch sind. So bestehe ein Zusammenhang zwischen dem Wirtschafts- und dem Friedensthema. Deshalb habe die gebotene Mitmenschlichkeit eine globale ökonomische und eine globale soziale Bedeutung. Es sei sowohl ein christliches Gebot als auch ein Gebot der Vernunft, weltweit ein Gefüge wirtschaftlicher und sozialer Beziehungen zu schaffen, das für alle ein Auskommen garantiert. Das sei nur durch bilaterale und multilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Ost, West und Süd erreichbar. Eine weitere Gefährdung des Friedens ergebe sich aus einem Klima der Gesprächslosigkeit zwischen Ost und West. Sein Bestreben sei es früher gewesen und auch heute geblieben, den Dialog, das gegenseitige Fragen und Hören zu fördern. Gegenseitiges Verständnis könne zu Vertrauen in die Zuverlässigkeit und Stetigkeit des anderen führen, Vertrauen aber sei wichtig für die gemeinsame Sicherheit, denn heute könne niemand mehr allein seine Sicherheit garantieren. Deswegen sei es ein Irrtum zu glauben, die eigene Sicherheit sei durch einseitige militärische Hochrüstung zu erreichen. Eine solche Rüstung erzeuge auf der anderen Seite Angst und führe zu Reaktionen, die für beide die Unsicherheit erhöhen müssen. Zur Sicherheit könne man nur gemeinsam durch Dialog, Kompromißbereitschaft und Vertrauen gelangen und durch Verträge, deren Einhaltung von der je anderen Seite kontrolliert werden könne. Zwei Denkweisen wies Dr. H. Schmidt als untauglich für die Friedenssicherung zurück: das sei zum einen eine politische Schwärmerei, ein Idealismus, der ein zu hohes politisches Risiko einzugehen bereit ist, und zum anderen die Ansicht, Sicherheit sei durch militärische Macht zu gewährleisten. Zwischen Ost und West müsse ein militärisches Gleichgewicht bestehen, allerdings garantiere ein solches Gleichgewicht noch nicht den Frieden, sondern es sei nur ein

technische Voraussetzung, um die Bereitschaft, die Ansichten, Ziele und Befürchtungen des anderen kennen- und verstehen zu lernen, Vertrauen zu fördern und zu Verträgen zu kommen. Aus diesem Grunde sei beispielsweise eine so große einseitige Vorleistung, wie sie ein "Nein ohne Ja" zu Atomwaffen bedeute, abzulehnen. Vielmehr sei es Aufgabe der Christen, die Gesprächs-, Verständigungs- und Kompromißbereitschaft der jeweils Verantwortlichen in der DDR und in der BRD zu stützen.

ZUR POLITIKFÄHIGKEIT DER BERGPREDIGT lautete der Beitrag von General-superintendent B r a n s c h (Potsdam). Die Christen in der DDR müßten davon ausgehen, daß die Aussagen der Bergpredigt für die Politik unseres Staates keine Bedeutung haben. Dennoch sei es eine Aufgabe der Kirche, sich auch in ökumenischer und grenzüberschreitender Gemeinschaft den Grundfragen der Zeit zu stellen. Für derartige Stellungnahmen gebe die Bergpredigt

- Maßstäbe zur Deutung und Unterscheidung von Situationen und Entwicklungen im politischen Bereich,
- Orientierung zu Zeugnis und Dienst,
- Modelle für mögliches konkretes Handeln und Verhalten in diesem Bereich."

Man könne die Bergpredigt als 'magna charta des Reiches Gottes' bezeichnen, sie stifte Hoffnung auf Gottes Zukunft, gebe Modelle für ein entsprechendes Handeln, ohne daß sie ein mit staatlicher oder revolutionärer Gewalt durchzusetzendes Programm sei. Vielmehr gehe es angesichts der heutigen ethischen Verantwortung um einen echten Dialog zwischen vernehmendem Glauben und kritischer Vernunft. So stelle sich heraus, daß die gebotene Feindesliebe aus der Potenzierung von Angst und Bedrohung herausführen könne, daß Verlässlichkeit der Rede (Ja, Ja - Nein, Nein) zu Vertrauen und Versöhnung führe und daß Gewaltlosigkeit Zukunft ermöglicht. Die Großkirchen haben weltweit aus ihrer Geschichte lernen können, daß der waffenlose Friedensdienst heute ein deutlicheres Zeichen für ein christliches Friedenszeugnis sei als der Einsatz von Gewalt und Waffen, und daß es gegenüber Herstellung, Besitz, Stationierung und Anwendung von nuklearen Waffen, B- und C-Waffen nur ein theologisch notwendiges, unmißverständliches und vorbehaltloses Nein geben könne. Alle, denen es um den Frieden zu tun sei, sollten das Gespräch - auch mit dem Andersdenkenden - und nicht die Konfrontation suchen, denn zum Frieden gehöre Vertrauen, ein Vertrauen, das auch den Feind noch für vertrauenswürdig und -fähig hält.

In einem sich anschließenden Gespräch wurden Fragen von unterschiedlichen Standpunkten gestellt, u. a. inwieweit die Aktivitäten des Friedensengagements der Kirchen beider deutscher Staaten Auswirkungen auf die politischen Entscheidungen haben, da gerade durch sie die Ängste vor der geplanten Stationierung der Mittelstreckenraketen der NATO im Herbst 1983 deutlich werden.

Von allen Teilnehmern wurde eine solche Begegnung des gemeinsamen Gesprächs und des Aufeinanderhörens dankbar erlebt.

Nur für den innerkirchlichen Gebrauch!

Der BBI (Berlin-Brandenburger Informationsdienst) erscheint in unregelmäßigen Abständen. Er wird herausgegeben vom Evangelischen Konsistorium Berlin-Brandenburg, 1020 Berlin, Neue Grünstr. 19-22

- 1) Bedeutung des Gesprächs für Staat-Kirche-Beziehungen betont
Landesbischof Hempel vor der Bundessynode in Greifswald

Daß kontinuierliche und geduldige Gespräche zwischen Staat und Kirche das einzige geeignete Mittel zur Lösung von Problemen und Konflikten sind und damit zugleich friedensfördernden Charakter haben, hat der Vorsitzende der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Johannes Hempel (Dresden), am 22. September vor der Synode des Kirchenbundes in Greifswald hervorgehoben. Zur Voraussetzung haben solche Gespräche nach seinen Worten ein "Mindestvertrauen", das von beiden Seiten her entstanden sei, weil man staatlicherseits erkannt habe, daß Christen und Kirchen nicht Feinde des Sozialismus seien, und weil man kirchlicherseits gelernt habe, daß dieser Staat Christen und Kirchen nicht aus der Gesellschaft verdrängen wolle.

Der Bischof sprach in Beantwortung von Anfragen aus der Synodaldebatte zu dem Bericht der Konferenz der Kirchenleitungen vom Vortage. Die Bundessynode war am 21. September in der erneuerten Greifswalder Jakobikirche zu ihrer diesjährigen Tagung zusammengetreten. Mit seinen Ausführungen interpretierte Dr. Hempel einen Abschnitt des Berichtes, in dem nach einer Darlegung von Weg und Stand der Staat-Kirche-Beziehungen festgestellt wurde: "So können wir heute wagen, von einem Grundvertrauen zwischen Staat und Kirche zu sprechen." Damit sei gemeint, hieß es im Bericht, "daß Staat und Kirche an der Bewahrung und Vertiefung gewachsenen Vertrauens trotz mancher Schwierigkeiten arbeiten wollen und darin einen friedensfördernden Sinn sehen".

Der Vorsitzende der Konferenz der Kirchenleitungen würdigte im übrigen, daß seit dem grundlegenden Staat-Kirche-Gespräch vom 6. März 1978 bestimmte Grunderkenntnisse über die Existenz der Kirche und die Vernunftgemäßheit ihrer Eigenständigkeit sich durchgesetzt hätten. Andererseits würden von daher auch kritische Anfragen an die Kirche in der Richtung gestellt, ob sie mit einer Haltung der Neutralität nicht einem für den politischen Bereich unbrauchbaren "Illusionismus" nahe komme und mit Erwartungen für immer weitere Problemlösungen nicht einem das schon Erreichte aus dem Blick lassenden Perfektionsstreben folge.

(enc)

- 2) Der Dienst der Kirche in den gesellschaftlichen Zusammenhängen
Bericht der Konferenz der Kirchenleitungen an die Bundessynode

Der Friedensdienst der Kirche sowie ihr Platz in der Gesellschaft der DDR bildeten im diesjährigen Bericht der Konferenz der Kirchenleitungen an die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen die Schwerpunkte neben Fragen der Dienstgemeinschaft des Kirchenbundes und wertenden Rückblicken auf den Abschluß des Lutherjahres 1983 und seine Kirchentage, die zurückliegende Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Vancouver und das Gedenken zum 50. Jahrestag der

Barmer Theologischen Erklärung. Der Bericht wurde am 21. September beim Beginn der Tagung 1984 der Bundessynode in der Greifswalder Jakobikirche vorgetragen.

Zu den Kirchentagen hieß es, das Thema "Vertrauen wagen" habe sich als "geistlich tragfähig" und "Überraschend aktuell" erwiesen. In der Gestaltung der Kirchentage seien die Laien das tragende Element gewesen, und es sei zu hoffen, daß "die Erfahrungen dieses eigenverantwortlichen Einsatzes vieler Gemeindeglieder nicht durch entmutigende Erfahrungen in den Ortsgemeinden verdeckt werden, sondern in der Gemeindegemeinschaft weitergehen". Unterstrichen wurde der dezentralisierte, offene, durch Regionalität Kirchengrenzen überschreitende sowie gruppenorientierte Charakter der Kirchentage.

Für die Vancouver-Nacharbeit wies der Bericht darauf hin, daß im Mittelpunkt der Fragen um die Einheit der Kirchen gegenwärtig die Konvergenzerklärungen von Lima über "Taufe, Eucharistie und Amt" und die darauf von den ÖRK-Mitgliedskirchen erwarteten Stellungnahmen stehen. Die Gliedkirchen des Bundes strebten eine "übereinstimmende, wenn möglich gemeinsame Stellungnahme" für Genf an. Der Bericht hob den Aspekt des ökumenischen Miteinanderteilens für die durch Vancouver betonte Frage der Gerechtigkeit hervor. Zu dem erneuten ökumenischen Appell an die Kirchen, einen bestimmten Teil ihres Einkommens und ihrer Möglichkeiten und Fähigkeiten für Entwicklungsprogramme oder bewußtseinsfördernde Arbeit zur Verfügung zu stellen, äußerte die Konferenz der Kirchenleitungen: "Die Überlegungen konzentrieren sich auf die Frage, wie die ÖRK-Mitgliedskirchen in der DDR auf diese Bitte des ÖRK antworten können, um den Einsatz für das gerechte Zusammenleben von Völkern und Menschen glaubwürdig und wirksam zu unterstützen. Hierbei wird die Anfrage an den eigenen Lebensstil erneut zu bedenken sein." Mit allen Aktivitäten und Impulsen von dorthin sei auch nach der Bereitschaft zur eigenen Veränderung durch ökumenisches Lernen gefragt.

Sehr ausführlich schilderte der Bericht den "Prozeß des Denkens, Handelns und Betens für den Frieden" im Kirchenbund, nachdem die von der Synode 1982 in Halle formulierte und 1983 in Potsdam-Hermannswerder bekräftigte "Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung durch die Stationierung neuer Nuklearraketen in Mitteleuropa seit Herbst 1983 eine besondere Brisanz erhalten" habe. Der Dialog mit anderen Kirchen in der Ökumene als ein "wichtiges Instrument für diesen Prozeß" wurde mit Hinweisen auf Gespräche im vergangenen Jahr mit dem Niederländischen und mit dem Britischen Kirchenrat, mit dem Polnischen Ökumenischen Rat und mit dem Nationalrat der Kirchen Christi in den USA, bei dem von der Russischen Orthodoxen Kirche initiierten Moskauer Rundtischgespräch über "Weltraum ohne Waffen" sowie bei den Kontakten mit den Kirchen in der BRD verdeutlicht.

Der Bericht informierte über eine Tagung mit Vertretern von Kirchen aus der Sowjetunion, den USA, der BRD und der DDR in der Evangelischen Akademie Loccum, bei der die bekräftigte Auffassung, daß nukleare Abschreckung "keine Dauerlösung" sein könne, weitergeführt worden sei "durch die Überzeugung von der Dringlichkeit der Veränderung des Denkens in Richtung auf schrittweise Überwindung des Abschreckungssystems". Der Bericht an dieser Stelle weiter: "Der Verlauf der Tagung zeigte, daß die Position 'Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung' der Kirchen des Bundes eine konstruktive und verbindliche Rolle im ökumenischen Friedensgespräch spielen kann, weil sie das Nein zur nuklearen Eskalation mit einem Ja zu politischen Schritten in Richtung auf Vertrauensbildung, Entspannung und gemeinsame Sicherheit zwischen Ost und West verbindet."

Daß es bei deutlicher Einmütigkeit in Grundsatzfragen doch in der Friedensarbeit der Kirchen innerhalb des Bundes auch "erkennbare Spannungen in der Einschätzung nötiger Schritte zum Frieden" gibt, zeigte der Bericht offen am Beispiel des Eingehens der Konferenz der Kirchenleitungen auf eine Anfrage der Synode der Kirchenprovinz Sachsen vom November 1983, in der es um die Respektierung unterschiedlicher Gewissensentscheidungen in der Frage des Wehrdienstes ging. Es wurden Leitgedanken der Konferenz für das Gespräch mit der Kirchenprovinz mitgeteilt, in denen es heißt, daß unterschiedliche Entscheidungen anerkannt werden und man sich zu allen stelle, die eine solche Entscheidung aus Gewissensgründen treffen, jedoch solche unterschiedliche Gewissensentscheidungen nicht "gegeneinander ausgespielt" werden dürfen, sondern "miteinander im Gespräch bleiben" und getragen werden müssen und es nicht zu einer höheren Wertschätzung der pastoralen Verantwortung für die kommen dürfe, die den Wehrdienst bzw. Waffendienst verweigern. Der Bericht wörtlich: "Diese Antwort basiert auf der grundsätzlichen Position, daß wir trotz unseres Nein zu militärischer Gewalt als Mittel der Lösung von Konflikten und unseres Nein zu Geist und Logik und Praxis der Abschreckung nicht sofort aus der Abschreckungsstrategie aussteigen können. Dabei wird die Aufgabe bejaht, 'glaubwürdig dafür zu arbeiten, daß das Abschreckungskonzept überflüssig wird'. Wichtig ist auch der Grundsatz: In Sachen Frieden können wir keine Handlungsweisungen geben, nur Orientierungen."

Informiert wird über ein vom Staatssekretär für Kirchenfragen vermitteltes, im April 1984 geführtes Gespräch zwischen Vertretern des Kirchenbundes und außenpolitischen Experten, das Gelegenheit bot, "die friedenspolitischen Aussagen ökumenischer Dokumente und die entsprechenden Positionen der Kirchen auf dem Hintergrund der politischen Praxis miteinander zu erörtern". Dabei sei der Vorrang politischer Lösungen gegenüber militärischen Mitteln der Friedenssicherung betont und außerdem deutlich geworden, daß ökumenische Aussagen zu Frieden und Abrüstung "für die praktische Politik ihre Bedeutung" haben und daß wesentliche ökumenische Positionen auf der Regierungsebene "Beachtung und Aufnahme finden".

Die Konferenz der Kirchenleitungen habe dieses Expertengespräch als eine "neue Qualität des Dialogs" gewertet und sich für eine Fortsetzung ausgesprochen.

Die Konferenz unterstreicht in ihrem Bericht den Zusammenhang und die Zusammengehörigkeit von äußerem und innerem Frieden mit folgenden Sätzen: "Auch für das Zusammenleben von Menschen in einer Gesellschaft haben Bemühungen um eine Koalition der Vernunft, haben Vorgänge der Vertrauensbildung, hat das Bestreben, das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen, einen Platz. Auch hier muß es um die Herausbildung und das Wirksamwerden von Friedenstagenden wie Toleranz, Konfliktfähigkeit und die Fähigkeit zum gegenseitigen Verstehen gehen. Hinzu kommt eine besondere innenpolitische Tugend: die Zivilcourage." Im einzelnen wird auf Wehrdienst- und Bau-soldatenfragen, auf den Bildungsbereich als "ein besonderes Bewährungsfeld der Gleichberechtigung und Gleichachtung aller Bürger" sowie auf Reiseverkehrs- und Familienzusammenführungsfragen eingegangen. Es bleibe eine ständige gemeinsame Aufgabe in der Gesellschaft, das Zusammenleben von Christen und Marxisten, Kirche und Staat, trotz unterschiedlicher religiöser oder weltanschaulicher Grundentscheidungen zu gestalten, hieß es in dem Zusammenhang, und unter Hinweis auf die Aussagen vom 6. März 1978 wurde hinzugefügt, der Lernprozeß der vergangenen 35 Jahre habe gezeigt, daß es möglich ist, "unterschiedliche Auffassungen zu respektieren, Differenzpunkte sachlich zu behandeln und konstruktive Lösungen zu finden".

Der Berichtsabschnitt über den Platz der Kirche in der Gesellschaft geht vom bevorstehenden 40. Jahrestag des Endes des 2. Weltkrieges aus, angesichts dessen und im Bewußtsein der deutschen Schuld von damals die Kirchen sich der Aufgabe stellen müßten, "zu fragen was denn die Konsequenzen des damaligen Geschehens sind". Es wird dann auf den beiderseitigen Lernprozeß bei Staat und Kirche, Marxisten und Christen, hingewiesen, infolge dessen in den vergangenen Jahrzehnten zwischen Staat und Kirche in der sozialistischen Gesellschaft der DDR veränderte Beziehungen gewachsen seien; es wird auf Konfliktfelder und -ursachen, aber auch die Lösungsmöglichkeiten hingewiesen, die für beide Seiten "bekannter, durchschaubarer und damit leichter vermeidbar bzw. lösbar" geworden seien; und es wird festgestellt: "Staat und Kirche wissen heute wechselseitig genau, was sie von anderen erwarten können, aber auch, was sie nicht zu befürchten brauchen." Das Prinzip der Trennung von Staat und Kirche habe sich bewährt; dabei bedeutet Trennung nicht Beziehungslosigkeit. "Staat und Kirche haben gelernt, daß Eigenständigkeit der Kirchen eine freiwillige Zuwendung zueinander einschließen kann." Nach einem erneuten Hinweis auf die Bedeutung des Gesprächs vom 6. März 1978 stellt der Bericht anschließend fest: "So können wir heute wagen, von einem Grundvertrauen zwischen Staat und Kirche zu sprechen. Wir meinen damit, daß Staat und Kirche an der Bewahrung und Vertiefung gewachsenen Vertrauens trotz mancher Schwierigkeiten arbeiten wollen und darin einen friedensfördernden Sinn sehen." (Siehe auch "Zur Dokumentation" am Schluß dieser Ausgabe.)

(enc)

6) Themen der Bundessynode in Potsdam-Hermannswerder

Die Friedensverantwortung und das Friedenszeugnis der Kirche war auch bei der diesjährigen Tagung der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR das zentrale Beratungsthema. Die Synode tagte vom 16. bis 20 September in Potsdam-Hermannswerder. Ihr lagen zur Friedensthematik zahlreiche Eingaben von Gemeinden und kirchlichen Gruppen vor, die ebenso wie der wesentlich durch diese Thematik bestimmte Bericht der Konferenz der Kirchenleitungen und die Beiträge einer ausführlichen Plenaraussprache über den Bericht in die Beratungen einfließen.

In dem Konferenz-Bericht waren weitere Themen das kirchliche Lutherjahr mit seinen Intentionen, Veranstaltungen, Erfahrungen und Fragestellungen, der Stand der Bemühungen um eine engere Gemeinschaft der Gliedkirchen des Bundes, die Informationen über theologische Gespräche mit zwei Freikirchen in der DDR sowie eine erste Wertung der VI. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Vancouver. Ferner befaßte sich die Synode mit gesonderten Berichten, welche die Theologische Kommission des Bundes zum Gebrauch des "status confessionis"-Begriffs in der Friedensdebatte, der Facharbeitskreis "Faith and Order-, Catholica- und Orthodoxie-Fragen" als Entwurf einer Stellungnahme zu den "Lima-Dokumenten" des ÖRK über "Taufe, Eucharistie und Amt" sowie das Bundessekretariat als allgemeine Übersicht über die Bundesarbeit seit der Tagung 1982 der Bundessynode in Halle vorlegten. Mündliche Berichte über die Weltkirchenkonferenz in Vancouver gaben die Konferenzteilnehmer Landesbischof Dr. Hempel, Superintendent Jaeger und der Jugenddelegierte Ernst Opitz. Propst Dr. Winter (Berlin) informierte über den Stand der Überarbeitung des Entwurfs der Grundartikel für die Ordnung einer künftigen engeren und verbindlicheren Gemeinschaft der Kirchen des Bundes. Über das Wirken der Aktion "Brot für die Welt" berichtete deren Bevollmächtigter Pfarrer Günther Otto (Radebeul).

Im Sonntagsgottesdienst, den die Synode in Hermannswerder am 18. September mit der Gemeinde der dortigen diakonischen Einrichtung, der Hoffbauer-Stiftung, hielt, wurde Oberkirchenrat Martin Ziegler vom Vorsitzenden der Konferenz der Kirchenleitungen, Landesbischof Dr. Hempel, offiziell in sein Amt als Leiter des Sekretariats des Bundes eingeführt, das er schon seit dem 1. September ausübt. Die Predigt hielt der Berlin-brandenburgische Bischof Dr. Forck.

(ena)

7) Das Friedenszeugnis der evangelischen Kirchen

Bericht der Konferenz der Kirchenleitungen an die Bundessynode

Mit dem Herbst 1983 habe die Frage der Stationierung atomarer Mittelstreckenwaffen in Europa eine "kritische Phase" erreicht, und es sei für die Sache des Friedens deutlicher denn je, daß "die Zeit drängt", wird in dem Bericht betont, den die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR am 16. September der Synode des Kirchenbundes bei ihrer Jahrestagung in

Potsdam-Hermannswerder vorgelegt hat. Die Friedensthematik nimmt in dem Bericht einen zentralen Platz ein.

Es wird auf die Ankündigung der NATO-Staaten verwiesen, sie würden im Dezember 1983 mit der Aufstellung von Cruise Missiles- und Pershing II-Raketen beginnen, falls die Genfer Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA nicht zu einem für die NATO akzeptablen Ergebnis führen sollten, und festgestellt: "Diese Situation fordert die Friedensverantwortung unserer Kirchen in besonderer Weise heraus. Wir sehen die Gefahr, daß die Stationierung der atomaren Waffensysteme eine qualitativ neue Stufe der militärischen Bedrohung bildet und eine neue Runde des atomaren Wettrüstens einleitet. Sie kann zu einer schweren Belastung des politischen Klimas führen. Wir befürchten eine weitere Militarisierung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in und zwischen den Staaten in Ost und West."

In dem Bericht wird an Aussagen der Christlichen Weltkonferenz "Leben und Frieden" von Uppsala im April 1983 und des Moskauer Rundtischgesprächs vom März 1983 angeknüpft. Zu der Moskauer Feststellung: "Wir sind überzeugt, daß Herstellung, Erprobung, Besitz, Stationierung und Verwendung von nuklearen Waffen moralisch böse und ein Verbrechen gegen die Menschheit sind", heißt es in dem Bericht: "Ein solches Urteil können unsere Kirchen nur aussprechen in dem Bewußtsein, daß nukleare Abrüstung nur in einem schwierigen und langwierigen Prozeß von politischen Verhandlungen erreicht werden kann." In diesem Zusammenhang habe die Weltkirchenkonferenz in Vancouver Aufgaben für die Kirchen genannt in der Richtung, daß die Regierungen von den Kirchen in ihren Ländern aufgefordert werden sollten, ein völkerrechtliches Instrument zu schaffen, mit dem Besitz wie Einsatz von Atomwaffen als Verbrechen gegen die Menschheit geächtet werden kann, sowie das Recht anzuerkennen, Militärdienst aus Gewissensgründen nicht zu leisten, und Möglichkeiten für einen gewaltfreien Ersatzdienst zu schaffen. Die Christen habe Vancouver aufgefordert zu erklären, daß sie es ablehnen, sich an einem Konflikt zu beteiligen, bei dem Massenvernichtungswaffen oder andere Waffen, die wahllos alles zerstören, eingesetzt werden.

Der Konferenz-Bericht unterstreicht die 1982 von der Bundes-synode ausgesprochene "Absage an Geist und Logik der Abschreckung" und nennt bei den Forderungen nach praktischen Konsequenzen als einen möglichen konkreten Punkt der nötigen Wende das "Freeze", das "Einfrieren" der Erprobung, Herstellung und Stationierung von Kernwaffen und ihren Trägersystemen auf dem gegenwärtigen Stand. Dazu der Bericht wörtlich: "Es hilft nicht weiter, Maximalforderungen aufzustellen, sondern wir müssen uns weltweit auf die jetzt mögliche Umkehr einlassen. Das Einfrieren der Nuklearwaffen ist ein realistischer, praktischer und notwendiger erster Schritt, der jetzt getan werden muß."

Bei der Frage, was die Absage an Geist und Logik der Abschreckung bewirkt habe, warnt die Konferenz der Kirchenleitungen vor Resignation und fordert dazu auf, für Zeichen und Zeugnisse der Bewußtseinsänderung wach zu sein. "Muß man nicht immer wieder die beiden Bündnissysteme beim Wort nehmen", heißt es dazu,

"wenn sie sich gegenseitig Friedensfähigkeit zugesprochen haben und für sich selbst verbindliche Aussagen machen? Wir erinnern an das soeben unterzeichnete Dokument des 2. Folgetreffens der KSZE in Madrid, aber auch an unilaterale Erklärungen, wie der Verzicht der Sowjetunion auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen." Auch Zeichen, die einzelne durch Entscheidungen und Verhaltensweisen setzten, und das Bemühen, Erziehung zum Frieden in praktischen kleinen Schritten wirksam werden zu lassen, verdeutlichten diese Absage.

Für die konkrete Friedensarbeit der Kirchen im Bund hebt der Bericht zwei Ergebnisse des Potsdamer Kongresses "Die Zukunft des Friedens" vom Januar 1983 hervor: die Aufnahme, Konkretisierung und Weiterentwicklung des Konzepts der "gemeinsamen Sicherheit" und die Wahrnehmung der Breite dieser Arbeit, die über die Kirche oder eine Kirchgemeinde in ihrer Gesamtheit hinaus auch von Gruppen und Kreisen in ihrem Umfeld getragen werde. "Das mag eine Anfrage an die Kirche sein, ob sie insgesamt ihrer Friedensverantwortung gerecht wird. Es zeigt sich aber, daß für solche Arbeitsbereiche, die gemeinsames Leben und Tun einschließen, die überschaubare Gruppe notwendig ist." Es müsse weiter über das Verhältnis von Kontinuität und Spontaneität in der Kirche und ihren Arbeitsformen nachgedacht und Beratung und Begegnung in der Friedensproblematik engagierter Gruppen besser wahrgenommen werden.

Zum "Wirksamwerden des christlichen Friedenszeugnisses im gesellschaftlichen und politischen Bereich" heißt es, u.a. unter Hinweis auf die Übergabe ökumenischer Entschlüsse an die Regierung als Zeichen der Auswirkung ökumenischer Konferenzen, diesem werde es dienen, "wenn wir in unserer Friedensarbeit jede Kooperation mit Andersdenkenden eingehen, die unser besonderes Zeugnis unverfälscht zum Tragen kommen läßt". Solche Kooperation werde staatlicherseits häufig gern für den Bereich der Außenpolitik akzeptiert, erklärt der Bericht und bedauert zugleich, daß diese gute Praxis nicht auch auf die innenpolitische Ebene übertragen werde und hier vor allem die kirchliche Jugend oft Mißtrauen und Abgrenzung begegne.

Weiter wird in dem Bericht auf den unlösbaren Zusammenhang hingewiesen, in dem innerer und äußerer Friede stehen, und erklärt: "Kirche im Sozialismus heißt, daß wir als Kirche in einem sozialistischen Land auch unsere Friedensverantwortung für dieses Land wahrnehmen. Wir bitten unsere Regierung, jenen Raum zu erhalten oder zu schaffen, in dem Menschen ihre Friedensverantwortung von ihrem Glauben und Gewissen her einbringen können." Das müsse auch für Fragen und eigene Lösungsvorschläge zu den offiziell vertretenen Auffassungen gelten. Wörtlich heißt es in diesem Zusammenhang: "In unserem Bericht vor der Bundessynode in Halle 1982 hatten wir deutlich gemacht, wie wir Friedensverantwortung in dem dreifachen Beziehungsrahmen von Frieden-Versöhnung-Gerechtigkeit verstehen und auch einzubringen gedenken. Wir werden weiterhin auf der Grundlage der uns zugesicherten Gleichberechtigung und Gleichachtung bereit sein, dies auch für bisher nicht gemeinsam verantwortete Bereiche, wie etwa einer Friedensdemonstration, zu bedenken, und hoffen auf das Mitdenken und Mitgehen unserer Partner in der Gesellschaft."

Der letzte Abschnitt des Konferenz-Berichts ist Umweltfragen gewidmet, wobei es heißt, daß Christen vor dem Anbringen kritischer Fragen sich selbst fragen müßten, ob sie nicht zu spät ihre Mitverantwortung zu Fragen der Ökologie erkannt hätten. "Christlich geprägte Völker liegen an der Spitze in einem maßlosen Konsumverhalten, das sowohl die menschliche Gesundheit als auch die natürlichen Reserven der Welt über vertretbare Grenzen hinaus gefährdet. Eine einfache Lebenshaltung ist eine der Voraussetzungen für die Umweltverantwortung. An den Brief der Melbourne-Delegierten von 1980 ist zu erinnern." Die Umweltverantwortung biete ein weites Feld für konkrete Aktionen und zeichenhaftes Handeln. Auch für sie gelte letztlich der Beziehungsrahmen Frieden-Versöhnung-Gerechtigkeit.

(ena)

8) Aufgaben, Anstöße und Erfahrungen im Lutherjahr

Aus dem Synodenbericht der Konferenz der Kirchenleitungen

Wie das Lutherkomitee der Evangelischen Kirchen hat die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR es als das zentrale Anliegen der kirchlichen Veranstaltungen im Lutherjahr 1983 bezeichnet, "mit Martin Luther als dem Zeugen Jesu Christi, dem Ausleger der Heiligen Schrift, dem Lehrer und Reformator der Kirche anhand seiner eigenen Aussagen das Gespräch zu suchen und mit ihm im Gespräch weiterzugehen". In dem Bericht der Konferenz an die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, die vom 16. bis 20. September in Potsdam-Hermannswerder ihre diesjährige Tagung hielt, wird hierzu weiter ausgeführt, Luther sachgemäß ehren, heiße daher, "die Heilige Schrift gemeinsam zu lesen und auszulegen, Gefährdungen der Kirche aufzudecken und zu benennen, um heute Kirche aus dem Evangelium erneuern zu helfen". Vordringliche Aufgabe bleibe es, "reformatorische Grundeinsichten heute zur Geltung zu bringen; wo dies notwendig ist, auch gegenüber eigener Tradition und Institution".

Der Bericht widmet neben der Friedensthematik dem Luthergedenken den breitesten Raum. Als Problemfelder werden in diesem Zusammenhang Fragen genannt wie die, ob es - "uns als Kirche der Reformation" - gelingen werde, wirklich von der Bibel als Quelle des Christentums zu leben und das "Christus allein" festzuhalten, wirklich die Bibel in der geschwisterlichen Gemeinschaft der Christen auszulegen, wirklich dem Priestertum aller Glaubenden Geltung zu verschaffen. Hingewiesen wird auf die im Lutherjahr bereits Praxis gewordene Notwendigkeit, das durch Luther angeregte Glaubensgespräch in ökumenischem Geist und ökumenischer Weite zu führen. Als eine ermutigende Erfahrung des Lutherjahres und breiten Interesses an seinen Veranstaltungen wird ferner konstatiert, daß "Nichtchristen sich wieder stärker für Fragen des Glaubens und der Kirche interessieren". Und die Kirche habe in diesem Jahr mehr als sonst Möglichkeiten gehabt, Auftrag und Arbeit öffentlich bekannt zu machen. "Wir würden es begrüßen", heißt es in diesem Zusammenhang, "wenn dadurch bei vielen Menschen Vorurteile der Kirche gegenüber abgebaut werden könnten und es zu neuen Begegnungen mit dem Evangelium und mit Christen in der DDR gekommen ist."

13) EKU-Ratserklärung zur kirchlichen Friedensverantwortung

Der Rat der Evangelischen Kirche der Union - Bereich DDR - hat in seiner Sitzung am 7. September eine Erklärung zur Friedensverantwortung der Kirche beschlossen, die zuvor in einer gemeinsamen Beratung mit dem EKU-Bereichsrat für die BRD und Berlin (West) als übereinstimmende Auffassung festgestellt worden war. Der Rat sah mit dieser Erklärung die vom Präses der EKU-Synode - Bereich DDR - in der Synodaltagung am 4. Juni geäußerte Erwartung aufgenommen, daß sich der Rat der Frage der Friedensverantwortung der Kirche stellen werde.

Die übereinstimmende Erklärung lautet: "Wir teilen die zunehmende Sorge um den Frieden. Das Versagen und die Schuld der deutschen Kirchen und Christen vor 44 Jahren verpflichtet uns in besonderer Weise, uns an der Suche nach Wegen des Friedens zu beteiligen. - Wir machen uns den Brief zu eigen, den der Vorsitzende der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR und der Vorsitzende des Rates der EKD am 10. August 1983 an den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR und an den Kanzler der Bundesrepublik Deutschland geschrieben haben. Wir unterstreichen die Bitte an die beiden deutschen Regierungen, sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, 'daß die Verhandlungen in Genf erfolgreich verlaufen, eine spürbare Verringerung der beiderseitigen Waffensysteme erreicht wird und es zu keiner weiteren Aufrüstung in Mitteleuropa kommt'. Wir bitten die Christen in beiden deutschen Staaten, ihre Suche und Sehnsucht nach dem Frieden so zum Ausdruck zu bringen, daß nicht neue Feindschaft entsteht. Vertreter unierter Kirchen aus Asien, Nordamerika, der Karibik und Europa haben auf einer Konsultation in Erfurt im Juni 1983 erklärt: 'Laßt uns jeder Versuchung widerstehen, anderen die Schuld an der Provokation eines Krieges aufzubürden. Laßt uns aufhören, absolut Gutes bzw. absolut Böses jeweils einer Seite zuzurechnen.' - Für Regierende und Regierte in aller Welt beten wir: Herr, richte unsere Füße auf den Weg des Friedens! (Luk 1,79)"

In dem in dieser Erklärung zitierten Erfurter Brief vom Juni 1983 hatten sich die 30 Teilnehmer der Konsultation unierter Kirchen aus Asien, Nordamerika, der Karibik und Europa (s. ena 26/83, Nr. 3) an die Gemeinden mit der Bitte gewandt, angesichts der Bedrohungen und Gefährdungen der Welt durch wirkungsvolle Initiativen zu helfen, daß ein gerechter Friede gefunden werde.

Es hieß in jenem Brief u.a.: "Christus ermutigt uns und Sie im täglichen Zeugnis für Frieden und Hoffnung, denn er ist Herrscher über alle irdischen und himmlischen Mächte. So ermutigt, laßt uns jeder Versuchung widerstehen, anderen die Schuld an der Provokation eines Krieges aufzubürden. Schlichte Tatsache ist, daß die Anhäufung von Waffen in Ost und West alle Grenzen der Vernunft gesprengt hat. Die grauenhafte Maschinerie der Zerstörung muß demontiert und vernichtet werden. Laßt uns aufhören, absolut Gutes bzw. Böses jeweils einer Seite zuzurechnen. 'Alle haben gesündigt und mangeln des Ruhmes, den wir bei Gott haben sollten!' Nur durch gemeinsame Sicherheit und durch /absolut

11) Eine Lutherausstellung auch in Halle

Eine der nicht wenigen Lutherausstellungen dieses Jahres wird seit Ende Juli in Halle gezeigt. Die kirchliche Ausstellung unter dem Titel: "Martin Luther": Bibelübersetzer - Theologe - Reformator", die im neu eingerichteten Ausstellungssaal der Marienbibliothek, An der Marienkirche 1, zu sehen ist, bleibt noch bis zum 15. November geöffnet. Gestaltet wurde sie maßgeblich von Pfarrer i.R. Horst Koehn.

Ausgestellt sind alte Drucke aus der Reformationszeit, Bibeln, Schriften von Luther und seinen Zeitgenossen aus den Beständen der Marienbibliothek. Besonders ins Blickfeld gerückt werden auch die beiden Personen, die im Zusammenhang mit der Einführung der Reformation in Halle von großer Bedeutung waren: Kardinal Albrecht und Justus Jonas, den Luther als ersten evangelischen Prediger nach Halle entsandt hatte. Herausragende Schaustücke sind ferner die Holzkanzel, von der Martin Luther wahrscheinlich seine letzte Predigt im Januar 1546 in Halle gehalten hat, und der Wachsabdruck seines Gesichts und der beiden Hände, von einem Halleschen Künstler nach Luthers Tod hergestellt.

Die Öffnungszeiten bis zum 15. November: wochentags (außer montags) 10 - 12 und 16 - 18 Uhr, sonntags 11 - 12 Uhr.

(ena)

12) Streiflichter vom Chorinfest 1983

Etwa 800 Teilnehmer waren am ersten Septembersonntag zum traditionellen Chorinfest nach Kloster Chorin gekommen, darunter viele aus der jüngeren Generation. Der Evangelische Chorinbund hatte diesmal unter dem Thema "Leben möchte ich gerne haben" dazu eingeladen. Bilder, Sprechertexte und Musik des Liedermachers Heinz Bomberg gaben in einzelnen Szenen Gedanken eines Schwerkranken wieder, die Anstöße für die Angebote zum Weiterdenken vermittelten. Gesprächsgruppen befaßten sich mit Themen über Lebenssinn, das Miteinanderleben von Eltern und Kindern sowie von Ehepartnern und ökologischen Fragen. Die Kinder gestalteten Bilder zum Thema Frieden und brachten sie mit einem Lied in den Gottesdienst ein.

Ein reiches Angebot zum Basteln, Spielen und Tanzen auf der Klosterwiese füllte die Mittagszeit aus, ehe dann das Fest in den Gottesdienst einmündete. Generalsuperintendent Erich Schuppan nahm Fragen der Gespräche des Vormittags auf und entfaltete in der Predigt das Angebot Jesu: "Ich bin gekommen, daß sie das Leben und volle Genüge haben." Leben in Fülle ist dort, wo der Mensch wissen darf, weil es ihm zugesagt wird: Du bist wichtig. Du gehörst zu Gott. Er gibt Zukunft. - In einer Stunde der aktuellen Kirche folgten dann noch lebhaftes Gespräche zum Friedensengagement der Kirche.

(ena)

ena-Dokumentation

Schreiben an Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker und
Bundeskanzler Helmut Kohl - - - - -

Gemeinsam vom Vorsitzenden der Konferenz der Kirchenleitungen in der DDR, J. Hempel, und vom EKD-Ratsvorsitzenden, E. Lohse

Der Vorsitzende der Konferenz der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik, Landesbischof Dr. Johannes Hempel (Dresden), und der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Landesbischof Dr. Eduard Lohse (Hannover), haben von der VI. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Vancouver (Kanada) aus gemeinsam gleichlautende Schreiben an den Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Erich Honecker, und an den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Helmut Kohl, gerichtet. Der Wortlaut der vom 10. August 1983 datierten und jeweils von den beiden Bischöfen unterzeichneten Schreiben ist folgender:

"Sehr geehrter Herr Staatsratsvorsitzender,
 sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Während der sechsten Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Vancouver haben wir erneut das starke Verlangen der Völker und Kirchen nach Frieden und Gerechtigkeit unmittelbar erfahren. Dabei ist uns auch aufs neue bewußt geworden, daß für die Wahrung des Friedens und die Vermehrung der Gerechtigkeit gerade den beiden deutschen Staaten - wegen ihrer schrecklichen vergangenen Erfahrungen und wegen ihrer geographischen und politischen Situation - eine besondere Verantwortung auferlegt ist, die den Einsatz von konventionellen oder gar atomaren Waffen ausschließt.

In der Gewißheit des uns allen - für uns Christen von Gott - anvertrauten Lebens bitten wir Sie, die Sie die schwere politische Verantwortung für Frieden und Gerechtigkeit tragen, auf das Dringlichste, sich im Rahmen des jeweiligen Bündnis-systems mit aller Kraft dafür einzusetzen, daß die Verhandlungen in Genf erfolgreich verlaufen, eine spürbare Verringerung der beiderseitigen Waffensysteme erreicht wird und es zu keiner weiteren Aufrüstung in Mitteleuropa kommt.

Im Namen vieler Christen der "Dritten Welt" bitten wir Sie auch, durch Abrüstung frei werdende Mittel und Kräfte in West und Ost für die Beseitigung oder wenigstens Linderung des Hungers von Millionen Menschen in vielen Ländern zur Verfügung zu stellen. Wir unsererseits werden uns bemühen, begonnene Gespräche mit unseren Gemeinden, zwischen den Kirchen und zwischen unserer jeweiligen Regierung und den Kirchen fortzusetzen und zu vertiefen. Nach unserer Rückkehr aus Vancouver möchten wir deshalb unseren Gemeinden von diesem Brief Kenntnis geben."

(ena)

V12516-35 V 6 386 949
GOSSNER MISSION
1180-2012 BADR-8

23. Christen können die Gefahren unserer Zeit weder als naturgegeben hinnehmen, noch dürfen sie sich der Verzweiflung hingeben. Als Gläubige, die sich zu einem Herrn und Heiland bekennen, zu Jesus Christus, dem Friedefürst, ist uns die Haushalterschaft über die Hoffnung Gottes für die Zukunft der Schöpfung anvertraut. Wir kennen Gottes Liebe und bekennen einen Herrn der Zeit, in dem uns das Leben in seiner ganzen Fülle verheißen ist. Die Gnade Gottes ist ewig, und der heilige Geist wirkt unter uns, um die Liebe zu erwecken, die die Furcht vertreibt und unsere Vision vom Frieden erneuert, unsere Phantasie belebt und uns durch die Wüste führt - eine Liebe, die uns befreit und eint. Immer mehr Völker der Welt erheben sich und fordern Gerechtigkeit und Frieden. Das sind Zeichen der Hoffnung in unserer Zeit.

24. Wir haben festgestellt, daß unsere Vorstellungen, wie wir Gerechtigkeit und Frieden schaffen können, oftmals auseinandergehen; ebenso unterschiedlich sind auch die Ausgangspunkte der Diskussion in den Kirchen. Die Ursache dafür liegt in der großen Vielfalt unserer jeweiligen Geschichte, unserer Traditionen und der Kontexte, in denen wir leben und Zeugnis ablegen. Wir rufen die Kirchen heute auf:

a) heute ihre Anstrengungen zu verstärken, zu einem gemeinsamen Zeugnis in einer gespaltenen Welt zu finden, sich mit neuer Kraft den Bedrohungen für den Frieden und das Überleben entgegenzustellen und sich für Gerechtigkeit und Menschenwürde einzusetzen;

b) ein lebendiges Zeugnis für Frieden und Gerechtigkeit zu werden durch Gebet, Gottesdienst und konkreten Einsatz;

c) auf dem Weg zur Einheit weiterzugehen, indem sie häufigere Gelegenheiten für den Austausch in den Kirchen und untereinander schaffen, damit sie mehr über die Betrachtungsweisen der anderen erfahren und sie besser verstehen können und damit allen Versuchen, uns zu spalten und voneinander zu trennen, widerstehen; und

d) in den Programmen für die Erziehung zu Frieden und Gerechtigkeit neue Wege einzuschlagen.

25. Nach dem Genfer Abkommen von 1980 ist der Einsatz bestimmter Waffen, die wahllos alles zerstören, völkerrechtlich verboten. Wir sind der Überzeugung, daß Atomwaffen dieser Waffenkategorie zuzuordnen sind. Wir schließen uns der Auffassung der Jury des öffentlichen Hearings des ÖRK über Atomwaffen und Abrüstung an, die nach Anhörung der Zeugenaussagen zahlreicher Experten folgendes feststellte:

„Wir glauben, daß für die Kirchen die Zeit gekommen ist, klar und eindeutig zu erklären, daß sowohl die Herstellung und Stationierung als auch der Einsatz von Atomwaffen ein Verbrechen gegen die Menschheit darstellen und daß ein solches Vorgehen aus ethischer und theologischer Sicht verurteilt werden muß. Die Frage der Atomwaffen ist aufgrund ihrer Tragweite und der drohenden Gefahren, die sie für die Menschheit mit sich bringt, eine Frage christlichen Gehorsams und christlicher Treue zum Evangelium. Wir sind uns bewußt, daß eine solche Erklärung der Kirchen nicht zur Abschaffung von Atomwaffen führen wird. Aber

sie wird die Kirchen und ihre Mitglieder zu einer grundlegenden Prüfung ihrer eigenen impliziten oder expliziten Unterstützung veranlassen, die implizit oder explizit auf dem Besitz und dem Einsatz dieser Waffen aufbauen."

Wir rufen die Kirchen dringend auf, ihre Regierungen - und zwar vor allem die derjenigen Länder, die über Atomwaffen verfügen oder verfügen könnten - nachdrücklich aufzufordern, ein völkerrechtliches Instrument auszuarbeiten und zu ratifizieren, mit dem sowohl der Besitz als auch der Einsatz von Atomwaffen als Verbrechen gegen die Menschheit geächtet werden kann. Wir bitten die Kirchen außerdem, ihre Regierungen dringend aufzufordern, das Recht zur Verweigerung des Militärdienstes aus Gewissensgründen anzuerkennen und die Möglichkeiten für einen gewaltfreien Ersatzdienst zu schaffen.

26. Auf dieser Grundlage und im Geiste des Aufrufs der Fünften Vollversammlung an die Kirchen, "ihre Bereitschaft (zu) betonen, ohne den Schutz von Waffen zu leben", sind wir der Überzeugung, daß Christen erklären sollten, daß sie es ablehnen, sich an einem Konflikt zu beteiligen, bei dem Massenvernichtungswaffen oder andere Waffen, die wahllos alles zerstören, eingesetzt werden.

27. Wir geben diese Erklärung aus tiefem seelsorgerlichem Verantwortungsbewußtsein ab. Es wird für die Christen und Kirchen nicht einfach sein, diese Überzeugungen zu leben, und wir erkennen an, daß die Konsequenzen dieser Überzeugungen für manche sehr viel schwerwiegender sein werden als für andere. Wir äußern diese Überzeugungen nicht, um andere zu verdammen oder zu verurteilen, sondern bekennen dabei gleichzeitig unsere Schwäche und rufen die Kirchen und Christen auf, einander in Liebe zu unterstützen, indem wir auf diese Weise zusammen bestrebt sind, unserer gemeinsamen Berufung gerecht zu werden, unseren einen Herrn Jesus Christus, den Friedefürst, das Leben der Welt, zu verkündigen und ihm zu dienen.

(ena)

die unser Leben verändern. Wir hoffen, daß diese Absage Bewegungsraum für eine Politik erschließt, die uns schrittweise aus den Zwängen des Abschreckungssystems herausführt und ein auf Gerechtigkeit gegründetes System gemeinsamer Sicherheit zwischen Ost und West, zwischen Nord und Süd möglich macht."

Nachdrücklich setzt sich die Bundessynode in ihrer Stellungnahme dafür ein, "ein Abkommen abzuschließen über das Einfrieren der Erprobung, Herstellung und Stationierung von Kernwaffen und ihren Trägersystemen auf den gegenwärtigen Stand ('nuklear freeze')". Die Synode zählt dies zu den Chancen, das Konzept der Gemeinsamen Sicherheit "in konkrete, politisch realisierbare Schritte zu überführen". Ebenso wird in diesem Zusammenhang angeregt, die von der UNO in Gang gesetzte Weltabrüstungskampagne aufzunehmen und im eigenen Land zur Geltung zu bringen. Eine Reihe von Bitten an die Regierung betreffen den Vorschlag der Weltkirchenkonferenz von Vancouver zur Ausarbeitung eines völkerrechtlichen Instruments, "mit dem sowohl der Besitz als auch der Einsatz von Atomwaffen als Verbrechen gegen die Menschheit geächtet werden kann", den Wunsch, innerhalb des Warschauer Vertrages darauf hinzuwirken, daß keine atomaren Kurzstreckenraketen auf dem Gebiet der DDR stationiert werden, die Anwendung des Schlußdokuments des Madrider KSZE-Folgetreffens in allen seinen Teilen sowie die Nutzung des Spielraums bestehender Verträge für die Ermöglichung von mehr Reisen und persönlichen Begegnungen zwischen den beiden deutschen Staaten zur Vertrauens- und Friedensförderung. Weiter heißt es in dem Beschluß: "An dem Gespräch über konkrete politische Schritte zur Sicherheitspartnerschaft müssen die beiden deutschen Staaten besonderes Interesse haben, weil sie sich in einem Brennpunkt des gegenwärtigen Systems nuklearer Abschreckung befinden. Wir bitten die Regierungen in den beiden deutschen Staaten, die in Bezug auf Artikel 5 des Grundlagenvertrages vereinbarten Konsultationen über Fragen der militärischen Sicherheit im Sinne des Konzeptes der gemeinsamen Sicherheit in Gang zu setzen. Was wir als Kirche zur Verwirklichung von Sicherheitspartnerschaft beitragen können, wollen wir mit den uns gegebenen Möglichkeiten versuchen."

Um den Gedanken der Gemeinsamen Sicherheit auch in der Friedenserziehung Gestalt gewinnen zu lassen, regt die Synode u.a. an, ihn im Gespräch der Gemeinden über den Frieden zu thematisieren, Verständnis und Sinn "für das jetzt politisch Mögliche zu fördern", für gewaltfreie Konfliktlösungen einzutreten und sie einzüben, die "besondere Friedensverpflichtung der Deutschen in Ost und West bewußt zu machen" sowie "die alljährliche Friedensdekade als eine Möglichkeit zu nutzen, Menschen verschiedener Generationen, politischer Positionen und Weltanschauungen zusammenzuführen".

Die Bundessynode erklärt in ihrer Stellungnahme, das Nein zur Praxis der Abschreckung schließe für sie die in der Erklärung "Frieden und Gerechtigkeit" der ÖRK-Vollversammlung von Vancouver formulierte Überzeugung ein, "daß Christen davon Zeugnis ablegen sollten, daß sie es ablehnen, sich an einem Konflikt zu beteiligen, bei dem Massenvernichtungswaffen oder andere Waffen, die

kalkuliertes Risiko des Vertrauens in die guten Absichten der anderen Seite kann die Welt zurückgerissen werden von dem Abgrund des Verderbens. Nur so findet sie einen gerechten Frieden, nämlich den, der im Schalom Gottes gründet. Alle Christen sollten weiterhin in ihrer eigenen Situation für Frieden und Gerechtigkeit kämpfen. Solidarität ist der Weg der Liebe, die gerechten Frieden schafft. Wir wollen diesen Kampf in unseren jeweiligen Kirchen fortsetzen und möchten möglichst viele von Ihnen daran beteiligen. Darum laden wir Sie ein, auf diesen Brief zu antworten."

(ena)

14) Friedensverantwortung der Kirche unterstrichen
Ergebnisse der Tagung der Bundessynode

Die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR hat in einer Erklärung auf die Gefahr aufmerksam gemacht, daß eine Stationierung der atomaren Waffensysteme vom Typ Pershing II und Cruise Missile "eine neue Stufe der militärischen Bedrohung darstellt und wiederum eine neue Runde des atomaren Wettrüstens einleitet", und deshalb "mit aller Eindringlichkeit" vor der Aufstellung neuer Raketen gewarnt. "Die Stationierung jeder neuen Rakete kann die Gefährlichkeit der militärischen Situation in Europa nur weiter erhöhen", heißt es in der Erklärung, die von der Synode am 20. September zum Schluß ihrer Tagung in Potsdam-Hermannswerder einstimmig beschlossen wurde.

Noch sei es Zeit, zu einer Lösung zu kommen, wird in der Erklärung betont, die zugleich die Erwartung äußert, daß diese Zeit für einen erfolgreichen Abschluß der Genfer Verhandlungen genutzt wird. Wörtlich wird dann weiter erklärt: "Wir würden es als einen konstruktiven Beitrag ansehen, wenn die Staaten der NATO ihren Spielraum für die Verhandlungen in Genf so erweitern, daß ein erfolgreicher Abschluß möglich und eine Stationierung im Dezember 1983 vermieden wird, und wenn die UdSSR ihre erklärte Bereitschaft zum Abbau und zur Verschrottung von Mittelsteckenraketen des Typs SS 20 schon jetzt in die Tat umzusetzen beginnt. Darüber hinaus könnte unserer Meinung nach ein Moratorium über die Einführung von nuklearen Raketen kürzerer Reichweite die Genfer Verhandlungen positiv beeinflussen." Ausdrücklich begrüßt wird in der Erklärung der gemeinsame Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Kirchenleitungen in der DDR und des Vorsitzenden des Rates der EKD an die Regierungen der beiden deutschen Staaten mit der Bitte, sich im Rahmen des jeweiligen Bündnissystems dafür einzusetzen, daß die Genfer Verhandlungen erfolgreich verlaufen und eine spürbare Verringerung der beiderseitigen Waffensysteme erreicht wird.

In einer ausführlichen Stellungnahme zum Bericht der Konferenz der Kirchenleitungen (s. Meldung 7) bekräftigte die Bundessynode ferner ihre Feststellung von 1982, daß "die Absage an Geist und Logik der Abschreckung unumgänglich" sei. Sie äußerte dazu: "Wichtig wird sein, daß uns die Augen geöffnet werden für die Friedensbedürftigkeit und Friedensfähigkeit des anderen. Wir haben die Hoffnung, daß dies zu persönlichen Schritten führen kann,

7) Gegen Militarismus und Wettrüsten

ÖRK-Zentralausschuß erhielt Bericht über Studienprogramm

Die bleibend bedeutsame Rolle, die dem Ökumenischen Rat der Kirchen bei der Aufgabe zukommt, der Weltöffentlichkeit die durch das Wettrüsten heraufbeschworene explosive Situation bewußt zu machen und die öffentliche Meinung gegen diese immer bedrohlichere Entwicklung zu mobilisieren, hat der ungarische reformierte Bischof Dr. Karoly Toth vor dem ÖRK-Zentralausschuß in Genf unterstrichen. Auf der Jahrestagung des Ausschusses sprach er bei der Einführung der Berichte von vier der Studienprogramme der ÖRK-Programmeinheit "Gerechtigkeit und Dienst" über das Programm "Für Abrüstung und gegen Militarismus und Wettrüsten". Als einige der durch das Studienprogramm besonders nachdrücklich in den Blick gerückte Problembereiche nannte er die Frage nach neuen, alternativen Sicherheitskonzepten, welche die oft mißbrauchte und unzureichend gewordene Idee der nationalen Sicherheit ablösen, sowie die vom nuklearen Wettrüsten verursachte, den klassischen Begriff eines "gerechten Krieges" entschieden in Frage stellende neue Dimension in der kirchlichen Diskussion um Krieg und Frieden.

Der Bericht, der über Verlauf, Ergebnisse und Schlußfolgerungen des Programms für Abrüstung und gegen Militarismus und Wettrüsten informiert, umfaßt 20 Seiten. Das Programm war von der Nairobi-Vollversammlung 1975 angeregt, 1977/78 vorbereitet und 1979 vom Zentralausschuß beschlossen worden und hatte folgende Schwerpunkte: Atomare Abrüstung; Waffenhandel und Rüstungstransfer; theologische Reflexion; Militarismus und Entwicklung; Doktrinen der nationalen Sicherheit; Rüstungsforschung und -entwicklung; friedliche Beilegung von Konflikten. Insgesamt waren den Aufgaben des Programms zwölf Tagungen und Konsultationen gewidmet, als deren letzte im November 1981 das öffentliche Hearing über Atomwaffen und Abrüstung in Amsterdam stattfand.

In dem Bericht heißt es, die Studien im Rahmen des Programms hätten "die enge Verbindung von Militarismus, Wettrüsten, Menschenrechten, Entwicklung und Abrüstung sowie ihren globalen Charakter hervorgehoben". Vordringlich sei nun ein breiter und umfassender angelegtes Konzept von Frieden, das nicht nur das Fehlen von bewaffneter Auseinandersetzung und offener Gewalt, sondern ebenso zum anderen die Gewährleistung von Sicherheit in wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Sinne für den Menschen zum Inhalt hat. "Das bedeutet, daß nicht nur Militarismus und Wettrüsten, sondern auch soziale Ungerechtigkeit, wirtschaftliche Mißstände, politische Unterdrückung und Umweltzerstörung als Faktoren aufgedeckt werden müssen, die für die Friedlosigkeit der Welt mitverantwortlich sind."

6) Umwelt-Arbeitsgruppen trafen sich in Potsdam

Das Gelände der Hoffbauerstiftung in Potsdam-Hermannswerder war Ziel einer Radsternfahrt von 600 meist jugendlichen Umweltschutzinteressierten. Vom 9. bis 11. Juli informierten sie sich über die gegenwärtige Situation der Umwelt und bekamen Anstöße zum selbständigen Handeln zur Verbesserung dieser Situation. Bestehende Umwelt-Arbeitsgruppen tauschten Erfahrungen über ihre Aktivitäten aus und es sollte gearbeitet werden. Nachdem verschiedene Betriebe in Potsdam eine Zusammenarbeit kurzfristig abgelehnt hatten, wurden Einsätze auf dem Gelände der Hoffbauerstiftung, eine Wanderung und eine Papiersammelaktion in der Potsdamer Innenstadt improvisiert.

Nach der Anreise wurde am Freitagabend das Programm in der Kirche eröffnet, in der man sich bereits seit 17 Uhr in einer Ausstellung zum Thema anregen und informieren lassen konnte. Nach kurzer Einführung für das Wochenende und einer Information über den Gastgeber, die Hoffbauerstiftung, wurde eine Andacht gefeiert. Der Sonnabend begann für Frühaufsteher bereits um 5 Uhr mit einer botanischen und einer ornithologischen Wanderung. Der Morgenandacht auf der Freilichtbühne schloß sich das einführende Referat von Pfarrer Dr. Loettel (Magdeburg) an. Durch Fakten verdeutlichte er den gegenwärtig kurzsichtigen Umgang mit den Vorräten der Erde, der das Leben nachfolgender Generationen gefährdet. Dr. Loettel nannte aber auch Auswege im großen und im persönlichen Bereich. Als eine Voraussetzung für einen umweltbewußten Lebensstil nannte er die Kenntnis der Landschaftsschutz- und anderer Gesetze. Die folgenden Gesprächsgruppen, die den Hauptteil des "Jahrmärkts aller Möglichkeiten" bildeten, waren für die eingeladenen Gesprächsführer wie für die vielen Teilnehmer gleichermaßen interessant. Nach den improvisierten Arbeitseinsätzen am Nachmittag wurde am Abend das Angebot zu einem Talentetreff auf der Freilichtbühne gemacht, der - von den Teilnehmern selbst gestaltet - großen Anklang fand.

Der Gottesdienst zum Thema, der am Sonntagmorgen den Abschluß des offiziellen Programms bildete, wurde ebenfalls von den Teilnehmern selbst gestaltet. Die Predigt von Generalsuperintendent Bransch nahm ausgehend vom Monatsspruch Juli auf das Thema des Wochenendes Bezug. Er sagte, alles dürfe leben nach dem Willen Gottes. Das Leben sei uns geschenkt als Freiheit. Freiheit und Leben erfülle sich in Liebe, die ihr Ziel darin habe, daß sie Leben stifte. Die Frage nach der Umwelt sei das Leben wert. Am Schluß des Gottesdienstes zog die gesamte Gemeinde in einer Reihe aus der Kirche und bat mit einem Kanon: "Herr, gib uns deinen Frieden!"

(ena)

Weiter weist der Bericht auf die Verflechtungen und Wechselwirkungen zwischen Militärsystemen und Weltwirtschaft hin, angesichts deren Abrüstung auch als ein integraler Bestandteil des Strebens nach einer gerechten, partizipatorischen und überlebensfähigen Gesellschaft zu sehen sei. Festgestellt wird, heute müßten alte nationale Sicherheitsdoktrinen in Frage gestellt werden, weil sie zu der weltweiten Ausbreitung von Militarismus beigetragen hätten. "Die Widersprüche der Machtsituation heute stehen der Verwirklichung echter Sicherheit im Wege. Sicherheit hängt heute mehr denn je von der Erfüllung sozialer und ökonomischer Imperative ab." Notwendig sei daher eine Begriffsklärung über legitime und wahre Sicherheit; hier liege auch eine theologische Aufgabe von Wichtigkeit. Ausdrücklich sagt der Bericht: "Das gegenwärtige Stadium des Wettrüstens und des Militarismus fordert von den Kirchen neue Formen des Zeugnisses." Der Weltkirchenrat habe hierbei als eine weltweite Gemeinschaft Christen seine eigene spezifische Rolle und Verantwortung. / von

Militarismus nennt der Bericht ein heute weltweites Phänomen. Entsprechend der Formulierung einer der Programm-Konsultationen wird Militarisierung definiert als "die Übertragung militärischer Werte, Vorstellungen und Verhaltensmuster als Leitbilder auf den politischen, sozialen und ökonomischen Bereich sowie auf die auswärtigen Beziehungen eines Staates". Zu den Ursachen dieser Ausbreitung zähle nicht zuletzt der Wettlauf um quantitative und technologische Überlegenheit der Rüstung. Sicherung von Einflusssphären sowie die Waffenlieferungen in Entwicklungsländer seien ebenso wie fragwürdige Sicherheitsdoktrinen weitere Faktoren dafür. Ein wichtiges Element stelle auch die Verbindung zahlreicher transnationaler Konzerne mit dem Phänomen der Militarisierung dar. Mehrfach wird in dem Bericht auf Zusammenhänge zwischen Militarisierung und der Beschneidung von Menschenrechten hingewiesen.

Zur Rüstungsproblematik macht der Bericht auf die Gefahr aufmerksam, daß "die zunehmende Effizienz konventioneller Waffen die Distanz zwischen konventionellen und atomaren Waffen verringert und damit den Übergang von konventioneller zu atomarer Kriegführung erleichtert". Es wird auf die Feststellung des Amsterdamer Hearings verwiesen, daß ein lokal ausbrechender atomarer Krieg nicht begrenzt bleiben könne, aber selbst wenn dies möglich wäre, er ein "absolutes Übel" sei, so daß jede Strategie abgelehnt werden müsse, "die auch nur die geringste Möglichkeit atomarer Kriegführung einschließt". Amsterdam habe die wichtigsten ethischen Unterschiede zwischen konventionellen und atomaren Waffen untersucht und kategorisch gesagt: "Wir glauben, daß für die Kirchen die Zeit gekommen ist, klar und eindeutig zu erklären, daß sowohl die Herstellung und Stationierung als auch der Einsatz von Atomwaffen ein Ver-

brechen gegen die Menschheit darstellen und daß ein solches Vorgehen aus ethischer und theologischer Sicht verurteilt werden muß." Die Amsterdamer Aussagen nennt der Bericht eine "solide Grundlage für die Formulierung von Stellungnahmen und die Beschlußfassung über Aktionen der Kirchen zu Fragen der nuklearen Abrüstung".

Als "dringender denn je" wird es bezeichnet, "die bereits bestehenden interantionalen und regionalen Mechanismen und Instrumente zur friedlichen Beilegung von Konflikten stärker zur Geltung zu bringen". Es wird dabei an das Völkerrecht und das Wirken verschiedenster internationaler Organisationen erinnert und besonders eine Stärkung der Vereinten Nationen befürwortet, die "wirkungsvoller zur Sicherheit ihrer Mitgliedsstaaten beitragen könnten, als sie es bislang tun", und die, wie Erfahrungen zeigten, tatsächlich in der Lage seien, Streitigkeiten friedlich beizulegen. Öffentlicher Druck könne für friedliche Regelungen ebenfalls eine konstruktive Rolle spielen. "Den Kirchen, die zum Zeugnis für Gerechtigkeit und Frieden aufgerufen sind, fällt bei der Anwendung und Förderung neuer Methoden der friedlichen Beendigung von Konflikten eine besondere Verantwortung zu." Der ÖRK und die Kirchen hätten auf diesem Gebiet noch beträchtliche Arbeit zu leisten.

Zu den theologischen Aspekten des Wirkens für Abrüstung und gegen Militarismus und Wettrüsten liest man in dem Bericht u.a., es müsse über bloße Anprangerung hinaus um "Beteiligung an der Verwirklichung der Neuen Schöpfung" gehen. Ein weitergehender, am Menschen orientierter Ansatz in Anlehnung an die Heilige Schrift sei erforderlich, "mit dem die Theologie über die traditionellen gesellschaftlichen, politischen und ekklesiastischen Perspektiven hinausgeht". Unterstrichen wird schließlich die unter Hinweis auf die ethischen Unterschiede zwischen konventionellen und atomaren Waffen gemachte Amsterdamer Aussage: "Dies ist ein Prüfstein für die Verantwortung der Menschheit vor Gott für seine Schöpfung. Es wäre übertrieben zu sagen, daß die Strategie nuklearer Abschreckung und die ihr zugrundeliegenden Waffen genauso eine absolute Sünde darstellen wie der tatsächliche Atomkrieg. Wir glauben jedoch, daß sie Sünde ist und daß der Besitz solcher Waffen und die Bereitschaft zu ihrem Einsatz in Gottes Sicht verwerflich sind und von den Kirchen als verwerflich erklärt werden sollten."

(ena)

5. Synode der Evangelischen Kirche der Union
- Bereich DDR -

außerordentliche Tagung vom 23. bis 24.5.1981

B e s c h l u ß

Die Synode der EKU - Bereich DDR - ist beunruhigt über die wachsende Gefährdung des Friedens. Dies gilt besonders für die Behauptung, durch die Weiterentwicklung der Kernwaffen sei der Krieg wieder machbar geworden, und für das Bestreben, an die Stelle des Gleichgewichts militärische Überlegenheit zu setzen.

Sie weiß, daß Überall in der Ökumene Kirchen und Christen für Frieden, Entspannung, Abrüstung und Verhandlungen eintreten, um das friedliche Zusammenleben von Staaten verschiedener Gesellschaftssysteme zu sichern.

Sie geht gern auf den Wunsch ein, der aus der Vereinigten Kirche Christi in den USA geäußert wurde, auf der Basis der Kirchengemeinschaft Fragen der Friedensverantwortung gemeinsam zu bedenken.

Sie erinnert an die Verwerfung der Massenvernichtungsmittel durch die Synode der EKU im Jahre 1957 und bittet einen jeden, im Ringen um Frieden und Abrüstung nicht zu resignieren, sondern sich gemeinsam mit allen, die dazu bereit sind, entschlossen und politisch wirksam für die Fortsetzung der Entspannungspolitik, für Abrüstungsverhandlungen auf allen Ebenen und gegen Aufrüstung und Streben nach militärischer Überlegenheit einzusetzen.

Sie ermahnt, nicht nachzulassen im Gebet um den Frieden und in der Erziehung zum Frieden in allen Bereichen.

"Weh denen, die sich verlassen auf Rosse und hoffen auf Wagen,
weil ihrer viele sind, und fragen nichts nach dem Herrn!

Jesaja 31,1

Der Herr ist reich für alle, die ihn anrufen."

Römer 10,12

(Losung und Lehrtext, Sonntag Rogate 1981)

Berlin, den 24.5.1981

gez.: Becker

Umdr. A 101.4/81

Dr. Siegfried Müller

»Laßt uns für den Frieden in der Welt danken, arbeiten und beten«

Bericht des Ausschusses zum Studium des ÖRK-Programms über Abrüstung und Militarismus vor der Evangelischen Landessynode in Baden im Frühjahr 1980

Der besondere Ausschuß, vor einem Jahr von der Synode eingesetzt (gedrucktes Protokoll Frühjahr 1979, S. 146/147), gibt Ihnen heute seinen ersten Bericht. Zunächst ein paar formale Dinge. In der ersten Sitzung wurden auf Vorschlag des Vorsitzenden für die weitere Arbeit zwei Mitglieder kooptiert: Religionslehrer Pfarrer Dr. Fr. Goedeking, Berghausen, und Pfarrer Dr. U. Lochmann aus Singen a. H. In drei Arbeitssitzungen hat der Ausschuß die theologischen Kapitel aus den Berichten über Glion I und II durchgearbeitet und in zwei weiteren Sitzungen diesen Bericht erstellt. Ein Papier von einer Arbeitsgruppe der Evangelischen Kirche von Hessen und Nassau, auf dessen Entstehen ich Sie seinerzeit hingewiesen hatte, ist inzwischen veröffentlicht und auf unsere Bitte hin durch den Herrn Präsidenten unserer Synode Ihnen allen schon im Sommer 1979 zugegangen. In dem Jahr, das inzwischen vergangen ist, sind noch weitere Papiere und Dokumente veröffentlicht worden, denen wir unsere Aufmerksamkeit gewidmet haben und noch weiter widmen wollen, teilweise werden diese schon in unserem Bericht zitiert werden.

Ich nenne – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – folgende:

1. Die Resolution der ÖRK-Konferenz über »Glaube, Wissenschaft und die Zukunft«; vom Juli 1979 zur atomaren Abrüstung (epd-Dokumentation 48/79);
2. Das gemeinsame »Wort zum Frieden« der EKD und der Kirchen in der DDR zum 1. September 1979 (epd-Dokumentation 37a/79);
3. »Erziehung zum Frieden« – »Anregungen und Vorschläge für die Durchführung von Gemeindeveranstaltungen« in der Reihe »Texte aus der DDR« (epd-Dokumentation 41/79);
4. Botschaft an die Christen in Europa der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) (epd-Dokumentation 52a/79);
5. Wort der EKD-Synode vom Januar 1980 »Kundgebung zur Friedenssicherung«;
6. »Erklärung zur gegenwärtigen weltpolitischen Situation« in der Reihe »Texte aus der DDR« (epd-Dokumentation 10a/80);
7. »Der Heilige Stuhl und die Abrüstung«, Dokument der Päpstlichen Kommission Justitia et Pax von 1977 für die UNO-Vollversammlung (gedruckt von der Katholischen Sozialakademie Österreichs).

Im Herbst hat eine Akademietagung in Loccum stattgefunden, deren Material uns noch nicht vorliegt, im Februar 1980 eine Tagung in Arnoldshain, über die ein kurzer Bericht im Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt (DAS) vom 24. 2. 1980 erschienen ist. Schließlich haben inzwischen die Synoden im Rheinland und in West-Berlin dieses Thema auf ihrer Tagesordnung gehabt.

Es ist also etwas in Bewegung gekommen, hat aber bei weitem noch nicht die unseres Erachtens nötige Publizität erlangt; und wenn wir uns in unse-

rer Landeskirche mit dieser Thematik beschäftigen, sind wir weder Vorreiter noch Schlußlicht! Die Aufzählung all dieser Initiativen und Vorhaben erschien uns wichtig im Hinblick auf den auslösenden Anstoß zu unserer Arbeit: die Anfrage der Jugend zur Neutronenbombe. Denn die Glaubwürdigkeit unserer Kirche in den Augen vieler Jugendlicher steht auf dem Spiel, wenn diese zu Recht den Eindruck haben können, daß ihre Kirche in diesem Punkt nichts sagt und nichts tut. Sie werden sich, verehrte Synodale, sicher auch an das Grußwort unseres Gastes, Pfarrer Günther, aus der DDR auf der Herbstsynode 1979 und an unsere Antwort erinnern. Die Kirchen in der DDR sind in der Behandlung dieser Thematik schon ein Stück weiter.

Das haben Sie vielleicht bei der Aufzählung der Materialien schon bemerkt: »Texte aus der DDR« hieß es da zweimal.

Wir freuen uns dieser Vorarbeiten und lassen uns ermutigen bei unserer Arbeit; wir müssen nicht mehr jeder für sich ganz von vorne anfangen. Ermutigung zu Vorschlägen, die nicht dem sogenannten Trend der Gesellschaft entsprechen, scheint uns besonders glaubwürdig und beherzigenswert, wenn sie von unseren Partnerkirchen aus der DDR, aus ihrem gesellschaftlichen Kontext, kommt. Daher möchten wir den Hauptteil unseres Berichts mit einem längeren Zitat, dem Anfang des Briefes, den Bischof Werner Krusche (Magdeburg) an die Pfarrer seiner Landeskirche am 28. Januar 1980 geschrieben hat, beginnen. Bischof Krusche schreibt:

Liebe Brüder und Schwestern!

In dem »Wort zum Frieden«, das der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und die Evangelische Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Beginns des 2. Weltkriegs gemeinsam gesprochen haben, heißt es: »Auf mehr als 30 Jahre Frieden in Europa blicken wir zurück. Wir wissen aber, wie zerbrechlich der Frieden ist. 1945 haben Unzählige geschworen: Nie wieder Krieg! Heute muß dieser Ruf bekräftigt werden, nicht nur mit leidenschaftlichem Herzen, auch mit besonnenem Verstand. Die Arbeit für eine Friedensordnung, die Vertrauen wachsen läßt und den Völkern Sicherheit gewährt, in der Konflikte zwischen den Staaten ohne militärische Drohung und ohne Anwendung von Gewalt ausgetragen werden, erfordert Nüchternheit, Geduld und Mut. Den Christen und Kirchen in den beiden deutschen Staaten ist es besonders aufgetragen, an der Vertiefung der Entspannungspolitik mitzuarbeiten, für die die Schlußakte in Helsinki ein Zeichen der Hoffnung ist.«

Das ist geschrieben worden, als es noch keinen Raketenbeschluß der NATO und noch keine sowjetischen Truppen in Afghanistan gab. Ich weiß nicht, ob irgendein Zusammenhang zwischen diesen beiden Fakten besteht, aber ich sehe mit ganz großer Sorge, daß seitdem das, was besonnene Politiker einmal »Entspannungspolitik« genannt haben, was von vielen Menschen mit großen Hoff-

rats der Kirchen; sie bedeutet einen regionalen Schwerpunkt ökumenischer Beziehungen, durch den wir immer wieder neu an jedem Problem lernen können, uns selbst in größeren geschichtlichen Zusammenhängen zu verstehen.

Manche Aufgaben der KEK – zwischenkirchliche Hilfe in Europa, das begonnene Menschenrechtsprogramm, der Dialog mit dem Islam – bedeuten für uns in Baden meines Erachtens nur, daß wir in bestehende ökumenische Aktivitäten auch Empfehlungen der KEK mit aufnehmen und uns jedenfalls informieren, also z. B. das Material, das jetzt über Kreta herauskommt, bestellen und nach Möglichkeit in Gruppen durcharbeiten.

Hinsichtlich der Friedensverantwortung scheint es mir notwendig, daß – ähnlich, wie es freiwillige Gruppen in der DDR seit Jahren tun – bestehende Ökumene-Gruppen oder neu sich bildende Kreise von Pfarrern und Naturwissenschaftlern oder Lehrern in freiem Kontakt mit der Genfer Stelle der KEK oder auch mit unserem Institut in Heidelberg an den Friedens- und Abrüstungsfragen weiterarbeiten, und zwar einmal, um unser Verständnis des Friedensauftrages zu vertiefen, zum anderen zur Vorbereitung auf die kommenden Konsultationen. Es ist eine nicht zu unterschätzende Chance, in diesem Feld auch mit unseren Freunden in der DDR sozusagen im lockeren Kontakt und parallel zu arbeiten. Ich könnte davon viel erzählen. Für die Beteiligten wäre das in solchen Gruppen eine Form ökumenischer Selbstverpflichtung.

Beziehungen zu Minderheitskirchen in Ost- und Südeuropa

Die großen Kirchenspaltungen, die über die Missionsgesellschaften – ich spitze zu – in andere Kontinente »exportiert« wurden, sind ja in Europa erfolgt. Darum liegt auch auf den beiden europäischen Kirchen eine besondere Verantwortung für das Wachsen der europäischen Gemeinschaft. In Europa leben nun zahlreiche Minderheitskirchen in Ländern mit katholischen, mit orthodoxen und mit reformatorischen Majoritäten. Was bedeutet dies eigentlich für unser Verständnis von ökumenischer Gemeinschaft?

In einem Manuskript der Europäischen Bischofskonferenz für die KEK-Konsultation in Chantilly 1978, aus der ich vorhin das Krusche-Zitat berichtete, wurde folgendes formuliert:

Der Stellenwert der ökumenischen Fragen ist unmittelbar von der konfessionellen Zusammensetzung der Bevölkerung eines Landes abhängig; wo mehr als eine Kirche eine starke Position einnimmt, ist der Stellenwert hoch ...

Wo die römisch-katholische Kirche in der Mehrheitsposition ist, wird der Stellenwert als gering eingeschätzt.

Diese zutreffende, sehr ehrliche These sollte uns beunruhigen. Mir scheint, daß wir diese Frage »Was bedeuten die Minderheitskirchen in unserer Mitte?« etwa auch in die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen hineinnehmen sollten, in unsere örtlichen ökumenischen Kreise und daß wir auch mit unseren katholischen Freunden darüber sprechen und auch Orthodoxe heranziehen, die wir zahlreich in unserem Land haben. Ganz gewiß gilt nicht mehr das traditionelle Konzept – um ein Beispiel zu nennen – der Arbeit des Gu-

stav-Adolf-Vereins; aber wir haben da immerhin eine vorhandene Struktur, in der wir nun neue Erfahrungen und neue Erkenntnisse einbringen und in neuer Weise die Fragen der Minderheitskirchen aufnehmen und die Arbeit innerhalb dieser Strukturen zeitgemäß weiterführen können. Das wäre nur eine Möglichkeit. Eines ist jedenfalls sicher: die Anteilnahme am Leben der Gemeinden und Kirchen in der Diaspora ist dringender denn je. Es ist merkwürdig: hoffnungsvolle Äußerungen über das Wachsen der ökumenischen Gemeinschaft verstärken bei ihnen, wie wir uns überzeugen konnten, die Resignation. Das ist eine wirklich merkwürdige Erfahrung. Es hieß von einem methodistischen Pfarrer aus Portugal und einer evangelischen Pastorin aus Italien: Wir erfahren in unserer Umwelt nicht brüderliche ökumenische Gemeinschaft. Es gilt aber auch das andere. Etwas davon sagte vorhin schon Oberkirchenrat Sick: von einigen Minderheitskirchen können wir wirklich sehr viel lernen. Ich nenne beispielhaft die reformierten und lutherischen Minderheitskirchen in Ungarn. Die Intensität ihrer theologischen Arbeit, die Formen der Pfarrerausbildung und Fortbildung, die Kurse für Älteste und Gemeindeglieder, die Förderung der Kirchenmusik sind bei ihren geringen Mitteln und harten Lebensbedingungen einfach eindrucksvoll. Ich weiß, daß gerade diese Kirchen an dem Kontakt mit den evangelischen Kirchen in der Bundesrepublik sehr lebhaft interessiert sind.

Entwicklungsverantwortung in Partnerschaft mit der Kirche in Kreta

Die Begegnung dort mit den Problemen des Nord-Süd-Konflikts scheint mir dazu herauszufordern, daß wir einmal beginnen, die Entwicklungsprobleme dort zu studieren, wo sie uns zugänglich sind: in Südeuropa, in Portugal, Süditalien, Griechenland, in Ländern, zu denen wir ja längst durch die ausländischen Arbeitnehmer und den Tourismus Beziehungen haben. Davon, wo deren Probleme liegen und wie sie die Veränderungen durch die Entwicklungsprozesse erleben, wissen wir sehr wenig. Würden wir sie dort studieren, dann könnten wir vielleicht auch unsere Partnerkirchen in Afrika besser verstehen. Die Kirche in Kreta hat als einzige orthodoxe Kirche eine theologisch durchdachte Entwicklungsarbeit begonnen. Die Kirche umfaßt nahezu alle Bewohner der großen Insel. Es bestünde hier keine Gefahr einer asymmetrischen Beziehung, daß wir etwa als die »Überlegenen« helfen; wir würden weithin sogar die Empfangenden sein. Es gäbe die Möglichkeit, sich am Kampf gegen zerstörerische Entwicklungstendenzen zu beteiligen, vielleicht zunächst durch Studienreisen, die mit der Orthodoxen Akademie ausgearbeitet werden. Die Frauengruppen der kretischen Kirche haben offiziell uns auf der Vollversammlung ausdrücklich gebeten, daß wir versuchen sollten, innerhalb des Tourismus Aufmerksamkeit für diese ihre Probleme zu wecken. Aus einer »Partnerschaft in den Entwicklungsaufgaben« könnten mit einer orthodoxen Kirche dauerhafte Verbindungen entstehen, die vielleicht unser Lebensverständnis, vielleicht aber auch unseren Lebensstil in den Gemeinden durch unerwartete neue Erfahrungen verändern könnten.

nungen begleitet worden ist und wofür wir uns als Kirchen intensiv eingesetzt haben, aufs Äußerste gefährdet ist. Der Dialog scheint unterbrochen zu sein. An die Stelle der Entspannungspolitik scheint wieder die alte Machtpolitik treten zu wollen. Die angestrebte Ergänzung der politischen Entspannung durch eine militärische Entspannung scheint einer Ersetzung der politischen Entspannung durch militärische Optionen und Aktionen Platz machen zu sollen. Das Wettrüsten ist neu in Gang gesetzt. Das alles ist tief enttäuschend. Die alten Gegner der Entspannungspolitik fühlen sich nachträglich ins Recht gesetzt.

Der Friede ist durch die Ereignisse der letzten Monate nicht sicherer, sondern bedrohter geworden, der kalte Krieg nicht ferner, sondern näher gerückt, das Vertrauen in die Erklärungen der Staatsmänner ist nicht gewachsen, sondern hat empfindlich abgenommen. Das Gefühl der Ohnmacht angesichts einander widersprechender Nachrichtengebung

und Informationsvermittlung wächst. Die Anheizung ebenso wie die Verharmlosung der Situation, die wechselseitige Beschuldigung und die je eigenen Rechtfertigungsversuche verführen zu Resignation oder Zynismus. Längst überwunden geglaubte Emotionen leben wieder auf.

Im weiteren Zusammenhang seines Briefes gibt der Bischof keine Analysen oder Rezepte, ruft zu keinen besonderen Aktionen oder Resolutionen auf, sondern empfiehlt seinen Gemeinden einen besonderen Gebetsgottesdienst für die Erhaltung des Friedens in der Welt. Eine solche Empfehlung unsererseits hier schon auszusprechen, ist nicht Sache eines Ausschusses der Landessynode, wenn auch unser Herz uns dazu drängt. Zunächst haben wir der Synode über unsere Arbeit zu berichten.

Unsere Aufgabe im engeren Sinn war, ausgehend von der Empfehlung von Nairobi 1975 »bereit zu sein, oder sich bereit machen zu lassen, ohne



Gleichgewicht des Schreckens —

*... aber nur solange keiner etwas
fallen läßt —*

Waffen zu leben«, die ÖRK-Papiere der zwei Konsultationen von Glion (November 77 und April 78; epd-Dokumentation 22-23/78; 27/78; 32-33/78; sämtlich vergriffen!) zu studieren und darüber zu berichten. Diese Dokumente umfassen Vorbereitungsmaterialien, Referate während der Konsultationen und Berichte über die Konsultationen auf über 250 Seiten und befassen sich mit militärischen, wirtschaftlichen, politischen und theologischen Aspekten des Themas. Ehe wir nun zu den theologischen Kapiteln berichten, scheint es uns doch notwendig, eine Darstellung der anderen, besonders der politischen Aussagen, zur Abrüstung zu versuchen.

Ein Engagement für Maßnahmen zur Abrüstung ist politisch und sicherheitspolitisch ein Gebot der Stunde, da immer deutlicher wird, daß der derzeitige Rüstungswettlauf die Gefahr eines Krieges erhöht und allenfalls eine befristete Pseudosicherheit gewähren kann.

Die Kosten des Wettrüstens

Die Politik der Abschreckung hat einen Rüstungswettlauf von einem bisher noch nie gekannten und für uns unvorstellbaren Ausmaß verursacht.

Für die militärische Rüstung werden jährlich 800 Milliarden DM ausgegeben, das sind zwei Milliarden täglich. Die Bundesrepublik Deutschland steht mit ihren Rüstungsausgaben 3 1/2 Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wieder an dritter Stelle in der Welt. Dabei haben sich seit 1970 die Rüstungsausgaben in unserem Land fast verdoppelt.

Auf der gesamten Erde sind die Ausgaben für die Rüstung während der letzten drei Jahrzehnte um das Vierfache gestiegen.

Der Zusammenhang zwischen dem Wettrüsten und der weltweiten Armut

Auf dem Hintergrund der weltweiten Armut, vor allem in den Ländern der südlichen Erdhälfte, wird die Absurdität des Wettrüstens noch deutlicher. Für die Beseitigung wenigstens der absoluten Armut auf der Welt, unter der zirka eine Milliarde Menschen leiden, werden 15 bis 20 Milliarden Dollar benötigt. Dies wäre etwa ein Vierzigstel des Betrages, der gegenwärtig auf der gesamten Welt für die Rüstung ausgegeben wird. Das Wettrüsten ist eine Ursache dafür, daß wichtige Finanzmittel fehlen, die zur Bewältigung katastrophaler menschlicher Nöte wie Armut, Hunger, Obdachlosigkeit und Analphabetentum fehlen.

»Auch wenn sie unverwendet bleiben, töten die Waffen durch ihre hohen Kosten die Armen oder lassen sie verhungern.« (R. Schwager, Der Heilige Stuhl und die Abrüstung. In: Der Vatikan zur Rüstung a. a. O. S. 59). Die Ausgaben für die Rüstung von 800 Milliarden DM pro Jahr entsprechen

- dem Dreifachen der Ausgaben für die Gesundheit;
- dem Doppelten der Ausgaben für Erziehung;
- dem 30fachen der von Industriestaaten gewährten Entwicklungshilfe.

Die Zerstörungskraft der modernen Waffen

Das Abschreckungssystem hat ein Waffenarsenal von einem unvorstellbaren Ausmaß geschaffen. Die Explosivkraft aller nuklearen Waffen zusammen beträgt zirka 50 000 Megatonnen. Damit entfallen auf jeden Menschen auf der Erde 15 Tonnen TNT, in den Ländern der NATO und des Warschauer Paktes, in denen nukleare Waffen in großen Mengen gelagert sind, entfallen pro Person sogar 60 Tonnen TNT. Allein in Mitteleuropa lagern 15 000 Atomsprenköpfe, deren Vernichtungspotential 75 000mal größer ist als die erste auf Hiroshima abgeworfene Atombombe. Die beiden Machtblöcke in Ost und West besitzen genügend Atomwaffen, um sich mehrmals gegenseitig völlig zu vernichten. Mit ihren Atomwaffen können beide Supermächte sofort 100 000 Ziele zerstören, das sind viel mehr militärisch lohnende Ziele als es überhaupt auf der ganzen Welt gibt.

Ein einziger größerer atomarer Sprengkopf besitzt 10- bis 15mal mehr Explosivkraft als alle von den USA im Verlauf des Zweiten Weltkriegs auf Deutschland und Japan abgeworfenen Bomben.

Kaum Chancen für ein Überleben der Zivilbevölkerung der Bundesrepublik im Ernstfall

Eine der offiziellen Begründungen für das Wettrüsten, daß es nämlich der Verteidigung dienen soll, wird immer fragwürdiger angesichts der ungeheuren Explosivkraft der modernen Waffen. Die Bundesrepublik ist im Ernstfall weder mit konventionellen und schon gar nicht mit nuklearen Waffen zu verteidigen. Die Bundesrepublik »ist nur um den Preis ihrer totalen Zerstörung zu verteidigen« (Helmut Schmidt). Wer beispielsweise argumentiert: Wir brauchen die neuen Waffen, wie z. B. die Neutronenbombe und die neuen Mittelstreckenraketen zur Verbesserung unserer Verteidigung, der tut so, als gäbe es für die Zivilbevölkerung in Mitteleuropa noch eine Chance, im Ernstfall zu überleben. Dabei haben schon die bisherigen konventionellen Kriege gezeigt, daß der Anteil der Zivilisten an den Kriegstoten von 5 % im 1. Weltkrieg auf 92 % im Vietnamkrieg gestiegen ist.

Der Rüstungswettlauf und die damit verbundene Abschreckung schaffen eine Pseudo-Sicherheit und erhöhen die Kriegsgefahr

Die Qualität der konventionellen und nuklearen Waffen wird ständig verbessert, die Verteidigungshaushalte in den Staaten der NATO und des Warschauer Paktes werden ständig erhöht. Gleichzeitig bewirken diese Entwicklungen aber keineswegs, daß sich die Bevölkerungen im Westen und im Osten sicherer fühlen. Offiziell wird das Wettrüsten mit der Theorie vom Gleichgewicht des Schreckens begründet. Diese Theorie beruhte bislang auf der sogenannten Zweitschlagkapazität der beiden Großmächte.

Das bedeutet: Solange beide Seiten über Waffen verfügen, die auch nach einem ersten atomaren Schlag des Gegners einen vernichtenden, tödlichen Gegenschlag ermöglichen, schreckt jede der

beiden Seiten vor einem atomaren Überraschungsangriff zurück. In die ständige Verbesserung der Zweitschlagkapazität investieren beide Großmächte viel Kapital.

Viele der produzierten und geplanten neuen Waffensysteme lassen aber den Schluß zu, daß sie keineswegs nur der Verbesserung der Zweitschlagkapazität dienen, sondern daß beide Weltmächte darauf aus sind, eine Ersts Schlagkapazität zu gewinnen, die sie in die Lage versetzt, einen Krieg ohne allzu große eigene Verluste zu gewinnen. Beide Mächte haben auch öffentlich erklärt, daß sie an dem Ziel, eine effektive Ersts Schlagkapazität zu erreichen, festhalten werden. (Vergleiche dazu SIPRI-Jahrbuch 1976. Rüstung und Abrüstung im Atomzeitalter. Rowohlt Taschenbuch 4186. Hamburg 1977, S. 99).

Diese Entwicklung zeigt deutlich, daß die Politik vom Gleichgewicht des Schreckens eine Illusion darstellt.

Schon in den vergangenen Jahrzehnten strebten beide Militärblöcke in Ost und West kein Gleichgewicht, sondern die militärische Überlegenheit gegenüber dem Gegner an.

Jede Seite ist darauf aus, neue Waffensysteme zu entwickeln, durch die eine »technologische Lücke« beim Gegner entsteht. Eine solche Schwäche des Gegners kann aber immer in die Versuchung führen, den großen atomaren Schlag auszulösen. Eine weitere Erhöhung der Kriegsgefahr ist mit der seit Jahren zu beobachtenden Tendenz zur Verkleinerung der nuklearen Waffen (Miniaturisierung) gegeben.

Diese Miniaturisierung der Kernwaffen wird vor allem von den Amerikanern forciert, die nicht mehr gewillt zu sein scheinen, in jedem Konfliktfall den großen atomaren Vergeltungsschlag auszulösen. Es kann also in Zukunft in Mitteleuropa zum Krieg kommen, ohne daß die Amerikaner ihre strategischen Atomwaffen einsetzen.

Diese Entwicklung beschwört zwei Gefahren herauf. Einmal wird durch die kleineren Atomwaffen die atomare Schwelle so niedrig gelegt, daß ein Krieg mit dem Einsatz nuklearer Waffen wahrscheinlich wird. Zum anderen ist es höchst unwahrscheinlich, daß Kriege, in denen zunächst nur in begrenztem Maß atomare Waffen eingesetzt werden, nicht weiter eskalieren zum alles vernichtenden Dritten Weltkrieg.

Schließlich gibt es in der Geschichte kein Beispiel dafür, daß Rüstung und Abschreckung auf die Dauer den Frieden erhalten haben. Vielmehr haben sie immer zu Kriegen geführt und in einigen Fällen bereits vorher zum wirtschaftlichen Ruin einer der beiden Gegner.

Das Wettrüsten fördert die Verschwendung von Rohstoffen und die Vergeudung von wissenschaftlichem Potential

Die riesigen Rüstungssysteme bedingen eine ungeheure Verschwendung der begrenzten Rohstoffvorräte auf der Erde. Das Wettrüsten trägt deshalb mit dazu bei, daß sich die weltweite ökologische Krise noch beschleunigt.

Mit dem Wettrüsten verbunden ist ein großer technologischer industrieller und bürokratischer Auf-

wand, der zu einer fortschreitenden Militarisierung der Gesellschaft führt. Schon jetzt z. B. dienen fast die Hälfte der wissenschaftlichen und technologischen Forschungsprogramme militärischen Zwecken. Fast die Hälfte aller Wissenschaftler und Techniker der Welt ist mit militärischen Forschungen und Entwicklungen beschäftigt. Der Anteil der Beschäftigten, die heute bei uns für Rüstung und Militär arbeiten, ist sehr hoch und hindert z. B. die Gewerkschaften aus Furcht vor einer vermeintlichen Verminderung von Arbeitsplätzen, sich klarer für Abrüstung einzusetzen.

Das sogenannte Rüstungsgleichgewicht bzw. -ungleichgewicht

Die Öffentlichkeit wird vor allem in jüngster Zeit mit Zahlen über ein Ungleichgewicht der militärischen Waffen zugunsten der Warschauer-Paktstaaten konfrontiert. Mit diesem statistischen Material, das die militärische Unterlegenheit der NATO-Staaten gegenüber dem Osten dokumentieren soll, soll die Bereitschaft der Bürger, Parteien und Parlamente gefördert werden, einer weiteren Erhöhung der Verteidigungshaushalte und der Entwicklung neuer Waffensysteme zuzustimmen.

Die Kirchen sollten im Zusammenhang mit den Diskussionen um den Stand der Rüstungen auf folgende Punkte hinweisen:

a) Die Erhöhung der Verteidigungshaushalte kann angesichts der mehrfachen Overkill-Kapazität der beiden Großmächte die eigene Sicherheit nicht erhöhen. Vielmehr führt jede Erhöhung der Verteidigungshaushalte zu einer Fortsetzung des Wettrüstens und damit zu einer Erhöhung der Kriegsgefahr.

b) Es gibt eine Reihe westlicher Experten, die – ohne die Rüstungsanstrengungen des Ostens herunterzuspielen zu wollen – die Statistiken, die eine militärische Überlegenheit des Ostens belegen sollen, für übertrieben halten. Sie weisen darauf hin, daß z. B. auch massive Interessen (z. B. der Rüstungsindustrie) solche Zahlen mitbeeinflusst haben könnten. Die Kirchen könnten sich auch mit ihren eigenen Medien dafür einsetzen, daß eine unvoreingenommene Information der Öffentlichkeit in diesem Punkt gefördert wird.

c) Im Zusammenhang mit der Sicherheitspolitik wird von den westlichen Politikern und Parteien die Angst vor dem Osten als berechtigt angesehen. Die mögliche Angst des Ostens vor dem Westen kommt kaum in den Blick; und sie gilt als unbegründet.

Jede weitere Steigerung der Rüstung erhöht aber die Angst der Großmächte voreinander. Damit wächst die Wahrscheinlichkeit, daß der Osten oder der Westen aus dieser Angst heraus einen Präventivschlag auslöst.

d) Der amerikanische Senator Mansfield hat zu diesem Problem bemerkt: »Die Reden unserer NATO-Kommandeure und unserer Politiker betonen die Notwendigkeit der Stärke der NATO. Wir vergessen dabei, daß sie der sowjetischen Führung in einem anderen Licht erscheinen, als wir es beabsichtigen. Es scheint mir eine logische Annahme, daß sie uns nicht mehr trauen als wir ih-

nen; aber wir scheinen nicht in der Lage zu sein, uns diese Annahme wirklich zu eigen zu machen und dementsprechend zu handeln.«

Unsere besondere Aufmerksamkeit hatte zwar den theologischen Aussagen zu gelten. Doch sei, gerade im Zusammenhang mit den oben zitierten Worten von Bischof Krusche, eine Zusammenfassung versucht: Friede ist nicht mehr Friede in einer oder gar nur unserer Region Europa allein, sondern ist heute die Bedingung für das Überleben der gesamten Menschheit (so schon C. F. v. Weizsäcker 1963!).

Oder anders gesagt: es steht nicht die nationale Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, Europas, der NATO oder sonst eines Teiles der Welt zur Debatte, sondern das Überleben der gesamten Menschheit, denn die Geschichte der Menschen ist mit einem qualitativen Sprung im letzten Drittel dieses Jahrhunderts an einen Punkt gelangt, wo die Art und Weise, wie die herrschenden Mächte und die in ihnen führenden Personen auf Gewalt antworten, über Sein und Nichtsein von Mensch und Welt entscheidet.

Sei es, daß das gelagerte Vernichtungspotential eingesetzt wird, von dem ein Bruchteil bereits genügt, um den Erdball menschenleer und für Jahrtausende unbewohnbar zu machen, sei es, daß der weitere Rüstungswettlauf die Ressourcen in dem Maße erschöpft, daß Millionen über Millionen verhungern werden oder in einem Verzweiflungsakt sich und alle übrigen verderben.

Die entstandene Situation stellt nach unserer Auffassung eine starke Herausforderung an unser Friedenszeugnis dar. Die Empfehlungen des ökumenischen Programms für Abrüstung und gegen Militarismus von Januar 1979 (epd-Dokumentation 7/79) gewinnen höchste Aktualität. Denn wenn wir nicht der Überzeugung sein können, daß die Vorbereitungen für die Selbstvernichtung der Menschheit und für die Zerstörung der Schöpfung zu Gottes Plan für das Jüngste Gericht passen; ja selbst wenn wir diesen ungeheuerlichen Glauben hätten oder haben könnten, wäre es trotzdem Christenpflicht, nach den der Bergpredigt entsprechenden Alternativen zur gegenwärtigen Form der Friedens-»Sicherheit« zu suchen (so ähnlich Weizsäcker schon 1963!).

Theologische Aussagen zur Abrüstung

Die Kirche ist durch die derzeitige Situation des Rüstungswettlaufs und des zunehmenden Militarismus zu einem eindeutigen Votum für die Abrüstung herausgefordert, weil die Abschreckungsdoktrin Menschen, Gemeinschaften, Gesellschaftssysteme und Staaten zu Denk- und Verhaltensweisen zwingt, die im Widerspruch zu zentralen Aussagen und Geboten des biblisch-christlichen Glaubens stehen.

Der Militarismus fördert Feindbilder

Das Abschreckungssystem läßt sich nur durch massive Feindbilder und Vorurteile aufrechterhalten und rechtfertigen. Außerdem schließt es nicht nur die ständige Androhung von Gewalt ein, sondern auch die Bereitschaft zur totalen Vernichtung des Gegners und sogar die Bereitschaft zur

Selbstvernichtung. So betrachtet steht das Abschreckungssystem im Widerspruch zum Liebesgebot, der Bergpredigt und dem auch in Jesu eigenem Verhalten sichtbar gewordenen Gewaltverzicht. In der Abgrenzung von Feind und in der Bereitschaft zur Gewalt aber liegt genau das Gegenbild vor zu jenen Beziehungen zwischen den Menschen, um deretwillen Jesus von Nazareth lebte und starb. Eben deshalb gehört der Militarismus zu denjenigen Strukturen unserer heutigen Welt, die den Christus verbergen, den wir zu bekennen suchen. (Nairobi 1975, Sektion I.)

Die Kosten der Rüstung sind eine Ursache für die Welthungerkatastrophe. Sie verhindern die soziale Gerechtigkeit

Die ungeheuren finanziellen Aufwendungen für die Rüstung führen dazu, daß wir der gerade uns Christen aufgetragenen Aufgabe, Anwalt der Armen und sozial Schwachen zu sein, immer weniger gerecht werden können. Angesichts von 20 Millionen Hungertoten pro Jahr kann sich die Kirche nicht allein darauf beschränken, sich der Opfer einer weltweiten sozialen Ungerechtigkeit anzunehmen. Sie muß auch die Ursachen nennen, die eine internationale soziale Gerechtigkeit verhindern. Darum darf die Kirche nicht verschweigen, daß der Rüstungswettlauf ein entscheidender Grund dafür ist, daß die Arbeitskräfte, die Ressourcen finanzieller und materieller Art fehlen, die für die erforderlichen Entwicklungsprojekte notwendig wären.

Die Abschreckungsdoktrin geht aus von einem unbiblischen und pessimistischen Menschenbild

Die Abschreckung sichert allenfalls auf begrenzte Zeit einen sogenannten negativen Frieden, der auf Androhung und Anwendung von Gewalt und Feindbildern beruht. Wer diesen negativen Frieden theologisch zu rechtfertigen versucht, der übersieht, daß die politische und militärische Macht des Staates keineswegs immer als sogenannte göttliche Erhaltungsordnung dem Schutz des Guten und der Abwehr des Bösen gedient hat. Außerdem unterschlägt die mit dieser theologischen Position verbundene pessimistische Sicht des Menschen, daß der Mensch zwar durch das Böse gefährdet ist, »zugleich aber die Möglichkeit hat, in bestimmten Bereichen Verantwortung wahrzunehmen und von seiner Freiheit sinnvollen Gebrauch zu machen.« (Glion I, S. 48.)

Der Rüstungswettlauf ist unvereinbar geworden mit der traditionellen Lehre vom gerechten Krieg

Eine theologische Rechtfertigung der Rüstung ist nicht nur unvereinbar mit der biblischen Hoffnung auf das Reich Gottes. Sie befindet sich auch im Widerspruch mit der traditionellen kirchlichen Lehre vom gerechten Krieg. Alle entscheidenden Kategorien des gerechten Krieges, wie z. B. die Unterscheidung von Zivilisten und Kämpfenden, der gerechte Anlaß des Krieges, die Wiederherstellung des Friedens als Ziel des Krieges, usw. sind schon in früheren Jahrhunderten kaum realisiert worden. Spätestens aber seit dem Vorhandensein

der modernen Massenvernichtungswaffen ist die Vorstellung vom gerechten Krieg zur völligen Illusion geworden.

Ausgehend von der Tradition des gerechten Krieges urteilt der Vatikan in seiner Erklärung zum Wettrüsten: »Wenn der verursachte Schaden in keinem Verhältnis mehr steht zu den Werten, die man zu wahren sucht, ist es besser, Unrecht zu leiden, anstatt sich zu verteidigen. Zumindest, wenn es sich um eine Verteidigung mit solchen Mitteln handelt. Denn das Recht und die Pflicht eines aktiven, wenn auch gewaltlosen Widerstandes gegen ungerechte Unterdrückung bleiben im Namen der Rechte und der Würde des Menschen unangetastet.

Da die Rüstung, wenigstens grundsätzlich, nicht mehr die Verteidigung, sondern den Angriff als Ziel hat, verliert sie ihren Seinsgrund, ihre Rechtfertigung und ihre Legitimität. Und das ist genau das, was wir derzeit erleben.« (Der Heilige Stuhl und die Abrüstung, a. a. O. S. 35.)

Die historischen Friedenskirchen

Aus den Erfahrungen der historischen Friedenskirchen (Quäker, Mennoniten, amerikanische Brüdergemeinde) haben uns zwei Leitsätze besonders bewegt:

a) Die Friedensbereitschaft von einzelnen und ganzen Völkern hängt elementar mit deren Sicherheitsbedürfnis zusammen. Dieses richtet sich in erster Linie auf die Sicherung und Verteidigung des Eigentums an den Gütern der Welt, an die man sich so sehr gewöhnt hat, daß selbst Christen bereit sind zur Sicherung ihres Wohlstands irrationale Risiken einzugehen. So erscheint es notwendig und fast gottgewollt, Eigentum militärisch zu verteidigen. Daß dies nicht stimmt und nicht mit einer Ethik, die sich auf Jesus Christus beruft, übereinstimmen kann, haben in der Neuzeit die historischen Friedenskirchen als erste erkannt und bezeugt.

b) Die Leidensbereitschaft als Zeichen von Menschen, die Christus nachfolgen, zeichnet die Friedenskirchen aus; denn für jede ihrer staatlichen Ordnung waren die Christen der Friedenskirchen eben unbequem. Der Weg mit den Mächtigen dieser Welt – seit Konstantin sanktioniert – war nicht mehr ihr Weg. In einem Dokument von Glion wird Rüstungswille und Leidensscheu in direkter Abhängigkeit voneinander gesehen.

c) Das kirchliche Reden von Frieden und Gewaltfreiheit wird an Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn sie sich diese Erfahrung zu eigen machen, und, wie in Nairobi empfohlen, für sich den Schutz der Waffen ablehnen. Die Formel von Nairobi verweist einmal auf den praktizierten Gewaltverzicht der historischen Friedenskirchen. Doch ist es zugleich nötig, sich daran zu erinnern, daß das Volk der Juden beinahe zwei Jahrtausende lang ohne den Schutz von Waffen leben mußte, »der Willkür der christianisierten Völker preisgegeben, dadurch realiter eine Gemeinde des Kreuzes geworden, was die Christen nur verbaliter waren« (Gollwitzer). Christen haben oft erklärt, daß sie vom Schutz der Waffen nur um der Nächsten willen Gebrauch machen würden; doch sie haben davon auch für ihren eigenen Schutz profitiert – und die

Unterscheidung zwischen der Gewaltanwendung um des Nächsten willen und derjenigen zum eigenen Vorteil wurde gegenstandslos. (Glion I, S. 52.)

d) Ja, man könnte fast sagen, die Großkirchen wie alle Kirchen überhaupt sollen sich auf den Weg der historischen Friedenskirchen locken lassen. Das würde etwa bedeuten, daß nicht nur einzelne Christen, sondern Kirchen und Synoden sich im Sinne des Appells von Nairobi bereit finden, ihren Politikern zu sagen: »Unseretwegen braucht ihr an der Rüstungsspirale nicht weiterzudrehen, auf unser Sicherheitsbedürfnis könnt ihr euch bei Verabschiedung erhöhter Militäraushalte nicht berufen.« Wie anders können wir denn unsere Politiker glaubwürdig ermutigen zu Vertrauen schaffenden Maßnahmen, als wenn wir selbst mutig sind? Sicher kommt da sofort der politische und militärische Sachverstand und nennt uns Utopisten oder schilt uns einseitig und bezeichnet uns als Sicherheitsrisiko! Aber vielleicht ist es die letzte Chance für die Kirchen, der herrschenden militärischen Denkstruktur eine Alternative nach christlich-ethischen Kriterien gegenüberzustellen, zu zeigen, daß das herrschende Denken zwar das herrschende, aber nicht das realistische ist, das christliche zwar nicht das herrschende, aber das realistische ist.

»Friedensmandat«

Die Dokumente von Glion und die Empfehlungen von Jamaica (Januar 1979; epd-Dokumentation 7/79) zielen eindeutig darauf hin, die Kirchen – und das sind in erster Linie die sogenannten Großkirchen, die ja irgendwie öffentliche Verantwortung wahrnehmen –, zu motivieren, alle Abrüstungsinitiativen zu fördern, mit ihren Regierungen über ganz konkrete Dinge wie z. B. Militarisierung des Bildungswesens, Waffenhandel in Entwicklungsländern, »pervertierte Vorstellungen der nationalen Sicherheit« zu reden; sich also unbeliebt zu machen; aber selbstverständlich auch die im Jahre 1978 begonnene Praxis, weltweit für Frieden und Abrüstung zu beten, im Rahmen des ökumenischen Fürbittekalenders fortzusetzen. Ein ausgewogenes Statement, meinte der Ausschuß – weder aus den Dokumenten entnehmen noch etwa selber erarbeiten zu können. Hier geht es aber um eine Herausforderung an unser Friedenszeugnis. Was Christen und Kirchen hier zu sagen haben, wird Zeugnischarakter haben müssen oder es bleibt besser ungesagt. So wie wir der Welt bezeugen: Christus hat uns versöhnt; lasset euch auch versöhnen, so sollten wir auch bezeugen können, Christus ist unser Leben, ist unsere Sicherheit; Rüstung ist unser Tod. Oder mit der Jahreslosung: Gott will, daß allen Menschen geholfen wird und daß sie zur Erkenntnis der Wahrheit kommen – allen Menschen, den guten und den bösen – diese Einteilung gilt ja vor Gottes Helferwillen gar nicht –, den Tauben und den Falken in der Politik, und zu diesem Helfen will Gott uns, seine Kirche, gebrauchen. In seiner Langmut nimmt er sich Zeit dazu und benutzt unsere Zeit und will, daß wir sie nutzen. Christen sind der Welt das Zeugnis schuldig, daß diese Zeit schuldhaft verkürzt wird, wenn in dem Rüstungswahnsinn, der gleichsam unaufhaltsam zur Selbstvernichtung der Menschheit rast, nicht Einhalt geboten wird. Christen müssen sich

selbst schwerer Schuld anklagen, wenn sie dieses Zeugnis nur für sich behalten. Im DAS-Bericht über die oben erwähnte Arnoldshainer Tagung vom Februar 1980 heißt es am Ende: »Der Druck auf die Kirchenleitungen, ihr »Friedensmandat« wahrzunehmen, hat sich auch durch die Erklärung des Evangelischen Kirchenbundes in der DDR erheblich verstärkt« und »auch viele Politiker erwarten – analog der Ostdenkschrift – von der evangelischen Kirche eine »Handreichung« oder eine Denkschrift zur Abrüstung. Das geht natürlich an die Adresse der EKD. Und damit schließt unser erster Bericht. Wir haben noch nicht Zeit und Gelegenheit gehabt, die vor einem Jahr schon angesprochene Kooperation mit Pax Christi und der FEST durchzuführen. Wir erwarten wichtige Informationen von dem Arbeitskreis »Ohne Rüstung leben« in der Nachbarkirche Württemberg und von der in unserer Landeskirche entstehenden Arbeitsgruppe für Soziale Verteidigung. Wenn es gestattet ist, möchten wir auch unserer Kirchenlei-

tung empfehlen, was Bischof Kruse für Berlin getan hat, die Gebetsempfehlung von Bischof Krusche (Magdeburg) zu übernehmen, in der es am Ende heißt:

»In solch einem Gebetsgottesdienst müßte deutlich werden, daß wir unser Vertrauen nicht auf die Friedenssehnsucht der Völker, nicht auf die Abschreckungswirkung nuklearer Tötungssysteme und auch nicht auf die Durchsetzungskraft der Vernunft setzen, sondern allein auf Gott, den Vater Jesu Christi, in dessen Kreuzesfrieden wir stehen, der seiner Schöpfung die Treue hält, und der diese verworrene und zerstrittene Welt nicht sich selber überläßt, sondern durch Veränderung von Einstellungen und Konstellationen die Geschichte bewegt und die Beter daran beteiligt.«

»Diese Gewißheit aber verbietet uns jede Gleichgültigkeit angesichts der Gefährdung unserer Welt. Laßt uns für den Frieden in der Welt danken, arbeiten und beten«, hieß es im Wort zum 1. September 1939/1979.

Dem Religionsunterricht in der Hauptschule wieder einen Sinn geben

Modellversuch für den evangelischen Religionsunterricht der Hauptschule Klasse 7–9

Die Situation an unseren Schulen ist in einem ständigen Wandel begriffen: Neue Lehrpläne, Revision dieser Lehrpläne, innere Schulreform, Wiederentdeckung des Erziehungsauftrages der Schule und der Lehrerpersönlichkeit, dreigliedriges Schulsystem oder Gesamtschule u. v. a. m. sind Themen, über die erregte Diskussionen stattfinden. Durch diesen ständigen Wandlungsprozeß, der freilich nur Spiegelbild unserer Gesellschaft ist, müssen sich viele Lehrer verunsichert und überfordert fühlen.

Insbesondere hat sich die Situation in der Hauptschule in den letzten Jahren stark gewandelt. Durch die verstärkte Abwanderung der Schüler – auch auf dem Land – zu Realschulen und Gymnasien – was sicherlich vor allem auch im Zusammenhang mit einer noch fehlenden Hauptschulabschlußqualifikation steht – verringert sich nicht nur die Zahl der in der Hauptschule verbleibenden Schüler, sondern auch die Variationsbreite unterrichtlicher Möglichkeiten. Man spricht sogar von der sog. »Restschule«, was der Bedeutung der Hauptschule sicherlich nicht gerecht wird. Die neuen Lehrpläne und Arbeitsweisen in allen Fächern verlangen auch im Religionsunterricht eine Umstellung gegenüber früheren Methoden und Inhalten. All dies macht den Unterricht in der Hauptschule ganz besonders schwierig, und jeder, der die Situation kennt, muß volles Verständnis dafür haben, daß gerade Gemeindepfarrer große Vorbehalte haben, insbesondere in den Klassen 7–9 zu unterrichten; andererseits kommt gerade dem Unterricht des Gemeindepfarrers in der Hauptschule eine besondere Bedeutung zu. Wir haben deshalb schon seit längerem versucht, über gezielte Fortbildungsangebote Hilfen anzubieten, die aber offensichtlich in vielen Fällen nicht so angenommen wurden, daß die bestehenden Schwierigkeiten wirklich wesentlich verringert worden wären.

Deshalb wurde vom Schuldekan des Kirchenbezirks Karlsruhe und Durlach in Zusammenarbeit mit dem RPI ein Modellversuch erarbeitet, der vom Evangelischen Oberkirchenrat dankbar aufgenommen wurde. Dieses Modell soll zunächst im Kirchenbezirk Karlsruhe erprobt werden, um dann gegebenenfalls in andere Kirchenbezirke übertragen zu werden. Sinn des Versuches ist es, Pfarrer durch eine intensive, praxisorientierte Fortbildung das Arbeiten in der Hauptschule zu erleichtern. Pfarrer, die sich an diesem Modellversuch beteiligen, erhalten als Ausgleich für die Teilnahme an den vorgesehenen regionalen Fortbildungsmaßnahmen einen entsprechenden Daputatsnachlaß. Der Versuch geht von folgenden Überlegungen aus: »Begründung: Die Situation in den Oberklassen der Hauptschule im Hinblick auf den Religionsunterricht spitzt sich zu. In vermehrter Weise lehnen Pfarrer den Unterricht in diesen Klassen ab und ziehen sich in die Grundschule zurück. Sie begründen diesen Rückzug damit, daß sie nicht in der Lage sind, noch irgend einen Sinn im Religionsunterricht in diesen Klassenstufen zu sehen. Gerade im Vergleich mit dem Konfirmandenunterricht werden diesem weit höhere Chancen eingeräumt. Daraus leitet sich auch dann die Begründung ab, daß der Pfarrer in den Klassen, in denen er Konfirmandenunterricht hält, nicht auch in der Schule erscheinen sollte.

Die Folge dieses Verhaltens ist ein starker Rückgang in der Bereitschaft der Lehrer, in diesen Klassen Religionsunterricht zu halten. Wenn die Kirche nicht mehr bereit ist, ihre Verantwortung wahrzunehmen, sehen Lehrer nicht mehr ein, warum sie in die Bresche springen sollen.

Der Rückzug aus den entscheidenden Klassen der Hauptschule ist ein Rückzug von der Volkskirche. Wenn die Kirche ihre Aufgabe an getauften Christen ernst nehmen will, muß sie ihre Bemühungen

Provinzialpfarrer in Berlin und Brandenburg
und Pfarrer mit besonderem Auftrag

Gerhard L i n n ,
 1162 Berlin-Friedrichshagen,
 Ravenstein Promenade 3, F. 65 671 59
 12.8.1935; 29.11.1959; 25.4.1966

Wolfgang S a n g e ,
 1136 Berlin-Friedrichsfelde,
 Hatzenporter Weg 1
 29.10.1913; 25.7.1948; 1.8.1960

Johannes S c h ö n f e l d ,
 102 Berlin, Sophienstr. 3
 26.2.1909; 19.6.1935; 1.10.1965

B r a n d e n b u r g

Rolf-Dieter G ü n t h e r ,
 1513 Potsdam-Wilhelmshorst,
 Eulenkamp 3
 20.5.1933; 27.9.1959; 1.6.1963

Horst K a s n e r ,
 209 Templin,
 Waldhof, F. Templin 25 66
 6.8.1926; 26.3.1955; 1.7.1966

Werner N i c k l a u s ,
 1804 Lehnin,
 Hauptstr. 18, F. Lehnin 309 u. 312
 4.5.1927; 15.11.1963; 1.9.1966

Dietrich R e i h e r ,
 18 Brandenburg, Domlinden 23
 17.4.1933; 20.12.1960; 1.5.1966

Bildet sein Kind

V

Tatsache 6.

- defensive Furchenmarken -
- halluzierte menschliche Körpergestalt - Ziel - Verunsichern
- Horatormen für feindliche Rückorte
- unpräzises Körperbewusstsein

Es ist da nicht:

gewalttätig

politische Gewalt - 3. Welt.

Horatormen - Brez. -

7. Rachezustand - spontane Aktionen spielen - Angst + Hoffnung,
Impulsiv + Schwach.
- Aggressor in rollender Opferrolle für einander
aushalten

8. Sturbe bei Pflichten - aufpassen + den Fick machen - Schutz

9. Wutzustand - Einmal der Baustoffen
- Reserven - waffenlose Baust
- Unvollständigkeit der Bildung
- Persönlichkeits - Benutzbarkeit

10. Kontrollverlust - aufpassen - Gefahren angeht

Es fehlt nötig die Zusammenarbeit mit 3. Welt.

Es fehlt die politische Problematik. - ein militärisches.

Provinzialpfarrer in Berlin und Brandenburg
und Pfarrer mit besonderem Auftrag

Werner S k e r d e ,
 1055 Berlin,
 Ochstumweg 7, F. 53 13 85
 9.12.1912; 4.6.1939; 1.1.1955

B r a n d e n b u r g

Hans-Joachim B a r t o s ,
 18 Brandenburg, Mendelssohnstr. 4
 23.2.1931; 6.12.1959; 1.10.1965

Ingeborg S c h a r f ,
 15 Potsdam, Am Neuen Garten 7

b) Pfarrer mit besonderem Auftrag:

B e r l i n

Werner B ö t t c h e r ,
 1055 Berlin,
 Wörther Str. 17/18, F. 44 19 79
 17.7.1908; 3.2.1936; 11.1.1957

Dr. Klaus G a l l e y ,
 1017 Berlin,
 Georgenkirchstr. 70, F. 53 02 46
 27.12.1933; 11.11.1962; 1.9.1969

Brigitte H a a s l e r ,
 1055 Berlin, Grellstr. 55
 30.5.1930; 10.12.1961; 1.9.1968

Dr. Herwig H a f a , Oberkirchenrat,
 112 Berlin-Weißensee,
 Parkstr. 21, F. 56 07 96
 6.3.1910; 28.3.1941; 1.1.1965

27 Pazifismus

- gewaltfrei umgesetzte Friedensentscheidung gegen die
Gewalt der Gewalt. - Kardinal Willebrandt
- Eigenverantwortung
- nicht Gewalt für jeden Fall
- nein militärischer politischer Zwang

Weg nicht mehr als Zwang
des Volkes und anderer Mittel.
mit Abwärtstaktik.

- nationale Eigenverantwortung + politischer Verantwortung
- Friedensethik - Beachtung der Verantwortung
mit pol. Friedensentscheidungen eines
Freies.

Aktuelles oder grundsätzliche Prinzipien.

28 Willebrandt.

29 Politische Verantwortung

Nach allen Umständen entspricht dem
Glaubensprinzip der Liebe - Abwärtstaktik

K i r c h e n m u s i k

Landesobmann: Kirchenmusikdirektor
 Erich P i a s e t z k i ,
 1035 Berlin, Knorrpromenade 8,
 F. 58 848 80

Mitgl. des Werkrates: Kantor
 Andreas M u n t s c h i c k ,
 115 Berlin, An der Schule 31
 Kantor Gottfried W e i g l e ,
 1115 Berlin-Buch, Alt Buch 36
 Kantor Michael W i t t ,
 1055 Berlin, Am Friedrichshain 6

7. Zentralstelle für Orgelbau beim Ev. Konsistorium Berlin-Brandenburg:

Leiter: Kirchenmusikdirektor
 Erich P i a s e t z k i ,
 1035 Berlin, Knorrpromenade 8,
 F. 58 848 80

8. Glockenangelegenheiten:

Sachverständiger: Kirchenmusikdirektor
 Erich P i a s e t z k i , s.o.

9. Posaunenwerk der Evang. Kirche in Berlin-Brandenburg:

Geschäftsstelle Berlin:
 1058 Berlin, Schönhauser Allee 141,
 F. 44 32 59

Landesposaunenpfarrer: Pf. M a n z
 1255 Woltersdorf b. Erkner,
 E.u.J. Rosenbergstr. 4,
 F. Erkner 52 37

Landesposaunenwart: Ottfried Gabriel,
 112 Berlin-Weißensee,
 Kyllburger Weg 28, F. 56 20 56

Geschäftsstelle Brandenburg:
 1058 Berlin, Schönhauser Allee 141
 F. 44 49 54

Landesposaunenwart: Heinz R e m t e r ,
 1034 Berlin, Pintsch-Str. 17,
 F. 53 918 13

Bericht der KKL (Kontroll)

un.

- Antwort gegen Fernbilder. // nicht gegen das Leben mit anderen Menschen, Gruppen + Völkern.
- keine Schuldzuweisung „fluchtunfähig in alle Richtungen“.
- erkennen, bei welchen Handlungen jeweils eine besondere Gefährdung auftritt.

gegen Entschuldigungspraxis
für Verstoß auf Entschuldigung.

25. - Bildung = Verleugung (Kontin)

- a) eigene Schuld - Tine als Ursache auszugeben
- b) Verleugern des Faktors der. der an dieser

Grund: Übernehmen der Verantwortung.

Verleugern ist - aber kein Grund für
Verleugung kein Grund für Mordanschlag oder
für das Abschneiden der Hände.

26. Barrenwert -

andere Traditionen

Wir haben gelernt -> obwohl -> Jahrhunderte für die
Welt waren auf andere Faktoren hin: Unterschiede in der
wirtschaftlichen Entwicklung, Besitz von Ressourcen, kulturelle
Identität, Probleme der Kommunikation. —

Gefährdung von Völkern und Sprachen vor Ort.

Aufgaben: Selbstverpflichtung einbringen

Politische Verantwortung übernehmen

2. B. Verantwortung für die Verantwortung in der Politik und
Religion.

Januar 1978

Gesamtwert ist nicht ein Stück Verantwortung des Bundes.

K i r c h e n m u s i k

Landesposaunenwart: Johannes W i n t e r,
 1401 Friedrichstal b. Oranienburg,
 Grabowseestr. 40,
 F. Oranienburg 43 84 .

INNERE MISSION UND HILFSWERKInnere Mission und Hilfswerk der Ev. Kirche

Berliner Stelle: 1058 Berlin,
 Schönhauser Allee 59, F. 44 69 42

Gesamtverband der Berliner Inneren
 Mission, 1058 Berlin,
 Schönhauser Allee 141,
 F. 44 32 59 u. 44 55 26

Vorsitzender: Bischof D. Schönherr
 Geschäftsführender Direktor:
 Kirchenrat F e d e r l e i n

Beratungsstelle Emil Frommel Heim
 1058 Berlin, Schönhauser Allee 141,
 F. 44 34 59 u. 44 55 26

Landesausschuß für Innere Mission im
Land Brandenburg:

15 Potsdam, Gregor-Mendel-Str. 24 a,
 F. Potsdam 21 436 u. 22 974

Vorsitzender: Bischof D.D. Schönherr
 Geschäftsführende Direktoren:

Pf. Kurt B o h m ,

15 Potsdam, Gregor-Mendel-Str. 24 a
 Präses Gerhard B u r k h a r d t ,
 112 Berlin-Weißensee,
 Langhansstr. 105

Beitrag des WKL (Kommunikation)

Beitrag Senai 1978
Jan. 1980

1) 1. Weltpolitische Situation ->

1 2. Instabilität + Konfliktlinien - ohne Ursache

1 3. Trias: Ruhe, Verständigung, Friedenspolitik.

ohne wirkliche Methode: Friedenspolitik - Abwärtstrend (Chad, etc.)

1 4. Geschwindigkeit + Richtung des Volkes - als wichtiger Faktor in der Entwicklung der Welt.

Beitrag "Entwicklung der Welt"

1 5. Bilanz über Rechte mit NEC.

1 6. Abwehr des BEK + EKID -> besondere Verantwortung in der Entwicklung der Welt.

Rolle der Verantwortung für Friedenspolitik.

1 7. Disziplinäre Konferenz.

Umschulung - Freie

- Verschiedene Konzepte (Politik)

- Hochschulen - Schulen.

- verschiedene Schritte - je nachdem falls.

2. Brief des WKL an die Generalversammlung der UNO
Anfang 7. Vollversammlung der VN zu Genf. 11. SS.

Logik der Abrechnung - Rechte

2) Verfahren - bekannt - Verfahren + Kontrolle.

Bestimmungsmittel + Methode.

2 1. Verfahren wird als Alternative zur Abrechnung empfunden.

Sicherheit durch Abrechnung = positive Logik

z.B. "Kontinuierliche Kommunikation der Abrechnung".

Logik wird nicht durch eigene politische Zielsetzung bekräftigt,

als durch ein System der Abrechnung bekräftigt.

2. Folge - ja, und nein? -> politische Diskussion der Konzepte -> das Modell politischer Beziehungen.

Nein zur Stationierung

DDR-Bürger schreiben an die Mitglieder des Bundestages

Berlin

Eine Gruppe von Bürgern der DDR hat in der Frage der Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen einen Brief an die Mitglieder des Bundestages der Bundesrepublik Deutschland gerichtet. Das Schreiben wurde Pfarrer Heinrich Albertz in Berlin übergeben mit der Bitte, seinen Inhalt den Abgeordneten bekanntzumachen. Zu den 37 Unterzeichnern gehören der Schriftsteller Günter de Bruyn, Pfarrer Rainer Eppelmann und der neue Generalsuperintendent von Ost-Berlin, Günter Krusche. Der Brief an die Abgeordneten lautet:

„Wir, Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, wenden uns an Sie im Bewußtsein der Verantwortung jedes einzelnen für das Schicksal Europas angesichts der bevorstehenden Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenwaffen. Wir fühlen uns darin denjenigen in der Bundesrepublik verbunden, die wie wir, Christen und Nichtchristen, in einer neuen Runde des Wettrüstens eine Bedrohung des Friedens und des Lebens überhaupt erkennen.

Wir wenden uns an Sie angesichts der uns gemeinsam drohenden Vernichtung im Falle eines Krieges, in der gemeinsamen geschichtlichen Verantwortung der Bürger beider deutscher Staaten, von deren Boden aus in der Vergangenheit zwei Weltkriege begonnen wurden, in der Hoffnung, gehört zu werden, wenn es um uns alle betreffende Entscheidungen für unsere Zukunft geht.

Wir sind uns bewußt, daß auch die DDR und wir, Bürger dieses Staates, eine hohe Ver-

antwortung für den Frieden tragen. Wir, die Unterzeichneten, treten in unterschiedlichen Verantwortungsbereichen für ein der neuen Situation entsprechendes Umlenken von einer Politik der Abschreckung zu einer Politik der Sicherheitspartnerschaft in Europa ein.

Die Aufstellung amerikanischer Mittelstreckenwaffen in der Bundesrepublik wird die Aufstellung neuer atomarer Kurzstreckenwaffen in der DDR zur Folge haben. Dies kann im Konfliktfall beidseitig den Zwang zum präventiven Erstschatz von deutschem Boden aus erhöhen, kann im Falle technischen oder menschlichen Versagens die Bevölkerung beider deutschen Staaten einer nuklearen Katastrophe ausliefern.

Wir, die Unterzeichneten, wollen unsererseits dafür eintreten, daß die Regierung der DDR trotz zunehmender Spannungen an der Politik des Verhandels, an den Zielstellungen Gewaltverzicht, kernwaffenfreie Zone und Abrüstung festhält.

Wir bitten Sie daher: Tun Sie alles in Ihrer Verantwortung Stehende, damit es nicht zu der geplanten Stationierung von Pershing II und Marschflugkörpern in der Bundesrepublik kommt!

Fördern Sie durch politische Initiativen den Verhandlungsprozeß, notfalls über die angegebenen Fristen hinaus!

Durch Ihr NEIN zu einer Stationierung zum jetzigen Zeitpunkt würden Sie eine wichtige Vorleistung für den Frieden wagen und sich damit gegen den Selbstlauf einer uns alle tödlich bedrohenden Rüstung entscheiden.“

so viel Integrationsbereitschaft freuen. Ende 1982 beantragte er die deutsche Staatsbürgerschaft.

Doch lange Zeit hörte Aguirre erst mal nichts. Ein knappes halbes Jahr später teilte die Bezirksregierung von Mittelfranken in Ansbach als Einbürgerungsbehörde mit: „Ein staatliches Interesse an Ihrer Einbürgerung ist ... zu verneinen“, eben weil er als „ausländischer Extremist bekanntgeworden“ sei. Im Falle einer förmlichen Ablehnung sei „mit einer Gebühr von 1477,- DM“ zu rechnen. „Wir empfehlen Ihnen deshalb“, endete das Schreiben, „Ihren Einbürgerungsantrag zurückzunehmen, da wir bei Rücknahme des Antrags die Gebühr erlassen können.“

Doch Joaquin Aguirre denkt nicht daran. Er ist sich seiner Schuld bewußt. Natürlich, sagt er, habe er bei Gewerkschaftskundgebungen gegen die Diktatur in Spanien demonstriert und bei Maifeiern Grußworte an seine spanischen Landsleute ge-

voll vom bayerischen Innenministerium die Zustimmung nicht erhalten“, sagt der zuständige Oberamtsrat Erwin Reutter. „Die Gründe kennen wir nicht.“

Der Sprecher des Innenministeriums in München, Alfons Metzger, erklärt auf Anfrage: „Das unterliegt der Geheimhaltung. Jedenfalls haben die Gründe nichts mit Herrn Aguirres Engagement in der Gewerkschaft oder im Ausländerbeirat zu tun.“ Womit denn? „Kein Kommentar.“

Vom spanischen Innenministerium hat Aguirre mittlerweile eine Ehrenerklärung erbeten – „tami auch hier klar ist, daß ich eine saubere Vergangenheit habe“. Könnte ihn das rehabilitieren? Ministeriumssprecher Metzger: „Das würde nicht ausreichen.“ Kann Aguirre überhaupt noch etwas tun, um das bayerische Innenministerium umzustimmen? Metzger: „Nein.“

Roland Kirbach



SEKRETARIAT

A 2089-7-717 /85

Bei Beantwortung bitte
Aktenzeichen angeben.

BUND
DER
EVANGELISCHEN
KIRCHEN



IN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

1040 BERLIN, den 11. März 1985
Auguststraße 80
Telefon 28 86 0

An alle
Gemeinden der
Gliederkirchen des
Bundes der Ev. Kirchen in der DDR

Anliegend übersenden wir den Text eines Wortes zum Frieden zum 40. Jahrestag des Endes des II. Weltkrieges. Es wurde gemeinsam vom Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und vom Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland erarbeitet.

Die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen hat den Text am 9. 3. 1985 gebilligt. Es soll am 19. März 1985 gleichzeitig in der Deutschen Demokratischen Republik und in der Bundesrepublik Deutschland veröffentlicht werden.

Die Sperrfrist 19.3.1985, 5.00 Uhr, ist unbedingt einzuhalten.

Das Wort zum Frieden soll besonders in der Karwoche und zu Ostern in Gottesdiensten und Gemeindeveranstaltungen Anstoß dazu geben, daß wir uns auf die Ereignisse vor 40 Jahren, auf die Entwicklung seit dem Kriegsende 1945 und auf unsere heutigen Chancen und Verpflichtungen im Blick auf unsere Friedensverantwortung besinnen.

Anlage

Ziegler
Ziegler

Leiter des Sekretariats

USB-Nr. 187/85

Sammelruf: 2 88 60 · Bankverbindung: BSK Berlin 6651-37-102 · PSchA Berlin 7199-58-122 024 · BN 90005001

Der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und die Evangelische Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Endes des 2. Weltkrieges

Am 8. Mai 1945 ging der 2. Weltkrieg in Europa zu Ende. Seine Zerstörungen traten vielen Menschen erst zu diesem Zeitpunkt in ihrem ganzen Ausmaß vor Augen: mehr als 40 Millionen Tote, verwüstete Dörfer und Städte in den vom Krieg betroffenen Ländern, vor allem in der Sowjetunion, in Polen, in Frankreich und in Deutschland. Die erschreckenden Berichte über das, was in den Konzentrationslagern und in den besetzten Ländern im Namen der Deutschen geschehen war, zeigten jetzt unausweichlich jedem, welch verbrecherisches Regime in Deutschland diesen Krieg ausgelöst und unbarmherzig zu Ende geführt hatte. Entsetzt stand die Welt vor dem Judenmord.

Unter dem Wort Gottes erfuhren viele Christen als Gericht Gottes, was jetzt geschah: Deutschland wurde in Besatzungszonen geteilt. Ungezählte Soldaten gingen den Weg in die Gefangenschaft. Viele Flüchtlinge konnten nicht in ihre Heimat zurückkehren. Viele mußten erst jetzt die Heimat verlassen. Wer überlebte, hatte Jahre des Hungers vor sich. Manchen traf bittere Erniedrigung. Unterschiedlich nahmen die betroffenen Menschen das Geschehen auf. Für die einen war es der Zusammenbruch. Viele andere erfuhren es als Befreiung. Für die meisten war es beides zugleich.

Viele Fragen bedrängten die Menschen: Wie werden wir mit der Schuld der Vergangenheit fertig? Wie können wir dabei mitarbeiten, die Wunden des Krieges zu heilen? Wie können wir dazu helfen, daß nach allem Greuel und dem dadurch entfachten Haß Wege der Versöhnung zwischen den Völkern Europas gebaut werden? Wo finden wir Orientierung?

Aus der Betroffenheit über die abgrundtiefe Schuld wuchs im Hören auf Gottes Verheißungen der Dank für das eigene Überleben in der Hölle der Vernichtung und die Gewißheit, das Leben von Gott neu geschenkt erhalten zu haben.

Wenige Monate nach dem Kriegsende trafen sich in Stuttgart Vertreter der Evangelischen Kirche in Deutschland mit Repräsentanten der Ökumene und erklärten: "Wir sind für diesen Besuch umso dankbarer, als wir uns mit unserem Volk nicht nur in einer großen Gemeinschaft des Leidens wissen, sondern auch in einer Solidarität der Schuld. Mit großem Ernst sagen wir: Durch uns ist unendliches Leid über die Völker und Länder gebracht worden."

Heute, 40 Jahre nach dem Kriegsende, bezeugen wir mit großer Dankbarkeit: Gott hat aus dem Bekenntnis unserer Schuld neue Gemeinschaft zwischen Christen und zwischen christlichen Kirchen wachsen lassen. Staunend haben wir Zeichen der Versöhnung erfahren. Durch die Versöhnungsbereitschaft der Nachbarvölker hat sich ein neues Verhältnis entwickelt. Die nachgewachsenen Generationen vermögen einander unbefangen zu begegnen. 40 Jahre leben wir in Frieden. Wir konnten unsere Städte und Dörfer aufbauen und uns neue Lebensgrundlagen schaffen. Rückschauend erfahren wir das Kriegsende als Befreiung zu neuem Zeugnis von Gottes Gnade und zu neuem Dienst an Gottes Welt.

Wir können aber nicht die Augen davor verschließen, daß in diesen 40 Jahren der Friede bedroht geblieben ist. Die gequälte Menschheit hat nicht Genesung gefunden, wie es die Stuttgarter Erklärung von 1945 erhoffte. Auch die nicht mehr unmittelbar am 2. Weltkrieg beteiligten Generationen haben seine Folgen zu tragen. Noch schweben Mißtrauen und Furcht der Nachbarvölker. Die Verbündeten von einst haben sich getrennt. Zwei mächtige Militärbündnisse mit unter-

schiedlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen stehen sich hochgerüstet gegenüber. Auf deutschem Boden bestehen zwei deutsche Staaten, deren Grenze zugleich die Grenze zwischen Ost und West geworden ist: Sie sind fest innerhalb ihrer Bündnis- und Wirtschaftssysteme gebunden und gleichzeitig einbezogen in die Verantwortung für die Lösung der großen Weltprobleme: die Erhaltung des Friedens für alle Völker, das Ringen um Gerechtigkeit und die Beseitigung des Hungers.

Auch in den evangelischen Kirchen sind wir in den zurückliegenden vier Jahrzehnten Fehleinschätzungen erlegen. Wir haben nur schwer gelernt zu erkennen, welcher Weg uns geboten war. Es wurde uns schwer, die Realität zweier deutscher Staaten anzunehmen. Aber wir haben erkannt: Die Erhaltung des Friedens hat den Vorrang vor allem anderen. Es wurde uns schwer, die organisatorische Einheit der deutschen evangelischen Kirche aufzugeben. Aber nur so war es möglich, unter den jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen Zeugnis und Dienst eigenständig auszurichten. Wir haben lange gebraucht, Vorurteile und feindliche Einstellungen gegenüber den Siegermächten von 1945 zu überwinden und an Wegen zu neuem Vertrauen mitzubauen. Wir haben lange gebraucht, bis wir die besondere Herausforderung und Chance erkannt haben, die im gemeinsamen Zeugnis unserer Kirchen für den Frieden liegt. Wir haben lange gebraucht, ehe in unseren Gemeinden die Einsicht wuchs, daß unser Streben nach Wohlstand seine Grenzen haben muß an der Not der Hungernden und Unterdrückten und an der Verantwortung, die wir für die Schöpfung tragen. Im Blick auf manche Entwicklungen in den letzten 40 Jahren werden wir wie die Väter in der Stuttgarter Erklärung zu sagen haben: "Wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben."

Umso dankbarer erleben wir die Freiheit zum Dienst, die Gott uns schenkt. Wir haben erfahren: Schuld kann vergeben werden. Das befreit zu neuem Beginnen. Das Opfer Jesu Christi am Kreuz und seine Auferstehung, die wir zu Ostern feiern, stellen alle Schuld, alle Not und Ratlosigkeit unter das Zeichen der Hoffnung. Das ermutigt und verpflichtet uns, unsere Verantwortung heute wahrzunehmen.

Als Kirchen in beiden deutschen Staaten treten wir gemeinsam dafür ein, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht. Gemeinsam fordern wir, daß der Rüstungswettlauf beendet wird. Gemeinsam sind wir überzeugt, daß das System der nuklearen Abschreckung kein dauerhafter Weg zur Friedenssicherung sein kann, sondern unbedingt überwunden werden muß. Gemeinsam treten wir für eine europäische Friedensordnung ein. Gemeinsam erinnern wir an die Verantwortung der Industrienationen für ein menschenwürdiges Leben in den Ländern der Dritten Welt.

Gemeinsam bitten wir im Gedenken an das Kriegsende vor 40 Jahren:

Wir bitten unsere Gemeindeglieder: Laßt uns nicht aufhören, für den Frieden der Welt zu beten. Unser Gebet ist der unverwechselbare Beitrag, den wir als Christen und Kirchen für den Frieden in der Welt geben dürfen. Laßt uns nicht müde werden, auf das Wort der Heiligen Schrift zu hören, das uns das Kreuz von Golgatha als Gottes Friedensstat für seine Welt bezeugt. Wir wollen in unserem Alltag Boten des Friedens Gottes sein.

Wir bitten alle Menschen in beiden deutschen Staaten: Bezeugen Sie durch Ihr Leben, wie Konflikte mit anderen Menschen friedlich überwunden werden können. Helfen Sie mit, unsere Jugend zum Frieden und nicht zum Haß zu erziehen.

Wehren Sie dem Aufbau von Feindbildern. Wir bitten die Menschen, die durch den Krieg, durch seine Folgen und durch die späteren politischen Gegensätze besonderes Leid erfahren haben, nicht bitter zu werden und nicht eine Wiederherstellung früherer Verhältnisse zu verlangen, die nicht zu haben ist. Wir bitten die deutschen Menschen, die heutigen Belastungen vor allem als Folge des 2. Weltkrieges zu begreifen und als Folgen unserer Schuld zu bedenken.

Wir bitten die Regierungen der beiden deutschen Staaten: Stellen Sie sich unermüdlich ihrer besonderen Verpflichtung für die Sicherung des Friedens. Wir danken Ihnen für alle nüchterne und behutsame Politik zwischen beiden deutschen Staaten. Helfen Sie durch Sorgfalt und Vertrauen zu weiteren guten Schritten bei der Verwirklichung der Ziele des Grundlagenvertrages. Wenn Sie über die politischen Ziele der beiden deutschen Staaten sprechen, erwecken Sie keine unerfüllbaren Hoffnungen und fördern Sie kein Mißtrauen. Tun Sie weiterhin alles, bis heute bestehende Belastungen der Menschen zu mildern.

Wir bitten die Alliierten des 2. Weltkrieges: Finden Sie in der gemeinsamen Aufgabe für Frieden und Gerechtigkeit neu zusammen zu einer Politik der Verständigung. Bemühen Sie sich um weitere Schritte, die dazu helfen, endgültig auf alle Kernwaffen zu verzichten. Hören Sie auf, neue Waffensysteme aufzustellen. Bringen Sie neue Impulse in die Verhandlungen über die Begrenzung der konventionellen Waffen und über vertrauensbildende Maßnahmen ein. Fördern Sie kulturelle, wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit sowie die Begegnung von Menschen über die Grenzen hinweg. Folgen Sie der Einsicht, daß Sicherheit heute nur noch in gemeinsamer Sicherheit liegen kann.

Die Auferweckung Jesu Christi von den Toten gibt uns die Gewißheit, daß Gott über alle Schuld und Feindschaft hinweg dem Leben in Gemeinschaft und Frieden zum Siege verhelfen will. Das ermutigt uns im Gedenken an das Kriegsende vor 40 Jahren zu neuem Vertrauen auf Gott, zu neuer Verantwortung in unserer Zeit und zu neuer Hoffnung auf Gottes ewiges Reich des Friedens.

"Gott war in Christus und versöhnte die Welt mit sich selber und rechnete ihnen ihre Sünde nicht zu und hat unter uns aufgerichtet das Wort von der Versöhnung. So sind wir nun Botschafter an Christi Statt, denn Gott vermahnt durch uns; so bitten wir nun an Christi Statt: Lasset euch versöhnen mit Gott!"

Dr. Johannes Hempel
Landesbischof
Vorsitzender der Konferenz der
Evangelischen Kirchenleitungen
in der Deutschen Demokratischen
Republik

D. Eduard Lohse
Landesbischof
Vorsitzender des Rates der
Evangelischen Kirche in
Deutschland

Evangelisches Konsistorium
Berlin - Brandenburg
K Ia Nr. 2368/83

1020 Berlin, den 8. November 1983
Neue Grünstr. 19 - 22

4
Bk.
Gossner - Mission

An alle
Superintendenten und Vorsitzenden der
bruderschaftlichen Leitungen der
Evangelischen Kirche in Berlin - Brandenburg

Betr.: Schnellinformation

Liebe Schwester, liebe Brüder!

Am 31.10.1983 besuchten Vertreter der BRD-Partei "Die Grünen" den Staatsratsvorsitzenden. Näheres konnten Sie Presse und Fernsehen entnehmen. "Die Grünen" erklärten bei dieser Gelegenheit, sie würden am 4.11.1983 mit einigen Bürgern der DDR eine Friedenspetition bei den Botschaften der UdSSR und den USA, ohne demonstrative Absichten, in der Hauptstadt überreichen. Dem wurde ihrer Meinung nach nicht widersprochen. "Die Grünen" trafen sich mit Freunden in der Hauptstadt und besprachen ihren Plan mit ihnen. In den Westmedien sprachen die "Grünen" von einer "unabhängigen Friedensbewegung in der DDR", die mit ihnen zusammen die Petition übergeben wollte. Auch Christen wurden von ihnen besucht, die daraufhin ihr Interesse bekundeten, ebenfalls am 4.11.83 ihre Friedensabsichten zu bekunden. - Ebenfalls fand ein Besuch beim Bischof am 31.10.1983 statt, bei dem eine Beteiligung der Kirche nicht in Aussicht gestellt wurde. Präsident Stolpe versuchte, den staatlichen Organen deutlich zu machen, daß eine kleine Vertretung kirchlicher Friedensgruppen die Botschaft besuchen und die Großmächte dringend um Kompromißbereitschaft bei den Raketenverhandlungen in Genf bitten wollte. Dafür gab es zunächst Entgegenkommen. Als jedoch den staatlichen Organen deutlich wurde, daß mit einer großen Besuchergruppe, besonders aus der DDR, zu rechnen sei, erklärten sie den "Grünen", daß ihre Petitionsübergabe nicht möglich sei und teilten Präsident Stolpe mit, daß die Regierung den Besuch der Botschaft verboten habe. Entsprechend wurden die meisten der "Grünen" an der Grenze am 4.11.1983 zurückgewiesen.

Vom 3.11. abends bis zum 4.11. abends wurden einige Dutzend DDR-Bürger, darunter auch etwa 15 kirchliche Mitarbeiter, Pfarrer, Mitarbeiter im Verkündigungsdienst, Studenten, vorübergehend der Polizei zugeführt. Als eine Beratergruppe beim Bischof am 3.11. von allem dem hörte, wurde vorgesehen, den staatlichen Organen mitzuteilen, daß der Bischof am Nachmittag des 4.11. eine kirchliche Petition, nämlich das Friedenswort der Bundessynode, übergeben wolle und zugleich allen anderen raten würde, von einem Besuch abzusehen, da er offenbar unmöglich sei. Es war an eine stellvertretende Maßnahme gedacht, um allen Beteiligten einen Ausweg zu bieten.

Am 4.11. mittags baten drei kirchliche Mitarbeiter (Pahnke, Passauer, Krätschell) die sich am Bahnhof Friedrichstraße versammelnden Besucher der Botschaft heimzugehen, weil ein Besuch unmöglich sei.

Das geschah dann auch. Der Bischof werde versuchen, seine Petition zu übergeben. Am Nachmittag teilte der Staatssekretär für Kirchenfragen dem Bischof mit, daß ein Besuch nicht nur nach der Meinung unserer Regierung an diesem Tage unmöglich sei. Als der Bischof von einer Bedenkzeit Gebrauch machte, kam es in der Neuen Grünstraße zu einer vorübergehenden Straßenabsperzung. Vorher war allerdings bereits verabredet worden, daß der Bischof seine Besuchsabsicht nach dem 7.11. im Kontakt mit dem Bund der Evangelischen Kirchen weiter verfolgen werde. Zugleich bat der Bischof die Regierung dringend, die der VP zugeführten Personen noch am gleichen Tage freizulassen.

Eine Freilassung erfolgte dann in den Abendstunden des Tages. Der Bischof hat seine Sicht der Dinge zur Eröffnung der Friedensdekade am 6.11.83 in der Marienkirche bekanntgegeben und die anwesenden, besonders betroffenen Gemeindeglieder gebeten, eine "ehrliche Friedensgesinnung den Menschen gegenüber zu zeigen, die es uns manchmal ein wenig schwer machen."

Mit brüderlichem Gruß!

gez. Dr. Winter

Zur Dokumentation

Kirchenvertreter beider deutscher Staaten für nuklearen Teststop

Wortlaut der Erklärung "Ein nuklearer Teststop kann der Anfang vom Ende der Aufrüstung werden"

Ein nuklearer Teststop kann der Anfang vom Ende der Aufrüstung werden - - - - -

In den letzten Monaten ist das Gespräch zwischen den USA und der UdSSR über Rüstungsbeschränkungen und Abrüstung durch verschiedene Initiativen und Vorschläge scheinbar in Bewegung geraten. Die weitgehendste Initiative hat die Sowjetunion im August 1985 unternommen. Sie verkündete einseitig einen Teststop für Kernwaffenversuche bis zum Januar 1986. Die Sowjetunion hat ihre Bereitschaft erklärt, über diesen Zeitraum hinaus keine Tests mit Kernwaffen durchzuführen, wenn die USA in gleicher Weise vorgehen. Dies haben die USA abgelehnt mit der Begründung:

- Die Sowjetunion habe ihre Testserien abgeschlossen, die USA aber nicht. Deshalb bedeute ein Teststop, die Überlegenheit der Sowjetunion festzuschreiben.
- Die Einhaltung des Teststop durch die Sowjetunion sei nicht überprüfbar.

Beide Begründungen sind keine überzeugenden Argumente für die Ablehnung eines nuklearen Teststop:

- Ein Teststop schreibt keine Überlegenheit der Sowjetunion fest. Nach allen ernstzunehmenden Expertenaussagen liegt die Sowjetunion in der technologischen Entwicklung auf diesem Gebiet hinter den USA zurück. Politische Verantwortliche in den USA haben die Notwendigkeit weiterer Tests damit begründet, daß diese für die Entwicklung der Weltraumrüstung und für die Entwicklung von Waffen für die "siegreiche Beendigung eines langdauernden Nuklearkrieges" notwendig seien (New York Times 30.7.1985).
- Die Einhaltung eines Teststop für Kernwaffen ist ohne örtliche Kontrolle überprüfbar. Seismologen bestätigen, daß Nuklearwaffentests sehr gut von Erdbeben unterschieden werden können. Dies sei bereits möglich bei Nuklearwaffen mit äußerst geringer Sprengkraft.

Es ist beim bedrohlichen Ausmaß der West-Ost-Konfrontation unverantwortlich, daß Initiativen wie die der Sowjetunion durch Scheinargumente zu "Propaganda" entwertet und so um ihre fällige politische Bewährungsprobe gebracht werden. Der schmal gewordene Spielraum für konkrete Zeichen von Abrüstungsbereitschaft erfordert vielmehr die sorgfältige Prüfung und angemessene Erwiderung aller Vorschläge, die geeignet sind, Auswege aus dem Wettüben zu zeigen. In diesem Sinne haben sich auch die Kirchen in beiden deutschen Staaten geäußert. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat im September 1983 erklärt, es sei abzuwägen, "ob einzelne einseitige Abrüstungsmaßnahmen oder Rüstungsverzichte zur Destabilisierung des Gleichgewichts führen oder in einer verfahrenen Situation den Weg zu Verhandlungsergebnissen ebnen und dadurch stabilisierend wirken." Die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR hat sich im September 1985 für kalkulierte einseitige

Initiativen ausgesprochen, "die geeignet sind, Abrüstungsverhandlungen zu fördern und einen Stop der nuklearen Rüstung einzuleiten".

Wir, Christen und Bürger aus beiden deutschen Staaten, sehen in kalkulierten einseitigen Schritten eine Voraussetzung für den Einstieg in eine Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West. Wir

- begrüßen den Teststop der Sowjetunion als eine politische Initiative, die die Dynamik des Wettrüstens brechen und damit eine Voraussetzung für seine Umkehrung schaffen kann;
- fordern die USA auf, dem Teststop der Sowjetunion umgehend mit der Einstellung der eigenen Kernwaffenversuche zu antworten. Auf diese Weise könnte der einseitige Schritt der Sowjetunion zum Ausgangspunkt eines sich selbst verstärkenden zweiseitigen Prozesses werden, der die Möglichkeit weiterer wechselseitiger Übereinkünfte eröffnet;
- fordern die Sowjetunion auf, den eigenen Teststopp über den Januar 1986 hinaus einzuhalten, um die Beispielwirkung ihrer Initiative zu vergrößern und alles nur Mögliche zu tun, den beiderseitigen Prozeß des schrittweisen Abbaus der Nuklearwaffen voranzubringen;
- sehen - zusammen mit der in West und Ost aktiven Organisation "Internationale Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges", die in diesen Tagen den Friedensnobelpreis erhält - in der Initiative der Sowjetunion einen konkreten Einstieg in das weltweit geforderte Einfrieren ("Freeze") aller Nuklearrüstungen als ersten Schritt zu ihrem Abbau;
- betrachten einen zweiseitigen Teststop als politische Maßnahme, durch die die Entwicklung neuer strategischer Offensivwaffen blockiert und ein kostspieliges Wettrüsten im Weltraum überflüssig gemacht werden könne;
- verstehen einen umfassenden, unter Mitwirkung der europäischen Atomkräfte Großbritannien und Frankreich zustandekommenden Teststop auch als wichtigen Beitrag in einem schrittweisen Prozeß der Begrenzung und des Abbaus eurostrategischer Rüstungen und als Chance für einen Abzug bereits stationierter nuklearer Mittel- und Kurzstreckenraketen aus beiden deutschen Staaten.

Wir sprechen zu diesen konkreten Fragen, weil das Wettrüsten konkret beendet werden kann. Wer Abrüstung will, muß abrüsten. Die Sowjetunion hat mit ihrem einseitigen Schritt jetzt einen Anfang gemacht. Wir erinnern an die Einleitung eines bisher einmaligen gradualistischen Prozesses im Jahre 1963, der mit einem einseitigen amerikanischen Teststop begonnen wurde und neben politischen Zeichen der Spannungsminderung zu einem partiellen Teststop-Vertrag geführt hat. Eine Beendigung der Konfrontation mit immer neuen militärischen Bedrohungen ist Voraussetzung für die "Wiedergewinnung der politischen Dimension der Friedensfrage". Ein nuklearer Teststop könnte zu einem entscheidenden Durchbruch in diese Richtung werden. Diese Chance darf nicht vertan werden.

Unterschriften: Helmut Domke, Heino Falcke, Joachim Garstecki, Friedrich Huth, Werner Krusche, Werner Liedtke, Markus Meckel, Burkhard Paetzold, Walter Romberg, Albrecht Schönherr, Friedrich Schorlemmer, Christoph Ziemer - Heinrich Albertz, Günter Brakelmann, Volkmar Deile, Erhard Eppler, Brigitte Gollwitzer, Helmut Gollwitzer, Gertrud Gumlich, Wolfgang Huber, Hans-Joachim Kraus, Wolfgang Raupach, Jo Rodejohann, Andreas Zumach.

(ena)

Offener Brief des Ökumenischen Rates der Kirchen an
Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow
Der Wortlaut des Textes (vgl. auch Meldung 10)

Eure Exzellenzen!

Erlauben Sie, daß wir uns anläßlich Ihrer historischen Begegnung am 19. und 20. November in Genf mit diesem offenen Brief an Eure Exzellenzen wenden. Nie zuvor hat ein Gipfel-treffen von Politikern so hohe Erwartungen und ein so großes Interesse in der internationalen Öffentlichkeit ausgelöst. Und nie zuvor hat eine Begegnung der politischen Führer der beiden mächtigsten Staaten der Welt zu einem so ent-scheidenden Zeitpunkt in der Weltgeschichte stattgefunden. Es ist die prekäre Lage der Menschheit heute, wie sie sich widerspiegelt in der Überlebensangst der Menschen, sowie die ungeheure Macht und Verantwortung in den Händen Ihrer beiden Staaten, die diese Begegnung so beispiellos machen.

Als ein Rat der Kirchen mit einer Mitgliedschaft von über 400 Millionen Menschen in Ost und West, Nord und Süd, wird uns das Prekäre der Situation in verschiedenen Teilen der Welt sowie die Verschlechterung der internationalen Bezie-hungen allgemein ständig zu Bewußtsein gebracht. Wir neh-men Anteil an dem Schicksal von Millionen Menschen, die un-ter Ungerechtigkeit, Krieg und Bedrohung durch Krieg zu leiden haben. Als eine Organisation, deren Fundament der Glaube an Gott ist, weisen wir auf die ethischen Grundsatz-überlegungen hin, von denen die Debatte über die gegenwär-tige Lage der Welt, die eine Gefahr für die gesamte Schöp-fung darstellt, gekitet sein muß. Aus solchen von einer breiten Öffentlichkeit geteilten Überlegungen heraus erlau-ben wir uns, Sie an die Pflichten zu erinnern, die Sie nicht nur gegenüber der Bevölkerung Ihrer beiden Staaten haben, sondern auch gegenüber der gesamten Weltbevölkerung. Wir haben unsere Mitgliedskirchen in der ganzen Welt aufgeru-fen, Ihre Begegnung in ihre Gebete einzuschließen.

Wir sind überzeugt, daß es Euren Exzellenzen möglich sein wird, jetzt konkrete Schritte auf dem Weg zum Frieden zu ergreifen. Die Art der Beziehungen, die zwischen Ihren bei-den Ländern bestehen, hat so tiefgreifende Auswirkungen auf die Welt insgesamt, daß sich jede Verbesserung der ameriko-nisch-sowjetischen Beziehungen auf viele Situationen günstig auswirken wird. Als Beispiel sei hier der Nahe Osten genannt; es gibt noch andere Beispiele dieser Tragweite. Leider ist es jedoch so, daß der derzeitige Zustand der internationalen Beziehungen die aufrichtigen Bemühungen um Gerechtigkeit und Selbstbestimmung in den Entwicklungsgebieten der Welt ver-

zerzt und zunichte macht, wie er auch die Souveränität und Unabhängigkeit vieler Länder beeinträchtigt. Schon ein kleiner Schritt auf dem Weg zur Verständigung zwischen Ihren beiden Ländern kann sehr viel dazu beitragen, daß Spannungen abgebaut und Bedingungen für Gerechtigkeit und Frieden geschaffen werden. Ist es nicht möglich, das kriegerische Reden einzustellen und auf Sprache und Stil des Kalten Krieges zu verzichten?

Ihre Tagung findet vierzig Jahre nach der Gründung der Vereinten Nationen statt, bei der die Hoffnung zum Ausdruck gebracht wurde, daß es keine Militärbündnisse, keinen Wettkampf um Einflusssphären und Gleichgewicht der Macht mehr geben würde. Es ist daher nur natürlich, daß wir uns alle bewußt machen, wie weit die Welt heute nicht nur von den Idealen, sondern auch von den Verpflichtungen entfernt ist, die die Großmächte damals eingegangen sind.

Anläßlich des bevorstehenden Gipfeltreffens wird die Weltöffentlichkeit mit besonderer Aufmerksamkeit die Diskussion über das Wettrüsten und insbesondere das atomare Wettrüsten verfolgen. Die Bereitschaft der Vereinigten Staaten zur Fortführung der Verhandlungen über Atomwaffen ist allseits begrüßt worden. Damit Millionen von Menschen, die sich nach einer glaubwürdigen Geste des Friedens sehnen, Hoffnung schöpfen können, ist es in diesem Stadium wesentlich, daß Ihre Länder zu einer grundsätzlichen Übereinstimmung über einen umfassenden Teststop-Vertrag gelangen. In diesem Zusammenhang begrüßen wir das von der Sowjetunion verkündete einseitige Moratorium und geben unserer Hoffnung Ausdruck, daß sie es noch ausweiten möge und daß die Vereinigten Staaten mit einem entsprechenden Schritt darauf antworten, so daß die Verhandlungen über einen Teststop-Vertrag abgeschlossen werden können..

Wir sind ferner zutiefst besorgt über die wachsende Gefahr der Militarisierung des Weltraums, die die Welt vielleicht an eine militärische Schwelle bringt, die noch nie so niedrig war und deren Überschreiten Folgen bisher ungekannten Ausmaßes haben könnte. Die Geschichte des Wettrüstens zeigt, daß die einzige Möglichkeit zur Vermeidung eines neuen Wettrüstens darin liegt zu verhindern, daß es anfängt. Sobald der Rüstungswettlauf begonnen hat, werden Übereinkommen sehr viel schwieriger; überdies genießt der Gewinner nur wenige zweifelhafte Momente des Sieges, bis die andere Seite ihn wieder eingeholt hat. Daher hoffen wir zutiefst, daß die Gespräche anläßlich des Gipfeltreffens zu einem Verbot der neuen Weltraumwaffen führen werden.

Seien Sie versichert, daß Millionen von Menschen Sie bei jedem Schritt, den Sie in Richtung auf den Frieden machen, begleiten und unterstützen werden. Lassen Sie uns die Hoffnung zum Ausdruck bringen, daß Ihre Tagung eine neue Phase einleiten möge, die geprägt ist von besseren Beziehungen zwischen Ihren Ländern und von einem Geist der Zusammenarbeit, so daß Sie gemeinsam zur Gerechtigkeit und zum Frieden in der Welt beitragen werden.

Wir beten zu Gott, daß er Sie in Ihren Verhandlungen leiten möge.
gez. Emilio Castro, Generalsekretär (ena)

Berichtigung zu Meldung 5: Nach Redaktionsschluß erreichte uns die Mitteilung, daß Kongreß u. Kirchentag 1986 in Großschönau/Zittau um eine Woche vorverlegt wurden, der Kongreß in Großschönau also vom 29. bis 31. Mai und der abschließende Kirchentagssonntag in Zittau am 1. Juni stattfinden wird. Wir bitten, die Meldung 5 entsprechend zu korrigieren. (ena)